

Stenographisches Protokoll

27. Sitzung des Nationalrates der Republik Österreich

XIV. Gesetzgebungsperiode

Donnerstag, 10. Juni 1976

Tagesordnung

1. Debatte betreffend die Berichte des Bundeskanzlers und des Bundesministers für Finanzen über die wirtschaftliche Lage Österreichs
2. Änderung des Europäischen Übereinkommens über die internationale Beförderung gefährlicher Güter auf der Straße
3. Abkommen mit der Schweiz über die Grenzabfertigung von Segelflugzeugen und Freiballonen im grenzüberschreitenden Luftverkehr
4. Änderung des Eisenbahngesetzes 1957

Dr. Staribacher (S. 2455), Hofstetter (S. 2457), Blecha (S. 2466), Dr. Stix (S. 2474), Dr. Feurstein (S. 2476), Wille (S. 2480), Dr. Leibenfrost (S. 2484), Pfeifer (S. 2488), Dipl.-Ing. Hanreich (S. 2490) und Dipl.-Ing. Riegler (S. 2493)

- (2) Bericht des Verkehrsausschusses über die Regierungsvorlage (93 d. B.): Änderung des Europäischen Übereinkommens über die internationale Beförderung gefährlicher Güter auf der Straße (257 d. B.)

Berichterstatter: Tonn (S. 2496)

Genehmigung (S. 2496)

- (3) Bericht des Verkehrsausschusses über die Regierungsvorlage (158 d. B.): Abkommen mit der Schweiz über die Grenzabfertigung von Segelflugzeugen und Freiballonen im grenzüberschreitenden Luftverkehr (258 d. B.)

Berichterstatter: Kammerhofer (S. 2497)

Genehmigung (S. 2497)

- (4) Bericht des Verkehrsausschusses über die Regierungsvorlage (189 d. B.): Änderung des Eisenbahngesetzes 1957 (259 d. B.)

Berichterstatter: Dr. Lenzi (S. 2497)

Annahme des Gesetzentwurfes (S. 2497)

Inhalt

Personalien

Krankmeldungen (S. 2371)

Entschuldigung (S. 2371)

Ordnungsruf (S. 2446)

Fragestunde (13.)

Verkehr (S. 2371)

Dr. Lanner (153/M); Dr. Schmidt, Dr. Gradenegger, Neumann

Dr. Lenzi (162/M); Weinberger

Egg (165/M); Dr. Lenzi

Dipl.-Ing. Dr. Leitner (154/M); Melter, Dipl.-Ing. Dr. Zittmayr

Landesverteidigung (S. 2376)

Dkfm. Gorton (137/M); Hatzl, Mag. Höchtl

Dr. Neisser (138/M); Zeillinger, Dr. Eduard Moser

Dr. Ermacora (139/M); Zeillinger

Mondl (164/M); Kinzl

Ausschüsse

Zuweisung (S. 2382)

Verhandlungen

- (1) Debatte betreffend die Berichte des Bundeskanzlers und des Bundesministers für Finanzen über die wirtschaftliche Lage Österreichs

Debatte: Dr. Taus (S. 2382 und S. 2464), Dr. Fischer (S. 2389), Peter (S. 2395), Dr. Mock (S. 2401), Bundeskanzler Dr. Kreisky (S. 2407 und S. 2418), Dr. Broesigke (S. 2409), Graf (S. 2413), Dr. Tull (S. 2419), Zeillinger (S. 2423), Bundesminister Dr. Androsch (S. 2433 und S. 2444), Dr. Koren (S. 2439), Dipl.-Vw. Josseck (S. 2446), Dr. Lanner (S. 2450), Bundesminister

Eingebracht wurden

Regierungsvorlage

- 203: Abkommen mit Jugoslawien zur Änderung des Abkommens über die Verbringung von Waren im Kleinen Grenzverkehr (S. 2382)

Anfragen der Abgeordneten

Ing. Letmaier, Frodl und Genossen an den Bundesminister für Verkehr betreffend Huckepackverkehr für Transit-Lastfahrzeuge im Bereich der Gastarbeiterroute Spielfeld-Salzburg (464/J)

Burger, Neumann und Genossen an den Bundeskanzler betreffend organisatorische Veränderungen in der VÖEST-Alpine (465/J)

Burger und Genossen an den Bundesminister für Verkehr betreffend den Standort des Bahnhofes St. Peter-Freienstein und der Autobushaltestellen im industriellen Nahbereich von Leoben (466/J)

Ottlie Rochus und Genossen an den Bundesminister für Unterricht und Kunst betreffend das Verhalten des Mittelschullehrers Franz Seba, Eisenstadt, im Zusammenhang mit der Burgenlandstiftung-Theodor Kery (467/J)

Mag. Höchtl und Genossen an den Bundesminister für Unterricht und Kunst betreffend Approbationskommission für Lehrbücher (468/J)

- Dr. Kohlmaier und Genossen an den Bundesminister für soziale Verwaltung betreffend Einkommenszuwachs der Pensionisten seit 1970 (469/J)
- Dr. Wiesinger, Mag. Höchtl und Genossen an den Bundesminister für Unterricht und Kunst betreffend Intensivierung der sportärztlichen Betreuung am Schigymnasium Stams (470/J)
- Dr. Kohlmaier und Genossen an den Bundesminister für soziale Verwaltung betreffend Korruptionsaffäre im Bundesministerium für soziale Verwaltung (471/J)
- Mag. Höchtl und Genossen an den Bundesminister für Unterricht und Kunst betreffend unzumutbare Zustände am Bundesrealgymnasium Berndorf/NÖ (472/J)
- Dr. Wiesinger und Genossen an den Bundeskanzler betreffend die Gründung eines „Österreichischen Seniorenrates (Bundesaltenrates)“ (473/J)
- Dr. Marga Hubinek und Genossen an den Bundesminister für soziale Verwaltung betreffend Bundesbehindertengesetz (474/J)
- Burger und Genossen an den Bundesminister für Landesverteidigung betreffend den Truppenübungsplatz Örtnerhof bei St. Michael/Obersteiermark (475/J)
- Dr. Prader, Dr. Gruber, Kraft und Genossen an den Bundesminister für Finanzen betreffend Entschädigungen auf Grund des Vertrages zwischen der Republik Österreich und der Tschechoslowakischen Sozialistischen Republik (476/J)
- Egg, Weinberger, Dr. Lenzi und Genossen an den Bundesminister für Verkehr betreffend Lawinensicherheit auf Seilbahnen und Liftanlagen (477/J)
- Dr. Kohlmaier, Dr. Feurstein, Kraft und Genossen an den Bundesminister für soziale Verwaltung betreffend irreführende Anfragebeantwortung durch den Bundesminister für soziale Verwaltung (478/J)
- Dr. Eduard Moser und Genossen an die Frau Bundesminister für Wissenschaft und Forschung betreffend Universitätszahnklinik in Graz (479/J)
- Peter, Dr. Schmidt und Genossen an den Bundesminister für Inneres betreffend Straßenverkehrsunfälle im Oster- und Pfingstreiseverkehr 1976 (480/J)

Beginn der Sitzung: 9 Uhr

Vorsitzende: Präsident **Benya**, Zweiter Präsident **Minkowitsch**.

Präsident: Die Sitzung ist eröffnet.

Krank gemeldet sind die Abgeordneten Steinbauer, Dr. Busek, Rösch und Frau Elfriede Karl.

Entschuldigt hat sich der Herr Abgeordnete Probst.

Fragestunde

Präsident: Wir gelangen zur Fragestunde.

Bundesministerium für Verkehr

Präsident: Die Anfrage 1: Herr Abgeordneter Dr. Lanner (*ÖVP*) an den Herrn Bundesminister für Verkehr.

153/M

Ist bis Ende des Jahres 1977 abermals mit einer Erhöhung der Telephongebühren zu rechnen?

Präsident: Bitte, Herr Minister.

Bundesminister für Verkehr **Lanc:** Sehr geehrter Herr Abgeordneter! Wir haben im Unternehmensplan der Post beim Telephon die nächste Stufe einer Gebührenerhöhung für 1977 vorgesehen. Ob sie realisiert wird, wird im Rahmen der Budgetverhandlungen für das Budget 1977 zu entscheiden sein.

Präsident: Zusatzfrage. Bitte.

Abgeordneter Dr. **Lanner:** Herr Bundesminister! Im Bereich der Telephongebühren ist in den letzten Jahren eine erhebliche Verteuerung eingetreten. Ich glaube, ich spreche im Namen der österreichischen Bevölkerung, wenn ich sage, daß das Telephonieren zu teuer, unverhältnismäßig teuer geworden ist.

Nun gibt es das Problem, in welchem zumutbarem Bereich man es billiger machen könnte. Hier möchte ich die Frage stellen, ob Sie einer Überlegung, wie sie in Deutschland sehr erfolgreich praktiziert wird, nähertreten können. Es gibt die Situation, daß wir eine Telephonan-

lage haben, die am Wochenende nicht hinreichend ausgelastet ist. Für den Wochenendtelefonbetrieb könnte man einen begünstigten Fernsprechgebührensatz einführen.

Wir haben in dieser Angelegenheit vor einigen Monaten an Sie schon einmal diese Frage gestellt. Sie meinten damals, das wäre in Prüfung. Ich frage Sie daher: Hat diese Prüfung nunmehr ergeben, daß dieser begünstigte Telephongebührensatz für das Wochenende auch in Österreich in nächster Zeit eingeführt werden kann? Denken Sie an eine derartige Begünstigungsregelung, die letztlich allen zum Vorteil gelangen könnte, denn es gäbe eine bessere Auslastung der Anlagen und eine günstigere Möglichkeit zu telephonieren?

Präsident: Herr Minister.

Bundesminister **Lanc:** Wir sind bei den Prüfungen bisher so weit gekommen, daß wir wissen, daß für die Einführung einer solchen Wochenendbegünstigung ein ziemlich langer Umstellungszeitraum notwendig wäre, und zwar annähernd ein Jahr, auch die Umstellungskosten wären erheblich.

In Prüfung ist noch, ob bei uns, so wie in der Bundesrepublik, beim Telephon tatsächlich eine so schwache Wochenendfrequenz vorhanden ist. Die Struktur unserer Wirtschaft ist eine andere, der Schluß daher naheliegend, daß insbesondere in Fremdenverkehrsgebieten das Wochenendbenützen der Telephone durchaus nicht unterdurchschnittlich, sondern vielfach überdurchschnittlich ist, wodurch sich natürlich dort eine solche Aktion ad absurdum führen würde.

Präsident: Eine weitere Frage. Bitte.

Abgeordneter Dr. **Lanner:** Ich habe ein bißchen ein ungutes Gefühl. Die Antwort, so wie ich sie verstehe, ist: Wir prüfen weiter. Ich habe einfach das Gefühl, man prüft zuviel.

Ein anderes Beispiel, eine andere Frage. Wir haben im ländlichen Bereich das Problem der unerhört teuren Anschlußgebühren. Wenn jemand in einer Streusiedlung ein Telephon will, ob das kleine Häuselbauer, ob das Bauern, Angestellte, Arbeiter sind, gibt es Anschlußgebühren von 10.000, 20.000 und mehr Schilling. Das ist zu teuer.

Nun haben wir vorgeschlagen, das im Wege von Telephonanschlußgemeinschaften zu verbilligen. Ein erster Schritt ist gelungen, ich möchte das anerkennen, aber in einer früheren

2372

Nationalrat XIV. GP - 27. Sitzung - 10. Juni 1976

Dr. Lanner

Anfragebeantwortung meinten Sie, Sie werden prüfen, ob man nicht auch im ländlichen Bereich einen einheitlichen, pauschalierten Ansatz für die Telephonanschlüsse verrechnen könnte.

Meine Frage daher: Ist diese Prüfung, ob es auch im ländlichen Raum für den Anschlußwerber einen pauschalierten, einheitlichen Anschlußsatz geben kann, nunmehr abgeschlossen, was war das Ergebnis dieser Prüfung?

Präsident: Herr Minister.

Bundesminister **Lanc:** Das Ergebnis dieser Prüfung war, daß man in städtischen Bereichen die Anschlußgebühren - unter „städtische Bereiche“ verstehe ich nicht nur Großstädte, sondern auch Kleinstädte, ja sogar in manchen Gebieten dorfähnliche Siedlungen - mehr als verdoppeln hätte müssen, um einen Pauschalatz von etwa 3000 S pro Telephonanschlußwilligen in Österreich in den ländlichen Gebieten herauszubekommen. Das schien mir unvertretbar zu sein, weil Telephongebühren nicht dazu da sind, um regionale Umverteilungsfunktionen im Einkommen zu erfüllen. Das wäre ja praktisch damit geschehen.

Wir haben uns aber damit nicht zufrieden gegeben und denken daran, bei der nächsten Gebührenregelung eine Regelung in der Form einzuführen, daß wir bis zu einem Jahr sozusagen von der Post aus für solche Anschlußwerber in Vorlage treten. Der Anschlußwerber kann dann in zwölf Jahresraten seine Anschlußgebühren - nicht so wie bisher auf einmal - hinlegen. Das ist der gegenwärtige Stand der Überlegungen.

Präsident: Eine weitere Frage: Herr Abgeordneter Dr. Schmidt.

Abgeordneter Dr. **Schmidt** (FPÖ): Herr Bundesminister! Sie sagen, daß die Gebühreneinnahmen aus Ferngesprächen an Wochenenden bei uns eine größere Bedeutung haben in bezug auf die Gesamteinnahmen als in der Bundesrepublik Deutschland. Können Sie mir sagen, in welchem perzentuellen Verhältnis diese Fernsprechgebühreneinnahmen aus Wochenendferngesprächen zu den Gesamteinnahmen stehen?

Präsident: Herr Minister.

Bundesminister **Lanc:** Herr Abgeordneter! Ich habe gesagt, daß diese Vermutung naheliegt, weil dies auf Grund der anderen Wirtschaftsstruktur in Österreich als in der Bundesrepublik so ist, und daß wir die Prüfung dieses Teiles der Überlegungen noch nicht abgeschlossen haben,

also noch keine Ziffern vorliegen haben, sodaß ich Ihnen zum gegenwärtigen Zeitpunkt keine nennen kann. Ich werde mir aber erlauben, sobald ich sie habe, sie Ihnen zur Kenntnis zu bringen.

Präsident: Weitere Frage: Herr Abgeordneter Dr. Gradenegger. Bitte.

Abgeordneter Dr. **Gradenegger** (SPÖ): Der Herr Abgeordnete vergißt, daß die höchste Telephon- und Fernmeldegebührenerhöhung mit 1. Jänner 1967 stattgefunden hat. Damals gab es in der ÖVP-Alleinregierung den Minister Dr. Weiß, der die Fernmeldegebühren um 25 Prozent erhöhte. (*Widerspruch bei der ÖVP.*)

Ich darf in diesem Zusammenhang zu einem Problem kommen, das mich interessiert, und zwar ist das die Sicherung der Arbeitsplätze in Österreich in der Schwachstrom- und Zulieferindustrie und damit die Werbung von Telephonkunden.

In der Bundesrepublik wirbt man schon um Telephonkunden. Ich frage Sie, Herr Minister: Haben Sie die Befürchtung, daß es auch in Österreich so weit kommen könnte?

Präsident: Herr Minister.

Bundesminister **Lanc:** In absehbarer Zeit nicht, Herr Abgeordneter. Und zwar deshalb nicht, weil bei uns vor allem die Grundgebühren wesentlich niedriger sind als in der Bundesrepublik Deutschland und auch wesentlich niedriger bleiben werden. Gerade von der hohen Grundgebühr in der Bundesrepublik ausgehend, ist es zu einem Nachfragerückgang beim Telephon gekommen. Bei uns weist nichts darauf hin. Im Gegenteil. Wir haben in den letzten Monaten wieder eine steigende Nachfrage nach Telephonen zu verzeichnen.

Präsident: Weitere Frage: Herr Abgeordneter Neumann.

Abgeordneter **Neumann** (ÖVP): Herr Minister! Sie haben bereits darauf hingewiesen, daß laut Unternehmensplan mit 1. Jänner 1977 eine weitere Erhöhung der Telephongebühren vorgesehen ist. Es sind hier schon präzise Daten vorhanden.

Laut Unternehmensplan ist eine Erhöhung der Telephongebühren von 14 Prozent im Ausmaß von 1,3 Milliarden Schilling vorgesehen.

Weitere Erhöhungen sind gleichfalls fix vorgesehen, und zwar mit dem 1. Jänner 1978 und 1979 im Gesamtausmaß von 6,5 Milliarden Schilling. Es werden sich dann die Telephonge-

Neumann

bühren seit dem Jahre 1973 um etwa 150 Prozent im Schnitt erhöht haben. Was sind dagegen 25 Prozent vom Jahre 1967!

Trotzdem, Herr Minister – das ist das Bedauerliche –, wird es durch diese Gebührenpolitik, durch diese saftigen Gebührenerhöhungen weder zu mehr Telephonanschlüssen noch zu einer finanziell vertretbaren einheitlichen Telephonanschlußgebühr kommen, wie Sie jetzt in Ihrer Antwort gesagt haben. Im Gegenteil. Im Jahre 1973 hatten wir noch 112.000 Neuan schlüsse, und heuer werden es laut Budgetunterlagen nur mehr 100.000 sein. Heuer sind die Investitionen trotz der Gebührenerhöhungen um 250 Millionen zurückgegangen. Eine Folge davon ist, daß im heurigen Jahr 33.400 Österreicher das Telephon abgemeldet haben.

Ich frage Sie, Herr Minister: Können Sie mir sagen, wer diese Österreicher sind, die sich nach dieser saftigen Gebührenerhöhungspolitik der sozialistischen Bundesregierung das Telephon, eine moderne technische Errungenschaft, nicht mehr leisten können?

Präsident: Herr Minister.

Bundesminister Lanc: Abgesehen davon, Herr Abgeordneter, daß Ihre Zahlen ebenso wie Ihre Schlußfolgerungen nahezu hundertprozentig falsch waren, möchte ich sagen, daß mit Erweiterung des Telephonnetzes und mit steigender Anzahl von Telephonteilnehmern – in den letzten fünf Jahren ist die Zahl der Telephonkunden von 1 Million auf über 1½ Millionen gestiegen – natürlich auch die Zahl der Abmeldungen von Telephon größer ist. Der Großteil der Abmeldungen ergibt sich durch Ableben von Telephonteilnehmern.

Präsident: Wir kommen zur Anfrage 2: Herr Abgeordneter Dr. Lenzi (SPÖ) an den Herrn Bundesminister.

162/M

Bis zu welchem Zeitpunkt wird die Planung für den Neubau des Bahnhofes Kufstein abgeschlossen sein?

Präsident: Bitte, Herr Minister.

Bundesminister Lanc: Sehr geehrter Herr Abgeordneter! Die Planung für den Bahnhof Kufstein soll bis Ende dieses Jahres abgeschlossen sein.

Präsident: Zusatzfrage. Bitte.

Abgeordneter Dr. Lenzi: Herr Bundesminister! Kann man jetzt schon annähernd abschätzen, bis zu welchem Zeitpunkt das neue Bahnhofsgebäude fertiggestellt sein wird?

Präsident: Herr Minister.

Bundesminister Lanc: Das hängt nicht nur von der Planung ab, sondern auch von der Abstimmung der Gestaltung des Gebäudes mit den deutschen Dienststellen, da es sich um einen Grenzbahnhof handelt. Nach unserer Planung bis 1981.

Präsident: Eine weitere Frage. Bitte.

Abgeordneter Dr. Lenzi: Der Bahnhof Kufstein zählt zu den bedeutendsten Grenzbahnhöfen Österreichs. Herr Bundesminister! Werden Sie sich daher persönlich dafür einsetzen, daß dieses dringliche Projekt so rasch als möglich verwirklicht wird?

Präsident: Herr Minister.

Bundesminister Lanc: Das habe ich schon getan.

Präsident: Eine weitere Frage. Bitte, Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Weinberger (SPÖ): Herr Minister! Im Zusammenhang mit den Anfragen über die Neuerstellung beziehungsweise Erweiterung erhebt sich auch eine grundsätzliche Frage der Renovierung von Bahnhöfen beziehungsweise Haltestellen in kleineren Orten. Existiert hier ein Konzept beziehungsweise ein Sanierungsplan, oder bis wann könnte damit gerechnet werden, daß diese desolaten Bahnhöfe in Ordnung gebracht werden beziehungsweise nicht nur die Fassaden renoviert werden, sondern vor allem in den Bahnhöfen die Toiletten und derlei Dinge?

Präsident: Herr Minister.

Bundesminister Lanc: Auf Grund der Aushungerung der Österreichischen Bundesbahnen durch den Eigentümer in bezug auf Investitionen durch mehr als zweieinhalb Jahrzehnte nach dem Zweiten Weltkrieg besteht auf allen Gebieten ein ungeheurer Investitionsrückstand, das ist unbestritten und im übrigen ja die Voraussetzung dafür, daß jetzt höhere Investitionen getätigt werden.

Dabei ist nach Prioritäten vorzugehen, und bei der Bahn liegt es in der Natur der Sache, daß zuerst einmal das, was man zum Transportieren und zum Fahren braucht, also Lokomotiven, Waggons, Unterbau, Signalanlagen, im Vordergrund stehen und dann erst die anderen Investitionen drankommen, denn es wäre ja sinnlos, schöne Bahnhöfe zu haben, aber keine Züge, die dort halten.

Präsident: Anfrage 3: Herr Abgeordneter Egg (SPÖ) an den Herrn Bundesminister.

165/M

Welche Summe steht für den zweigleisigen Ausbau der Westbahnstrecke Innsbruck-Landeck 1976 zur Verfügung?

Präsident: Bitte, Herr Minister.

Bundesminister **Lanc:** Sehr geehrter Herr Abgeordneter! Die Summe, die 1976 für den zweigleisigen Ausbau von Innsbruck in Richtung Landeck zur Verfügung steht, wird 37 Millionen Schilling betragen.

Präsident: Eine Zusatzfrage. Bitte.

Abgeordneter **Egg:** Herr Bundesminister! Welche Mittel wurden 1975 gegenüber dem Voranschlag für die Doppelgleisigkeit dieser Strecke verbaut, beziehungsweise ist schon bekannt, welche Mittel etwa für das Jahr 1977 zum Ausbau des Nahverkehrs Innsbruck-Telfs zur Verfügung stehen?

Präsident: Herr Minister.

Bundesminister **Lanc:** Wir hatten im Voranschlag 1975 11 Millionen Schilling für den Streckenausbau vorgesehen. Auf Grund der 1975 geführten ersten Gespräche über die Errichtung eines schnellbahnmäßigen Verkehrs zwischen Telfs, Pfaffenhofen und Innsbruck mit der Tiroler Landesregierung, vor allem mit den Herren Landeshauptmännern Wallnöfer und Dr. Salcher, hat sich im Jahre 1975 eine Erhöhung dieser Investitionsquote auf 19½ Millionen Schilling ergeben. 1976, also heuer, sollen, wie gesagt, 37 Millionen folgen und 1977 76 Millionen Schilling verbaut werden.

Präsident: Eine weitere Frage. Bitte.

Abgeordneter **Egg:** Herr Bundesminister! Wie aus der Presse zu ersehen war, ist zumindest im Konzept der Österreichischen Bundesbahnen im Zuge des zweigleisigen Ausbaues der Arlbergstrecke für das Jahr 1977 der Ausbau des Bahnhofes Telfs vorgesehen. Sind auch hierfür die finanziellen Möglichkeiten schon in Vorbereitung oder für das Jahr 1977 in Aussicht gestellt?

Präsident: Herr Minister.

Bundesminister **Lanc:** Herr Abgeordneter! Dieses Projekt wird das erste sein, das gemeinsam zwischen dem Bund und einem Bundesland unter Heranziehung von Mitteln aus der Bundesmineralölsteuer verwirklicht werden

wird. Wir sind – das möchte ich anerkennenderweise sagen – gerade in den Gesprächen mit der Tiroler Landesregierung bei diesem Punkt sehr weit gekommen und stehen praktisch vor dem Abschluß dieser gemeinsamen Bemühungen, die darin münden werden, daß mit Sommerfahrplan 1978 auf der genannten Strecke schnellbahnmäßiger Verkehr zwischen der Landeshauptstadt und Telfs-Pfaffenhofen wird aufgenommen werden können.

Präsident: Eine weitere Frage: Herr Abgeordneter Dr. Lenzi.

Abgeordneter Dr. **Lenzi** (SPÖ): Der zweigleisige Ausbau der Westbahnstrecke ist ein unabdingbares Erfordernis. Herr Bundesminister! Kann man heute schon annähernd sagen, bis wann die Teilstrecke von Innsbruck bis Landeck zweigleisig befahrbar sein wird?

Präsident: Herr Minister.

Bundesminister **Lanc:** Den genauen Zeitpunkt kann man noch nicht nennen. Die gesamte Arlbergstrecke ist hinsichtlich Frequenzerwartung einerseits und Ausbaunotwendigkeit für Zweigleisigkeit andererseits in Prüfung. Da die heutige Sicherungstechnik es erlaubt, auch auf nur teilweise zweigleisigen Strecken ein hohes Verkehrsvolumen abzuwickeln, und infolge der hohen Kosten, die ein durchgehend zweigleisiger Ausbau auf dieser Strecke erfordern würde, ist natürlich die Bahn bemüht, diejenige Lösung technischer Art zu finden, die am billigsten ist.

Präsident: Anfrage 4: Herr Abgeordneter Dr. Leitner (ÖVP) an den Herrn Bundesminister.

154/M

Werden seitens der ÖBB aus Gründen der Preisoptik auch in Zukunft Schülerfreifahrten, die aus dem Familienlastenausgleichsfonds bezahlt werden, stärker angehoben als die übrigen Personentarife, wie dies der Rechnungshof in seinem Tätigkeitsbericht über das Verwaltungsjahr 1974 aufzeigt?

Präsident: Bitte, Herr Minister.

Bundesminister **Lanc:** Sehr geehrter Abgeordneter! Es ist nicht daran gedacht – wie Sie sich ausdrücken –, „aus Gründen der Preisoptik“ die Ermäßigungssätze für Schülerfreifahrten zu verändern.

Präsident: Zusatzfrage. Bitte.

Abgeordneter Dipl.-Ing. Dr. **Leitner:** Herr Minister! Am 1. Mai 1974 wurden die bis dahin gleichen Ermäßigungssätze für Schüler und Lehrlinge von 75 Prozent für Schüler auf 60 herab-

Dipl.-Ing. Dr. Leitner

gesetzt. Der Rechnungshof hat festgestellt, daß diese Maßnahme dem Familienlastenausgleichsfonds 190 Millionen Schilling kostet. Am 1. Juni 1975 ist dann die Ermäßigung für Schüler im Kraftlinienverkehr auf 50 Prozent herabgesetzt worden. Daher sind die Tarifsteigerungen normal zirka 10 Prozent und bei den Schülern etwa 25 Prozent gewesen.

Herr Minister, meine Frage ist: Hat bei den Verhandlungen oder bei den Überlegungen über diese einseitigen Fahrpreiserhöhungen die Tatsache eine Rolle gespielt, daß ja diese Kosten vom Familienlastenausgleichsfonds getragen werden und daher den einzelnen nicht direkt belasten?

Präsident: Herr Minister.

Bundesminister **Lanc:** Herr Abgeordneter, nein!

Präsident: Weitere Frage. Bitte.

Abgeordneter Dipl.-Ing. Dr. **Leitner:** Herr Minister! Sie befinden sich zu diesem Punkt im klaren Gegensatz zum Tätigkeitsbericht des Rechnungshofes. Denn dort steht geschrieben: Die Herabsetzung der Ermäßigung lediglich für Schülerfahrten hat nach Auffassung des Bundesministeriums für Verkehr den Vorteil, daß der Verbraucherpreisindex nicht belastet wurde und von der Bevölkerung keine Mehrleistungen gefordert werden mußten, da die höheren Kosten der Schülerbeförderung vom Familienlastenausgleichsfonds getragen werden.

Herr Minister! Was sagen Sie zu dieser Feststellung des Rechnungshofes, und wollen Sie jetzt Ihre Antwort zur ersten Zusatzfrage korrigieren?

Präsident: Herr Minister.

Bundesminister **Lanc:** Ebenfalls nein.

Aber was Ihre jetzige zweite Frage betrifft, ob ich die Meinung des Rechnungshofes teile beziehungsweise welche ich dazu habe, möchte ich dazu sagen, Herr Abgeordneter, daß es dem Rechnungshof natürlich freisteht, seine Meinung zu äußern, aber daß ich mich dieser Meinung nicht anschließen kann, und zwar deswegen nicht, weil die Verkehrsunternehmen gerade beim Schülertransport ungeheure zusätzliche Investitionen machen mußten. Dies gilt nicht nur für die Busbetriebe von Bahn und Post, sondern auch für eine erhebliche Anzahl von privaten Kraftfahrlinien. Daher mußte eine immense Kapazitätsausweitung, mit entsprechender Investitionsfinanzierung verbunden, vorgenommen werden, und daher

waren auch neue Überlegungen betreffend das Ausmaß des Ermäßigungssatzes anzustellen.

Präsident: Eine Frage: Herr Abgeordneter Melter.

Abgeordneter **Melter (FPÖ):** Herr Bundesminister! Hat der Herr Bundeskanzler oder die Frau Staatssekretär Karl als Vorsitzende des Familienpolitischen Beirates versucht, eine bessere Prozentsatzfestsetzung für Schülerfreifahrten zu erwirken?

Präsident: Herr Minister.

Bundesminister **Lanc:** Das war nie eine Streitfrage, daher hat es auch diesen Versuch nicht gegeben. Warum nicht, habe ich gerade in der Beantwortung der vorhergehenden Frage erklärt.

Präsident: Eine Zusatzfrage. Herr Abgeordneter Zittmayr.

Abgeordneter Dipl.-Ing. Dr. **Zittmayr (ÖVP):** Herr Bundesminister! Es wurde ja bereits festgestellt, daß an dieser Vorgangsweise Ihres Ministeriums vom Rechnungshof eine sehr herbe Kritik geübt wurde. Es geht um den Vorwurf, daß man hier praktisch zu Lasten des Familienlastenausgleichs den Abgang der Bundesbahn verringern will.

Dieser Vorwurf ist ganz deutlich zu erkennen, und die Familien haben dafür nicht sehr viel Verständnis.

Es ist festzustellen, daß die treuhändische Verwaltung der Familiengelder in einer Art und Weise erfolgt, die nicht im Interesse der Familien liegt. Es wäre vielleicht zweckmäßiger, den Familienlastenausgleich überhaupt ganz getrennt „selbstverwalten“ zu lassen.

Meine Zusatzfrage geht nun dahin – das wurde bereits von meinem Vorredner kurz angezogen –, ob Sie bereit sind, vor der nächsten Tarifierhöhung den Familienpolitischen Beirat beim Bundeskanzleramt mit dieser Frage zu befassen und dessen Vorschläge zu berücksichtigen.

Präsident: Herr Minister.

Bundesminister **Lanc:** Sehr geehrter Herr Abgeordneter! Bevor es zu einer Tarifregelung kommt, sind, wie auch schon in der Vergangenheit, alle Sektoren der Bundesverwaltung, also auch das Bundeskanzleramt, zu informieren. Eine Einberufung des Familienpolitischen Beirates kann ja nur im Bundeskanzleramt, wo dieser installiert ist, erfolgen.

Bundesminister Lanc

Aber ich sage noch einmal, daß es in Richtung der Ermäßigungen gar keinen Anlaßfall dafür geben wird, da nicht an eine neuerliche Veränderung des Ermäßigungsausmaßes gedacht ist.

Ich darf mir aber noch einen Hinweis auf Grund der Einleitung Ihrer Frage, Herr Abgeordneter, erlauben: Wir haben fast ausschließlich aus Erwägungen des Schülertransportes in den letzten fünf Jahren in Österreich allein bei Bahn und Post über 45 neue Kraftfahrlinien, also neue Linienführungen, eingerichtet. Dazu kommen noch, wie ich glaube, 16 von den privaten Kraftfahrlinien.

Das war also eine erhebliche Investition, die, abgesehen vom Volumen der zu transportierenden Schüler, auch die Netzerweiterung und die dafür notwendigen zusätzlichen Fahrzeuge sowie ihre Erhaltung betroffen hat.

Wenn Sie sagen, die Familien hätten kein Verständnis dafür, möchte ich feststellen: Ich habe darüber in den Wahlversammlungen des vergangenen Herbstes überall ganz offen berichtet, ich habe auch im ländlichen Raum darüber berichtet und sehr viel Verständnis dafür gefunden.

Bundesministerium für Landesverteidigung

Präsident: Wir kommen zur Anfrage 5: Herr Abgeordneter Dkfm. Gorton (ÖVP) an den Herrn Bundesminister für Landesverteidigung.

137/M

Welche Mängel der Bundesheerreform 1971 wollen Sie mit der von Ihrem Ressort ausgearbeiteten Wehrgesetznovelle beheben?

Präsident: Bitte, Herr Minister.

Bundesminister für Landesverteidigung **Lütgendorf:** Herr Präsident! Hohes Haus! Sehr geehrter Herr Abgeordneter! Bevor ich auf die Grundsätze der Wehrgesetznovelle 1976 eingehe, möchte ich zur Fragestellung folgendes feststellen:

Durch die von meinem Ressort ausgearbeitete und von der Bundesregierung beschlossene Novelle zum Wehrgesetz sollen nicht, wie Sie, sehr geehrter Herr Abgeordneter, ausführten, „Mängel der Bundesheerreform 1971“ behoben werden, sondern ich sehe in dieser Vorlage vielmehr einen weiteren Schritt im Rahmen der von der Bundesregierung konsequent verfolgten, auf eine Stärkung der militärischen Landesverteidigung abzielenden Sicherheitspolitik.

Was nunmehr den konkreten Inhalt der Regierungsvorlage betrifft, so enthält sie – in Schlagworten – folgende Schwerpunkte:

Anpassung der Bestimmungen über die Aufgaben des Bundesheeres an die im Zusammenhang mit der verfassungsgesetzlichen Einordnung der umfassenden Landesverteidigung erfolgte Änderung des Artikels 79 Bundes-Verfassungsgesetz,

grundlegende Neuordnung des militärischen Stellungswesens,

Neufassung der Bestimmungen über Truppen- und Kaderübungen auf Grund der bisherigen praktischen Erfahrungen entsprechend den organisatorischen und ausbildungsmäßigen Erfordernissen,

Neuregelung der beruflichen Bildung, die gegenwärtig zeitverpflichteten Soldaten und Wehrpflichtigen, die einen freiwillig verlängerten Grundwehrdienst leisten, zukommt, sowie Einräumung des Anspruchs auf berufliche Bildung auch den „Offizieren auf Zeit“ und schließlich

Neufassung der Bestimmungen über die Dienstfreistellung.

Präsident: Zusatzfrage. Bitte.

Abgeordneter Dkfm. **Gorton** (ÖVP): Herr Bundesminister! Allein die Punkte, die Sie jetzt aufgezählt haben und die anscheinend auf Grund der Bundesheerreform 1971 nicht durchgeführt werden können, stellen unter Beweis, daß die Bundesheerreform 1971 ja doch mit einer Reihe von Mängeln behaftet war. Wenn dem nicht so wäre, dann würden nicht eine Reihe von Expertenäußerungen auch aus den Kreisen Ihres Ministeriums und auch Äußerungen Ihrerseits besagen, daß ab 1. Jänner des kommenden Jahres, falls weiterhin keine Reform beschlossen wird, eine Reihe Mängel vorhanden sein würde.

Herr Bundesminister! Sie haben aber am 20. April in einem Interview, dessen Wortlaut ich hier habe, sehr markige Äußerungen gemacht und unter anderem gesagt: Man muß endlich einmal davon abgehen, die ganze Schuld immer den Soldaten und dem Bundesheer in die Schuhe zu schieben. Die Verantwortung und, wenn man hier sagen darf, der Vergangenheit nach, die Schuld liegt ausschließlich bei den Politikern.

Herr Bundesminister! Da ja bekannt ist, daß die Heeresreform 1971 von den Politikern der Sozialistischen Partei und der Freiheitlichen Partei allein beschlossen wurde, frage ich Sie:

Dkfm. Gorton

Meinten Sie damit die Politiker der Sozialistischen Partei und der Freiheitlichen Partei?

Präsident: Herr Bundesminister.

Bundesminister **Lütgendorf:** Ich darf dazu sagen: Ich meine sämtliche Politiker, die sich seit dem Jahre 1955 mit Fragen des Wehrgesetzes befaßt haben. (*Abg. Pölz: Das haben Sie notwendig gehabt! Prader hat es nie gegeben!*) Ich möchte mich aber in diesen ehrwürdigen Kreis jener genannten Politiker mit einschließen, Herr Abgeordneter; aber man darf mir nicht den Vorwurf machen, wenn vielleicht gewisse Sünden der Vergangenheit jetzt erst wiedergutmacht werden. Ich glaube, dieses Eingeständnis werden Sie mir schon zubilligen.

Präsident: Eine weitere Frage. Bitte.

Abgeordneter Dkfm. **Gorton:** Herr Bundesminister! In dem besagten Interview hatten Sie sich damals lediglich als Fachminister bezeichnet. Ich nehme an, daß Sie zwischenzeitlich ihre Klassifizierung durch den Herrn Bundeskanzler, daß auch Sie Politiker sind, zu dem heutigen Geständnis veranlaßt hat. Ich nehme zur Kenntnis, daß nach Ihrer Äußerung auch Sie dafür mitschuld wären, daß anscheinend beim Bundesheer nicht alles in Ordnung ist.

Ich möchte aber weiters feststellen: Da die von Ihnen zwischenzeitlich eingebrachte Reform oder Novellierung ja anscheinend schon einer Reihe von Änderungen unterworfen ist (*Rufe bei der SPÖ: Frage!*) und Sie in Ihrer Interviewäußerung – auch am 20. April – unter anderem gesagt haben, man muß natürlich gewisse Rückschläge in Kauf nehmen und geht dann zum gegebenen Zeitpunkt – wieder militärisch ausgedrückt – zum Gegenangriff über, frage ich Sie, Herr Bundesminister, weil diese Gegenangriffe ja nicht dafür ausgereicht haben, daß Sie Ihre Novelle ungekürzt einbringen konnten: Denken Sie daran, auf Grund dieses Mißerfolges im Herbst dieses Jahres wie die Herren Minister Bielka und Häuser zurückzutreten?

Präsident: Herr Minister.

Bundesminister **Lütgendorf:** Ich glaube, Herr Abgeordneter Gorton, Sie kennen mich gut genug, um zu wissen, daß ich mich durch so ein leichtes Flankenfeuer in keiner Weise beirren lasse, und ich denke auch nicht, zurückzutreten.

Präsident: Weitere Frage: Herr Abgeordneter Hätzl.

Abgeordneter **Hätzl** (SPÖ): Herr Bundesminister! Es ist doch so gewesen, daß im Jahre 1971,

als die Wehrgesetznovelle erfolgte, eine der Ursachen dafür eine sehr verfehlte Politik der früheren Minister in Fragen des Bundesheeres war.

Kann man jetzt annehmen, daß auf Grund dieser Wehrgesetznovelle 1971 und der Maßnahmen, die nun weiter noch zum weiteren Ausbau und zur Verbesserung zu folgen haben, etwas erreicht wurde, und sind Sie dieser Auffassung, daß nunmehr so große Fortschritte getan sind, daß das Bundesheer seinen Aufgaben, die es im Rahmen unserer Verfassung hat, jetzt und in Zukunft auch gerecht werden kann?

Präsident: Herr Minister.

Bundesminister **Lütgendorf:** Sehr geehrter Herr Abgeordneter! Dazu möchte ich sagen, daß wir gerade in den letzten fünf Jahren sehr wesentliche Fortschritte gemacht haben. Sie wissen: das gesamte Bundesheerreformpaket ist wirklich eine komplexe Angelegenheit mit 43 Punkten, wovon eine große Anzahl bereits abgeschlossen sind, positiv in die Wege geleitet wurden; einige wenige müssen aber noch durchgezogen werden.

Die Verteidigungsdoktrin des vergangenen Jahres, die dem Bundesheer einen klaren Auftrag gegeben hat, ist nun jene Basis, die für uns in der Fortführung der Maßnahmen hinsichtlich der Bundesheerreform maßgebend ist.

Natürlich erfordern aber verschiedene dieser noch vor uns stehenden Maßnahmen auch eine größere Opferbereitschaft. Die möchte ich gerade jetzt hier anläßlich Ihrer Frage, sehr geehrter Herr Abgeordneter, wieder einmal in Erinnerung bringen. Wenn wir auch genötigt sind – und es liegt ja selbstverständlich in unserer Pflicht, auch in unserer Pflicht als Ressortminister –, für ein sehr sparsames Wirtschaften mit den uns zur Verfügung gestellten Geldern Sorge zu tragen, muß ich aber doch anmelden, daß ja auch der Landesverteidigungsplan, der sehr ernsthaft ausgearbeitet wurde, aufzeigt, welche finanziellen Mittel in der Zukunft noch aufzubringen sein werden, um auch tatsächlich der österreichischen Bevölkerung dann ein echtes, sicheres Gefühl des Schutzes durch eine umfassende Landesverteidigung zu bieten.

Präsident: Nächste Frage: Herr Abgeordneter Höchtl.

Abgeordneter Mag. **Höchtl** (ÖVP): Herr Bundesminister! Im Zusammenhang mit der Diskussion über die Mängel der Bundesheerreform 1971 ist auch ein Erlaß des Armeekommandos unter der Zahl 14.467 vom 7. April ergangen

2378

Nationalrat XIV. GP - 27. Sitzung - 10. Juni 1976

Mag. Höchtl

mit dem Ziel, daß hier eine Erhöhung der Durchdienerraten als Folge der drohenden Abversetzung festgelegt wird.

Herr Minister, ich möchte Sie nun fragen: Versucht man mittels eines derartigen Erlasses, mittels Androhung von Repressalien, von Schlechterstellungen die Präsenzdiener zum Durchdienen zu zwingen, oder stehen eventuell andere Überlegungen hinter diesem Erlaß? Denn wenn hier dem Präsenzdiener die Konsequenzen der Nichtverpflichtung dargestellt werden und in Klammer eindeutig festgelegt wird: Versetzung, dann müßte eventuell die Interpretation zulässig sein, daß die Versetzung die Konsequenz einer nicht freiwilligen Verpflichtung wäre.

Herr Minister, könnten Sie diesen Erlaß klarstellen?

Präsident: Herr Minister.

Bundesminister Lütgendorf: Sehr geehrter Herr Abgeordneter! Es tut mir leid, daß ich Sie hier etwas korrigieren muß. Aber als Reserveoffizier müßten Sie wissen, daß ein Armeekommando keine Erlässe herausgibt, sondern nur das Ministerium. Eine Kommandostelle hat Befehle zu geben oder Weisungen. Punkt eins.

Als Punkt zwei darf ich zu Ihrer konkreten Frage nun folgendes sagen: Diese Weisung ist leider irrtümlich - möchte ich sagen - interpretiert worden. Es ist ganz klar, daß wir von jeher auf dem Standpunkt standen, daß bei allen Verbänden, die der Landwehr zugeordnet sind, nur eine bestimmte Anzahl von Durchdienern ist, die wir als sogenannte Systemerhalter benötigen, und die Masse normal den sechsmonatigen Präsenzdienst zu leisten hat, während sich bei der Bereitschaftstruppe, abgesehen vom Kader und den freiwillig verlängerten Grundwehrdienern, die Masse der Soldaten zu acht Monaten verpflichten sollten, wobei auch hier die Freiwilligkeit natürlich weiter besteht.

Wenn sich nun zum Beispiel in einem größeren Garnisonsort, wo wir sowohl Einheiten der Bereitschaftstruppe als auch Einheiten der Landwehr disloziert haben, ergibt, daß sich zum Beispiel bei einem kleinen Verband der Bereitschaftstruppe mehr nur Sechs-Monate-Diener befinden, als für die Aufrechterhaltung der inneren Struktur unbedingt notwendig ist, dafür bei einem Landwehrverband ein Überangebot an Acht-Monate-Dienern ist, so wird hier der interne Ausgleich vorgenommen. Das ist aus rein innerorganisatorischen Gründen unbedingt notwendig.

Aber von der Ausübung eines Druckes oder gar einer strafweisen Versetzung kann keine Rede sein.

Präsident: Wir kommen zur Anfrage 6: Herr Abgeordneter Dr. Neisser (ÖVP) an den Herrn Minister.

138/M

Welche Gründe waren dafür maßgebend, daß Sie die Regierungsvorlage für eine Wehrgesetznovelle dem Nationalrat nicht in ihrer ursprünglichen Fassung, sondern in abgeänderter Form zugeleitet haben?

Präsident: Bitte, Herr Minister.

Bundesminister Lütgendorf: Sehr geehrter Herr Abgeordneter! Wenn ich Ihre Anfrage richtig auslege, so wollen Sie wissen, welche Gründe dafür maßgebend waren, daß die Regierungsvorlage betreffend die Wehrgesetznovelle 1976 gegenüber dem im Ministerrat eingebrachten Gesetzentwurf eine Abänderung erfahren hat.

Hiezu darf ich folgendes feststellen: Der von mir nach Überarbeitung auf Grund des Begutachtungsverfahrens in den Ministerrat eingebrachte Entwurf einer Wehrgesetz-Novelle 1976 ist von der Bundesregierung mit einer einzigen Änderung als Regierungsvorlage beschlossen worden. Zu dieser Änderung kam es, weil die Bundesregierung nach eingehender Beratung zu der Auffassung gelangt ist, daß das mit dieser Novelle angestrebte Ziel auch unter der vorgenommenen Abänderung erreichbar wäre.

Präsident: Eine Zusatzfrage. Bitte.

Abgeordneter Dr. Neisser: Herr Bundesminister! Wir befinden uns in bezug auf die Wehrgesetznovelle in einer etwas grotesken Situation. Es gibt eine Regierungsvorlage, die sich bereits in parlamentarischer Behandlung befindet. Es hat allerdings nach der Beschlußfassung in der Bundesregierung der SPÖ-Parteivorstand offensichtlich einen Beschluß gefaßt, wonach eine zusätzliche Änderung in dieser Novelle geplant sein soll, und zwar in der Weise, daß eine Kommission geschaffen werden soll, die sozusagen die objektivierbaren Kriterien derjenigen feststellt, die für eine zwangsweise Kaderverpflichtung in Frage kommen. Über die nähere Organisation und das Verfahren bei dieser Kommission ist nichts bekannt.

Ich richte daher an Sie die Frage: Wie stehen Sie zu der Idee dieser Kommission?

Präsident: Herr Minister.

Bundesminister Lütgendorf: Sehr geehrter Herr Abgeordneter! Ich glaube, man kann über alle Vorschläge, sofern sie wirklich ernst gemeint sind und eine Verbesserung eines

Bundesminister Lütgendorf

Gesetzes bringen sollen, diskutieren. Ich glaube, Ihre Fragestellung ist doch etwas verfrüht, denn wir haben uns ja noch nicht im Verteidigungsausschuß über die vorliegende Wehrgesetznovelle beraten. Ich glaube, es wäre doch nicht angebracht, hier im Hohen Haus schon einen Vorgriff auf uns erst bevorstehende Diskussionen zu nehmen.

Präsident: Eine weitere Frage. Bitte.

Abgeordneter Dr. **Neisser:** Herr Minister! Ich wollte an sich Ihre Meinung als Ressortminister hören. Diese hätten Sie, glaube ich, ohne weiteres deponieren können, bevor man hier im Parlament näher verhandelt.

Aber gestatten Sie noch eine Zusatzfrage, Herr Bundesminister.

Die Entstehungsgeschichte und die Ereignisse rund um diese Wehrgesetznovelle waren ja nicht gerade erfreulich. Ich muß hier schon kritisch feststellen, daß ein Teil der Ursachen in Ihrem, wie mir scheint, politisch nicht sehr glücklichen Verhalten liegen. Sie haben zwei Tage vor der Beschlußfassung in einem Interview erklärt: Wenn die Novelle nicht so durchgeht, wie Sie es sich vorstellen, so könne die Souveränität dieses Landes nicht verteidigt werden. – Sie haben dann am Tag der Beschlußfassung in einem ORF-Interview festgestellt, das ganze sei ja nur eine Finte gewesen, und haben sich auf Ihre Vergangenheit als Florettfechter bezogen.

Herr Bundesminister! Ich richte an Sie die Frage: Müssen wir damit rechnen, daß Sie bei künftigen Wehrgesetznovellen ebenso fintenreich vorgehen? (*Heiterkeit.*)

Präsident: Herr Minister.

Bundesminister **Lütgendorf:** Sehr geehrter Herr Abgeordneter! Die Frage amüsiert mich. Ich darf dazu sagen, daß ich mir in der Zukunft neue Finten werde einfallen lassen. (*Neuerliche Heiterkeit.*)

Präsident: Nächste Frage: Herr Abgeordneter Zeillinger.

Abgeordneter **Zeillinger** (FPÖ): Herr Bundesminister! Bei der Wehrreform 1971 waren zwei Grundideen, und zwar die Wehrgerechtigkeit und die Freiwilligkeit, die tragenden Säulen.

Meine Frage: Sind Sie bereit, bei den Beratungen der von Ihnen eingebrachten Novelle und auch bei der Arbeit in Zukunft der Freiwilligkeit bei der Anwerbung des Kaderpersonals und den damit im Zusammenhang stehenden Maßnahmen Vorrang einzuräumen?

Präsident: Herr Minister.

Bundesminister **Lütgendorf:** Sehr geehrter Herr Abgeordneter! Sie wissen, daß ja auch in der Novelle extra vorangestellt ist die Freiwilligkeit zur Meldung von Kaderübungen und daß es auch in dem betreffenden Absatz, in dem an die Möglichkeit der Heranziehung von geeigneten Wehrpflichtigen zu Kaderübungen gesprochen wird, ausdrücklich heißt: Wenn nicht die genügende Anzahl von freiwilligen Reservisten zur Verfügung steht, dann können militärische Dienststellen diese oder jene Maßnahmen treffen.

Es bleibt daher die reine Freiwilligkeit nach wie vor die Priorität.

Präsident: Nächste Frage: Herr Abgeordneter Dr. Eduard Moser.

Abgeordneter Dr. **Eduard Moser** (ÖVP): Herr Bundesminister! Ihre vom Herrn Abgeordneten Dr. Neisser hier erwähnte Äußerung, daß die Souveränität Österreichs in Frage gestellt ist, dürfte sich nach der Fachpresse darauf beziehen, daß im Falle der Mobilisierung rund 14.000 Mann Kaderpersonal fehlen werden. Ich nehme an, daß das bedeutet, daß derzeit das Mob-Heer in einem Ernstfall etwa nur zur Hälfte einberufen werden kann.

Bedeutet das, Herr Bundesminister – und sind die Nachrichten, die man darüber hört, richtig –, daß derzeit nur ein Teil des österreichischen Bundesgebietes im Falle einer Mobilisierung den Schutz des Bundesheeres genießen wird? Konkret: Bedeutet das, daß der Großraum von Wien derzeit überhaupt nicht verteidigt werden könnte?

Präsident: Herr Minister.

Bundesminister **Lütgendorf:** Sehr geehrter Herr Abgeordneter! Ich weiß nicht, von welcher Seite Sie diese Informationen beziehen. Ich muß Ihnen wirklich sagen: Sie wurden hier nicht aufschlußreich orientiert. Oder: Der Informant hat nicht die Unterlagen zur Verfügung, die sehr klar und deutlich zum Ausdruck bringen, in welcher Form eine Mobilmachung, nämlich im vollen Umfang, heute und auch in den nächsten Jahren durchgeführt werden kann.

Die Verteidigungsdoktrin schreibt uns klar vor – und das ist für das Bundesheer ein Auftrag des Gesetzgebers –, daß wir das gesamte Bundesgebiet zu verteidigen haben, daß wir den Abwehrkampf an den Grenzen aufzunehmen haben.

Es gibt daher kein Gebiet in unserem Land,

2380

Nationalrat XIV. GP - 27. Sitzung - 10. Juni 1976

Bundesminister Lütgendorf

das ausgespart werden darf. Wir haben auch – das darf ich hier ruhig verraten; das ist kein Geheimnis – in unseren Operationsplänen selbstverständlich nach diesem Sinn die Vorsorgen getroffen.

Präsident: Wir kommen zur Anfrage 7: Herr Abgeordneter Dr. Ermacora (ÖVP) an den Herrn Minister.

139/M

Angesichts der Tatsache, daß derzeit eine Wehrgesetznovelle in parlamentarischer Behandlung steht, frage ich Sie, welchen Inhalt die von Ihnen öffentlich angekündigte neuerliche Wehrgesetznovelle haben soll.

Präsident: Bitte, Herr Minister.

Bundesminister Lütgendorf: Sehr geehrter Herr Abgeordneter! Ebenso wie bei anderen Gesetzesmaterien ergibt sich auch im Wehrrecht immer wieder die Notwendigkeit, der natürlichen Entwicklung eines Sachbereiches – wie ihn insbesondere der militärische Bereich darstellt – und den mannigfaltigen Erfahrungswerten in gewissen Zeitabständen durch entsprechende Legislativmaßnahmen Rechnung zu tragen. Hinzu kommt, daß der in Kürze vom Landesverteidigungsrat zu behandelnde Landesverteidigungsplan legislative Erfordernisse aller Teilbereiche der Umfassenden Landesverteidigung vorsieht. Die Verwirklichung solcher legislativer Erfordernisse in den verschiedenen Bereichen der Umfassenden Landesverteidigung hat sicherlich Rückwirkungen auf das Wehrrecht; davon wird zweifellos auch das Wehrgesetz betroffen sein.

In diesem Zusammenhang soll nicht unerwähnt bleiben, daß durch die beabsichtigte umfassende Neugestaltung des Dienstrechtes der Bundesbediensteten Änderungen des Wehrgesetzes erforderlich sein können. Weiters ist im Interesse der Übersichtlichkeit eine allfällige Neufassung des Wehrgesetzes überlegenswert.

Präsident: Zusatzfrage. Bitte.

Abgeordneter Dr. Ermacora: Herr Bundesminister! Sie haben das jetzt überzeugend vorgelesen. Nur wenn Sie im ORF eine Erklärung abgeben, sprechen Sie etwas anders. Ich darf den ORF vom 27. 4. 1976 zitieren: Daß ich in meinem Kopf natürlich schon wieder die nächste Novelle habe, ist ja klar; darüber heute zu sprechen wäre etwas verfrüht. Dann hatten Sie da auch Ihre Geschichte von Finten und von Doppelfinten angeschlossen. Ich hätte darüber nicht so gelacht, Herr Bundesminister, aber im Volksmund bedeutet Finte einen Schlich.

Ich wollte nur die Frage stellen – da Sie dem Herrn Abgeordneten Dr. Moser auf die Frage geantwortet haben, ob Sie bei Ihrer nächsten Wehrgesetznovelle im Auge haben, daß wir auch ohne Mobilmachung, und darauf kommt es ja an, in drei Fällen der Krisensituation ein Heer haben, das aus dem Stande antreten kann –: Haben Sie das mit Ihrer Wehrgesetznovelle im Auge, von der Sie sagen, daß Sie die nächste schon im Kopf hätten?

Präsident: Bitte, Herr Minister.

Bundesminister Lütgendorf: Ich weiß nicht, warum Sie sich so erregen, Herr Abgeordneter. (Ruf: Er ist schon im nächsten Krieg! – Weitere Zwischenrufe.) Ich darf Ihnen auf Ihre Frage, Herr Abgeordneter, ob ich hinsichtlich dieser drei Krisenfälle eine Nichtmobilmachung im Auge habe, schlicht mit einem Nein antworten.

Präsident: Weitere Frage. Bitte.

Abgeordneter Dr. Ermacora: Wenn Sie meinen, ich errege mich, so muß ich sagen, ich errege mich über Ihre Finten. Das darf ich Ihnen sagen, Herr Bundesminister.

Ich möchte aber hinzufügen: Was stellen Sie sich dann in dieser Wehrgesetznovelle, die Sie im Kopf haben, nach Ihrer Rundfunckerklärung nun wirklich vor?

Präsident: Herr Minister.

Bundesminister Lütgendorf: Das habe ich ja gerade vorhin schon zum Ausdruck gebracht, sehr geehrter Herr Abgeordneter, daß eben eine Neufassung des gesamten Wehrgesetzes notwendig sein wird, daß im Zusammenhang mit den nun weiteren zu erwartenden Legislativmaßnahmen der umfassenden Landesverteidigung natürlich auch rückwirkend das Wehrgesetz gewisse Adaptierungen erfahren wird müssen.

Präsident: Weitere Frage? – Herr Abgeordneter Zeillinger.

Abgeordneter Zeillinger (FPÖ): Herr Bundesminister! Zu dunkel ist mir noch der Sinn der übernächsten Wehrgesetznovelle, die Sie im Kopf haben. Vielleicht hat der Abwehrdienst seinen Schleier darüber gebreitet. Aber wir haben derzeit die nächste Wehrgesetznovelle noch gar nicht bearbeitet, die jetzt im Haus ist, und daher möchte ich Sie fragen, ob Sie bereit sind, Gedanken, die Sie möglicherweise hier im Gespräch für die übernächste haben, schon sinnvollerweise in die nächste einzubauen.

Zeillinger

Da Sie mit uns Freiheitlichen übereinstimmen, daß die Freiwilligkeit gewahrt bleiben soll, darf ich Sie fragen, ob Sie auch der Meinung sind, daß die freiwillig Verlängerten bei der Anhebung des Tagegeldes nicht schlechter gestellt werden sollen als die übrigen Soldaten.

Präsident: Herr Minister.

Bundesminister **Lütgendorf:** Die Frage der Anhebung des Taggeldes für freiwillig verlängerte Grundwehrdiener haben wir auch im internen Bereich anlässlich der Anhebung des Taggeldes für Wehrmänner besprochen. Mir ist ganz klar, daß wir in diesem Punkt eine Anhebung werden vornehmen müssen. Allerdings erscheint es mir im Jahre 1976 noch verfrüht.

Präsident: Keine weitere Frage.

Wir kommen zur Anfrage 8. Herr Abgeordneter Mondl (SPÖ) an den Herrn Bundesminister.

164/M

Nach welchen Zielsetzungen finden in diesem Jahr Übungen der Truppe statt?

Präsident: Bitte, Herr Minister.

Bundesminister **Lütgendorf:** Mit Beginn dieses Jahres wurden neue „Richtlinien für die Durchführung von Übungen“ in Kraft gesetzt. Diese Richtlinien, die sich infolge der in den letzten beiden Jahren vorgenommenen Maßnahmen zur Einnahme der „Heeresgliederung 1972“ sowie der Konsolidierung des „Zielorientierten Ausbildungssystems“ als notwendig erwiesen, bilden die Grundlage für sämtliche im Jahre 1976 stattfindenden Übungen der Truppe.

Ziel der Ausbildung ist es, daß truppenübungspflichtige Soldaten bis zum Ende des Grundwehrdienstes, also 6. Ausbildungsmonat, die Feldverwendungsfähigkeit erreichen, um mit Überführung in die Reserve im Zuge von Truppenübungen in die MobGliederung voll integriert werden zu können.

Das Schwergewicht der Übungen im Jahre 1976 liegt daher auf der Ausbildung der Landwehrverbände im Rahmen der heuer auslaufenden Inspektionen/Instruktionen sowie auf der Durchführung von Waffenübungen verschiedener Art. Darüber hinaus werden Kampfgruppenübungen in den einzelnen Bundesländern durchgeführt und wird zur Überprüfung ergangener Richtlinien in der kommenden Woche eine Raumsicherungsübung abgehalten.

Neben den allgemeinen Zielen für Übungen werden gerade in dieser „Raumsicherungsübung 76“ spezifische Kampfformen der Raum-

verteidigung mit der Zielsetzung erprobt, Grundlagen über Kampfführung, Versorgung sowie Zusammenarbeit mit zivilen Behörden und der Bevölkerung zu erhalten.

Präsident: Zusatzfrage. Bitte.

Abgeordneter **Mondl:** Herr Bundesminister! Nach Ihren jetzigen Auskünften ist also anzunehmen, daß auch im Jahre 1976 sowohl Inspektions- als auch Instruktionsübungen abgehalten und auch die Sechsmonatediener zu Truppenübungen einberufen werden, um alle diese Übungen durchzuführen, die Sie hier aufgezeigt haben.

Können Sie uns mitteilen, Herr Bundesminister, um welche Größenordnungen es sich im Jahre 1976 handelt, wie viele Inspektions- und Instruktionsübungen werden leisten müssen und wie viele zu Truppenübungen aufgefordert werden?

Präsident: Bitte, Herr Minister.

Bundesminister **Lütgendorf:** Da das Jahr 1976 das letzte ist, in dem Inspektionen und Instruktionen alter Art durchgeführt oder abgehalten werden dürfen, wurden die Wehrpflichtigen beziehungsweise die Verbände der Landwehr, die letztmalig in diesem Jahr derartige Übungen durchzuführen haben, ganz besonders selektiert. Es handelt sich hier in der Gesamtheit gesehen um 35.000 Wehrpflichtige der Reserve, welche zu Inspektionen und Instruktionen letztmalig einberufen werden. Darüber hinaus gehen wir genau vor, wie das Wehrgesetz es vorschreibt, und berufen jene Sechsmonate-Diener ein, welche zur Ableistung von Truppenübungen heranstehen, das ist in diesem Jahr die beachtliche Zahl von 65.000 Wehrpflichtigen der Reserve, die zu den zehntägigen Übungen einberufen werden.

Darüber hinaus werden rund 5000 Wehrpflichtige der Reserve zu Kaderübungen herangezogen. Das heißt, daß wir in diesem Jahr ein gewaltiges Pensum in der Fortbildung der Reservisten zu absolvieren haben, weil die Gesamtzahl der Einzuberufenden 105.000 beträgt.

Vielleicht am Rande darf ich noch erwähnen, daß sich allein in den ersten fünf Monaten bereits über 1100 Wehrpflichtige der Reserve zu freiwilligen Waffenübungen von vier und mehr Wochen gemeldet haben. Wir rechnen, daß heuer ungefähr 3000 bis 3400 Wehrpflichtige der Reserve freiwillige Übungen leisten werden.

Präsident: Eine weitere Frage. Bitte.

Abgeordneter **Mondl**: Herr Bundesminister! Sie haben davon gesprochen, daß am 31. 12. 1976 die Inspektions- und Instruktionsübungen auslaufen werden. Wie lange werden jene, die bisher Inspektions- und Instruktionsübungen geleistet haben, auf Grund ihres Ausbildungsstandards im Falle einer Mobilmachung noch einberufbar sein?

Präsident: Herr Minister.

Bundesminister **Lütgendorf**: Dazu ist zu sagen, daß die Inspektionen und Instruktionen ja durch viele Jahre hindurch durchgeführt werden und auch aus manchen Anfragen der Abgeordneten im Parlament hervorging, daß es manche Reservisten gibt, die sogar über zehn Inspektionen und Instruktionen bereits geleistet haben. So können wir auf Grund des tatsächlichen Ausbildungsniveaus, das wir feststellen konnten, sagen, daß für die nächsten drei bis vier Jahre die Masse der bisher ausgebildeten Wehrpflichtigen, die seinerzeit den neunmonatigen Präsenzdienst geleistet haben, nach wie vor noch mobbeordnungsfähig sind, weil sie das, was sie einmal gelernt haben, auch tatsächlich behalten werden; vorausgesetzt natürlich, daß sie in der Zwischenzeit gesundheitlich keinen Schaden erleiden.

Präsident: Weitere Wortmeldung: Herr Abgeordneter Kinzl.

Abgeordneter **Kinzl** (ÖVP): Herr Minister! Für den Termin vom 6. bis 11. Juni wurden viele Landwirte zu Truppenübungen einberufen. Gerade in der Zeit, wo die Heuernte stattfindet, ist das völlig unmöglich.

Ich frage Sie daher, Herr Minister: Werden Sie dafür sorgen, daß gerade Landwirte zu günstigeren Zeiten ihre Truppenübungen ableisten können?

Präsident: Herr Minister.

Bundesminister **Lütgendorf**: Sehr geehrter Herr Abgeordneter! Wir nehmen weitgehend Bedacht auf die saisonale Arbeit, natürlich auch in der Landwirtschaft. Ich verstehe auch ein bißchen etwas von Landwirtschaft, vielleicht als Waldbauer mehr von Waldwirtschaft. Aber ich sehe auch jetzt ein, nachdem die Heumähd schon beginnt: Tatsache ist, daß vom Beginn des Frühjahrs, von der Frühjahrssaat angefangen, bis in den späten Oktober hinein, der Landwirt in seinem Betrieb voll beschäftigt ist.

Wir können nicht einfach diese große Gruppe der Wehrpflichtigen der Reserve nur zu Wintersoldaten ausbilden. Wir sind daher auch

genötigt, im Sommerhalbjahr Truppenübungen durchzuführen. Aber zehn Tage lassen sich verkraften. Denken Sie daran, wie das in der Schweiz ist. Dort sind die Wiederholungskurse drei Wochen, und diese werden durchgeführt, und auch die Landwirtschaft floriert in der Schweiz.

Präsident: Die Fragestunde ist beendet.

Einlauf und Zuweisung

Präsident: Den in der letzten Sitzung eingebrachten Antrag 30/A der Abgeordneten Dr. Fischer, Dr. Koren, Peter und Genossen betreffend ein Bundesgesetz, mit dem das Bundesgesetz über die Förderung der Presse sowie das Bundesgesetz über die Förderung der staatsbürgerlichen Bildungsarbeit im Bereich der politischen Parteien sowie der Publizistik geändert werden, weise ich dem Verfassungsausschuß zu.

Ich gebe bekannt, daß die Regierungsvorlage: Abkommen zwischen der Republik Österreich und der Sozialistischen Föderativen Republik Jugoslawien zur Änderung des Abkommens über die Verbringung von Waren im Kleinen Grenzverkehr vom 22. April 1968 (203 der Beilagen) eingelangt ist.

Ich werde diese Regierungsvorlage in der nächsten Sitzung zuweisen.

1. Punkt: Debatte betreffend die Berichte des Bundeskanzlers und des Bundesministers für Finanzen über die wirtschaftliche Lage Österreichs

Präsident: Wir gehen in die Tagesordnung ein und gelangen zum 1. Punkt: Debatte betreffend die Berichte des Bundeskanzlers und des Bundesministers für Finanzen über die wirtschaftliche Lage Österreichs.

Zum Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Dr. Taus. Ich erteile es ihm.

Abgeordneter Dr. **Taus** (ÖVP): Herr Präsident! Hohes Haus! Wir haben gestern vom Herrn Bundeskanzler und vom Herrn Finanzminister Berichte zur wirtschaftlichen Lage gehört, nach dem guten alten österreichischen Motto: Alles gerettet.

Es war allerdings weder etwas Neues drinnen noch etwas Aktuelles, sondern der Herr Bundeskanzler und der Herr Finanzminister haben sich

Dr. Taus

gestern sehr viel Lob selbst gespendet. Das ist ihre Sache. Aber sie können nicht verdecken, daß erstens die Finanzpolitik der Regierung zu einer tiefen Budgetkrise geführt hat, daß zweitens die Finanzpolitik der Regierung konzeptlos ist und von der Hand in den Mund lebt und daß drittens die Finanzpolitik der Regierung unsozial ist, weil die Versuche, die Budgetlöcher zu stopfen, zwangsläufig die Masse der Bevölkerung treffen müssen. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Es trifft die Masse der Lohn- und Gehaltsempfänger, die Masse der Selbständigen, einfach die überwältigende Mehrheit der Bevölkerung.

Viertens: Diese fehlerhafte Finanzpolitik der Regierung wird einfach Einfluß auf die wirtschaftliche Entwicklung in Österreich haben.

Als die große Rechtfertigung dieser falschen Politik wird nun die Sicherung der Vollbeschäftigung angeführt. Meine sehr geehrten Damen und Herren! Das ist eine Irreführung der Öffentlichkeit. Lassen Sie mich kurz darlegen, warum.

Die Österreicher bekommen nun nicht die Rechnung präsentiert für die beschäftigungspolitischen Maßnahmen aus dem Jahre 1975, sondern sie bekommen die Rechnung präsentiert für die falsche Budgetpolitik, die diese Regierung vom ersten Budget an, für das sie die Verantwortung trägt, betrieben hat. In den Hochkonjunkturjahren 1972 und 1973 ist die Staatsschuld kräftig gestiegen und sind die Voranschläge bei weitem nicht eingehalten worden. Daraus resultiert einfach die Lage, in der wir uns heute befinden. Kein Wunder, daß dann 1975 und auch 1976 das Budget im wahrsten Sinn des Wortes explodiert.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Kein Wort gegen Vollbeschäftigungspolitik - im Gegenteil. Aber alles gegen eine Darstellung, die die Sicherung der Arbeitsplätze als Vorwand für die Rechtfertigung eines unrichtigen Budgetkonzeptes benützt. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Herr Finanzminister! Ich habe hier vor einigen Monaten eine kleine Rechnung unter für Sie sehr günstigen Annahmen aufgemacht. Ich möchte sie wiederholen. Steigen nämlich bis 1980 Ihre Ausgaben jährlich um 10 Prozent und Ihre Einnahmen um 15 Prozent, dann haben Sie 1980 noch immer ein Defizit von rund 30 Milliarden Schilling. Also selbst unter diesen günstigen Voraussetzungen können Sie in dieser Legislaturperiode keinen budgetpolitischen Spielraum mehr gewinnen.

Nun greifen Sie und die Regierung dem Staatsbürger in die Tasche, und zwar in einer Art, wie es bisher in der Zweiten Republik noch

nie der Fall gewesen ist und wie es noch nie ein Beispiel gegeben hat. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Ich möchte nun den Zickzackkurs der Regierung, das fehlende Konzept, anhand von Äußerungen des Herrn Bundeskanzlers und des Herrn Finanzministers darstellen. Bekanntlich haben Sie ja in Ihren Berichten darauf hingewiesen, daß Sie mäßig optimistisch sind, was die wirtschaftliche Lage anlangt. Ich darf darauf hinweisen, daß wir, die Österreichische Volkspartei, und zwar nicht aus taktischen Gründen, bereits Ende des vergangenen Jahres die Auffassung vertreten haben, daß sich die wirtschaftliche Lage bessern wird.

Aber wie schnell hier Meinungen geändert werden, zeigt die „Sozialistische Korrespondenz“ vom 12. Mai 1976, also vor knapp einem Monat, wo es heißt:

Die Globalzahlen zeigen, daß der gegenwärtige Rückschlag kein unbedeutendes Intermezzo ist. Wir stehen vielmehr mitten in einer veritablen Krise, betonte Kreisky, und alle bisherigen Anzeichen reichen nicht aus, um von einer Wende zu sprechen.

Also binnen vier Wochen sind wir nun auf dem Weg eines mäßigen Optimismus. Ich muß sagen, das ist eine Prognosewende, die jedes Tempo übertrifft, das man bislang gehabt hat.

Aber auch der Herr Finanzminister hat in seiner Budgetrede - ich möchte auch das hier zitieren - gesagt: „Dies ist auf Grund der gegenwärtigen weltwirtschaftlichen Lage, die kaum Anzeichen einer baldigen Erholung erkennen läßt, absolut geboten.“

Ich meine, meine sehr geehrten Damen und Herren, wenn man sich in einem ganz kurzen Zeitraum so gewaltig irrt, dann ist es sehr schwierig, ein budgetpolitisches Konzept auch nur in den Ansätzen zu erarbeiten.

Aber nun gestatten Sie mir, daß ich auch ein wenig gewissermaßen in die Chronik der Finanzpolitik dieser Regierung hineingehe. Das Budget hat gewissermaßen die erste große Belastungswelle gebracht: Mehrwertsteuer, Posttarife, Einheitswerterhöhung, einige öffentliche Tarife und Gebühren, Zigaretten und Salzpreise. Das war im Budget drinnen. Das wurde erhöht.

Bereits im Jänner ist man draufgekommen, bei der ersten Notklausur im Sachseingang, das wird nicht reichen. Im Jänner hat man schon gesehen, daß man damit nicht das Auslangen finden wird, daß die Löcher im Budget zu groß werden. Da hat man die zweite Belastungswelle begonnen. Diese zweite Belastungswelle hat vor allem die Autofahrer, die Pendler betroffen,

Dr. Taus

indem die Kfz-Steuer erhöht wurde, die Bundesmehrwertsteuer, der Benzinpreis, die Autohaftpflichtversicherung, und die Erhöhung von Sozialversicherungsbeiträgen ist auch angekündigt worden.

Das war der zweite große Block der Belastungswelle. Dazu gibt es auch ein interessantes Zitat. In der Zeitung „Auto Touring“ hat Bundeskanzler Dr. Kreisky im September 1975 wörtlich gesagt:

„Wollte man den Individualverkehr, also das private Auto, mit untragbaren und allzu großen Belastungen versehen, so würde man das Auto, das eben erst begonnen hat, Allgemeingut zu werden, wieder zu einem Privileg der Reichen machen. Daß dies eine sozialistische Regierung nie zulassen würde, versteht sich von selbst.“ Das war im September 1975.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Lassen Sie mich fortfahren mit den Bocksprüngen, die es hier innerhalb weniger Monate gegeben hat.

Die dritte Belastungswelle, die Einschränkung der Sparförderung, läuft nun, sie ist gestern, soviel ich weiß, schlußverhandelt worden. Ich werde mich damit noch etwas näher auseinandersetzen.

Und die vierte Belastungswelle, meine sehr geehrten Damen und Herren, steht vor der Tür, denn am 14. und 15. gibt es die zweite Notklausur. Was bei der herauskommt, kann ich noch nicht sagen, aber es wird über die Vermögensteuer geredet, es wird über andere Dinge geredet.

Also in einer kurzen Zeit immerhin viermal eine Korrektur, vier Belastungswellen. So etwas, meine sehr geehrten Damen und Herren, hat es in diesem Land noch nie gegeben! *(Beifall bei der ÖVP.)*

Zwischendurch gab es aber einige interessante Stellungnahmen.

Der Herr Finanzminister hat am 16. Dezember 1975 dem Abgeordneten Suppan geantwortet, daß für 1976 mit der Erschließung neuer Einnahmen nicht gerechnet werden müsse, daß dies nicht vorgesehen ist.

Am 25. Feber 1976 hat der Herr Minister dem Abgeordneten Sandmeier auf die Frage: „Wann soll das von Ihnen angekündigte Budgetkonzept zur Sanierung der Staatsfinanzen ausgearbeitet werden?“, geantwortet: „Ich habe nie ein Budgetkonzept zur Sanierung der Staatsfinanzen angekündigt, aber sehr wohl eines als Grundlage für die Budgeterstellung des Jahres 1977.“ Und er hat dann weiter gesagt, daß es keine Budgetsanierung gibt.

Ich glaube Ihnen schon, Herr Minister, daß all die Maßnahmen, die Sie hier treffen, noch immer keine Budgetsanierung sind. Sie sind noch immer nicht so weit, weil die Verschätzungen, die hier im Budget drinnen sind, in der Zweiten Republik ebenfalls einmaliger Natur sind.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Wir werden in dieser kurzen Zeit wahrscheinlich eine Belastungswelle haben – ich weiß ja nicht, was bei der Notklausur herauskommt –, die ungefähr 20 Milliarden Schilling beträgt. 20 Milliarden Schilling, meine sehr geehrten Damen und Herren, sind ein „Rekord“, ein „Rekord“, an den bisher niemand im Zusammenhang mit Steuererhöhungen überhaupt zu denken gewagt hat.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Lassen Sie mich dazu noch etwas sagen. Alle Steuersenkungen, die gemacht wurden, die ja immer nur eine teilweise Abgeltung der Inflation bedeutet haben, sind durch diese Welle weitestgehend überkompensiert. Sie sind alle weg, sie sind verschwunden, die Belastung der Bevölkerung hat sich erheblich – erheblich! – erhöht und erheblich verstärkt.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Und das, obwohl – und auch das sei in diesem Zusammenhang gesagt – die Steuererträge, und zwar bei einzelnen Steuern, nicht schlecht sind. Ich erinnere mich noch gut an die lange Diskussion über die aufkommensneutrale Umsatzsteuer, über die Mehrwertsteuer.

Der Herr Minister hat in den ersten vier Monaten – das sind die veröffentlichten Zahlen – im Bereich der Umsatzsteuern rund 4,5 Milliarden Schilling mehr eingenommen.

Ich frage Sie, wenn man zurückrechnet, wo ist hier die Aufkommensneutralität? Hier ist doch wieder eine gewaltige neue Belastung in der Mehrwertsteuerreform drinnen, eine gewaltige neue Belastung! Immerhin muß man sehen, daß auch die Lohnsteuer gewaltig gestiegen ist, das heißt, die Einnahmen aus der Lohnsteuer sind kräftig gestiegen.

Und obwohl – das möchte ich besonders betonen – die Steuereingänge in den ersten vier Monaten gar nicht schlecht gewesen sind, ist überhaupt keine Rede davon, daß man auf ein vertretbares Budgetdefizit kommen kann.

Nun gestatten Sie mir, Herr Minister, daß ich vielleicht eine kleine Rechnung aufmache, eine kleine Rechnung, die ich nur ganz grob machen kann, die auf meinen Schätzungen beruht.

Das Defizit des Grundbudgets hat 36 Milliarden Schilling betragen. Dieser Betrag ist in der

Dr. Taus

Zwischenzeit um die 3 Milliarden Schilling der freigegebenen Stabilisierungsquote und um die 1 Milliarde Schilling für die Kapitalerhöhung der Banken auf etwa 40 Milliarden Schilling erhöht worden. Nun wird es kleinere Überschreitungen geben, die sicherlich so zwischen 1 und 2 Milliarden liegen werden.

Wir haben Sie darauf aufmerksam gemacht, daß Sie den Personalaufwand unterbudgetiert haben. Ich bin der Auffassung, daß Sie mindestens 3 Milliarden Schilling mehr für den Personalaufwand brauchen werden. Ich glaube, daß Sie etwa – wahrscheinlich sogar mindestens – 2 Milliarden Schilling mehr für den zusätzlichen Sozialaufwand brauchen werden. Ich weiß nicht, wie das mit den Bundesbahnen aussieht, ich könnte mir durchaus vorstellen, daß es dort Mindereinnahmen so um die Milliarde Schilling, wahrscheinlich sogar mehr, geben wird. Dem gegenüber dürften Mehreinnahmen von rund 2 Milliarden Schilling stehen.

Das bedeutet insgesamt gesehen, daß das Ausgabenvolumen des Grundbudgets in der Höhe von rund 215 Milliarden Schilling meiner Schätzung nach um etwa 10 bis 11 Milliarden Schilling schon jetzt überschritten sein dürfte und das Budgetdefizit wahrscheinlich um 8 bis 10 Milliarden Schilling höher sein wird als veranschlagt.

Unter diesen Voraussetzungen kann ich mir durchaus vorstellen, daß man Notklausuren machen muß, auch wenn von der aktuellen Problematik her in den Berichten der beiden Herren, des Herrn Dr. Kreisky und des Herrn Dr. Androsch, nichts enthalten gewesen ist.

Aber nun erhebt sich, meine sehr geehrten Damen und Herren, die dramatische Frage – ich ersuche Sie nun, Herr Finanzminister, uns das zu sagen –, wie sich die Situation im Budget 1976 abspielt. Wie schaut dieses Budget 1976 jetzt aus, und wie wird es sich Ihrer Meinung nach in diesem Jahr entwickeln? Nach fünf Monaten muß man das nun schon wissen. Sind meine Überlegungen richtig, habe ich mich geirrt, ich schließe das gar nicht aus. Aber das ist die Problematik, in der wir jetzt drinnenstecken.

Und das zweite ist, meine sehr geehrten Damen und Herren, etwa um diese Zeit, wenn ich die Budgetmechanik noch so richtig im Kopfe habe, müßte man von den Ressorts nun schon so ungefähr wissen, wie die Anforderungen aussehen. Wie schaut denn das aus? Wie schaut denn hier nun ungefähr die Lawine aus, die für das Jahr 1977 auf uns zurollt? Ich weiß schon, jetzt beginnen erst die Budgetverhandlungen, aber man hat dann schon ein Gefühl, wie diese Dinge ausschauen, man hat ein

Gespür dafür, was da drinnen ist, was drinnen sein muß, wie die Dinge nun laufen werden.

Ich glaube, wir haben ein Recht darauf, in der jetzigen Situation dies zu erfahren. Ein Recht haben wir darauf! *(Beifall bei der ÖVP.)*

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Gestatten Sie mir nun, daß ich auf den jüngsten Maßnahmenblock im Bereich der Sparförderung eingehe. Ich möchte mit einem *ceterum censeo* beginnen, mit einem *ceterum censeo*, daß hier wiederum, wenn ich das so sagen darf, ein etwas larmoyanter Umgang mit dem Recht zu sehen ist. Da die Gesetze ja erst kommen, werden heute Verträge abgeschlossen, die später durch Gesetze korrigiert werden.

Das ist etwas, was, wenn Sie wollen, gegen den Geist des Rechtes verstößt. Es gilt noch immer der Grundsatz in der ganzen Rechtsordnung, daß Verträge gehalten werden sollen und daß sich Menschen im wesentlichen auf die Regelungen, die in Gesetzen enthalten sind, verlassen können sollen.

Aber das ist die Art, mit dem Recht umzugehen, die wir Ihnen sehr oft vorwerfen. Es ist jetzt nicht die Frage, daß Sie in dieser Frage nicht formal richtig gehandelt hätten, nein, gar nicht. Das ist einfach das, was ich mit dem Geist des Rechtes bezeichnen möchte, daß Recht Kontinuität hat, daß es auf Dauer wirken, daß auf rechtliche Vorschriften Verlaß sein soll. Das ist die Basis des Rechtsstaates, nicht allein der formale Rechtserzeugungsprozeß.

Und da ist nun in der letzten Zeit eine große Zinsendebatte in Diskussion geraten, gestatten Sie mir, daß ich dazu einiges sage. Aber zunächst einmal zum Block der geänderten Sparförderungsmaßnahmen. Das ist ja ein viel größerer Block, als man zunächst einmal annehmen möchte.

Zunächst einmal die Überlegung: Warum hat es denn dieses Prämienkontensparen gegeben? Das hat ja einen Grund gehabt. Das hat den Grund gehabt, daß man dem kleinen Sparer eine kleine Inflationsabgeltung geben wollte. Das ist der Sinn des Prämienkontensparens: eine kleine Inflationsabgeltung. Wenn Menschen längerfristig Mittel binden, sollten sie diese sicher anlegen können und einen Ertrag daraus haben – unbeschadet der Inflation –, der so etwa zwischen 2 und 3 Prozent im Jahr liegt. Das waren diese rund 9½ Prozent, die diese Sparförderung gebracht hat.

Wenn ich also nun um 2 Prozent reduziere, so bedeutet das, daß der Ertrag für die Menschen aus dieser Sparförderung auf rund Null gestellt wird, minimal geworden ist. Das bedeutet, daß ihnen diese Möglichkeit, der Inflation zu

Dr. Taus

entkommen, genommen wird. Das ist doch die entscheidende Frage dabei, auch wenn sich der Herr Finanzminister, ich weiß nicht, 200 Millionen, 250 Millionen dabei einsparen wird. Aber die entscheidende Frage ist hier, daß bei diesem Prämiensparen die Realverzinsung gegen null gedrückt wird und die Masse der Sparer wieder keine Chance hat, auch wenigstens nur gering der Inflation zu entkommen. Das ist das entscheidende Problem dabei. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Denn es ist ja ohnedies klar, daß der Sparer gewissermaßen eine Inflationssteuer auf Spareinlagen zahlt. Das ist die entscheidende Frage. Wenn ich also meine Spareinlagen anlege, weniger Zinsen bekomme, als die Inflation ausmacht, dann hat das dieselbe Wirkung wie eine Vermögensbesteuerung; das ist ja nichts anderes für den einzelnen, es hat auch volkswirtschaftlich sogar eine ähnliche Wirkung. Und darauf muß man bitteschön Bedacht nehmen. Hier wird also ganz bewußt ein Umverteilungsprozeß wahrscheinlich zugunsten der öffentlichen Hand und zu Lasten des kleinen Sparers vorgenommen, und das soll hier eindeutig festgehalten werden. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Und dann gibt es ja das zweite große Problem: das Bausparen. Das Bausparen hatte einen großen gesellschaftspolitischen Sinn. Der Sinn dieses Bausparens ist, Eigentumswohnungen und Eigenheime zu fördern und mit relativ billigen Zinsen Menschen die Möglichkeit zu geben, sie zu bauen. Das ist der gesellschaftspolitische Sinn dieses Bauspargesetzes und der Bausparförderung. Die Bausparförderung heißt also, daß die Gesellschaft und der Staat bereit sind, die Bildung von Eigentum im Wohnungsbereich zu unterstützen und zu fördern. Dem Staat war das so wichtig, daß er viele steuerliche Anreize gegeben hat für Bausparer, die nicht bauen wollten, die aber mit ihrer Sparleistung dazu beigetragen haben, daß der Topf für diese Eigentumswohnungsbauten wesentlich größer wird, als er geworden wäre, wenn nur die echten Bauer, diejenigen, die Häuser bauen beziehungsweise Eigentumswohnungen erwerben wollen, allein gespart hätten. Das ist der Sinn des Bausparens und der Sinn dieser Maßnahme.

Und nun - das soll hier klar ausgedrückt werden, das war auch immer die Linie der Österreichischen Volkspartei, die das Wohnungseigentum, man kann das sagen, in Österreich ins Leben gerufen hat und die immer auf der Linie der Eigenheimbewegung gelegen ist als ein gesellschaftspolitisches Ziel - wird durch diese Änderung des Bausparsystems wahrscheinlich 1 Milliarde Schilling aus diesem

Bauspartopf herausgenommen! Rund 1 Milliarde Schilling.

Ich nehme es zunächst einmal so an. Was heißt denn das? Nun, das heißt, daß ungefähr 1500 Eigentumswohnungen weniger gebaut werden können, das heißt, daß wahrscheinlich rund 800 bis 1000 Eigenheime weniger gebaut werden können, das heißt also, daß der Topf, der nun für Eigentumsbildung im Wohnungsbereich zur Verfügung steht, einfach kleiner geworden ist.

Und wird dann noch dazu die Absicht der Regierung ebenfalls realisiert, daß man den Genossenschaftswohnungsbau auch in die Bausparfinanzierung hineinnimmt, dann wird dieser Topf für den Eigentumswohnungsbau noch kleiner gemacht werden.

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Mich überrascht das nicht! Denn die Sozialistische Partei war immer eigentumsfeindlich, und die ÖVP war immer eigentumsfreundlich - und auch das muß einmal festgehalten werden. *(Beifall bei der ÖVP.)* Das ist einfach das Problem, um das es hier geht. Die Linie, die die Regierung geht, ist einfach konsequent. Sie ist sozialistisch. Eine klare sozialistische Linie. Und das, bitteschön, verdient auch, festgehalten zu werden.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Gestatten Sie mir nun, daß ich einige Bemerkungen zur Zinspolitik mache. Zunächst einmal: der Zins ist keine starre Größe. Wir müssen uns hier über eines im klaren sein: Daß es zwischen dem Zinsniveau in einer Wirtschaft und der Inflationsrate in einer Wirtschaft Zusammenhänge gibt, und zwar Zusammenhänge, die man ungestraft nicht längerfristig unterbrechen darf. Und um diese Situation geht es jetzt. Das ist die Problematik, vor der wir im Augenblick stehen.

Was heißt denn das, daß Kreditzinsen auf die Dauer nicht unter der Inflationsrate liegen können und daß den Menschen Anlagemöglichkeiten geboten werden müssen, die es zumindest ermöglichen, die Inflation für sie, für ihr persönliches Vermögen abzufangen? Das ist ebenfalls ein gesellschaftspolitisches Ziel, denn sonst kommt es in der Volkswirtschaft zu einer Umverteilung; sonst wird die Masse derjenigen, die spart und Geldvermögen bildet, einfach benachteiligt. Ihre Vermögensmassen werden durch diese Politik gedrückt, und es kommt heraus, daß der Sparer bestraft und der Schuldner belohnt wird. Das ist die Formel, nach der man hier in dieser Frage vorgehen kann. Damit wird der Vermögenskonzentration Vorschub geleistet, und damit wird die Vermögensbildung der Masse der Bevölkerung, die ja Vermögen im wesentlichen nur in Form von Geldvermögen bilden kann, schwer gestört.

Dr. Taus

So ist die Problematik hier zu sehen, auch im Bereich der Sparförderung, die wir haben, und auch im Bereich der Zinspolitik. Ich möchte mich gleich ganz kurz damit beschäftigen, denn damit wird etwas gestört, und das kann schwere Folgen für eine Wirtschaft und für einen Staat haben. Es wird eine wichtige Funktion des Geldes ausgehöhlt, nämlich die Funktion, Werte aufzubewahren, die meisten Menschen können eben nur in Form von Geld Werte aufbewahren. Und wenn sie diese Möglichkeit nicht mehr haben, dann wird diese Funktion ausgehöhlt, und das hat wieder erhebliche gesellschaftspolitische Konsequenzen, weil dies eben einfach bedeutet, daß die Menschen Vertrauen in die Möglichkeit, Werte in Geldform aufzuheben, verlieren. Es dauert dann relativ lang, bis ein solches Vertrauen wiederhergestellt wird.

Was ist nun konkret in Österreich passiert? – Nun, zunächst die sogenannte Niedrigzins-Politik. Meine sehr verehrten Damen und Herren! Einmal die Fakten. Wir haben natürlich bei der hohen Flüssigkeit des Kreditapparates seit mindestens einem Jahr eine echte Niedrigzinspolitik, das heißt also, es ist heute einerseits in Ordnung befindlichen Firma leicht möglich, zu etwa 8,5 Prozent einen Kredit zu kriegen, also nahe an der Inflationsrate. Das ist ein für europäische Verhältnisse durchaus niedriger Satz.

Wir haben zweitens, wenn ich das auch sagen darf, immer in Zeiten so großer Flüssigkeit die vielen Möglichkeiten, mit kurzfristigen Vorlagen und ähnlichem zu arbeiten. Jeder weiß, daß das eine sehr günstige Form für den Kreditnehmer ist. Was redet man daher von Niedrigzinspolitik?

Wenn ich mir dieses Agreement anschau, das hier geschlossen wurde, so ist die Frage der Senkung der Zinssätze für die Wirtschaft, ich bitte schön, etwas, das nicht einmal eine Augenauswischerei ist. Denn wie heißt es denn da? Da heißt es:

Senkung der Zinssätze für alle Schilling-Kontokorrent- und Personalkredite gegenüber dem Stichtag vom 31. Dezember 1975, unter Einrechnung der seit diesem Zeitpunkt durchgeführten Senkungen um einen Prozentpunkt mit Wirksamkeit ab 1. Juli 1976.

Also das, was bisher passiert ist seit Jahresende, wird eingerechnet.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Da ist so viel passiert, daß wahrscheinlich überhaupt nichts mehr einzurechnen ist, das heißt: Alle, die darauf vertraut haben, daß also nun durch Anordnung der billigen Zins kommt, werden enttäuscht sein, denn der Markt hat

ihnen das längst gegeben, was die Anordnung nachher erst versucht hat, der Öffentlichkeit einzureden. Das ist einmal ein Punkt, der auch verdient, hier festgehalten zu werden.

Wenn ich nun zur Senkung der Bankrate komme, die gestern beschlossen wurde und die gewissermaßen ein Signal für die Niedrigzinspolitik sein soll, muß ich sagen: Das ist überhaupt kein Signal, sondern diese Senkung der Bankrate gestern war nichts anderes, als daß man nachvollzogen hat, was längst in der Wirtschaft und im Kreditapparat durch gewesen ist. Man hat nur konstatiert; man ist nachgegangen und hat auf einen Zustand aufmerksam gemacht, der ohnedies schon vorhanden gewesen ist.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Daher ist also diese ganze Diskussion um die Zinssenkungen mit hoher Wahrscheinlichkeit eine Schimäre.

Aber nun gestatten Sie mir, auf die Eckzinssatzdiskussion einzugehen, das heißt, auf die berühmten fünf Prozent.

Hier hat es in der SPÖ – und ich verstehe das – ein Tauziehen gegeben; ein Tauziehen um die Politik, die man dort einschlagen kann, und das ist auch richtig. Denn dieser Eckzinsfuß ist ja etwas ganz anderes, als man es normalerweise interpretiert hat. Er hat auch eine soziale Komponente, und zwar eine sehr stark soziale Komponente, nämlich die, daß damit der Mindestpreis für die Masse der Sparer festgelegt wird, den sie auf jeden Fall bekommen müssen.

Ich glaube, wenn man unter der derzeitigen Situation auf den 1. 1. 1977 eine Änderung des Eckzinsfußes festlegt, so zeigt das, daß man erstens unsozial handelt und daß man zweitens in die Zukunft hineinschaut, wo kein Mensch sagen kann, wie das Zinsniveau sich am 1. 1. 1977 entwickeln wird. Es ist eher anzunehmen, daß es sich international gesehen schon stabilisieren wird, ja daß es wahrscheinlich sogar wieder leicht ansteigen wird. Ich halte daher diese Abmachung für etwas, das, gelinde gesagt, nicht seriös ist. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Was damit erhöht wird, ist die Inflationssteuer für den kleinen Sparer, nichts anderes als die Inflationssteuer für den kleineren Sparer. Es wird ihm wieder ein Stück von seiner Vermögensbildung hier abgeschnitten, und das ist etwas, womit wir uns nicht zufriedengeben können, weil wir wissen, was Vermögensbildung für eine Gesellschaft, und zwar für eine freie Gesellschaft, bedeutet. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Nun ein paar Sätze zu den Berichten zur Lage, die wir

Dr. Taus

gestern gehört haben. Außer Eigenlob steht hier nicht sehr viel drinnen. Die Regierung feiert sich selbst, indem sie sagt: Wir haben die Lage gemeistert. Nun, die Österreicher sind bisher durch jede Rezession gekommen, ob das 1958/59 war, ob das 1967/68 war und auch 1975. Wir sind tadellos durchgekommen, wie es einfach Tradition in unserem Lande ist. Aber nun eines, und das müssen wir klar und deutlich hier ausdrücken: Wir haben damals vorher eine richtige Budgetpolitik in den Jahren der Hochkonjunktur gehabt, sodaß wir diese Explosion des Budgets in Krisenjahren nicht mehr gehabt haben, wie wir sie jetzt haben. Wir leiden ja jetzt darunter, daß wir 1971, 1972, 1973, 1974 die Fehler gemacht haben, nicht 1975.

Niemand wendet sich gegen beschäftigungssichernde Maßnahmen. Aber eine Frage taucht nun im einzelnen auf: Ja, wer hat gehalten, warum ist Österreich so gut – das muß ich sagen – durchgekommen? Wir sind gut durchgekommen aus einem Grund, der in den Berichten überhaupt nicht erwähnt wurde: Wir sind gut durchgekommen, weil die große Masse der mittleren und kleineren Betriebe, weil die große Masse der Dienstleistungsbetriebe, weil der Fremdenverkehr und weil die Landwirtschaft gehalten haben. Das war der Grund, warum Österreich nicht tiefer hinuntergerutscht ist! *(Beifall bei der ÖVP.)*

Hier muß man einmal der ökonomischen Wahrheit die Ehre geben. Diese Bereiche, diese österreichische Wirtschaftsstruktur, die Sie, meine Herren von der Sozialistischen Partei, durch viele Jahre hindurch angegriffen haben, waren es. Durch viele Jahre haben Sie sie angegriffen, durch viele Jahre haben Sie gesagt, daß die mittlere und kleinbetriebliche Struktur dieses Landes etwas Überholtes ist, etwas Atavistisches ist, das korrigiert gehört. Heute wissen wir, daß das genau die Stabilitätsbereiche dieser Wirtschaft sind, daß genau dort am wenigsten verloren wurde. Und wenn wir sie nicht gehabt hätten, wenn Sie mit Ihrer Wirtschaftspolitik durch viele Jahre hindurch durchgekommen wären, dann hätten wir in dieser Krise ganz anders ausgeschaut. Das muß man auch einmal klar und eindeutig hier festhalten, das läßt sich ja auch an Hand der Zahlen beweisen.

Wir haben im Handel im Jahre 1975 ein Wachstum von plus 1,7 Prozent gehabt. In den sonstigen Diensten, also in dem gewaltigen Dienstleistungssektor, der ja ungefähr so groß ist wie der produzierende Sektor in dieser Wirtschaft, haben wir plus 2,5 Prozent gehabt. Wir haben in der Land- und Forstwirtschaft plus 6,2 Prozent gehabt. Das heißt, wir haben hier drei gewaltige Bereiche dieser Wirtschaft, die in der

Krise gehalten haben. Und wir haben, meine sehr geehrten Damen und Herren, im Gewerbe nur einen Rückgang von 4 Prozent gehabt, die Industrie hatte einen solchen von 7,8. Das heißt, hätten wir nun hier eine andere Struktur gehabt, dann wäre es uns, meine sehr geehrten Damen und Herren, auch in dieser Krise weit übler ergangen als dadurch, daß wir in Österreich eine Wirtschaftsstruktur haben, die sich unter den derzeit gegebenen Verhältnissen als günstig, ja ich möchte fast sagen als optimal, im Verhältnis zu anderen Staaten ausweist. *(Beifall bei der ÖVP.)* Da drin liegen ja einige der Hauptpunkte, liegt ein wesentlicher Punkt, warum es gelungen ist, hier halbwegs durchzutauchen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Gestatten Sie mir noch ein paar Worte. Jener große Bereich der Wirtschaft also, den die SPÖ seit vielen Jahren hindurch bekämpft hat, in dem noch immer die Mehrzahl der Österreicher arbeitet, dort, wo sie Strukturveränderungen verlangt hat, ist relativ stabil gewesen. Ihm verdanken wir zu einem guten Teil unsere Position. Aber, meine sehr geehrten Damen und Herren, ich habe in diesem Bericht nicht ein Wort des Dankes an die Millionen Menschen in allen Unternehmungen, im öffentlichen Bereich und wo immer sie tätig sind, gefunden. Ja, meine sehr geehrten Damen und Herren, eine Wirtschaft wird doch nicht von einer Regierung gemacht. Eine Wirtschaft wird von Millionen arbeitenden Menschen gemacht! Kein Ton, die Regierung hat alles gerichtet. Meine sehr geehrten Damen und Herren, das kann nicht akzeptiert werden! *(Beifall bei der ÖVP.)*

Was ist denn das Entscheidende? Das Entscheidende ist einfach die Überlebenskraft einer Wirtschaft, der Fleiß und die Tüchtigkeit der Menschen, die in dieser Wirtschaft tätig sind, ihr Leistungswille, ihre Leistungsbereitschaft; der führt dann aus der Krise heraus, der bringt es dazu, daß man sie überwinden kann, daß jeder jedem Geschäft nachrennt, das sind die Kräfte, die in der Wirtschaft drinnen sind. Und die sind in Österreich Gott sei Dank gut, aber dafür kann diese Regierung nichts. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Nicht einmal erwähnt worden sind die Leistungen der Unternehmungen in dieser Rezession und die Leistungen der dort Beschäftigten. Und da gilt halt nur ein Satz: Das Gefährliche an der Hybris ist, daß sie körperlich nicht weh tut. Das ist das Problem, dem wir uns hier gegenübersehen, das ist hybrid, wie die Dinge hier dargestellt wurden. Sie entsprechen einfach nicht der Wahrheit und nicht der Realität. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Gestatten Sie mir noch einige wenige Bemerkungen.

Dr. Taus

kungen: In beiden Referaten ist der Hinweis, daß die österreichische Wirtschaft europareif gemacht werden sollte, enthalten. Ich möchte Ihnen hier eines sagen: Seit weit mehr als zehn Jahren ist diese österreichische Wirtschaft europareif. Ja wie wäre sie denn überhaupt so weit gekommen? Das ist doch eine Argumentation, die wenig Sinn hat, jetzt die Europareife der Wirtschaft zu verlangen! Sie ist europareif, und was wir tun müssen, ist, zu versuchen, sie europareif zu halten. Das ist die Gefahr, in der wir jetzt stehen. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Aber das müssen wir nach anderen Prinzipien machen als nach denen, die zum Beispiel der Herr Bundeskanzler vertritt. Ich habe hier ein Zitat von ihm aus dem Jahre 1972, wo er gesagt hat: Die Inflation sei der Preis dafür, daß Österreich gegenüber anderen Ländern wirtschaftlich aufhole. Das hat seinen Preis. Es wirkt sich bei den Preisen aus. – Ich weiß nicht, was er damit gemeint hat, vielleicht hat er geglaubt, wer die höheren Preise hat, überholt den anderen schneller. *(Heiterkeit bei der ÖVP.)* Aber ich glaube nicht, daß das so gemeint gewesen ist, sondern man hat gemeint, es ist hier vielleicht ein Schmierer der Wirtschaft gewesen, ein Ankurbeln. Das ist der große Irrtum. Die Inflation gefährdet letztlich die Beschäftigung, und nur ein stabiler Geldwert hält auf die Dauer die Vollbeschäftigung. Das ist eine Erkenntnis, zu der, glaube ich, zurzeit schon sehr viele gekommen sind *(Zwischenruf bei der SPÖ.)*, zu der sehr viele gekommen sind, Herr Kollege.

Ich glaube, daß wir in der Inflationsbekämpfung keine sehr glückliche Figur gemacht haben und auch in Zukunft wahrscheinlich, wie die Dinge jetzt liegen, nicht machen werden. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Nur noch eine Bemerkung. Auch vom Aufholen der österreichischen Wirtschaft war in den letzten Jahren nichts zu bemerken. Die Statistiken zeigen eindeutig, daß wir nichts aufgeholt haben, sondern unsere Position eben gehalten haben, gar nicht mehr ist hier gewesen.

Lassen Sie mich zum Schluß kommen. Das, worum es in diesen Berichten geht, ist ein gewaltiges Ablenkungsmanöver, ein Ablenkungsmanöver, das von der tiefen Budgetkrise, in die diese Regierung hineingeraten ist, einfach wegführen soll. Ich glaube, noch so viel Eigenlob kann nicht darüber hinwegtäuschen, daß für die Österreicher nun die Zahljahre angebrochen sind. Sie werden einfach zur Kasse gebeten werden und sie werden zur Kasse gebeten! *(Abg. Kern: „Vier weitere gute Jahre“!)*

Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Eines gilt eben: Sozialismus ist für jeden eine sehr, sehr teure Angelegenheit, und das beginnen nun die Staatsbürger zu merken. *(Lebhafter langanhaltender Beifall bei der ÖVP.)*

Präsident: Nächster Redner ist Herr Abgeordneter Dr. Fischer. Ich erteile ihm das Wort.

Abgeordneter Dr. Fischer (SPÖ): Sehr geehrter Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Zunächst nur ein paar kurze Bemerkungen zu den Ausführungen meines Vorredners.

Herr Dr. Taus! Ob in diesen Berichten nichts Neues war, soll das Parlament beurteilen. Aber ich würde an Ihrer Stelle auf keinen Fall diesen Vorwurf erheben, wenn ich dann hinterher eine Rede halte, in der so eklatant wenig Neues enthalten ist, wie das bei Ihrer jetzigen Rede zum Wirtschaftsbericht der Fall war! *(Beifall bei der SPÖ.)*

Neu war höchstens, daß Sie mit einigen Sätzen, mit einigen Nebensätzen, die Argumentation zerschlagen haben, die Ihre Partei bei früheren Budgetdebatten und bei früheren Wirtschaftsdebatten verwendet hat. Darauf werde ich noch zu sprechen kommen.

Zweitens: Sie sagten, diese Regierung mache eine extrem unsoziale Budgetpolitik und Politik überhaupt. *(Ruf bei der ÖVP: No na!)* Wenn es, meine Damen und Herren, unsozial ist, die Vollbeschäftigung zu sichern, wenn es unsozial ist, die Reallöhne zu erhöhen, wenn es unsozial ist, die Sozialausgaben seit 1970 überproportional zu steigern beziehungsweise mehr als zu verdoppeln, dann bekennen wir uns zu einer solchen „unsozialen“ Politik. Haben Sie den Mut, sich von dieser Politik zu distanzieren, meine Damen und Herren! *(Beifall bei der SPÖ.)* – *Abg. Brandstätter: Die kleinen Sparer müssen das bezahlen!*

Noch etwas: Sie sprechen dauernd von einer „Notklausur“ der sozialistischen Regierung. Ich will mit Ihnen nicht über die Terminologie streiten, aber wenn Sie dauernd von der „Notklausur“ reden, dann denken Sie wohl allzusehr an Ihre eigene Regierungszeit, denn diese Bundesregierung hält seit Jahren jährlich drei oder vier Klausurtagungen ab, und sie wird es – davon bin ich überzeugt – auch in Zukunft noch viele Jahre so halten. *(Abg. Dr. Koren: Wollen Sie uns schrecken, Dr. Fischer?)*

Das von der „Notklausur“ haben Sie erfunden. Sie scheinen an Ihre eigenen Erfindungen zu glauben. Aber das ist halt Ihr Problem und hat mit Objektivität wenig zu tun, meine Damen und Herren! *(Neuerlicher Beifall bei der SPÖ.)* – *Abg. Kern: Sie sollten einmal Exerzitzen machen! – Heiterkeit.)*

Dr. Fischer

Wenn wir schon beim Begriff „unsozial“ sind – ich will die Diskussionsdiskussion über das Problem der Sparzinsen und des Eckzinssatzes jetzt nicht vorwegnehmen –, möchte ich sagen: Mir ist nicht bekannt, Herr Dr. Taus, daß Ihnen früher, als Sie in einer anderen beruflichen Tätigkeit waren, ein Eckzinssatz von 3,5 Prozent zu niedrig war. Aber jetzt sind Ihnen die 4,5 Prozent zu niedrig. Wenn ich mich nicht täusche, haben sich die Ihrer Partei nahestehenden Vertreter von Kreditinstitutionen nicht dagegen gewendet, diese Senkung vorzunehmen. *(Abg. Dr. Taus: Ich war für die 5 Prozent!)* Da ist schon ein gewisses Umdenken vorgenommen worden; ob es eines zum Besseren ist, darüber soll die Öffentlichkeit entscheiden.

Nun noch eine letzte Bemerkung zu der Rede von Dr. Taus, zu den Punkten, die er hier angeschnitten hat. Sie sagen, der heute auszubadende Fehler liege darin, daß die Finanzschulden 1972 und 1973 so gestiegen sind.

Wenn ich mir die Zahlen anschau, stelle ich fest, daß die Finanzschulden im Verhältnis zum Bruttonationalprodukt im Jahre 1970 12,7, 1971 11,4, 1972 10,6, 1973 wieder 10,6 und 1974 9,9 Prozent betragen haben.

Herr Dr. Taus! Die Finanzschulden wären vielleicht gestiegen, wenn wir damals den Lizitationsanträgen der ÖVP gefolgt wären. Das haben wir aber wohlweislich vermieden. *(Beifall bei der SPÖ.)* Daher sollte man sich über solche Zahlen nicht hinwegschwindeln. *(Abg. Dr. Keimel: Da hat Ihnen der Finanzminister falsch eingeschätzt, Herr Dr. Fischer!)*

Wenn Sie einige Prognosen oder Überlegungen für die Zukunft angestellt haben, so gebe ich zu, daß wir vor Problemen stehen, die wir heute diskutieren, und wir unsere Standpunkte einander gegenüberstellen. Der Standpunkt der Regierung und unser Standpunkt ist, daß das zur Verfügung stehende Instrumentarium eingesetzt wurde, um eine Wirtschaftspolitik zu machen, die den internationalen Konjunkturrückschlag von Österreich, soweit es geht, fernhält, die Vollbeschäftigung sichert und zu erreichen versucht, daß Österreich im Preisniveau unter dem Durchschnitt der OECD-Länder liegt. Das ist unser Standpunkt.

Ihr Standpunkt, Herr Dr. Taus, ist, daß die Wirtschaftspolitik völlig verfehlt war, daß früher und auch jetzt Fehler gemacht wurden, daß unerträgliche Belastungen notwendig sind und in Zukunft ein völliges Scheitern zu verzeichnen sein wird. Herr Dr. Taus! Die Zukunft wird zeigen, wer heute recht hat.

Aber wir haben ja heute nicht die erste wirtschaftspolitische Debatte, wir stellen heute

nicht zum erstenmal die verschiedenen Positionen einander gegenüber. Wenn wir versuchen, einen Blick in die Richtung zu tun, wer denn in der Vergangenheit recht behalten hat, dann ergibt sich an Hand objektiver Zahlen ein ganz anderes Bild.

Ich möchte daher heute ganz systematisch vorgehen und mir nicht irgendwelche Zahlen aussuchen aus dem einen Bereich, wo die absolute Zahl günstiger ist, und aus dem anderen Bereich, wo der Prozentsatz günstiger ist, und aus dem dritten Bereich, wo ich mit Italien vergleiche, weil da etwas besonders Schönes herauskommt, sondern ich will einfach ganz realistisch fragen nach den Grunddaten der wirtschaftlichen Entwicklung als Ergebnis der Politik dieser Bundesregierung im Verhältnis und in Gegenüberstellung zu Ihren Positionen.

Ich beginne ganz am Anfang, aber es wird trotzdem rasch gehen. Am 27. Dezember 1970 hat sich ÖVP-Klubobmann Koren gegenüber der „Presse“ geäußert, und die „Presse“ hat das so zusammengefaßt:

„Kritische Phase für Mitte 1971 erwartet.“
„Koren sieht für SPÖ schlechte Zeiten kommen. Ende der Hochkonjunktur prophezeit.“

Das war die Prophezeiung der ÖVP im Jahre 1970.

Die Wirklichkeit des Jahres 1971 – ich rufe es Ihnen rasch in Erinnerung –: ein Wirtschaftswachstum in Österreich von 5,3 Prozent, der OECD-Durchschnitt betrug 3,4 Prozent, also ein weit überdurchschnittliches Wachstum, Preissteigerungen in OECD-Europa 6,6 Prozent, in Österreich 4,7 Prozent; die Arbeitslosenrate betrug 2,1 Prozent. Diese Arbeitslosenrate war besser als irgendwann in der Zeit zwischen 1966 und 1970. Das war das Resultat Ihrer Prophezeiung: Wirtschaftskrise Mitte 1971.

Aber es hat nichts genützt. Die ÖVP ist nicht vorsichtiger geworden. Im Jahr 1971 haben Sie genau so fortgesetzt: Die Kassandrarufer Korens für 1972 waren, die Regierung habe nicht den Mut, „wenigstens ein paar Zipfelchen jener Wahrheit“ zu lüften, was 1972 auf die Österreicher zukommt.

Das ist 1971 gesagt worden. Herr Dr. Taus! Da waren Sie noch nicht in der Politik, umsomehr Berechtigung habe ich, das heute in Erinnerung zu rufen.

Was ist 1972 auf die Österreicher zugekommen? Ein Rekordwirtschaftswachstum von 6,4 Prozent, der OECD-Durchschnitt war 4,5 Prozent – ich nehme immer dieselben Vergleichswerte, um wirklich faire Zahlen zu liefern –, eine Preissteigerungsrate von 6,3 Prozent in Öster-

Dr. Fischer

reich (*Abg. Staudinger: 5 Prozent hatte der Finanzminister anvisiert!*), 6,5 Prozent im OECD-Durchschnitt, und es ist sogar gelungen, die Arbeitslosenrate noch unter 2 Prozent, auf 1,9 Prozent, zu drücken. Diese Rate lag wieder tief unter den Werten der Arbeitslosigkeit zwischen 1966 und 1970.

Aber auch aus diesen Fehlprognosen lernte die ÖVP nicht. Im Jahre 1972 haben wir zum erstenmal einen Wirtschaftsbericht gehabt. In der Debatte über diesen Wirtschaftsbericht prophezeite am 6. Juli 1972 ÖVP-Klubobmann Koren für das kommende Jahr sehr unerfreuliche Entwicklungen, insbesondere „starke Anpassungsschwierigkeiten“ im Zusammenhang mit dem EWG-Arrangement.

Die Regierung werde von den Ereignissen „völlig überrollt“, wurde von ÖVP-Seite am 18. Oktober 1972 gesagt. Sie habe größte Schwierigkeiten „durch Sorglosigkeit und Unbekümmertheit gegenüber wirtschaftspolitischen Fragen in sträflicher Weise heraufbeschoren“. Und weiter: Die Regierung steht der Entwicklung – wörtliches Zitat – „offensichtlich hilflos gegenüber“. (*Ruf bei der ÖVP: Hat eh gestimmt!*)

Debatte über den Wirtschaftsbericht 1972. Prognose für das Jahr 1973. Was waren die Resultate, meine Damen und Herren?

Wirtschaftswachstum in Österreich 5,8 Prozent, wiederum über OECD-Europa. Sie sagen, wir holen nicht auf. Wir haben sehr wohl aufgeholt, Herr Dr. Taus: Wirtschaftswachstum 5,8 Prozent gegenüber 5,5 Prozent im OECD-Durchschnitt!

Reallohnsteigerung rund 4 Prozent. Ich werde darauf bei der Zusammenfassung noch zu sprechen kommen.

1973 war das Jahr des Erdölschocks. Natürlich Preissteigerung. 7,6 Prozent in Österreich, OECD-Europa 8,7 Prozent, wir waren also 1,1 Prozent besser als der europäische Durchschnitt! (*Zwischenrufe des Abg. Staudinger.*)

Aber die ÖVP, völlig unbekümmert, zum drittenmal falsch prognostiziert, setzt diesen Kurs fort. Wieder die Katastrophenpropaganda – man fragt sich manchmal, ob da nicht ein bestimmter Zweck damit verfolgt wird, aber bitte sehr –, wieder die Katastrophenpropaganda für das nächstfolgende Jahr: Am 25. Juli 1973 Pressekonferenz Koren. Die „Kronen Zeitung“ schreibt am nächsten Tag: „Ein Wirtschaftsgewitter droht im nächsten Frühjahr“.

In gleicher Weise haben Sie sich in der Budgetdebatte im Herbst 1973 geäußert.

Wie hat das „Wirtschaftsgewitter“ des Jahres

1974 ausgeschaut? Da können wir doch über Zahlen reden, über konkrete Zahlen, und das machen, was Sie angeblich immer so gern tun, Herr Dr. Taus!

Die Arbeitslosigkeit im „Wirtschaftsgewitterjahr“ 1974 war 1,5 Prozent. Das ist ein Rekordwert: ich glaube, Österreich hat seit 1945 nie eine so niedrige Arbeitslosenrate gehabt.

Das Wirtschaftswachstum war mit 4,1 Prozent genau doppelt so hoch, Herr Dr. Taus, als in OECD-Europa.

Die Preissteigerungen in Österreich haben damals 9,5 Prozent betragen, in OECD-Europa 13,5 Prozent, wir waren um 4 Prozent günstiger als der Durchschnitt der europäischen Industriestaaten.

Reallohnsteigerungen von 3 Prozent. (*Abg. Dr. Taus: ... nicht vergleichen!*)

Wissen Sie, mir kommt das so vor, wie wenn ein Sportjournalist bei jedem Autorennen sagt: Heute wird der Niki Lauda aus der Kurve fliegen! Und der gewinnt das Rennen. Nächstes Mal sagt er: Aber diesmal wird er bestimmt einen Defekt haben! Und er gewinnt wieder das Rennen. Und nach vier falschen Prognosen sagt er wieder: Der wird bestimmt heute einen Unfall haben (*Zwischenruf des Abg. Staudinger*), und wenn dann allenfalls einmal der Niki Lauda nur Zweiter würde (*Zwischenruf des Abg. Dr. Taus*), würde er sagen: Na habe ich es nicht immer gesagt, habe ich es nicht immer prognostiziert, meine Damen und Herren? (*Lebhafte Zustimmung bei der SPÖ.*)

Dabei sind wir noch gar nicht „nur“ – unter Anführungszeichen! – Zweiter, sondern haben ja, wie ich Ihnen in dieser schönen Liste zeigen werde, weiterhin Zahlen und Resultate, die sich sehen lassen können. (*Abg. Staudinger: Zitieren Sie doch den Bundeskanzler ...!*)

Wie ist es weitergegangen, wie war es vor dem nächsten „Autorennen“?

Am 6. November 1974 hat der ÖVP-Klubobmann gesagt: Der „Versuch, sich mit der wackligen Kulisse dieses Budgets noch über die nächsten Wahlen retten zu können“ – 6. November 1974 (*weitere Zwischenrufe des Abg. Staudinger*) –, „ist längst mißlungen“. Sie haben noch hinzugefügt: „Der Anspruch auf den Besitz der absoluten Mehrheit für die SPÖ ist längst der Vergangenheit anheimgefallen.“ Wir diskutieren heute nicht, Herr Professor Koren, über Fehlprognosen im politischen Bereich, sonst müßte ich diese hier auch auflisten, wir diskutieren nur über Fehlprognosen im wirtschaftlichen Bereich.

Und was das Jahr 1975 betrifft, so ist

Dr. Fischer

allgemein bekannt, daß dieses europäische Krisenjahr tatsächlich auch in Österreich Wachstumsverluste gebracht hat. (*Abg. Staudinger: Ja wieso denn?*) In einem Jahr, meine Damen und Herren, in dem die Preissteigerungsrate im OECD-Durchschnitt Europas wiederum bei 13,5 Prozent war, in dem die Arbeitslosenrate in vielen Ländern über der 5-Prozent-Marke lag und in dem der Durchschnitt des Wirtschaftswachstums in ganz Europa wesentlich zurückgegangen ist, konnte sich natürlich Österreich von dieser Entwicklung – das steht ja völlig außer Zweifel, das haben Sie auch aus den Wirtschaftsberichten gehört – nicht völlig absentieren.

Aber mit einem Wachstumsrückgang von 2 Prozent sind wir neuerlich und zum fünftenmal günstiger gelegen als der europäische Durchschnitt.

Mit der Preissteigerungsrate von leider 8,4 Prozent sind wir sogar um 5 Prozent günstiger gewesen als der Durchschnitt der europäischen Industriestaaten.

Und mit einer Arbeitslosigkeit von 2,0 Prozent hat Österreich wirklich die Vollbeschäftigung gehalten. (*Abg. Libal: Das hat den Taus aus der Kurve geschmissen!*)

Und das ist eine Leistung, die dieser Regierung niemand absprechen kann, meine Damen und Herren! (*Beifall bei der SPÖ.*)

Ich glaube, daß diese Leistung umso größer ist, als Sie, Herr Dr. Taus, am 18. November 1975 von diesem Pult hier wörtlich erklärt haben – ich zitiere –: „Alle Versicherungen, daß die Vollbeschäftigung gehalten werden kann, brechen ja mit jedem Tag mehr in nichts zusammen.“ (*Abg. Dr. Taus: Stimmt ja!*) Und in der gleichen Rede – Sie haben wahrscheinlich von Italien geredet, aber hier haben Sie so getan, als würden Sie von Österreich reden, Herr Dr. Taus! (*Heiterkeit und Zustimmung bei der SPÖ. – Ruf bei der ÖVP: 100.000 Arbeitslose!*) – haben Sie von diesem Rednerpult aus gesagt: „Es ist völlig klar . . . , daß die 100.000 Arbeitslosen, die von Ihnen“ – der Bundesregierung – „noch vor wenigen Monaten als eine Horrorzahl bezeichnet wurden, schon da sind, ja im Hochwinter überhaupt nicht mehr zu verhindern sind.“

Herr Dr. Taus! Sie hätten die 100.000 nicht verhindern können, aber die Bundesregierung mit ihrer Politik hat sie verhindert! (*Lebhafter Beifall bei der SPÖ.*)

Ich glaube, nach dieser Prognose des ÖVP-Obmannes, daß die 100.000 Arbeitslosen überhaupt nicht zu verhindern sind, ja schon da sind, kann man doch einigermaßen mit Recht sagen, daß es eine umso größere Leistung ist, daß diese Zahl doch vermieden werden konnte, daß die

Arbeitslosigkeit relativ gering gehalten werden konnte, daß wir diese Zahlen erzielt haben, die heute vorliegen.

Und eines fällt mir auf, Herr Dr. Taus: Im Oktober, November vorigen Jahres, als Sie geglaubt haben, daß die Arbeitslosigkeit hoch wird, haben Sie ununterbrochen von der Arbeitslosigkeit geredet, denn da haben Sie gemeint, daß das der wunde Punkt der Regierungspolitik ist. Jetzt, wo sich herausstellt, daß das Problem der Arbeitslosigkeit in einem erfreulichen Maße gemeistert wurde, jetzt reden Sie nur mehr von anderen Dingen, nur mehr von Bankzinsen und so weiter, aber von der Vollbeschäftigung reden Sie nicht mehr. Daher werden wir davon reden, meine Damen und Herren! (*Beifall bei der SPÖ.*)

Und so komme ich doch zu einem Maßstab für die Bewertung Ihrer politischen Aussagen. Ich habe versucht, immer unter Verwendung gleicher Vergleichsmaßstäbe: immer österreichische Werte – Durchschnitt der OECD-Staaten zu argumentieren. Sie haben uns seit 1970 dauernd die Katastrophe prophezeit und Sie haben mit diesen Prophezeiungen glücklicherweise nie recht behalten. (*Zwischenruf des Abg. Dr. Kohlmaier.*) Und daher sind wir der Meinung, daß Sie auch heute mit Ihren Argumenten danebenliegen (*Abg. Dr. Taus: Wir haben nur vom Budget geredet!*), meine Damen und Herren, und aus politischen Motiven argumentieren, aber nicht aus wirtschaftlicher Einsicht.

Das durchschnittliche Wirtschaftswachstum, um das zusammenzufassen, von 1971 bis 1975 ist: 3,9 Prozent in Österreich gegenüber 2,6 Prozent im OECD-Durchschnitt.

Die durchschnittliche Preissteigerungsrate ist: 7,2 Prozent gegenüber 9,7 Prozent im OECD-Durchschnitt.

Die durchschnittliche Arbeitslosenrate ist: 1,8 Prozent.

Die durchschnittliche Reallohnsteigerung ist: 3,6 Prozent; wenn ich es richtig im Kopf habe, war sie 1967 bis 1970, in den vier Jahren der ÖVP-Regierung, 3,2 oder 3,3 Prozent, und es ist daher Ihre Argumentation auch von diesem Gesichtspunkt her falsch. . . (*Abg. Dr. Kohlmaier: Da müssen Sie aber nachschauen!*) Wir werden dann nachschauen, es wird einer meiner Nachredner darauf zu sprechen kommen, und Sie werden sehen, daß diese Zahlen richtig sind, meine Damen und Herren. Das heißt: Aus lauter Einzeljahren, die angeblich alle wirtschaftspolitisch katastrophal falsch waren – falsche Budgetpolitik, falsche Arbeitsmarktpolitik, falsche Währungspolitik –, ist in Summe ein Resultat hervorgebracht worden (*Abg. Dr.*

Dr. Fischer

Kohlmaier: Rekordbesteuerung!), das Sie nicht zustande gebracht haben, meine Damen und Herren, wo Sie in Ihren Werten weit dahinter zurückgeblieben sind! (*Abg. Staudinger: Warum haben Sie dann einen Katastrophengipfel am . . . ?*) Das reden Sie sich ja nur ein, daß das ein Katastrophengipfel ist, Herr Staudinger.

Natürlich, wenn man auf die jüngste Phase der wirtschaftlichen Entwicklung abstellt (*Abg. Dr. Kohlmaier: Ausgesackelt werden wir alle!*), dann wird man nicht umhin können festzustellen, daß eines ein Faktum ist: Wenn ich das Jahr 1974, das einen Wachstumsrückschlag, Wachstumseinbußen um 2 Prozent gebracht hat, überbrücke und die Vollbeschäftigung halte, wenn ich das Jahr 1974 überbrücke und trotz der Wachstumseinbußen Reallohnsteigerungen erziele, dann ist natürlich klar, daß ich im Jahr 1976 hier mit Vorsicht, mit Zurückhaltung, mit Augenmaß Politik machen muß. Dann ist es natürlich klar, daß es nicht so geht, wie sich das Ihr Kollege Gasperschitz, Ihr Kollege Frühwirth oder Ihre Kollegin Hubinek gestern vorgestellt haben. Denn wenn es nach denen ginge, dann würde man natürlich bei den Gehältern noch mehr in die Höhe gehen.

Wenn ich Ihre Anträge bezüglich Studienbeihilfen, bezüglich Familienbeihilfen anschau, muß ich feststellen, da ist Ihnen nichts zu teuer, meine Damen und Herren! Nur wenn wir dann addieren, wenn wir dann einen Strich drunterziehen und sagen: Wieviel kostet denn das?, dann wollen Sie von den Zahlen nichts wissen, dann werfen Sie uns das hohe Defizit vor, das noch viel höher wäre, wenn man Ihrer Politik folgen würde. (*Beifall bei der SPÖ. - Präsident Minkowitsch übernimmt den Vorsitz.*)

Meine Damen und Herren! Wir wollen der Bevölkerung diese Zusammenhänge klarmachen. Wir wollen der Bevölkerung sagen, daß im Jahr 1976 gewisse Dinge nicht möglich sind, und zwar deshalb nicht möglich sind, weil wir im Jahr 1975 eine Politik gemacht haben, die die Vollbeschäftigung gesichert und Einkommensverluste verhindert hat. Wenn Sie es der Regierung so schwer wie möglich machen wollen, wenn Sie es als eine sinnvolle Oppositionspolitik betrachten, das der Regierung so schwer wie möglich zu machen, so können wir Sie daran nicht hindern. Wir werden Ihnen keine Ratschläge geben. Nur eines können wir nicht kommentarlos durchgehen lassen: Erstens: daß Sie die Höhe des Defizits im Staatshaushalt anprangern, aber trotzdem immer wieder und heute noch neue Anforderungen an das Budget stellen. Das zum ersten.

Zweitens: daß Sie einen Kampf gegen die Teuerung verlangen, aber wichtige Elemente dieses Kampfes gegen die Teuerung blockieren oder zumindest kritisieren, weil Sie sie nicht blockieren können.

Drittens: daß Sie den Mut zur Wahrheit nur dauernd von der Regierung verlangen, aber selbst eigentlich nur den Mut zur - ich sage jetzt nicht: Demagogie, sondern ich sage - unsachlichen Argumentation haben.

Diese drei Dinge, meine Damen und Herren, müssen in aller Form einmal festgehalten werden.

Und jetzt vielleicht noch zu ein paar grundsätzlichen Fragestellungen, die damit auch im Zusammenhang stehen und über die man sprechen muß.

Der Wirtschaftsrückschlag, mit dessen Folgen wir uns in Österreich, womit sich aber auch andere Länder beschäftigen, ist weltweit. Seine Ursachen liegen zweifellos auch in den Mechanismen unserer Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung. Es ist daher naheliegend und sogar geboten, Herr Dr. Taus, darüber nachzudenken, wie man die positiven Elemente unserer Wirtschaftsordnung und Gesellschaftsordnung erhalten, negative Elemente dieser Gesellschaftsordnung aber überwinden oder reduzieren kann. Denn wenn es in den USA seit 1971 praktisch kein Jahr gibt, in dem die Arbeitslosigkeit unter 5 Prozent liegt - nur in einem einzigen, glaube ich, waren es 4,9 Prozent -, wenn in der größten Industriemacht der westlichen Welt die Arbeitslosigkeit praktisch ständig über 5 Prozent liegt, meine Damen und Herren, dann kann doch etwas nicht in Ordnung sein, dann muß man darüber nachdenken und darüber reden.

Genau das tun wir, und genau das diffamieren Sie aber sehr oft: Wir sind bereit, diese Fragen . . . (*Abg. Dr. Taus: Ich möchte sie gerne hören!*) Sie haben es gerne. Bitte. Aber dann nicht auf dem Niveau, Herr Dr. Taus, das Sie in Hannover vorgelegt haben. Auf diesem Niveau kann man nicht diskutieren. (*Beifall bei der SPÖ. - Abg. Dr. Taus: Ich bin gerne bereit, es Ihnen zu geben!*)

Ich habe Ihre Hannoverrede da, und wenn es Ihnen recht ist, können wir gerne drei Dinge aus dieser Rede besprechen.

Erstens: Sie sagen, Herr Doktor . . . (*Zwischenruf des Abg. Staudinger.*) Herr Kollege Staudinger! Im „ÖVP-Pressedienst“ haben Sie wahrscheinlich gelesen, was Kollege Dr. Taus sagt. Bitte. (*Abg. Staudinger: Ich habe auch Ihre Entstellungen gelesen!*)

Erstens: Das Bekenntnis der Sozialisten zur pluralistischen parlamentarischen Demokratie

Dr. Fischer

sei nur Taktik – sei nur Taktik –, ähnlich wie heute bei einigen kommunistischen Parteien in Europa. In Wahrheit war den Sozialisten die pluralistische Demokratie immer ein Greuel, und sie haben sich nicht wesentlich geändert in diesen Punkten.

Zweitens: Das Parteiprogramm der SPÖ enthalte mit dem Satz „Sozialismus ist vollendete Demokratie“ eine klare Aussage gegen die pluralistische Demokratie.

Und drittens: Die Sozialisten hätten zum Wiederaufbau nach dem Krieg nicht viel mehr beigetragen „als klassenkämpferische Parolen angeboten und ein utopisches System umfassender gesellschaftlicher Planung“. (*Zwischenrufe bei der SPÖ. – Abg. Libal: Ein Demagoge ist das!*)

Meine Damen und Herren! Ich glaube, wir können das Problem in aller Ruhe diskutieren.

Ich habe zunächst gedacht, hier ist ein Übertragungsfehler passiert oder hier ist man halt ein bißchen beifallssüchtig auf einen Wahlparteitag gefahren und hat sich zu Formulierungen hinreißen lassen, die man nachher nicht mehr so verwenden würde. Aber da Sie das wiederholt haben und da Sie sich das offensichtlich überlegt haben, muß dazu ernstlich einiges gesagt werden.

Herr Dr. Taus! Sie haben nicht das Recht, der Sozialdemokratie das Bekenntnis zur pluralistischen Demokratie abzusprechen. Nehmen Sie das bitte zur Kenntnis. (*Beifall bei der SPÖ.*) Unser Bekenntnis zur Demokratie ist mindestens so glaubwürdig wie Ihr Bekenntnis zur Demokratie. (*Zwischenrufe. – Abg. Libal: Ganz genau! – Abg. Kern: Das sieht man ja in Kärnten jetzt!*) Sie haben kein Recht, hier Unterschiede zu machen.

Nennen Sie mir ein einziges Beispiel, wo Sozialisten die Demokratie beseitigt oder zerstört haben. Sie werden kein Beispiel nennen können. Umgekehrt bringen Sie uns mit solchen Fragen nicht so in Verlegenheit, Herr Dr. Taus. Das soll auch einmal gesagt werden. (*Beifall bei der SPÖ.*)

Und noch etwas. Die Demokratie als Ausdruck des Gleichheitsgedankens, die Demokratie als Ausdruck der gleichen Chance und der gleichen Möglichkeit des Menschen, an der politischen Willensbildung teilzunehmen, ist für uns die zwingende Konsequenz jenes Gleichheitsgedankens, der von den Konservativen so oft bekämpft und in Frage gestellt wird.

Wenn Sie diesen Zusammenhang zwischen Gleichheit, Freiheit und Demokratie nicht verstehen, dann sollten Sie keine Reden darüber

halten, Herr Dr. Taus. Das möchte ich mit aller Deutlichkeit sagen. (*Neuerlicher Beifall bei der SPÖ.*)

Jetzt zum zweiten: Das sozialistische Parteiprogramm enthalte mit dem Satz „Sozialismus ist vollendete Demokratie“ eine Aussage gegen die pluralistische Demokratie.

Frage: Gibt es eine absurdere Behauptung als die, daß das Bekenntnis zur vollendeten Demokratie eine Absage an die Demokratie ist, Herr Dr. Taus?

Ist der Satz „Liberalismus ist vollendete Freiheit“ eine Absage an die Freiheit? Wäre der Satz „Christentum ist vollendete Solidarität“ eine Absage an die Solidarität? (*Abg. Dr. Taus: Die gibt es aber doch nicht! Es hat sich doch nie jemand dazu verstiegen ...!*) Weil wir eben unser Bekenntnis zur Demokratie uneingeschränkt ausdrücken, Herr Dr. Taus. (*Beifall bei der SPÖ.*)

Und noch etwas, Herr Dr. Taus: Wäre es zuviel verlangt gewesen, wenn Sie nicht nur die vier Worte gelesen hätten, sondern wenn Sie den gesamten Satz genommen hätten? Vielleicht wäre es dann klarer geworden. Der ganze Satz lautet nämlich: „Sozialismus ist uneingeschränkte politische, wirtschaftliche und soziale Demokratie; Sozialismus ist vollendete Demokratie.“

Daraus machen Sie eine Absage an die Demokratie? Und wenn Sie es dann noch immer nicht verstehen, wäre es zuviel verlangt gewesen, noch den Satz vorher zu lesen? Da heißt es: „Zwischen Sozialismus und Diktatur gibt es keine Gemeinschaft. Daher sind die Sozialisten unbeugsame und kompromißlose Gegner des Faschismus wie des Kommunismus. Sie lehnen jede Diktatur einer Minderheit ebenso wie eine die Menschenrechte verletzende Vergewaltigung von Minderheiten durch die Mehrheit ab.“

Dann ist es immer noch unklar, Herr Dr. Taus? Dann hätten Sie den Beginn des Kapitels gelesen. Da heißt es:

„Die Demokratie ist der politische Boden, auf dem allein die freie Entfaltung der menschlichen Persönlichkeit möglich ist. Sie muß den Staatsbürgern freie Wahl zwischen verschiedenen gleichberechtigten Parteien lassen.“

Und Sie gehen hin und sagen, das sozialistische Parteiprogramm enthält eine Absage an die pluralistische Demokratie. Diese Rede hätten Sie sich ersparen sollen, Herr Dr. Taus! Das sage ich Ihnen mit aller Deutlichkeit. (*Beifall bei der SPÖ.*)

Was den dritten Punkt betrifft: Die Sozialisten hätten zum Wiederaufbau nach dem Krieg nicht

Dr. Fischer

viel mehr beigetragen als klassenkämpferische Parolen. Mit dieser Äußerung wollen Sie ernst genommen werden? (*Abg. Dr. Taus: Von der Substanz her, von der Idee her, verehrter Herr Dr. Fischer! Lesen Sie das Ganze!*)

Ich habe es gelesen. Ich habe den ganzen „ÖVP-Pressedienst“ hier. Stellen Sie sich einmal vor, jemand von der SPÖ, von meiner oder von Ihrer Generation, wäre hergegangen und hätte christlichsoziale oder konservative Politiker in dieser Weise heruntergemacht.

Jedermann kann sich vorstellen, was Sie von einem solchen sozialistischen Politiker gehalten hätten. Genau dasselbe, Herr Dr. Taus, halten wir von Ihnen nach dieser Rede! (*Zustimmung bei der SPÖ.*) Jemand, der die Stirn hat, die Leistungen eines Renner oder eines Körner . . . (*Abg. Dr. Taus: Lesen Sie den ganzen Satz! Sie haben nichts dazu beigetragen in den Prinzipien des Aufbaus!*) Das sagen Sie einem Renner, einem Schärf oder einem Körner? Das wiederholen Sie jetzt noch? Seien Sie doch endlich ruhig. Es sollte Ihnen doch leid tun, daß Sie das gesagt haben! (*Neuerliche Zustimmung bei der SPÖ. - Zwischenruf des Abg. Libal. - Gegenrufe bei der ÖVP.*)

Sie haben übrigens gesagt, Herr Dr. Taus, um Sie wörtlich zu zitieren: Sie haben nicht von „beigetragen“ gesprochen, sondern Sie haben gesagt, sie hätten „nicht viel mehr getan, als klassenkämpferische Parolen“. Also „nicht viel mehr getan“. Dazu muß ich wirklich sagen: Da Sie jetzt noch den Mut haben, die Leistungen eines Renner oder eines Schärf oder eines Körner oder anderer europäischer sozialistischer Staatsmänner – ob das ein Attlee ist oder ein Spaak oder wer immer – in dieser Weise zu qualifizieren, so gebe ich Ihnen, Herr Dr. Taus, einen Rat: Vergleichen Sie das, was diese Männer geleistet haben, mit dem, was Sie selbst geleistet haben. Dann ziehen Sie Bilanz, Herr Dr. Taus! (*Zustimmung bei der SPÖ. - Zwischenrufe bei der ÖVP.*)

In einer Rede, meine Damen und Herren – in einer einzigen Rede! –, drei Behauptungen aufzustellen, für welche man sich genieren müßte, ist ein trauriger Rekord! (*Neuerliche Zustimmung bei der SPÖ. - Anhaltende Rufe bei der ÖVP: Zur Sache!*) Der Herr Dr. Taus sagt dauernd, uns wäre diese Diskussion unangenehm. Jetzt aber rufen Sie „Zur Sache!“, als ob das nicht zur Sache gehörte, sich mit den Vorstellungen des Obmannes der Österreichischen Volkspartei auseinanderzusetzen. Ihnen ist diese Diskussion wohl unangenehm! (*Lebhafte Zustimmung bei der SPÖ. - Anhaltende Zwischenrufe bei der ÖVP.*)

Meine Damen und Herren! Die Probleme der

wirtschaftlichen Entwicklung eines Landes sind von den gesellschaftspolitischen Positionen nicht zu trennen. Das ist das, was Ihr Parteiobmann immer sagt. Und jetzt ist Ihnen die Diskussion unangenehm. Das verstehe ich völlig. Aber da sollen nicht solche Reden gehalten werden! (*Lebhafter Beifall bei der SPÖ. - Widerspruch bei der ÖVP.*)

Meine Damen und Herren von der ÖVP! Nachdem Sie gezeigt haben, wie unangenehm Ihnen diese Rede Ihres eigenen Obmannes ist, kann ich schon zusammenfassen und sagen: Österreich konnte und kann sich natürlich an den Realitäten der internationalen wirtschaftlichen Entwicklung nicht vorbeidrücken. Die Regierung konnte – und hat auch den Versuch gemacht – die negativen Auswirkungen dieser Entwicklung auf Bevölkerung und Wirtschaft möglichst gering halten. Das ist auch geschehen. Aber gerade das – nämlich den wirtschaftlichen Rückschlag des Jahres 1975 ohne größere Arbeitslosigkeit, ohne Einkommensverluste durchzustehen – erfordert in den nachfolgenden Jahren Realismus, Verantwortungsbewußtsein und Zurückhaltung.

Zu dieser Politik, meine Damen und Herren, haben Sie keine Alternative aufzuweisen. Ich habe zumindest bisher vergeblich auf eine Alternative gewartet.

Was die Grundsatzdiskussionen betrifft, die Sie gern führen: Wir sind zu Grundsatzdiskussionen jederzeit bereit, aber nicht auf dem Niveau, das Sie, Herr Dr. Taus, in Hannover vorgelegt haben. (*Anhaltender Beifall bei der SPÖ.*)

Präsident **Minkowitsch**: Als nächster zum Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Peter. Ich erteile es ihm.

Abgeordneter **Peter** (FPÖ): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Es ist das Recht jeder Regierung, ihre Arbeit und ihre Leistung in das richtige Licht zu rücken. Diesem Ziel dienen die Berichte des Bundeskanzlers und des Finanzministers sowie die Rede des Herrn Klubobmannes Dr. Fischer. Es ist aber ebenso die parlamentarische Pflicht einer Oppositionspartei – im gegenständlichen Fall der Freiheitlichen Partei –, die Negativpositionen einer Regierung sachlich und kritisch auf den Prüfstand der Auseinandersetzung zu nehmen.

Um mich in jenem Rahmen zu bewegen, der in diesem Hause gebräuchlich ist, möchte ich den Herrn Bundeskanzler aus der Zeit zitieren, da er Oppositionsführer der Sozialistischen Partei im Parlament war. Bei einem ähnlichen Anlaß führte Herr Dr. Kreisky am 30. Oktober 1968 unter anderem aus:

Peter

„Die bisherige Budgetpolitik Österreichs ist gekennzeichnet durch haarsträubende Oberflächlichkeit und Kurzsichtigkeit. (Ironische Heiterkeit bei der ÖVP.) Sie lachen. Ich kann mir schon vorstellen, daß dem einen oder dem anderen diese Kritik als allzu extrem, vielleicht sogar als impertinent erscheinen mag.“

Dieser Rahmen ist seinerzeit von den Sozialisten in der Opposition gezogen worden. Ich gehe daher von der Annahme aus, daß die Sozialisten nicht empfindlich reagieren, wenn man ihre Berichte, die gestern erstattet worden sind, von dieser Basis aus kritisch durchleuchtet.

Ich verstehe den Zweckoptimismus, der aus den Berichten des Bundeskanzlers und des Finanzministers erkennbar ist. Genauso ist es notwendig, daß die Opposition die Korrektivpositionen dazu einnimmt, was nunmehr aus freiheitlicher Sicht geschehen soll.

Ich glaube, es war eine Fehlanlage der beiden gestrigen Berichte dahin gehend, daß der Herr Bundeskanzler und der Herr Finanzminister so vorgegangen sind, als hätte Österreich die Folgen der Rezession bereits bewältigt, als wären wir über den Berg und als hätten wir es bereits geschafft. Es war aber nur Zweckoptimismus, der den beiden Berichten zu entnehmen war.

Wir Freiheitlichen sind nämlich der Meinung, daß wir schwierige Aufgaben nicht hinter uns haben, sondern daß sehr schwierige Aufgaben auf dem Gebiet der Wirtschaft unter Einschluß der Sicherung der Arbeitsplätze noch vor uns liegen und daß wir diese Aufgabe erst zu bewältigen haben werden. Kein Finanzminister spricht gern von der Schuldenaufnahme, der er sich unterziehen muß beziehungsweise mußte. Der Finanzminister redet viel lieber vom Deficit-Spending, um dem wahren Sachverhalt mit einem Fremdwort aus dem Weg gehen zu können.

Die SPÖ-Bundesregierung hält sich sehr viel darauf zugute, daß sie das Gasgeben zur richtigen Zeit vorgenommen hat. Man muß in diesem Zusammenhang der Vollständigkeit halber anführen, daß das Gasgeben in der Rezession nicht zur Staatskunst gehört, sondern daß es einfach die gebräuchliche Übung darstellt.

In diesem Zusammenhang ist es notwendig, die Position der Republik Österreich mit jener der Bundesrepublik Deutschland zu vergleichen.

Österreich hat als Ergebnis seiner Bemühungen eine höhere Inflationsrate, aber eine wesentlich niedrigere Arbeitslosenrate zu verzeichnen, als das in der Bundesrepublik

Deutschland der Fall ist. Das hohe Ausmaß der verstaatlichten Unternehmen Österreichs hat in diesem Zusammenhang sicherlich einen sehr positiven Anteil dahin gehend zu verzeichnen, daß wir die Arbeitslosenrate in Österreich verhältnismäßig und begrüßenswerterweise niedrig halten konnten. Aber dabei darf man meines Erachtens nicht übersehen, daß die verstaatlichten Unternehmungen im Gegensatz zur mittelständischen Wirtschaft und zur Privatindustrie einem Regierungsbefehl und Regierauftrag nachgekommen sind und auf Aussetzungen sowie Kündigungen verzichtet haben. (Abg. Marsch: Darauf sind wir stolz!)

Herr Abgeordneter Marsch! Dagegen ist nichts einzuwenden. Das ist eine Realität, die auch wir Freiheitlichen begrüßen. Aber daß diese Realität mit schwerwiegenden Problemen verbunden ist, sollte man auch von Seite der sozialistischen Mehrheit nicht ignorieren. Leider tut man es!

Hier sollte, wenn man richtigerweise der Sicherung der Arbeitsplätze weiterhin das Augenmerk zuwendet – und das muß mit aller Konsequenz geschehen –, die Gesamtproblematik mehr in den Raum gestellt werden, als das an Hand der gestrigen Berichte des Herrn Bundeskanzlers und des Herrn Finanzministers zutage getreten ist. Denn es wäre falsch zu glauben – hier befinden sich die Sozialisten in einem Irrtum, wenn sie das meinen sollten –, daß man die Arbeitsplätze sichern kann, wenn man andererseits die Inflation nicht ernsthaft bekämpft. Arbeitsplatzsicherung ist meiner Meinung nach unabdingbar mit wirksamer Bekämpfung der Inflation einerseits und mit einem zielführenden Stabilisierungskonzept andererseits verbunden.

Wenn man jetzt kritisch, Herr Bundeskanzler und Herr Finanzminister, aber sachlich die beiden Berichte von gestern einer Prüfung unterzieht, dann kommt man zu einem Schluß, der hält: Den Problemen der Inflationsbekämpfung und dem Problem der Stabilisierung haben diese beiden Berichte nicht die notwendige Sorgfalt und das notwendige Augenmerk zugewendet.

Einen weiteren Vorwurf halten wir Freiheitlichen unverrückbar aufrecht: Der Eindruck, daß diese Bundesregierung nach den beiden Wirtschaftsberichten von gestern mit der Inflation verheiratet bleibt, steht bis zur Stunde unwiderlegt im Raum.

Nun aber zurück zu dem Preis, mit dem die Wirtschaft im allgemeinen und die verstaatlichte Industrie Österreichs im besonderen die Vollbeschäftigung bezahlt und damit sichergestellt hat. Dieser Preis ist ein ungeheuer hoher, hängt

Peter

zweifelsohne mit der weiteren Wettbewerbsfähigkeit dieser Unternehmungen unter erschwerten Konkurrenzbedingungen zusammen und ist davon nicht zu trennen.

Eine der Konsequenzen daraus ist die Tatsache, daß der VÖEST-Alpine gleichgeordnete ausländische Betriebe eben unter besseren Wettbewerbsvoraussetzungen in die Aufschwungphase gehen, als das beim österreichischen Konzern der Fall ist. Die VÖEST-Alpine AG liegt uns Freiheitlichen unter anderem deswegen besonders am Herzen, weil wir seinerzeit mit den Sozialisten gegen die Stimmen der Österreichischen Volkspartei diese Konzernierung beschlossen haben und weil uns nicht gleichgültig sein kann, wie der weitere Weg dieses Konzerns in den kommenden Jahren beschritten werden wird.

Herr Abgeordneter Marsch! Wenn ich noch einmal darauf zurückkommen darf: Realität ist, daß die VÖEST-Alpine AG ihre Reserven zur Sicherung der Arbeitsplätze verbrauchen mußte und daß sie nunmehr erschwerte Wettbewerbsbedingungen zu bewältigen hat.

Nun muß sich meines Erachtens die Bundesregierung, wenn sie für die verstaatlichten Unternehmungen verantwortlich ist, in einem Wirtschaftsbericht Gedanken darüber machen, wie diese Aufgabe erfolgreich bewältigt werden soll. Diese Gedanken sind eben beiden Berichten nicht zu entnehmen; das stellen wir Freiheitlichen als einen eklatanten und empfindlichen Mangel fest.

In der Bundesrepublik gab es bedauerlicherweise mehr Arbeitslose als in Österreich, allerdings mit einer sehr ausgeprägten und großzügigen Arbeitslosenunterstützung. In Österreich ist die Arbeitslosenrate Gott sei Dank sehr niedrig gehalten worden, jedoch steht ein hoher Inflationssockel mit 7,8 Prozent im Raum; das kann von der sozialistischen Mehrheit nicht wégdiskutiert werden.

Jeder Fachmann wird bestätigen, daß der Start in der Aufschwungphase mit einem Inflationssockel von 7,8 Prozent, wie es in Österreich der Fall ist, ein an und für sich nicht günstiger, eher ein schwieriger, vielleicht sogar ein schlechter Beginn ist. Diese Tatsache ist in beiden Berichten ebenfalls ignoriert worden.

Der Herr Bundeskanzler hat gestern in seinem Bericht - was wiederum positiv ist - vermerkt, daß die Lohnerhöhungen im letzten Jahr rund 17 Prozent betragen haben. Das ist vom Standpunkt der Unternehmer genauso begrüßenswert wie vom Standpunkt der Arbeitnehmer, weil beide gemeinsam dieses Problem unter außerordentlich schwierigen Bedingungen erfolgreich bewältigt haben. Aber wenn er das Positive nach

der einen Seite so sehr würdigt und in den Raum stellt, wie er es gestern in seinem Bericht getan hat, dann darf er meines Erachtens in einem Bericht von derartig weittragender Bedeutung nicht unter den Tisch fallen lassen, daß der Unternehmergewinn in diesen Zeiträumen eine entsprechende Senkung erfahren hat. Die Senkung der Unternehmergewinne um rund 10 Prozent bedeutet eine besondere Belastung unserer gesamten Wirtschaft.

Wenn wir nun die Leistung der gesamten Wirtschaft im Zusammenhang mit der Sicherung der Arbeitsplätze mit prüfen, müssen wir zugeben, daß diese Leistung der österreichischen Wirtschaft außerordentlich ist. Diese Leistung fand in beiden Berichten gestern leider keine Würdigung. Auch nach dieser Seite hin sind die gestern abgegebenen Berichte der Bundesregierung unvollständig. Gerade diese Leistungs- und Opferfähigkeit der Wirtschaft wäre ein Anlaß gewesen, sie entsprechend zu betonen.

Der Herr Bundeskanzler hat in seinem gestrigen Bericht weiter ausgeführt, daß die öffentliche Hand große Anstrengungen unternommen hat, um durch staatliche Auftragsimpulse ihren Beitrag zu leisten, die Arbeitsplätze zu sichern und die Vollbeschäftigung aufrechtzuerhalten. Unter wirklich großen Anstrengungen sind 50 bis 55 Milliarden Schilling im Berichtszeitraum zusätzlich an Auftragsimpulsen der Wirtschaft zugeführt worden. Unberücksichtigt geblieben ist im Bericht des Bundeskanzlers die Tatsache, daß die Leistungsfähigkeit der Wirtschaft in diesem Zusammenhang noch eine weitaus bedeutendere als die des Staates gewesen ist. Den rund 50 Milliarden Schilling, welche die öffentliche Hand der Wirtschaft an Aufträgen zugeführt hat, stehen jene rund 140 Milliarden Schilling gegenüber, welche die Wirtschaft aus eigenen Kräften zur Bewältigung dieser Probleme investiert hat.

Der Finanzminister rühmt sosehr die Senkung der Kreditzinsen um 1 Prozent. Ist das wirklich ein solches Nonplusultra, wie es der Finanzminister in seinen Ausführungen zu Buche schlägt? Ich glaube, daß es wenig, eher zu wenig ist, was hier von Seite der Bundesregierung an Eigeninitiative mit auf die Kontoseite zu buchen ist.

Wie hat in der Zeit der Rezession die sozialistische Alleinregierung auf der Kostenseite gekämpft? Welche Anstrengungen hat die sozialistische Alleinregierung in diesem Zusammenhang zur Senkung der Kostenseite unternommen? - Auch in diesem Zusammenhang wird man eine Negativbilanz ziehen müssen.

Die Auswirkungen der Rezession, die jetzt noch im Raum stehen, bedürfen unserer Mei-

Peter

nung nach einer wirkungsvollen Bekämpfung und werfen die Frage auf, die wir zusätzlich an die Regierung richten, welche Maßnahmen sie zu ergreifen beabsichtigt, um diese Dinge in den Griff zu bekommen. Noch sind wir mit der Tatsache konfrontiert, die Probleme der Rezession zu bewältigen, und tun schon so, als würden wir uns mitten in einer Hochkonjunktur befinden.

An dieser Stelle ist es sehr interessant, die Meinungen des Herrn Bundeskanzlers in den einzelnen Entwicklungsabschnitten während des Jahres 1976 zu verfolgen.

Am Beginn dieses Jahres stand die Wirtschaftskonferenz vom 21. Jänner. In dieser Wirtschaftskonferenz widersprach Herr Dr. Kreisky sehr heftig den optimistischen Prognosen der Fachleute und brachte unmißverständlich zum Ausdruck, daß er die „Silberstreif-am-Horizont“-Theorie nicht teilen könne.

In der „Sozialistischen Korrespondenz“ hat das folgenden Niederschlag gefunden:

„Er sei beeindruckt von der optimistischen Auffassung, die in der Konferenz von den Wissenschaftlern über die Wirtschaftsentwicklung vertreten wurde, sagte Kreisky weiter. Er selbst sei aber nach wie vor der Meinung, daß noch keine deutlichen Anzeichen für einen Wirtschaftsaufschwung zu sehen sind.“

Diese Linie wurde dann vom Herrn Bundeskanzler fortgesetzt und fand wiederum am sozialistischen Bundesparteitag vom 12. März 1976 einen Niederschlag, der sich in einem Kreisky-Zitat folgendermaßen zusammenfassen läßt:

„Wir stehen vielmehr mitten in einer veritablen Krise . . ., und alle bisherigen Anzeichen reichen nicht aus, um von einer Wende zu sprechen“, führte die „Sozialistische Korrespondenz“ aus.

Und nun kommt im Wirtschaftsbericht ein meines Erachtens zu übertriebener Optimismus des Kanzlers zum Ausdruck, wenn man die vorangegangenen Erklärungen von Dr. Kreisky der gestrigen gegenüberstellt.

Aber ich möchte nicht sosehr die Kreisky-Zitate in ihrem Aussagegehalt miteinander vergleichen, sondern vielmehr das in Erinnerung rufen, was die Verantwortlichen der verstaatlichten Unternehmungen gerade in den jüngsten Tagen betreffend den Wirtschaftsaufschwung zum Ausdruck gebracht haben. Die erfahrenen Manager der verstaatlichten Industrie unseres Landes warnen vor einer allzu optimistischen Einschätzung der Situation und meinen, daß es sich um ein Zwischenhoch handle, das zurückhaltend und vorsichtig beurteilt werden müsse.

Und sie werfen in diesem Zusammenhang eine Frage auf, die sowohl der Herr Bundeskanzler als auch der Finanzminister gestern völlig ignoriert haben, nämlich die Frage: Welche Vorsorge wird von der Bundesregierung heute schon für – hoffentlich nicht eintretende – spätere Wirtschaftsnotfälle getroffen?

Diese Frage wird nicht nur von den Vorstandsdirektoren der verstaatlichten Unternehmungen erhoben, sondern diese Frage hat in jüngster Zeit Generaldirektor Dr. Heinz Kienzl von der Nationalbank ebenso in den Raum gestellt. Man braucht heute wirklich nicht mehr auf Karl Auch zurückgreifen, wenn man die aktuellsten Meinungsäußerungen sozialistischer Wirtschafts- und Finanztheoretiker zitieren will. Der Name Dr. Kienzl bürgt für Qualität, und ich werde mir erlauben, heute noch einmal darauf zurückzukommen.

Der Herr Bundeskanzler hat gestern in seinem Bericht dem österreichischen Gewerbe ein Kompliment gemacht, wie leistungsfähig es sei und über welche ausgeprägte Tradition es verfüge. Aber die konkrete Substanz, wie dieses Gewerbe gefördert werden soll, um seine schwierige Aufgabe in einer weltweiten Konkurrenz auch weiterhin erfüllen zu können, diese Frage hat der Herr Bundeskanzler in seinem Bericht gestern nicht behandelt. Gerade die Leistungsfähigkeit der mittelständischen Wirtschaft in den zurückliegenden Jahren und Jahrzehnten war es ja, die uns unter anderem auch in die Lage versetzt hat, unseren Platz in der wirtschaftlichen Auseinandersetzung weltweit erfolgreich zu behaupten.

Der Herr Bundeskanzler hat ein weiteres Problem in seinem Bericht gestern angerissen: die Reform der Berufsausbildung und die Sorge, daß unter Umständen zu wenig Lehrplätze zur Verfügung stünden. Das Problem ist angerissen, Herr Bundeskanzler, es ist aber noch nichts in die Wege geleitet worden, um dieses Problem einer zielführenden Lösung zuzuführen.

Im Gegenteil! Als der freiheitliche Abgeordnete Dr. Stix im Herbst des vergangenen Jahres im Finanz- und Budgetausschuß hinsichtlich der Reform der Berufs- und Lehrlingsausbildung initiativ wurde, sind diese freiheitlichen Initiativen damals von der sozialistischen Mehrheit niedergestimmt und verworfen worden. Trotzdem steht bereits die Tatsache im Raum, daß 5000 Lehrstellen fehlen und daß die Verschärfung der Situation in den nächsten Jahren einfach dadurch erfolgen wird, daß wir mit geburtenstarken Jahrgängen konfrontiert sein werden.

Weiterhin schnitten Sie gestern, Herr Bundeskanzler, die Problematik des Rhein-Main-Do-

Peter

nau-Kanals an und beurteilten den endgültigen Ausbau und die Fertigstellung dieser europäischen Wasserstraße meines Erachtens zu positiv. Ich frage Sie daher, ob dieser Optimismus wirklich mit den Realitäten im Einklang steht, und ich darf in diesem Zusammenhang an jene zurückhaltende Meinungsäußerung des Bundeskanzlers Schmidt erinnern, die er im vergangenen Jahr bei Ihrem Staatsbesuch in Bonn von sich gegeben hat. Der damaligen Meinungsäußerung des Bundeskanzlers der Bundesrepublik Deutschland war zu entnehmen, daß nicht daran gedacht werde, von Seite der Bundesrepublik weitere, zusätzliche Mittel für einen forcierten Ausbau des Rhein-Main-Donau-Kanals vorzusehen und einzusetzen. Was also ermutigt Sie zu dieser sehr optimistischen Beurteilung dieses Problems?

Ich wäre Ihnen dankbar, Herr Bundeskanzler, wenn Sie zu Ihrer Forderung, die Beziehungen Österreichs zu den Europäischen Gemeinschaften zu intensivieren, mehr sagen würden als das, was Ihrem gestrigen Bericht zu entnehmen ist. Ich bin vielmehr der Meinung, daß diese Intensivierung eher zu einem sehr späten Zeitpunkt erfolgt und Sie bereits in Verzug geraten sind.

Nun darf ich mich dem Bericht des Herrn Finanzministers zuwenden und mit Stilfragen beginnen.

Herr Bundesminister! Ihrem Bericht sind Formulierungen zu entnehmen, mit denen sich die Freiheitliche Partei eingehend auseinandersetzen muß. Diese Formulierungen werfen für uns die Frage auf: Sind sie oberflächlich, sind sie schlampig getroffen worden? Oder halten Sie diese Formulierungen aufrecht? Dann allerdings müßten wir Ihnen sagen, daß Sie in den beiden Punkten, die ich jetzt ansprechen werde, große Entstellungen darstellen würden.

Auf Seite 4 heißt es: „Besonders hart wurde aber seit Mitte 1974 jene Politik bekämpft, die konsequent auf die Sicherung der Arbeitsplätze ausgerichtet war.“

Die Politik, die auf die Sicherung der Arbeitsplätze ausgerichtet war, hat die freiheitliche Fraktion unterstützt. Also: Entweder wurde schlampig formuliert, oder die Formulierung ist entstellt. Dann bitte ich aber um Richtigstellung dieser Formulierung. So kann sie an die Adresse der freiheitlichen Abgeordneten nicht im Raum stehen bleiben.

Noch härter sind Sie mit den Oppositionsparteien auf Seite 13 Ihres Berichtes ins Gericht gegangen, wo Sie unter anderem ausführten:

„Gestatten Sie mir im Zusammenhang mit der von der Bundesregierung verfolgten Politik der

Arbeitsplatzsicherung und der Konjunkturbelebung folgende grundsätzliche Feststellung: Der Versuch, die für diese Zwecke aufgenommenen Kredite als eine Politik der ‚Schuldenmacherei‘ abzuqualifizieren, macht entweder das geringe Verständnis für den engen Zusammenhang von staatlicher Aktivität und wirtschaftlichem Ergebnis deutlich oder – schlimmer noch – zeigt, wie gering das Anliegen der Arbeitsplatzsicherung gelegentlich entwickelt sein kann.“

Herr Bundesminister! Wir Freiheitlichen sind weder Ignoranten noch Trottel. Wir fühlen uns in diesem Zusammenhang nicht als Adressaten Ihrer Formulierung. Bitte, sagen Sie konkret, wen sie damit gemeint haben. Sollten Sie die freiheitlichen Abgeordneten damit gemeint haben, dann müßten wir diese Formulierung auf das entschiedenste zurückweisen. Die Vollbeschäftigung und damit die Arbeitsplatzsicherung ist uns Freiheitlichen genauso ein ernsthaftes Anliegen wie der sozialistischen Mehrheit und der sozialistischen Alleinregierung! Formulierungen dieser Art soll man auch aus der Hitze des Gefechtes heraus und somit auch bei freier Rede wohl überlegen. Noch mehr aber muß man sie überlegen, wenn man dem Parlament einen schriftlichen Bericht erstattet.

Ich komme nunmehr zurück zu Sorgen, die nicht allein aus unserem Lager kommen, sondern Sorgen, die nicht zuletzt von sozialistischer Seite immer wieder zum Ausdruck gebracht werden.

So führte Generaldirektor Dr. Kienzl präzise in jüngster Zeit aus, daß er eine weitere Rezession am Ende der siebziger Jahre befürchte. Andere Prognostiker erwarten den nächsten Wirtschaftsrückschlag bereits Ende 1977. Ich würde zutiefst bedauern, wenn diese Prognostiker recht behielten.

Aber alle Prognostiker, Herr Bundesminister, werfen die Frage auf: Welche Vorkehrungen werden schon heute für einen allfälligen Wirtschaftsnotfall von Seite der Bundesregierung ergriffen? Und auf diese Frage ist sowohl der Bundeskanzler als auch der Bundesminister für Finanzen gestern jede Antwort schuldig geblieben.

Ein weiteres Kienzl-Zitat lautet: Die Staatsverschuldung muß eingebremst werden, sonst stehen wir dem nächsten Wirtschaftsnotfall völlig hilflos gegenüber. – So Kienzl. Wie stehen Sie, Herr Bundesminister für Finanzen, zu dieser Auffassung des Generaldirektors der Nationalbank?

Und nun zu jener Thematik, die weiterhin im Raum steht und die gestern im Bericht des Bundesministers für Finanzen keine gebührende Würdigung erfahren hat. Der österreichische

2400

Nationalrat XIV. GP - 27. Sitzung - 10. Juni 1976

Peter

Inflationssockel von 7,8 Prozent ist nach Meinung der Fachleute sehr hoch, stellt an und für sich keinen guten, sondern eher einen problematischen Start in die Aufschwungphase dar. Wie glauben Sie den Inflationssockel von 7,8 Prozent in den Griff zu bekommen, beziehungsweise welche Maßnahmen sind zu ergreifen, um den Inflationssockel zu senken?

Ich bin der Meinung, daß man die Thematik Inflationsbekämpfung einfach nicht von der Frage eines Stabilisierungskonzeptes trennen kann. Mein harter Vorwurf lautet, daß das Stabilisierungskonzept und diese Frage sowohl vom Bundeskanzler als auch vom Finanzminister im jeweiligen Bericht ignoriert wurden.

Weiters steht im Raum, Herr Bundesminister, daß der Bundeshaushalt weitgehend immobil geworden ist,

daß der Bundeshaushalt in ein strukturelles Defizit hineingeraten ist,

daß der alljährlich vorgegebene Budgetrahmen ohne weitere Staatsverschuldung fast nicht mehr finanziert werden kann,

damit ist der konjunkturpolitische Spielraum im Falle der Notwendigkeit weiterer Kreditaufnahmen äußerst eng begrenzt, ja meines Erachtens allzusehr eingeengt.

Hier kommt wieder die Frage von den Freiheitlichen, Herr Bundesminister, die wir Ihnen seit geraumer Zeit stellen, die Sie aber bis heute nicht beantwortet haben: Wo sind nach Ihrer Erfahrung und nach Ihrer Überzeugung jene Grenzen der Staatsverschuldung, die nicht überschritten werden dürfen?

Nun zum Herrn Abgeordneten Dr. Fischer, der heute in ähnlicher Diktion wie der Bundesminister für Finanzen darauf verwiesen hat, daß die Finanzschulden niedriggehalten wurden, ja in manchem Bereich sogar gesenkt worden sind. Das, Herr Abgeordneter Dr. Fischer, ist eine Realität; daran will ich nicht deuteln und nicht rütteln. Aber es war eine unvollständige Formulierung. Sie hätten diesem Positivum gravierende Negative gegenüberstellen müssen, und das vermeiden sowohl Sie als auch der Bundesminister für Finanzen.

Herr Bundesminister Dr. Androsch! Die Finanzschulden halten sich auf der einen Seite in Grenzen, aber auf der anderen Seite ist doch in den Jahren Ihrer Amtsführung eine Vervielfachung der Verwaltungsschulden eingetreten. Die Verwaltungsschulden werden eines Tages vom Steuerzahler berappt und bezahlt werden müssen. Die Vervielfachung der Verwaltungsschulden durch die sozialistische Alleinregierung wird ignoriert.

Weiter, Herr Bundesminister für Finanzen: In Ihrer Ära ist ein großer Ideenreichtum bezüglich anderer Verschuldungsformen entwickelt worden. Ich denke an die Sondergesellschaften und an vieles andere mehr. Aber auch diese zusätzlichen Verschuldungsformen, die diese Regierung als richtig erachtet hat, die Konsequenzen dieser Verschuldungsformen müssen eines Tages bewältigt werden; das heißt, das, was wir schuldig sind, müssen wir eines Tages auch bezahlen. Und diese Probleme haben in beiden Berichten gestern keinen Niederschlag gefunden. Mit Inflation allein, Herr Bundesminister, wird es Ihnen auf die Dauer nicht möglich sein, die Arbeitsplatzsicherung so zu bewältigen, wie wir es gerne hätten.

Nun zu einem weiteren Gedanken, der von Ihnen stammt und der da lautet: Nur Verzicht hilft weiter! Über den Gedanken kann man in einer so schwierigen Zeit wie der jetzigen ernsthaft und sachlich debattieren, aber der Verzicht, Herr Bundesminister, kann und darf keine Einbahn sein. Sie betrachten diesen Verzicht zu sehr in Richtung der Einbahn auf Kosten und zu Lasten des Steuerzahlers. Sie reden von Opferbereitschaft, von der Notwendigkeit, Opfer zu bringen, und meinen, die Familie Österreicher soll diese Opfer leisten.

Wo steht das Sparkonzept des Finanzministers Androsch im Raum? Wie schaut dieses Sparkonzept aus? Und wenn Generaldirektor Dr. Kienzl formuliert hat: Der moderne Unternehmer muß ein Puritaner sein!, dann gilt das auch für den Finanzminister. Ein moderner Finanzminister, ein Finanzminister in einer so schwierigen Zeit wie der unseren, muß ein Puritaner sein. Oder gilt der Kienzl-Grundsatz nur für den Unternehmer, nicht aber für den sozialistischen Finanzminister?

Ein weiterer Kienzl-Grundsatz für den Unternehmer lautet: Fleiß, Sparsamkeit, Nüchternheit, Lerneifer gehören zu den Wesenszügen des modernen Unternehmers.

Sparsamkeit gehört aber auch zu den Tugenden des Finanzministers. Und Kienzl meint: Wer diese Tugenden vernachlässigt oder gar durch das Gegenteil zu ersetzen versucht, wird in dieser harten, durch schwerste Konkurrenzverhältnisse gekennzeichneten Welt nicht bestehen können.

Ich glaube, daß er recht hat. Hier sollte der Gleichheitsgrundsatz, Herr Bundesminister, ernster genommen werden als bisher. Wenn wir uns in einer Phase der Sparsamkeit auf Grund äußerer Umstände befinden, dann gilt das Prinzip der Gleichheit: muß der Bürger sparen, muß es auch der Staat tun. Das Sparen des Staates hat bis zur Stunde nicht eingesetzt.

Peter

Herr Bundesminister! Weder im Kreisky-Bericht noch in Ihrem Bericht ist ein einziges Wort über die Verwaltungsreform enthalten. Kein einziges Wort über Einsparungen im Bereich des so aufwendigen Staates, der so aufwendigen Verhaltung.

Ich möchte mich nicht mit den Sparzinsen auseinandersetzen, das werden andere Kollegen meiner Fraktion noch tun. Ich komme aber zurück auf eine Formulierung von Ihnen, Herr Finanzminister, die Sie beim Siminar der Nationalbank - ich glaube, es war in Baden - vor einigen Wochen verwendet haben, wo Sie die Verkündigung der These vom „tragbaren Defizit“ geprägt haben. Was, Herr Bundesminister, verstehen Sie unter der These des „tragbaren Defizits“? Vielleicht jene 4 Milliarden Schilling zusätzlich, die Sie im Jahre 1977 nach bereits erfolgter Ankündigung dem österreichischen Steuerzahler, der Familie Österreicher auferlegen wollen und die auf Grund der Meldungen der Tagespresse in den Einzelheiten festliegen?

Ich glaube also, daß in den beiden Berichten eine Fülle schwerwiegender Probleme überhaupt keine Behandlung erfahren hat und daß daher ein Nachtrag von seiten der Bundesregierung notwendig wäre.

Ich schließe die Thematik der Senkung der Inflation und damit der erfolgreichen Bekämpfung der Inflation mit einem Urteil, das die bundesdeutsche Zeitung „Die Welt“ über Österreich gefällt hat.

Das „Welt“-Zitat lautet: Vor allem fehlen in Österreich jegliche Anzeichen für stabilitätspolitische Erfolge, wie sie die Bundesrepublik und die Schweiz aufweisen können. - Und gerade weil diese Anzeichen stabilitätspolitischer Erfolge fehlen, darum, Herr Bundesminister, wäre meines Erachtens in Ihrem gestrigen Bericht die Frage eines Stabilisierungskonzeptes von vordringlicher Bedeutung gewesen.

Ich beende meine Ausführungen, meine Damen und Herren, mit einer Mahnung, die der seinerzeitige Bundesvorsitzende der SPÖ Dr. Kreisky in der Oppositionsphase an die Adresse der ÖVP-Finanzminister gerichtet hat. Am 25. Jänner 1968 führte Dr. Kreisky an die Adresse der ÖVP-Finanzminister aus: „Es scheint uns jedoch eine höhere Pflicht dem Vaterland gegenüber zu sein, vor einer Politik in einem Augenblick zu warnen, in dem sie noch geändert werden kann, damit ihr Einhalt geboten werden kann, ehe das größte Malheur passiert ist.“ Herr Bundesminister! Was Dr. Kreisky seinerzeit den ÖVP-Finanzministern ins Stammbuch geschrieben hat, das gilt vollinhaltlich auch für den Finanzminister der sozialistischen Alleinregierung Dr. Androsch. Ich bitte

daher um Antwort auf die Frage: Wann werden Sie im Staatshaushalt wie sparen? *(Beifall bei der FPÖ.)*

Präsident **Minkowitsch**: Als nächster zum Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Dr. Mock. Ich erteile es ihm.

Abgeordneter Dr. **Mock** (ÖVP): Meine Damen und Herren! Ich möchte vielleicht nur vorweg zum Herrn Klubobmann Fischer kurz bemerken: Sie werden zur Kenntnis nehmen müssen, daß wir uns die Art, wie wir Kritik und wo wir Kritik an der sozialistischen Politik und an der sozialistischen Programmatik üben, nicht vorschreiben lassen. *(Beifall bei der ÖVP.)* Davon wird uns auch eine moralische Pose Ihrerseits hier in keiner Weise abhalten. Ich werde mich später noch mit Ihren Ausführungen im Detail beschäftigen, ich möchte nur hier einmal klar etwas in den Vordergrund stellen.

Schon die sechs Jahre Politik in Österreich haben an vielen Stellen unserer Gesellschaft gezeigt, daß die Dezentralisierung der Macht reduziert, abgebaut wurde, daß Freiheitsräume eingeschränkt wurden, daß hier ein typisches Ergebnis der sozialistischen Politik, der sozialistischen Motivation vorliegt. Das ist für uns Anlaß genug, uns damit auseinanderzusetzen und auch zu sagen, daß sozialistische Politik die demokratische Substanz unseres Gemeinwesens reduziert. Das werden Sie zur Kenntnis nehmen müssen. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Und noch als Vorbemerkung: Es ist vielleicht unnötig zu wiederholen, daß wir selbstverständlich hinter den Äußerungen unseres Parteibannes stehen und wir sehr dankbar dafür sind, daß er die Grundsatzproblematik so stark anschneidet. Das ist Ihnen nämlich unangenehm! Deswegen die rabiate Reaktion. Dabei sollten Sie gar nicht so empfindlich auf Zwischenrufe reagieren, denn Ihre Parteiführer sind in der Oppositionszeit bei Zwischenrufen auf ein Niveau gegangen, das noch kein einziger Oppositionsführer der ÖVP bisher erreicht hat. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Ich teile Ihre Auffassung, daß Wirtschaftspolitik sehr wohl einen gesellschaftspolitischen Hintergrund hat und Wertvorstellungen verlangt.

Ich möchte daher gleich am Anfang meiner Ausführungen auf den Plan 3 der Österreichischen Volkspartei Bezug nehmen, wo es heißt:

„Die Soziale Marktwirtschaft ist jene Wirt-

Dr. Mock

schaftsordnung, die der parlamentarischen Demokratie am besten entspricht. In dieser Sicht hat sie eine wichtige gesellschaftspolitische Funktion und ist für den Bestand der Demokratie wesentlich. Sie beruht darauf, daß in einer arbeitsteiligen Wirtschaft eine Vielzahl von Entscheidungszentren bestehen, und fordert die Trennung von wirtschaftlicher und politischer Macht."

Dieses klare Bekenntnis zur sozialen Marktwirtschaft beruht auf dem Salzburger Programm der Österreichischen Volkspartei aus dem Jahre 1972, wo es gleichfalls sehr klar heißt, daß die Volkspartei Wirtschaftspolitik nicht als Selbstzweck oder Machtinstrument, sondern als Voraussetzung zur Sicherung und Verbesserung menschlicher Lebensverhältnisse sieht. Das heißt, wirtschaftliches Streben bzw. Wirtschaften hat letztlich dem sozialen Zweck zu dienen.

Ich glaube, daß es sich auch hier um eine sehr klare, menschenorientierte Aussage unseres Programms handelt.

Ich glaube ferner, man kann zur sozialen Marktwirtschaft sagen, daß noch zu keiner historischen Periode in Europa ein Wirtschaftsordnungssystem so lange soviel an Freiheit, wirtschaftlichem und sozialem Fortschritt gesichert hat wie das Ordnungssystem der sozialen Marktwirtschaft. Wir glauben daher, daß es auch das richtige System für die Zukunft ist, und in diesem Punkt unterscheiden wir uns sehr wesentlich, vor allem auch in der Praxis - Lippenbekenntnisse dazu gibt es ja auch auf Ihrer Seite -, von der sozialistischen Regierungspolitik.

Bei aller Bedeutung der unmittelbaren finanziellen, sozialen Auswirkungen der Wirtschaftspolitik, glaube ich, sollten wir sehr wohl dahinterschauen: Was ist die ideologische Motivation, wo sind die gesellschaftspolitischen Auswirkungen? Ich möchte die Wirtschaftspolitik, die in den beiden Berichten zum Ausdruck kam, so klassifizieren, daß sich hier einerseits sehr stark die sozialistische Programmatik vor allem mittelfristig zeigt, die langfristig zu einer Verbürokratisierung, zu einer stärkeren Gängelung der Wirtschaftssubjekte führt, und andererseits kurzfristig ein hohes Maß an Improvisation dort, wo das eigene programmatische Konzept nicht hält.

Vor allem zeigt sich eines, meine Damen und Herren: Wann immer sich die Erfolglosigkeit zusätzlicher staatlicher Eingriffe zeigt, werden neue staatliche Eingriffe gefordert, um das wieder zu korrigieren, was man vorher auf Grund der eigenen Forderung nicht lösen konnte oder verpatzt hat.

Aber bitte, dieses Spannungselement, kurzfri-

stiges Improvisieren ohne programmatischen Hintergrund, mittel- und langfristige sozialistische Zielsetzung, entspricht ja auch der inneren ideologischen Struktur der Sozialistischen Partei, wo wir auch alles finden, und zwar von programmlosem Opportunismus bis hin zur marxistischen Basis eines Ministers Broda - weil er gerade hier ist - das heißt, ein Gemisch von Gegensätzlichkeiten. Und ich habe schon einmal gesagt: Ich habe ja Verständnis dafür, daß der Abgeordnete Czernetz nach einer Ideologiediskussion ruft, um hier vielleicht doch wieder ein Ordnungssystem in den eigenen Reihen zu finden.

Dabei möchte ich folgendes sagen, Herr Minister Broda: Mir ist der Standpunkt, der klar erkennen läßt, wo die ideologische Basis ist, viel lieber als der Opportunismus, der bei sehr vielen Ihrer Regierungskollegen immer durchblickt.

Seit 1970, meine Damen und Herren ... *(Zwischenruf des Abg. Dr. Broda.)* Eben, ja mir lag einiges daran, das hinzuzufügen. Seit 1970 zeigt sich nun in der Wirtschaftspolitik vor allem eines, was auch eine grundsätzliche gesellschaftspolitische Auswirkung hat. Die sozialistische Regierung ist nicht in der Lage, die Inflation in den Griff zu bekommen. Jeder Wirtschaftsbericht verspricht neue Stabilisierungsbemühungen, wir sind schon bei der achten Stabilisierungsphase und noch immer bei einer hohen Inflationsrate. Da kann also niemand mehr erwarten, Herr Finanzminister - er ist momentan nicht hier -, daß Ihnen noch irgend jemand glaubt, selbst wenn Sie noch zehn weitere Stabilisierungsphasen dazufügen.

Die Reichen werden reicher, die Armen werden ärmer. Die sozialen Spannungen werden erhöht, der demokratische Konsens wird schwieriger. Das ist eine ganz wesentliche Auswirkung der Inflationspolitik mittelfristiger und langfristiger Natur. Ich glaube, das müßten wir sehen, unabhängig von den konkreten negativen finanziellen Auswirkungen kurzfristiger Art.

Gleichzeitig, wie ich vorhin angedeutet habe, verlangt die sozialistische Regierung zusätzliche Lenkungsmaßnahmen, mehr Möglichkeiten, den Wirtschaftsablauf zu beeinflussen, um die Inflation in den Griff zu bekommen.

Meine Damen und Herren! Von 1970 bis 1975 betrug der Preisanstieg bei den nicht preisgeregelten Waren 40 Prozent, bei den preisgeregelten Waren 42 Prozent. Auch im Jahre 1976, Herr Bundeskanzler, zeigt sich bei den preisgeregelten Waren wieder ein bedeutend höherer Anstieg als bei den nicht preisgeregelten. Aber viermal oder fünfmal hat die sozialistische Alleinregierung schon verschärfte Preisregelung verlangt. Wir haben sie ihr gegeben, um ihr

Dr. Mock

nicht die Ausrede zu lassen, wir seien gegen eine verschärfte Preisbekämpfung.

Aber Sie zeigen, daß es Ihnen ja noch schlechter als der allgemeinen wirtschaftlichen Entwicklung gelingt, die Inflation in den Griff zu bekommen. Ich habe hier einmal an Sie die Anfrage gestellt, warum Sie nicht dort, wo Sie mit Ihrer Unterschrift, Ihr Ressortminister mit seiner oder die Bundesregierung mit ihrer Unterschrift, eine Preiserhöhung genehmigen, zeigen, daß Sie tatsächlich die Inflation besser bekämpfen können. Das unterstreicht nur das Argument – neben den laufenden Tarifierhöhungen und ihren Prozentsätzen von 20, 40, 60 Prozent –, daß die Preistreiber bei uns vornehmlich in der Regierung sitzen. *(Zustimmung bei der ÖVP.)* Da haben Sie ja, Herr Abgeordneter Fischer, die Möglichkeit einzugreifen. Warum zeigen Sie es nicht? Hier müssen Sie oder Ihre Minister ja oder nein sagen.

Der Herr Bundeskanzler hat in bekannter Demagogie bei einer Anfrage über die Landesenergiegesellschaften gesagt, er stehe hier nicht an zu sagen, daß sie überhöhte Anträge stellen. Er hat etwas gemurmelt von der Handelskammer und ähnlichem mehr. Herr Bundeskanzler, Sie haben die Möglichkeit: Sie können dazu nein sagen. Beweisen Sie es! Das zeigt eben, daß dieses System nicht funktioniert, daß es nur Ihren verbalen Bekenntnissen zur Preisstabilität dienen soll, daß Sie aber nicht in der Lage sind, damit einigermaßen die inflationäre Entwicklung in den Griff zu bekommen.

Der Handelsminister hat einmal gemeint, es sei nur die Rute im Fenster. Solche sozialistischen Disziplinierer und Volksbeglucker brauchen wir nicht! Denn weniger Freiheitsraum und, ich würde sagen, gleichzeitig bedeutend höhere Inflationsrate, das ist ein zu hoher Preis für eine schlechte Wirtschaftspolitik. *(Zustimmung bei der ÖVP.)*

Meine Damen und Herren! Dahinter bricht aber immer wieder die ideologische Motivation durch: zu gängeln, einzubinden, zu administrieren, und dahinter sicherlich auch die Fata Morgana, man könnte durch eine perfekte technokratische, verwaltungsmäßige Regelung letztlich auch das Leben, nicht nur das Wirtschaftsleben, mangellos stellen, eine perfekte Ordnung bringen. Dahinter steht also doch eine sehr starke sozialistische Motivation. Ob sich nun der einzelne dessen bewußt ist oder nicht bewußt ist, mag durchaus dahingestellt bleiben.

Ein typisches Beispiel, wo im Zuge der sozialistischen Regierungspolitik – es tut mir wirklich leid, daß der Herr Finanzminister nicht hier ist – eine dezentralisierte Entscheidungs-

struktur de facto zentralisiert wird, ist das Verhältnis der sozialistischen Regierung zur Notenbank.

Die Notenbank hat laut § 2 mit allen ihr zu Gebote stehenden Mitteln dahin zu wirken, daß der Wert des österreichischen Geldes erhalten bleibt. Übrigens nicht nur der Außenwert, Herr Bundeskanzler, der in Ihrem Bericht so rühmlich hervorgehoben ist, sondern auch der Innenwert.

Ich darf Ihnen nochmals ein Zitat in Erinnerung rufen: Beschwichtigungshofräte weisen darauf hin, daß in dem oder jenem Land die Inflationsrate höher sei als im eigenen. Als ob die Hausfrau mit statistischen Tabellen in der Hand einkaufen ginge. Ihr Genosse Generalrat a. D. Aussch hat Ihnen das gesagt. Dabei ist eigentlich die Walze schon etwas verbraucht, Herr Bundeskanzler, denn jetzt können Sie gar nicht mehr darauf verweisen, daß wir wegen der wichtigsten Außenhandelspartner eine überhöhte Inflationsbilanz hätten, sondern Sie importieren dauernd schon Stabilität. Das heißt, wenn es auf Ihre Politik allein ankäme, wäre die Inflationsrate in Österreich noch viel höher. *(Zustimmung bei der ÖVP.)*

Zur Art, wie der Finanzminister zur Notenpresse bei den 2 Milliarden gegriffen hat, worüber er das Parlament dann falsch informiert hat, entgegen den Bestimmungen des § 41 Notenbankgesetz, zur Art, wie er die Refinanzierung des ERP-Fonds durchgesetzt hat, ja zur Art, wie er überhaupt die Notenbank immer wieder, auch in den letzten Tagen, behandelt hat. Da heißt es in der Geschäftsordnung zum Generalrat: Wenn der Diskontsatz verändert wird, darf das, damit es tatsächlich vertraulich behandelt wird, nicht einmal nach § 3 auf die Tagesordnung geschrieben werden, um ja keine Spekulation auszulösen. – Heute kann man das auf Grund der Aussagen des Herrn Finanzministers schon ein paar Tage vorher in der Zeitung lesen, trotz der einstimmigen Beschlüsse, das ändert an dieser Sache überhaupt nichts. Ich glaube, es ist berechtigte Sorge um die Autonomie und um die Unabhängigkeit der Notenbank als Wächter unserer Währung angebracht. Man wird wahrscheinlich auch in anderem Zusammenhang noch ausführlicher darüber reden müssen.

Was die jüngste Diskussion um die Verzinsung der Sparguthaben anlangt: Zuerst sagte der Herr Bundesminister Androsch, der Sparzinsfuß werde gesenkt, dann der Herr Präsident Benya, das komme heuer nicht mehr in Frage, dann der Herr Bundeskanzler, das sei ja überhaupt kein Streit, da gehe es nur um ein oder ein halbes Prozent, das spiegle auch das Ausmaß des Streites wider. Nur, Herr Bundeskanzler, lassen Sie sich einmal ausrechnen, was dieses eine Prozent an Verlust für die sozial bedürftigsten

Dr. Mock

Einleger bedeutet, wenn Sie diesen Zinssatz senken. Aber das ist Ihnen gleich: ein Prozent! (*Lebhafte Zustimmung bei der ÖVP.*)

Die Situation ist so wie seinerzeit: Zehn Schreibtische wird das neue Forschungsministerium schon wert sein, das heute bereits mehr Schreibtische hat als die andere Hälfte des ursprünglichen Unterrichtsministeriums. So leicht kann man es sich nicht machen. Hier spiegelt sich mangelndes Verständnis für den kleinen Mann wider, Herr Bundeskanzler! (*Neuerliche Zustimmung bei der ÖVP.*) Das zieht sich bei Ihnen, auch wenn die Aussagen noch so locker und leger sind, durch all Ihre Regierungsjahre. Was interessiert den Herrn Bundeskanzler der kleine Mann, er ist an ihm allenfalls vor den nächsten Wahlen interessiert, und da wird ihm schon wieder etwas einfallen.

Wo sind denn die großen Worte, Herr Bundeskanzler, von Ihrer Regierungserklärung? Die Sparförderung wird nicht ausgeweitet, in ihrem gegenwärtigen Umfang aber wird sie beibehalten, erklärte Ihr Finanzminister. Und außerdem wundert mich eines, Herr Bundeskanzler: Bei einer Inflationsrate von 4,7 Prozent oder von 6,3 Prozent ist die Sparförderung damals eingeführt worden. Heute, obwohl Sie sich dazu bekannt haben, daß ihr Umfang beibehalten werden soll, wird sie nach sechs Monaten wieder reduziert.

Ich darf daran erinnern, meine Damen und Herren, weil das auch interessant ist im Zusammenhang mit Machtkontrolle, Möglichkeiten der Opposition: Am 31. Mai 1972 hat die Österreichische Volkspartei hier einen Initiativantrag auf Verbesserung der Sparförderung eingebracht. Dieser Initiativantrag wurde von der sozialistischen Fraktion gesperrt, bis im Herbst der Herr Bundesminister für Finanzen mit einem eigenen Initiativantrag kam, und das Gesetz wurde dann mit geringen Abänderungen gemeinsam beschlossen. Ganz gleich, ob es ein guter oder schlechter Vorschlag ist: Die Opposition darf nie recht behalten!

Der heutige Verkehrsminister Lanc hat dann diese Sparförderung als die beste, die es je gab, klassifiziert. Herr Bundeskanzler, wenn es die beste Sparförderung ist – wieder verabsolutiert –, die es je gab, warum machen Sie heute so radikale Änderungen? Weil für Sie das entweder nur politisches Lockmittel – man wollte seinerzeit die Opposition überholen – oder bestenfalls noch eines der vielen Steuerungsinstrumente des Konjunkturablaufes war. Aber dahinter stand bei der Beschlußfassung im Jahre 1972 bei Ihnen kein gesellschaftspolitisches Anliegen.

Beim Prämiensparen genauso wie bei den Bausparverträgen steht hinter all diesen Anlie-

gen bei uns eine starke gesellschaftspolitische Motivation, weil Eigentumsbildung in den verschiedensten Formen für uns ein zentrales Anliegen unserer Politik ist. Für Sie eben nicht, im Gegenteil. Wenn es gerade die Gelegenheit erlaubt, baut man Möglichkeiten ab, wodurch Eigentum gebildet werden kann. (*Zustimmung bei der ÖVP.*) Der Herr Parteiobmann hat das heute ja schon kurz angeschnitten.

Meine Damen und Herren! Ich gebe zu, ich war einmal so naiv, wie eine Reihe sozialistischer Wohnbaugenossenschaften Eigentumswohnungsbauten errichtet hat, daß ich mir gedacht habe: Hier hat offensichtlich die Sozialistische Partei einmal mehr einen Kurswechsel vollzogen und sich jetzt auch zumindest zum Wohnungseigentum als gleichwertiger Form von Wohnmöglichkeiten bekannt. Mitnichten! Nicht nur wurde es 1968 abgelehnt, als wir das Wohnungseigentum besonders fördern wollten, als wir die Wohnbauförderungsmittel prioritär für den Wohnungseigentumsbau reserviert haben, sondern im Jahr 1972, als Sie die absolute Mehrheit gehabt haben, haben Sie sofort diese besondere Förderung des Einfamilienhausbaues sowie der Errichtung von Eigentumswohnungen abgebaut. Und in der Wohnbauförderungsnovelle 1976, die vorliegt, ist eine weitere Verschlechterung der Förderungsbedingungen für Einfamilienhäuser und auch für den Eigentumswohnungsbau enthalten.

Es bleibt dabei: Hier zeigt sich die Zähigkeit dogmatischer Vorstellungen der Sozialisten, die gelegentlich versteckt werden, wenn es politische Opportunität erfordert, die aber immer wieder nach vorne kommen, wenn man dazu die politische Macht hat.

Die Erhöhung der Vermögensteuer, meine Damen und Herren, geht in dieselbe Richtung. Am 1. Jänner 1973 erfolgte die Hauptfeststellung der Einheitswerte. Sie bedeutete im Durchschnitt eine Verdoppelung, eine Erhöhung um 100 Prozent. Dadurch sind viele Einfamilienhausbesitzer unter die Vermögensteuerpflicht gefallen. Eine Neufestsetzung der Einheitswerte würde bedeuten, daß wieder Hunderttausende Besitzer von Einfamilienhäusern unter die Vermögensteuerpflicht fallen, oder eine Anhebung des Vermögensteuersatzes, daß jene noch mehr belastet werden, die bereits dieser Steuerpflicht unterworfen werden.

Es ist so auch verständlich, meine Damen und Herren, daß die Vermögensteuer rasant steigt: bis 1973 jährlich im Schnitt um 4 Prozent, 1974 um 9 Prozent, 1975 um 16 Prozent, 1976 sind um 40 Prozent mehr Vermögensteuereinnahmen geplant. Gegen solche Raten müßte man mit dem Preistreibereigesetz vorgehen, Herr Bundeskanzler! Das könnte sich eine private oder

Dr. Mock

verstaatlichte Firma, ein Wirtschaftssubjekt oder ein einzelner nie leisten. *(Zustimmung bei der ÖVP.)*

Wir jedenfalls, meine Damen und Herren, werden, wo wir können, die Interessen der 735.000 Ein- und Zweifamilienhausbesitzer in der Öffentlichkeit und vor allem auch im Parlament verteidigen, weil es hier nicht nur darum geht, wie diese Mehreinnahmen verwendet werden, daß es ein Löcherstopfen ist, sondern auch die gesellschaftspolitische Intention der Eigentumsfeindlichkeit der sozialistischen Alleinregierung wieder dahinter steht.

Ich muß auch festhalten - ich glaube, es soll hier erwähnt werden -, daß gerade die Fraktion christlicher Gewerkschafter im Präsidium des Österreichischen Gewerkschaftsbundes diese Maßnahme der Senkung der Mindestverzinsung vehement abgelehnt hat. *(Abg. Wille: Kümmern Sie sich nicht um den ÖGB-Vorstand!)* Um wen ich mich kümmern, Herr Abgeordneter Wille, werden Sie mir überlassen müssen. Ich schreibe Ihnen ja auch nicht vor, um wen Sie sich kümmern sollen. *(Beifall bei der ÖVP. - Abg. Wille: Wenn Sie wüßten, wie es uns „stört“, daß ein Arbeiter ein eigenes Haus hat! Sie sind unglaublich!)*

Herr Abgeordneter Wille, ich verstehe Ihren Zwischenruf, denn Sie sitzen heute am Platz von Sekanina - ich weiß nicht, wo er ist, seine vielen Ämter hindern ihn wahrscheinlich, hierher zu kommen -, und empfinde ihn für nicht so gravierend; ansonsten nehme ich Ihre Zwischenrufe immer sehr ernst. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Meine Damen und Herren! Von der Gesamtanzahl an Bausparverträgen entfielen im Jahre 1975 45 Prozent der Bausparverträge auf Angestellte, 26 Prozent auf Arbeiter, 6,4 Prozent auf Rentner und Pensionisten und nur 10,5 Prozent auf selbständig Gewerbetreibende, die größtenteils auch zu den kleineren Einkommensschichten gehören. Das ist eine Politik auf dem Rücken der Bevölkerung, und zwar der großen Anzahl der mittleren Einkommensbezieher und der Einkommensschwachen.

Auch die Zahl der bestehenden Prämiensparverträge - über 800.000 - zeigt, daß das eine Sparform ist, die von der Bevölkerung in sehr breitem Ausmaß praktiziert wird. Hier gibt es für den „kleinen Mann“, wie er immer wieder vor den Wahlen zitiert wird - vom Herrn Bundeskanzler auch im Zusammenhang mit dem Milchpreis und ähnlichem -, kein Verständnis.

Der Herr Abgeordnete Dr. Fischer hat heute auch erwähnt, was diese Regierung alles an sozialen Maßnahmen gesetzt hat.

Meine Damen und Herren! Die Inflation, die

noch von keiner Bundesregierung in dieser Höhe und durch so lange Zeit praktiziert wurde, ist in sich eine wesentliche Basis für unsoziale Phänomene, ist in sich unsozial.

Ich habe vorhin gesagt, der Reiche wird reicher, der Schwächere wird ärmer. Spekulation wird gefördert, weil natürlich die Flucht in die Sachwerte Platz greift. Es haben daher die Spekulanten noch nie eine so große Chance gehabt zu verdienen wie unter der sozialistischen Alleinregierung, weil es zuvor keine so lang andauernde Inflation gab.

Gleichzeitig ruft man dann, wenn es zu Mißbräuchen kommt, nach Enteignungsmöglichkeiten, wie zum Beispiel die Diskussion um das Bodenbeschaffungs- und Assanierungsgesetz zeigt. Der Schuldige praktiziert die Vorgangsweise: „Haltet den Dieb“, eine Methode, wie wir in keiner Weise billigen können.

Ich habe vorhin auch erwähnt, daß der sozialistische Gewerkschaftsbundpräsident das in voller Breite gebilligt hat. Einmal mehr zeigt sich: Erste Aufgabe für den sozialistischen Gewerkschafter ist, der Regierung die Mauer zu machen, alles andere kommt erst nachher. *(Abg. Pansi: Sie haben ja von der Gewerkschaftsbewegung keine Ahnung, sonst könnten Sie nicht so dumm daherreden!)* Nur keine Aufregung, Herr Abgeordneter Pansi, das tut körperlich nicht wohl, wenn Sie sich so arg aufregen.

Wir haben im Arbeiterkammertag wiederholt den Antrag gestellt, das Kraftfahrzeugpauschale zu erhöhen. Über 700.000 Personen nehmen das Fahrzeug in Anspruch, um ihren Berufsstandort zu erreichen. Die Hälfte davon benötigt es unbedingt. Der Arbeiterkammerpräsident Czettel hingegen hat gemeint, daß wir jetzt etwas Gescheiteres zu besprechen haben. Die Interessen von 700.000 oder zumindest von 400.000, wenn sie in Konfrontation zur Regierung stehen, sind für einen Arbeiterkammerpräsidenten uninteressant.

Gleichzeitig wird auch in den Berichten hochgelobt, was man alles für den Arbeitnehmer gemacht hat.

Herr Bundeskanzler! Die Lohnsumme in der Industrie sank im ersten Quartal 1976 gegenüber 1975 um minus 2 Prozent, der Beschäftigungsstand um minus 5 Prozent. Die Lohnsumme ist nominell pro Kopf der Beschäftigten um 3 Prozent gestiegen, was bei einer rund 7,5prozentigen Inflationsrate einen Pro-Kopf-Realeinkommensverlust von minus 4,5 Prozent pro Beschäftigten in der Industrie bedeutet. Das ist Ihre arbeitnehmerfreundliche Politik, das ist Ihre Politik für den kleinen Mann.

So könnte man in bezug auf den kleinen

Dr. Mock

Sparer, den ich vorhin zitiert habe, noch viele Beispiele aufzählen. Allein im Bereich der Arbeitnehmer verlor das gesparte Vermögen im Jahre 1975 7,5 Milliarden Schilling an Kaufkraft. Auch das, glaube ich, ist ein wichtiger Hinweis, der die Thesen der Regierungsberichte hier widerlegt:

Ihre Politik, Herr Bundeskanzler, ist ordnungspolitisch konzeptlos, sie ist in vielen Bereichen unsozial, und – wie der Herr Klubobmann Peter mit Recht hier moniert hat – das Wort „sparen“ kommt bei Ihnen überhaupt nicht vor. Das zeigt auch, daß Ihnen jedes Verständnis für die soziale Bindung der Gelder, die Sie als Regierung verwalten, abgeht. Das sind nicht Ihre persönlichen Gelder, sondern Sie sind Treuhänder; wie wir feststellen müssen, ein schlechter Treuhänder, sonst würden Sie sich mehr gebunden fühlen an die Verpflichtung gegenüber dem Steuerzahler und zumindest die Notwendigkeit des Sparens in Ihrem Bericht aufzeigen. *(Zustimmung bei der ÖVP.)*

Für uns, meine Damen und Herren, ist in dem Zusammenhang – das wollte ich aufzeigen – vor allem die Eigentumsfeindlichkeit relevant, die sich durch all diese Maßnahmen zieht. Für uns ist die Bildung von Eigentum – ich möchte das nochmals wiederholen – in den Händen möglichst vieler ein zentrales ordnungspolitisches Anliegen.

Wir glauben, daß gerade die soziale Marktwirtschaft das richtige Ordnungssystem für eine breite Eigentumbildung ist und daß die soziale Marktwirtschaft zwischen dem klassischen Wirtschaftsliberalismus und der kollektivistisch orientierten Wirtschaftspolitik der sozialistischen Alleinregierung der richtige dritte Weg ist, der ein Optimum an Kontrolle, die bestmögliche Konsumwahl und die größtmögliche Freiheit für den einzelnen immer wieder sicherstellt.

Dieses Bekenntnis werden wir hier wiederholen, wir werden jede Facette, vor allem vom Programmatischen her, Ihrer Politik, Herr Bundeskanzler, aufzeigen, wir werden aufzeigen, wo Sie mit unserem Ordnungssystem der sozialen Marktwirtschaft im Widerspruch stehen.

Und gerade weil der Parteiboss Dr. Taus die grundsatzpolitische Diskussion forciert und dadurch die Mängel in Ihrem Demokratieverhalten aufgezeigt werden, werden Sie immer sehr böse.

Herr Klubobmann Fischer, wenn Sie heute aus Ihrem Programm vorlesen, so kann ich nur sagen: Machen Sie eine andere Politik! Ihre Politik stimmt ja sehr oft nicht einmal mit dem eigenen Programm überein. Lesen Sie den Satz

nach: Zwischen Diktatur und Sozialismus gibt es keine Gemeinsamkeit.

Was hat denn der Abgeordnete Dallinger gemacht? Er demonstrierte mit Vertretern einer Diktatur! Er hat einen Brief vom Herrn Bundeskanzler bekommen.

Was haben die sozialistischen Studenten gemacht? Sie haben mit Kommunisten demonstriert! – Sie sind stillgelegt worden.

Ich nehme Ihnen ab, Herr Bundeskanzler, daß das Ihre persönliche Note ist, aber trotzdem muß ich mich fragen: Wo beginnt bei Ihnen der Opportunismus? Ihr Freund Palme stützt sich auf 15 Abgeordnete, Vertreter einer Diktaturideologie. Ihr Freund Mitterand ist in einer politischen Koalition mit den Kommunisten. Wo bleibt die Konsequenz? Das ist zumindest – ich bezweifle nicht Ihre persönliche Überzeugung – blanker Opportunismus. Und so leicht kann man es sich nicht machen, wenn dieses Demokratieverständnis von uns kritisiert wird. Machen Sie eine andere Politik, dann sind Sie auch glaubwürdiger! *(Beifall bei der ÖVP.)*

Zu der innerösterreichischen Situation, Herr Abgeordneter Dr. Fischer. Wie oft haben wir das Wort hier gehört: Demokratie ist der Weg, Sozialismus ist das Ziel. Und es zeigt sich doch in einer Fülle von Maßnahmen: Es geht Ihnen um die Monopolisierung der politischen Macht. Was Sie ausschalten wollen, ist die Alternative zu Ihnen, was Sie verwirklichen wollen, ist eine exklusive sozialistische Gesellschaftsordnung.

Wir unterscheiden uns davon: Wir glauben, es muß zu jeder politischen Macht die Alternative vorhanden sein. Wir glauben, auch zu uns muß die Alternative vorhanden sein. Das wollen Sie systematisch vermeiden und in Zukunft verhindern, daher der Abbau der Autonomie bei den Universitäten, daher der Regierungsrundfunk, daher, daher, daher: Hier könnte man eine Fülle von Maßnahmen aufzählen. Das geht hinein bis zur Behandlung des einzelnen Menschen, des einzelnen kritischen Menschen, einzelner kritischer sozialer Gruppen. Die Abfälligkeit, wie Sie zum Beispiel die Kollegen von der Bauernschaft behandeln, wie Sie jetzt vorgehen, um die legitime autonome Interessenvertretung der Bauernschaft in Kärnten umzubringen, ist mit unserem Demokratieverständnis nicht vereinbar. *(Beifall bei der ÖVP.)* Also wundern Sie sich nicht darüber, wenn wir Ihnen das immer wieder vorhalten werden. *(Abg. Kern: Kein Demokratieverständnis!)*

Was Europa anbelangt, muß ich Ihnen sagen, ist die Feststellung des Herrn Parteibosses völlig richtig. Denn ordnungspolitisch hat sich ein Schumacher draußen in der Bundesrepublik genauso wie bei uns die ersten

Dr. Mock

Sozialisten sehr lange gegen das System gestemmt, das wir ordnungspolitisch für die Wirtschaft, für die Entwicklung der Wirtschaftsstruktur und auch der Gesellschaftsstruktur vorgeschlagen haben. Wir haben damals die Hauptverantwortung gehabt; Sie haben die Verantwortung mitgetragen. Ich finde das ja läppisch, immer so aufzuzählen, als hätte nur der eine oder der andere das ausschließliche Verdienst. Ordnungspolitisch war der Beitrag der Sozialisten nach dem Jahr 1945 völlig unbedeutend. (*Abg. Prechtl: Wo sind Sie denn 1945 gewesen?*) Ich möchte das hier eindeutig nochmals wiederholen: Lesen Sie nach, was Schumacher gesagt hat. Noch vor seinem Tod hat er die soziale Marktwirtschaft strikte abgelehnt. Meine Herren, das werden Sie zur Kenntnis nehmen müssen.

Meine Damen und Herren! Wir übernehmen aus unserer Sicht für das, was wir programmatisch seit 1945 vertreten haben, und für das, was wir politisch gemacht haben, die Hauptverantwortung. Sie haben, was Österreich anbelangt, die Mitverantwortung. Wir übernehmen die Alleinverantwortung für 1966 bis 1970, und Sie haben die Alleinverantwortung - suchen Sie nicht immer nach Ausreden - für all das, was Ergebnis der Regierungspolitik seit dem Jahre 1970 ist. (*Anhaltender Beifall bei der ÖVP.*)

Präsident **Minkowitsch**: Als nächster zum Wort gemeldet ist der Herr Bundeskanzler. Ich erteile es ihm.

Bundeskanzler Dr. **Kreisky**: Hohes Haus! Ich möchte gleich vorweg feststellen, daß wir natürlich vollkommen und uneingeschränkt bereit sind, die Verantwortung für die Politik, die in diesem Staate seit 1970 betrieben wird, zu übernehmen. (*Beifall bei der SPÖ.*) Wir haben diese Verantwortung erst unlängst mit aller Deutlichkeit festgestellt und haben von der Mehrheit des österreichischen Volkes den Auftrag bekommen, sie weiter zu tragen. (*Neuerlicher Beifall bei der SPÖ.*) Es muß in diesem Zusammenhang, da die Frage der Demokratie eine solche Rolle in der Diskussion gespielt hat, doch auch festgestellt werden, daß die Grundlage jeglicher Demokratie die Entscheidung und die Souveränität des Volkes ist.

Ein halbes Jahr ist seitdem vergangen. Wir haben dem österreichischen Volk die Erhaltung der Arbeitsplätze versprochen, und der Bericht der Bundesregierung ist gleichzeitig auch ein Rechenschaftsbericht, neben dem an das Hohe Haus auch an das österreichische Volk. (*Beifall bei der SPÖ.*)

Hohes Haus! Es hat einen . . . (*Zwischenruf bei der ÖVP.*) Die Teuerung, darüber werde ich noch reden.

Hohes Haus! Es hat einmal einen amerikanischen Präsidenten gegeben, der dem amerikanischen Volk einreden wollte, daß die Prosperität sozusagen um die Ecke hervorsieht - „prosperity just around the corner“ -, und es hat sich gezeigt, daß er das amerikanische Volk durch diese optimistischen Feststellungen getäuscht hat. Ich habe es auf Grund der mir zur Verfügung stehenden Beurteilungsgrundlagen für richtig gehalten, vor einem allzu frühen Optimismus zu warnen, und habe auch gestern gesagt, daß ich zum erstenmal bereit bin, deutlich und eindeutig zu sagen, daß es sich gegenwärtig um einen Aufschwung handelt, aber niemand sagen kann, wie lange er dauert, vor allem deshalb nicht sagen kann, weil es immer noch ungeheure Überkapazitäten gibt, weil es riesige Lager an Rohstoffen und Halbfabrikaten gibt, weil vieles noch nicht darauf hindeutet, daß es sich um einen echten Aufschwung handelt. Es fehlen etwa Aufträge in der Schiffbauindustrie, die für eine dauerhafte Entwicklung sehr kennzeichnend sind.

Ich bin daher der Meinung, daß der Optimismus, der heute vielfach gezeigt wird, von der Bundesregierung nur mit Vorsicht übernommen werden darf. Es wäre viel unangenehmer gewesen, wenn ich eine gegenteilige Behauptung zu revidieren gehabt hätte. Den Verdacht der „Täuschung“, die hierin liegt, nehme ich gerne in Kauf; lieber als das Gegenteil.

Und nun zur Frage der Inflation. Ich habe seinerzeit die simple Feststellung gemacht, daß, wenn in einem Staat ungeheure Investitionen vorgenommen werden, das natürlich eine gewisse inflationäre Tendenz auslösen muß. Wenn man vier Jahre lang ein Kraftwerk baut und tausende Menschen dadurch Beschäftigung und Kaufkraft vermittelt erhalten und das Kraftwerk erst in vier Jahren darauf sozusagen zu arbeiten beginnt, dann hat das natürlich eine gewisse Wirkung auf den Zusammenhang zwischen der Warenmenge und der Geldmenge. Ich habe also das festgestellt, was alle Ökonomen immer wieder feststellen: daß in einer Zeit stürmischer Investitionen eine gewisse Tendenz in dieser Richtung besteht.

Es ist richtig, Herr Abgeordneter Peter, daß die verstaatlichte Industrie sehr vorsichtig mit Entlassungen gewesen ist - übrigens die private Industrie auch, nicht zuletzt, weil die verstaatlichte vorsichtig war -, weil es einfach unseren gesellschaftspolitischen Vorstellungen entspricht, daß die Arbeiter und Angestellten ein Recht auf Arbeit haben und daß nicht bei den ersten Windstößen einer sinkenden Konjunktur die ersten, die das bezahlen sollen, die Arbeiter und Angestellten sein können. Waren Sie gut, den Unternehmungen zu helfen, Gewinne zu

Bundeskanzler Dr. Kreisky

machen, dann müssen Sie eine Zeitlang auch gehalten werden, wenn die Gefahr besteht, daß Verluste entstehen. (*Beifall bei der SPÖ.*) Das ist unsere gesellschaftspolitische Auffassung, und dadurch unterscheiden wir uns vielleicht von anderen.

Was nun die an mich gerichtete direkte Frage betrifft, wie es nun mit dem Rhein-Main-Donau-Kanal aussehe, so möchte ich Ihnen, Herr Abgeordneter Peter, mitteilen, was mir von seiten der Fachleute gesagt wurde, nämlich daß das Ergebnis der Verhandlungen zwischen dem bayrischen Ministerpräsidenten Goppel und dem Bundesverkehrsminister Gscheidle in der Bundesrepublik Deutschland ist, daß an den alten Terminen im wesentlichen festgehalten werden kann, daß auch die seinerzeitige Finanzierung laut Münchner Vereinbarung wieder Gültigkeit hat und daß der Abschnitt der Kanalstrecke Nürnberg-Straubing bis Mitte der achtziger Jahre vollendet sein wird. Die Fertigstellung des Abschnittes von Straubing bis Vilshofen wird in den darauffolgenden acht Jahren durchzuführen sein; das hat für uns aber weniger Bedeutung, weil ja die sogenannte Niederwasserregulierung im Donauabschnitt bereits zur Zeit fertig ist und einen Donauverkehr zuläßt.

Es gibt somit - so schließt diese Mitteilung - für den Ausbau der Rhein-Main-Donau-Straße von deutscher Sicht keine Unterbrechung mehr.

Der bayrische Ministerpräsident wird vermutlich irgendwann im Herbst in Wien zu Besuch sein. Es wird dann Gelegenheit sein, auch das noch weiter zu besprechen. Der deutsche Bundeskanzler kommt demnächst nach Österreich. Ich glaube, daß hier kein Anlaß besteht, besonders pessimistisch zu sein.

Nun zur Frage unserer Wirtschaftspolitik im Hinblick auf die Preispolitik. Herr Dr. Mock! Sie haben von den europäischen Tendenzen in den verschiedenen gesellschaftspolitischen Richtungen gesprochen. Sie haben Erfolge Ihrer Parteifreunde in anderen Ländern in Anspruch genommen.

Ich habe mir angesehen, wie die Inflationsrate dort ausschaut, wo nach Ihren gesellschaftspolitischen Vorstellungen Wirtschaftspolitik gemacht wird. Sie beträgt in Belgien im Durchschnitt 9,9, in Frankreich 9,5, in Italien 11,8, in Italien, wo wahrlich Ihre gesellschaftspolitischen Vorstellungen immer stärker zum Durchbruch kamen, und zwar mit den Folgeerscheinungen, die Sie kennen. In Spanien - ich sage das, weil dies gestern erwähnt wurde - sind es 15,4, und in Österreich waren es im gleichen Zeitraum 7,8 Prozent. Wir halten also diesen internationalen Vergleich durchaus aus. (*Beifall bei der SPÖ*)

Ich habe in meinem Bericht nicht davon gesprochen, ich habe das nur angedeutet, doch jetzt habe ich Ihnen die genauen Zahlen gegeben.

Irgendwie muß offenbar doch auch in der Wirtschaftspolitik die Gesellschaftspolitik eine Rolle spielen!

Nun möchte ich dem Hohen Haus mitteilen: Ich habe heute die Mitteilung bekommen, daß der Verbraucherpreisindex für den jüngsten Zeitabschnitt 7,4 Prozent beträgt, also weiter heruntergegangen ist. Meine gestern ausgedrückte Hoffnung, wonach eine Chance besteht, für den Durchschnitt des Jahres 7,5 zu erreichen, scheint durchaus gerechtfertigt zu sein. (*Beifall bei der SPÖ.*)

Was nun die Politik des französischen sozialistischen Parteiführers Mitterand und die Palmes betrifft, möchte ich Ihnen folgendes sagen:

Bei genauerer Beobachtung der Entwicklung in Schweden - das kann man durchaus durch die Lektüre jener Zeitungen feststellen, die in einer Sprache abgefaßt sind, die Sie beherrschen, nämlich in Französisch oder Englisch - können Sie feststellen, daß die schwedische Regierungspolitik schon lange nicht mehr auf der kommunistischen Unterstützung im Reichstag, sondern durchaus auf jener Unterstützung beruht, die von den Mittelparteien und zum Teil sogar von den Rechtsparteien gegeben wird. Es hat sich also hier eine Wandlung vollzogen. Aber auch darüber wird in nächster Zeit entschieden werden: so oder so.

Was nun die französische Politik betrifft, bin ich verpflichtet, folgendes zu sagen: Die Internationale der sozialistischen Parteien, sprich: der sozialdemokratischen Parteien, gründet sich auf einem Hauptprinzip: daß man es unterläßt, einer anderen Partei bezüglich ihrer Politik Vorschriften zu machen. Das hat große politische Bedeutung deshalb, weil man seinerzeit bei der Kommunistischen Internationale von der sogenannten Generallinie gesprochen hat und jede Abweichung mit dem Ausschluß bedroht wurde. Bestimmt hat die Generallinie die Leitung der Kommunistischen Partei der Sowjetunion. Das ist der große Unterschied. Innerhalb der Sozialistischen Internationale kann also jede Partei ihre Politik autonom bestimmen.

Wir haben natürlich das Recht, den jeweiligen Parteiführer um die Motivierung zu fragen.

Ich begehe keine Indiskretion, wenn ich die Motivierung Mitterands, die er uns offenbar auf unsere Frage hin gab, hier öffentlich darstelle. Er meint, in Frankreich - wo bekanntlich die

Bundeskanzler Dr. Kreisky

Uhren anders gehen – könne sich eine Alternative auf der linken Seite nicht bilden, wenn sie den Antikommunismus auf ihre Fahnen schreibt. Auf der anderen Seite aber wollen Mitterand und seine Partei eine demokratische, eine eindeutig demokratische Alternative darstellen, und es ist Mitterand mit dieser politischen Haltung gelungen, aus einer Partei von rund 10 Prozent eine um 35 Prozent herum zu schaffen. Die sozialistische Partei Frankreichs ist heute eine der stärksten politischen Kräfte der Französischen Republik. Erfreulicherweise handelt es sich dabei um eine eindeutig demokratische Kraft.

Sie haben das Schlagwort geprägt – richtiger gebraucht!, geprägt haben es andere –, wonach die Reichen immer reicher und die Armen immer ärmer werden. Das ist ein Schlagwort von klassischem Charakter. Das behauptet übrigens auch die von Ihnen immer wieder so heftig attackierte Neue Linke, weshalb es aber nicht richtiger ist. (*Heiterkeit.*) Das gilt – das gestehe ich den Herren der Bundeswirtschaftskammer zu – nicht für Österreich. Es werden die Reichen nicht reicher und die Armen nicht ärmer, sondern wir versuchen, mit den Mitteln einer modernen Gesellschaftspolitik eine Umverteilung in einer Weise herbeizuführen, die auch die Zustimmung der Mehrheit des österreichischen Volkes gefunden hat. (*Beifall bei der SPÖ.*)

Ich verfolge sehr genau die Ergebnisse der Betriebsratswahlen im letzten halben Jahr, weil die Betriebsratswahlen in einer sehr deutlichen Weise die Stimmung innerhalb der Arbeiterschaft und der Angestelltenschaft widerspiegeln.

Wenn Sie diese Ergebnisse vergleichen, werden Sie feststellen können – auch im ÖAAB werden dieselben Zahlen vorliegen –, daß die sozialistischen Listen 82,5 Prozent erzielten, das sind sogar um 1,2 Prozent mehr als im Vorjahr, und daß der ÖAAB trotz Ihrer Versuche, uns links zu überholen, auf einen „stattlichen“ Erfolg von 0,2 Prozent verweisen kann. (*Beifall bei der SPÖ.*)

Präsident **Minkowitsch**: Als nächster zum Wort gemeldet ist Herr Abgeordneter Dr. Broesigke. Ich erteile es ihm.

Abgeordneter Dr. **Broesigke** (FPÖ): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ein Bericht über die wirtschaftliche Lage sollte eigentlich auf Rückblicke in die Vergangenheit verzichten, eine Schilderung des Gegenwärtigen beinhalten und daran eine Darstellung jener Maßnahmen knüpfen, die die Bundesregierung für erforderlich hält, um die Schwierigkeiten zu meistern.

Im Gegensatz dazu findet man in dem vorliegenden Bericht eine große Anzahl von Rückblicken, und man muß, soweit sie Feststellungen enthalten, die nach unserer Auffassung unzutreffend sind, natürlich in diesem Umfang in der Debatte auch dazu Stellung nehmen.

Was sind die Grundprobleme eines Wirtschaftsberichtes, einer Schilderung der augenblicklichen wirtschaftlichen Lage? Es sind die Fragen: Wie sieht es mit der Beschäftigung aus, wie sieht es mit dem Wachstum und wie sieht es mit der Stabilität aus? Ich würde ohneweiters unterschreiben, daß es gelungen ist, bezüglich der Beschäftigung zu einem zufriedenstellenden Ergebnis zu kommen.

Es ist das zwar keineswegs so eindeutig, wie es die Berichte des Herrn Bundeskanzlers und des Herrn Bundesministers für Finanzen dargelegt haben, aber immerhin, man kann sagen, daß die Politik des vergangenen Jahres, der letzten Zeit, hier von Erfolg begleitet war.

Wenn ich gewisse Einschränkungen mache, so dies deshalb, weil ich den Eindruck habe, daß wir über den Begriff „Arbeitsplätze“ verschiedener Meinung sind. Ich habe den Eindruck, daß die sozialistische Bundesregierung unter „Arbeitsplatz“ den Arbeitsplatz des Unselbständigen in Österreich versteht. Wir Freiheitlichen glauben aber, daß das eine völlig antiquierte Auffassung ist und daß jeder, der arbeitet, seinen Arbeitsplatz hat, einen Arbeitsplatz verlieren kann und daß eine verantwortliche Wirtschaftspolitik verpflichtet ist, für diesen Arbeitsplatz zu sorgen, möge es sich nun um den Arbeitsplatz eines Selbständigen oder den eines Unselbständigen im juristischen Sinn handeln.

Daß hier eine etwas einseitige Betrachtungsweise besteht, das sieht man schon aus der Tabelle, die der Herr Bundesminister für Finanzen vorgelegt hat und in der nur die Unselbständigen aufscheinen. Die Entwicklung bezüglich der Selbständigen sieht man nicht, also die Entwicklung der unzähligen kleinen Betriebe, die nicht nur bestehen bleiben müssen im Interesse der wirtschaftlichen Stabilität in Österreich, sondern die darüber hinaus genauso ein Anrecht haben, ein moralischen Anrecht wie jeder andere Österreicher auch.

Die vom Herrn Bundesminister für Finanzen vorgelegte Statistik zeigt, daß die Bevölkerung Österreichs „im aktiven Alter“, wie hier formuliert ist, ständig zunimmt, daß aber die Zahl der Erwerbstätigen von 1975 auf 1976 abnimmt. Der Zunahme auf der einen Seite im selben Zeitraum steht also eine Abnahme auf der anderen Seite gegenüber.

Hier liegt zweifellos ein Problem, mit dem sich ein Bericht über die wirtschaftliche Lage

Dr. Broesigke

auch auseinandersetzen müßte, umsomehr, als es ja nicht abgestritten werden kann, daß gerade die österreichische Wirtschaftsstruktur – und von der wurde heute schon gesprochen – es ermöglicht hat, daß Österreich die Rezessionsercheinungen besser überwunden hat als andere Länder.

Die zweite Frage ist das Problem des Wachstums. Da haben wir Freiheitlichen nie zu jenen gehört, die Prophezeiungen gemacht haben, die gesagt haben, was im nächsten Jahr Positives oder Negatives sich ereignen wird. Wir glauben, daß hier die Zusammenhänge auf der Welt viel zusehr bestimmend sind, als daß man prophezeien könnte, wie sich die Zukunft entwickelt.

Wir wollen hoffen, daß sich der wirtschaftliche Aufschwung, der sich jetzt zeigt, fortsetzt und daß es sich nicht nur um das handelt, was im Stil des Wetterberichtes als „Zwischenhoch“ bezeichnet wird, sondern daß es sich um eine kontinuierliche Aufwärtsentwicklung handelt. Wir glauben aber, daß die österreichische Wirtschaft auch damit rechnen muß, daß es sich nicht so gut entwickelt. Und da, muß man sagen, fehlt in dem Bericht der Bundesregierung jeder Hinweis, was in einem solchen Fall zu geschehen hätte, jeder Hinweis, ob für einen derartigen Fall Reserven in der österreichischen Wirtschaft in genügendem Umfang vorhanden sind.

Wenn nun diese beiden Bereiche relativ positiv zu beurteilen sind, so liegt die negative Seite in der Preispolitik. Hier muß man den Behauptungen vor allem des Berichtes des Herrn Bundesministers für Finanzen auf das entschiedenste widersprechen.

Wir wissen schon, daß es ein Finanzminister nicht leicht hat, denn auf der einen Seite sieht die Wirtschaftspolitik das Krokodil der drohenden Arbeitslosigkeit und auf der anderen Seite das Krokodil der drohenden Inflation. Aber wir haben in der Vergangenheit den Eindruck gewonnen, daß in den Vorstellungen sozialistischer Wirtschaftspolitik das Krokodil der drohenden Arbeitslosigkeit wie ein Dinosaurier und das Krokodil der Inflation wie eine Eidechse gesehen wird.

Ich weiß auch, womit dieser Irrtum psychologisch zu erklären ist. Zweifellos ist für den einzelnen die Arbeitslosigkeit etwas viel Drückenderes als der Verlust an Kaufkraft, der durch die Inflation eintritt. Aber von diesem Gesichtspunkt allein die Probleme zu sehen, ist für eine verantwortliche Wirtschaftspolitik völlig falsch, denn gesamtwirtschaftlich gesehen ist die Inflation genauso wie die Arbeitslosigkeit eine schwere Krankheit des Wirtschaftsgefüges, und eine verantwortliche Wirtschaftspolitik muß

diesem Umstand Rechnung tragen, umsomehr, als letzten Endes die Inflation auch die Arbeitsplätze wieder gefährdet, sodaß das vielfach gehörte Schlagwort: Entweder Inflation oder Arbeitslosigkeit, zu einer der dümmsten Formulierungen gehört, die jemals in die politische Diskussion geworfen worden sind. *(Zustimmung bei der FPÖ.)*

Da muß man nun sagen: Auf diesem Gebiet hat die sozialistische Wirtschaftspolitik sehr viel zu wünschen übrig gelassen. Es ist einfach nicht richtig, Herr Bundesminister für Finanzen, daß Sie in der Vergangenheit eine antizyklische Konjunkturpolitik betrieben haben, sondern Sie sind immer mit den Dingen mitgegangen. Sie haben in der Zeit der Hochkonjunktur eine Defizitwirtschaft, eine Wirtschaft des deficit-spending gemacht, Sie haben damals keine Überschüsse zutage gefördert, sondern Sie haben im Gegenteil dieselbe Ausgabenwirtschaft betrieben wie in dem Zeitpunkt, da sie notwendig war.

Das war zweifellos der entscheidende Fehler Ihrer Wirtschaftspolitik, um den man nicht herumkommt, und man muß daher auch bezweifeln, ob jetzt, wo – wie wir hoffen – eine neue Phase in der Konjunktur beginnt, Sie mit der entsprechenden Sorgfalt sich diesem Problem widmen werden.

Daß wir hier berechtigtes Mißtrauen haben, dafür möchte ich nur ein kleines Beispiel bringen, ein kleines Beispiel aus dem wirtschaftlichen Geschehen der letzten Zeit. Es handelt sich um jenen Vorfall oder besser gesagt um jene Sache, die wir im Zusammenhang mit dem Bericht des ERP-Fonds hier im Haus unlängst behandelt haben. Die Beschaffung von 1400 Millionen Schilling in der Form, daß der ERP-Fonds gesetzlich unzulässigerweise Obligationen ausgibt, die gar keine echten Obligationen sind, und daß die Nationalbank unzulässigerweise als Bankier auftritt, obwohl sie das gar nicht darf, und infolgedessen eine Geldschöpfung von 1400 Millionen Schilling vornimmt, ist reine Inflationspolitik!

Wenn Sie das so ohneweiters machen und wenn in diesen Berichten darauf sogar noch als auf etwas Positives hingewiesen wird, so zeigt das eben, daß Sie die eine Komponente, nämlich die Frage der drohenden Inflation, gerade im jetzigen Zeitpunkt nicht sehr ernst nehmen.

Ich habe einen lebhaften Beifall gehört, als der Herr Bundeskanzler verkündet hat: 7,4 Prozent Inflation.

Das ist doch kein Grund für einen Beifall, sondern das ist doch ein Zeichen dafür, daß wir uns in einer äußerst schwierigen wirtschaftlichen Situation befinden, die man nicht durch

Dr. Broesigke

fröhlichen Optimismus hinwegdiskutieren kann, sondern über die man sich Gedanken machen muß.

In diesen Berichten wird eine große Anzahl von Problemen genannt, es wird sehr viel Ziffernmaterial gegeben. Aber wo sind die Rezepte, müssen wir die Bundesregierung fragen. Wo sind die Rezepte, mit den Problemen fertig zu werden? Wo sind die Rezepte, um die Schwierigkeiten zu steuern, die aus dem Umstand kommen, daß wir bei Beginn einer von uns erhofften Aufschwungsphase mit diesen 7,4 Prozent anfangen?

Da hilft kein Blick über die Grenzen, und da helfen keine Prozentberechnungen, wie es anderswo ist, denn wir müssen ja die österreichische Wirtschaftslage meistern.

Das muß man immer wieder sagen, und ich kann nur wiederholen, daß wir hier in Österreich dafür sorgen müssen, daß die Stabilität kommt, daß die Preise nicht unverhältnismäßig steigen, vor allem in einer so schwierigen Situation, wie es augenblicklich der Fall ist.

Der Bericht läßt jeden Hinweis vermissen, daß die Bundesregierung bereit ist, dieses Problem zu lösen, ja daß sie überhaupt das Problem erkannt hat. Denn die schon stereotype Phrase in Budgetreden und dergleichen, daß die Bundesregierung ihre Stabilitätsbemühungen fortsetzen werde, die kann ja nicht die entsprechenden Maßnahmen ersetzen. Wie das Beispiel der 1400 Millionen Schilling zeigt, geht es in der Praxis dann eher in die entgegengesetzte Richtung.

Und weil in den Jahren der Hochkonjunktur von 1972 bis 1974 keine konjunkturgerechte Budgetpolitik betrieben worden ist, deshalb haben die Reserven gefehlt, als die Rezession einsetzte, und deshalb haben die Darlehensaufnahmen Österreichs und hat die Verschuldung Österreichs in der Stunde, in der sie notwendig wurde, das notwendige Ausmaß weit überschritten.

Auch hier können die schönsten Prozentsätze im Verhältnis zum Bruttonationalprodukt nicht darüber hinwegtäuschen, daß nicht nur eine zunehmende, und zwar in einem sehr hohen Umfang zunehmende Inflation, sondern auch eine hohe Staatsverschuldung vorliegt.

Mein Fraktionskollege Klubobmann Peter hat ja schon darauf hingewiesen, daß es außerdem hier nicht nur um die sogenannte Finanzschuld geht, sondern daß es auch um die Verwaltungsschuld geht und daß sich in der Vergangenheit die Verwaltungsschulden sehr wesentlich vermehrt haben und infolgedessen jene Ziffer, die im Rechnungsabschluß am Schluß ausgewiesen

ist, ein nur unvollständiges Bild hinsichtlich der Verschuldung des österreichischen Staates bietet. Es lag schon, als diese Verbindlichkeiten eingegangen wurden, die Frage nahe, wer das zurückzahlen wird, wann das zurückgezahlt werden wird und wie das zurückgezahlt werden wird.

Wer es zurückzahlen wird, das müßte eigentlich jedem klar sein. Daß das früher oder später die Bevölkerung Österreichs, daß das der Steuerzahler sein würde, der das Geld, das man sich da ausgeliehen hatte, wieder würde zurückzahlen müssen, das war ziemlich klar.

Bezüglich des Wie wurde in der Zeit vor der Nationalratswahl nur einiges gesagt. Ich räume dem Herrn Bundesminister für Finanzen ein, daß er schon damals angekündigt hat, daß er den Steuersatz für die Umsatzsteuer von 16 auf 18 Prozent erhöhen wird, daß er bestimmte Tarife erhöhen wird. Was schon nicht gesagt wurde, war, daß die Einheitswerte erhöht werden würden, daß die Erhöhung bezüglich der Kfz- und Mineralölsteuer erfolgen würde. Und schon gar nicht wurde eben das gesagt, was augenblicklich beabsichtigt ist und bei dem man nicht genau weiß, was im einzelnen geschehen soll. Man spricht zum Beispiel von einer Erhöhung der Vermögensteuer. Selbst hat der Herr Bundesminister eine Gebührenerhöhung angekündigt, eine Tarifierhöhung um 20 Prozent soll wieder einmal stattfinden. Es ist also auf den verschiedensten Gebieten eine zusätzliche Belastung der Bevölkerung zu befürchten.

Und man muß auch einmal Ziffern nennen. Ich entnehme sie jener Tabelle, die der Herr Bundesminister mit seinen Ausführungen vorgelegt hat. Wieviel nimmt eigentlich die öffentliche Hand in Österreich vom Bruttonationalprodukt in Anspruch, also von 100 S, die erarbeitet sind: Das waren im Jahre 1970 36,2 Prozent, im Jahre 1971 waren es 37 Prozent, im Jahre 1972 37,6 Prozent, im Jahre 1973 37,9 Prozent, im Jahre 1974 38,5 Prozent, im Jahre 1975 38,9 Prozent, und im Jahre 1976 marschieren wir nach den Prognosen schon frohgemut auf die 40 Prozent-Marke los.

Genau diese Ziffer ist der exakte Ausdruck des Steuerdrucks, der auf der österreichischen Bevölkerung lastet und der immer mehr erhöht wird – schön langsam, aber stetig –, der aber nicht unbegrenzt vermehrbar ist. Das ist eine Tatsache, die kein Finanzminister zur Kenntnis nehmen will, die aber im Endergebnis auf Grund der wirtschaftlichen Erfahrung jeder zur Kenntnis nehmen muß.

Wenn zur Sanierung des Staatshaushaltes weitere Einnahmen des Staates erforderlich sind, so erhebt sich die Frage nach dem

Dr. Broesigke

Sanierungskonzept, die heute schon gestellt wurde.

Zunächst einmal zum Wort Sanierung: Wollen wir doch das nicht so beschönigen, wie es in den Berichten des Herrn Bundeskanzlers und des Herrn Bundesministers für Finanzen zu finden ist. Der österreichische Staatshaushalt ist in einer furchtbaren Lage durch ein geradezu chronisches Defizit, durch die Tatsache, daß mehr als 85 Prozent der Ausgaben gesetzlichen Verpflichtungen entsprechen, durch die Notwendigkeit, eine hohe Staatsverschuldung zurückzahlen zu müssen, und durch die weitere Notwendigkeit, daß der Staatshaushalt sich konjunkturgerecht verhalten muß. Alle diese Dinge bringen es nun einmal mit sich, daß der Finanzminister doch nicht dem Parlament mit einem fröhlichen Optimismus sagen darf: Wir verlangen da einige Kleinigkeiten, wir verlangen da oder dort ein bisschen, und dann wird das Defizit begrenzt, 45 Milliarden pro Jahr wird das Defizit ausmachen, gar kein Problem. So klingt es ungefähr, und das ist der Eindruck, den der Bericht vermittelt. Wer aber von der Bevölkerung verlangt, daß sie zusätzliche Lasten in diesem Ausmaß auf sich nimmt, der muß auch klar zum Ausdruck bringen, wie er sich den weiteren wirtschaftlichen Weg vorstellt. Denn wenn man dies nicht tut, dann verliert man das moralische Recht, an die Bevölkerung weitere Forderungen zu stellen. Bis jetzt stehen allerdings nur die Forderungen im Raum: Forderungen auf zusätzliche Steuer, Forderungen auf zusätzliche Gebühren, und auf der Ausgabenseite finden wir die Ankündigungen des Sparens nur dort, wo bisherige Vorteile beseitigt werden sollen.

Da ist zunächst einmal die Sparförderung, bei der eine sehr erhebliche Reduktion vorgenommen werden soll. Es ist hier das Problem, ob die Sparförderung überhaupt ein Instrument der Konjunkturpolitik sein soll. Würde man annehmen, Herr Bundesminister, daß die Sparförderung auch zur Konjunkturpolitik dazugehört, dann hätten Sie sich im vergangenen Jahr vollkommen konjunkturwidrig verhalten. Damals haben Sie die Investitionen besteuert und das Sparen gefördert, statt umgekehrt das Sparen nicht zu fördern oder in geringerem Umfang zu fördern und die Investitionen anzuregen. Sie haben ja damals verkündet, es mögen Leute weniger sparen, man solle konsumieren, die Unternehmer sollen investieren. Das war ungefähr entsprechend der Konjunkturlage in der Rezession der Aufruf der Bundesregierung und der Aufruf des Finanzministers. Daß sich die Leute nicht daran gehalten haben, ist eine andere Frage. Jedenfalls aber waren die Mittel, die Sie eingesetzt haben, völlig konjunkturwidrig.

Und noch im Dezember 1975, als wir Sie aufforderten, die Investitionssteuer zu beseitigen, weil sie völlig konjunkturwidrig ist, ist dieser Antrag von der Sozialistischen Partei und, nebenbei bemerkt, auch von der Österreichischen Volkspartei abgelehnt worden, und erst einige Zeitlang später haben Sie sich dann entschlossen, zwei Maßnahmen durchzuführen, nämlich die Investitionssteuer für ein Jahr zu sistieren und auf der anderen Seite einen zusätzlichen Anreiz durch Abschreibungen zu schaffen.

Es ist aber die Frage, ob in einer Volkswirtschaft das Sparen nicht überhaupt eine so wichtige Bedeutung hat, daß eine Sparförderung in entsprechendem Umfang, ohne Rücksicht auf die Konjunkturlage, bestehen bleiben muß und es lediglich problematisch ist, wie man die Sparförderung der Konjunkturlage anpasse. Hiefür fehlt jegliches Instrumentarium. Denn daß hier ruckartig einmal diese Regelung, einmal jene vorgenommen wird, anlässlich des neuen Einkommensteuergesetzes das Bausparen umgestellt wurde auf eine teure Grundlage, dann das jetzt wieder reduziert werden soll – dieser wirtschaftspolitische Zick-Zack-Kurs ist kein geeignetes Instrumentarium für die moderne Zeit. *(Der Präsident übernimmt wieder den Vorsitz.)*

Ebenso gibt es natürlich auch Probleme mit dem Anleiheparen. Auch hier wollen Sie Änderungen durchführen. Wollen Sie aber doch bitte bedenken, Herr Bundesminister – und darüber wird, wenn das konkret wird, noch viel zu sagen sein –, daß ja nicht nur das Problem des Aufwands für diese Dinge besteht, sondern auch das Problem, wer freundlicherweise dann außer den Banken noch die Anleihen des österreichischen Staates zeichnen wird, wenn diese Anleihen nicht entsprechend attraktiv sind, wie sie es infolge bestehender Begünstigungen doch für manche Bevölkerungsgruppe waren.

Und nun das dritte, das in diesem Zusammenhang die Öffentlichkeit beschäftigt hat, das ist der Eckzinsfuß. Über die Höhe dieses Eckzinsfußes wurde sehr viel diskutiert, wieviel Prozent er sein sollte. Aber merkwürdigerweise konnte sich keiner der Beteiligten vorstellen, daß das eigentlich gar nicht reglementiert werden muß. Das ganze ist ja bekanntlich kein Gesetz, sondern es ist ein Abkommen, das genau die Zinssätze festlegt. Wo steht geschrieben, daß solche Abkommen notwendig sind? Und haben Sie sich niemals überlegt, daß es in einer sozialen Marktwirtschaft, von der heute so viel gesprochen wird, eigentlich auch eine freie Konkurrenz geben müßte, daß es auch möglich sein müßte, daß sich die Kreditinstitute untereinander Konkurrenz machen, sowohl bei den Bedingungen, die sie dem Sparer anbieten, als

Dr. Broesigke

auch bei den Bedingungen, zu denen sie Kredite gewähren? Der Eckzinsfuß ist jetzt schon so lange in Österreich eingespielt, daß es jeder als eine Selbstverständlichkeit ansieht; ja, die meisten Leute glauben überhaupt, der Herr Finanzminister bestimme den Eckzinsfuß. Daß er im Rahmen der Wirtschaftspolitik der Bundesregierung sehr erheblich mitwirkt, ist ja eine bekannte Tatsache, aber nach freiheitlicher Auffassung wäre das alles nicht nötig; wir glauben, daß eine Freigabe der Zinsbedingungen bei den ganzen Kreditinstituten eine sehr wohlthätige und eine sehr zweckmäßige Maßnahme wäre und dieses Problem im Interesse der Sparer und der Kreditsuchenden besser lösen würde als das Herumsitzen in irgendwelchen Gremien mit dem Ziele, dort bestimmte Zinssätze festzulegen, wobei das ganze ja sehr stark den Charakter einer Kartellvereinbarung hat, die doch auf anderen Gebieten so heftig bekämpft wird.

Nun darf ich abschließend zu den beabsichtigten Maßnahmen noch einige kurze Bemerkungen machen. Ich habe schon erwähnt - und das ist keineswegs nur eine freiheitliche Kritik, sondern eigentlich in der ganzen Fachliteratur war das unbestritten -, daß die bisherige Wirtschaftspolitik keineswegs den Charakter einer zielgerechten konjunkturorientierten Politik hatte, sondern mehr nach Art eines Kraftfahrers betrieben wurde, der, je nachdem, plötzlich bremst, dann plötzlich Gas gibt, so wie es ihm gerade einfällt und je nachdem, was er gerade entgegenkommen sieht. Wir wären der Meinung gewesen - und es hätte uns sehr gefreut -, wenn sich diese Berichte der österreichischen Bundesregierung weniger mit Eigenlob und mit dem Weihrauchstreuen - manchmal nur mit dem Rauchentwickeln - beschäftigt hätten, sondern wenn hier eine vielleicht nicht so optimistische Schilderung der Lage - aber eine wahrheitsgetreue Schilderung - erfolgt wäre. Ich glaube nämlich nicht, daß man in Österreich immer alles so beschönigen muß. Ich glaube, daß es sehr wohl möglich ist, der Bevölkerung gegenüber von Schwierigkeiten zu sprechen. Ich glaube, daß das gerade zur Pflicht wird in dem Augenblick, wo man der Bevölkerung Opfer abverlangt.

Gerade der letzte Gesichtspunkt erfordert es außerdem, daß - wie schon erwähnt - nicht nur eine Serie von Einzelmaßnahmen aufgezählt wird, mit denen der Herr Finanzminister den Staatsbürger zu schröpfen beabsichtigt, sondern daß ein Plan vorgelegt wird, wie es die österreichische Bundesregierung anstellen will, um uns aus den Schwierigkeiten, in denen wir uns augenblicklich befinden, wieder herauszubringen.

Wir sind keineswegs so ungerecht zu behaupten, daß diese Schwierigkeiten allein nur auf österreichische Umstände zurückgehen. Wir wissen sehr genau, daß sehr viel Positives und sehr viel Negatives aus dem Ausland kommt. Man möge aber auch nicht beschönigen, daß sehr viele Dinge im Inland ihre Ursache haben und auch im Inland abgestellt werden können.

Diesbezüglich muß ich schon sagen, daß diesen beiden Berichten jede wirkliche Substanz fehlt. Es wird hier eine Schau einiger Probleme vorgenommen, es wird ausführlich geschildert, warum die Schweiz diesen sehr niedrigen Inflationsprozentsatz hat. Das Beispiel der Schweiz paßt in das beliebte Das-Ausland-Zitieren ja nicht hinein. Aber es wird nicht gesagt, was man wirklich will.

Wir würden uns auch vorstellen, daß einem solchen Bericht über die wirtschaftliche Lage ein Gesamtkonzept beizugeben gewesen wäre, wie man den Schwierigkeiten begegnen will, die sich aus der vergangenen Entwicklung und zum wesentlichen Teil auch durch das Verschulden der Bundesregierung ergeben haben, den Schwierigkeiten, die da heißen: Hohe Staatsverschuldung und Zerrüttung der Staatsfinanzen einerseits und Inflation andererseits, gerade in einem Zeitpunkt, zu dem wir mit verhältnismäßig günstiger Lage bezüglich der Kaufkraft der Währung in eine neue Entwicklung gehen sollten. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Präsident: Als nächster zum Wort kommt der Herr Abgeordnete Graf.

Abgeordneter **Graf** (ÖVP): Hohes Haus! Meine Damen und Herren! Bevor ich auf die Berichte des Herrn Bundeskanzlers und des Herrn Finanzministers eingehe, möchte ich, wie schon des öfteren, meine Bemerkungen damit beginnen, daß wir von der Opposition bei Ihnen eine gesteigerte Unlust an Kritik feststellen müssen, ob sie nun laut oder leise vorgetragen wird. Ich bin mir menschlich völlig darüber im klaren: Es liegt in der Natur der Dinge, daß Kritik nicht angenehm ist. Es ist mir auch verständlich, daß jede Regierung - so wie ja jeder Mensch - gern gelobt wird und weniger gern getadelt wird.

Aber ich muß, um diesen Hintergrund aufzuhellen, einige Zitierungen der Herren Dr. Kreisky und Dr. Androsch hier doch bringen aus einer vergangenen Zeit. Ich habe mich nämlich immer gefragt, Hohes Haus: Wieso war es möglich, daß Sie, als Sie in Opposition waren, uns verschiedene Dinge hier unterstellt haben. Mit einer fast traumwandlerischen Sicherheit haben Sie uns Dinge unterstellt, die unter unserer Zeit nie passiert sind, aber die Sie jetzt

Graf

vollziehen. Mit dem heutigen Tag und mit der Gesetzwerdung oder mit der Durchführung der Gespräche der letzten Tage ist mir klar geworden, daß Sie uns damals eigentlich Dinge vorgeworfen haben, die Sie für denkmöglich und machbar gehalten haben.

Wenn Sie mir erlauben, möchte ich einige Zitate - der Rangordnung gemäß: viermal dem Herrn Bundeskanzler und zweimal dem Herrn Finanzminister - in Erinnerung rufen. Und zwar sagte der Herr Dr. Kreisky am 28. November 1966 - an uns gewendet -:

„Sie reden von Wachstumspolitik, und Sie haben - wie es der bekannte amerikanische Nationalökonom und Berater des ermordeten Präsidenten Kennedy, Paul Samuelson, einmal ausgedrückt hat - bestenfalls Steuerschlupflöcher geschaffen, die die Investitionsneigungen in vager und unkontrollierbarer Form anregen sollen.“

Genau das haben Sie jetzt nachvollzogen, Herr Bundeskanzler.

Oder aber: Am 19. April 1967 sagte der Herr Bundeskanzler hier im Haus:

„Ist das nicht viel ausdrucksvoller als andere Überlegungen, die in diesem Zusammenhang angestellt werden können? Die Tatsachen sprechen eben ihre grausame Sprache, und, Herr Bundeskanzler“ - so an Klaus gewendet -, „ich würde Ihnen empfehlen, daß Sie sich bei allen diesen Krisenerscheinungen mehr als der Empfehlungen Ihrer Propagandisten eingedenk eines alten Spruches Ovids sein sollten: ‚Trifft auch nur einen der Blitz, setzt er doch viele in Schrecken.‘“

Hiezu kann ich sagen: Es ist dem Herrn Bundeskanzler gelungen, den Spruch Ovids zu überrollen. Der Blitz trifft nun alle, und er versetzt mit der Steuerpolitik alle in Schrecken. (Zustimmung bei der ÖVP.)

Denn, Hohes Haus, ob es zu einer Krisenklausur oder zu einer nun umfunktionierten Normalklausur, wie es der Herr Klubobmann Fischer sagte, kommt: Es gibt kaum einen Österreicher, der nicht auf Grund der letzten Vorfälle schon zittert, was Ihnen noch einfallen wird. Werden Sie jetzt die Vermögensteuer umändern oder erst bei der nächsten Klausur vor dem Winter? Das Zittern und der Blitz - hier ist Ovid übertroffen worden.

Kreisky kann man am besten beikommen, wenn man Kreisky zitiert. Ich darf hier fortsetzen. Dr. Kreisky sagte am 30. Oktober 1968 (Zwischenruf des Abg. Dipl.-Ing. Haider) - hören Sie zu, Herr Staatssekretär - nach einer Rede von Koren an den Finanzminister Koren gewendet: „Sie beenden Ihre Rede, Herr

Finanzminister, wie Sie sie begonnen haben: mit Formulierungen, die in krassem Gegensatz zur Wirklichkeit stehen, zu der Wirklichkeit, die diese Regierung geschaffen hat.“

Natürlich; heute vollzogen. Herr Finanzminister! Ihr gestriger Bericht kann damit qualifiziert werden. Mit der gleichen Bemerkung des Dr. Kreisky könnte man den Bericht und die Situation heute klassifizieren. Es war Ihr geistiges Gedankengut, einer anderen Regierung das zu unterstellen, was Sie für denkmöglich und machbar gehalten haben. (Zustimmung bei der ÖVP.)

Und noch einmal Dr. Kreisky, Hohes Haus - am 21. Jänner 1970 -: „Aber ich bin zutiefst davon überzeugt, daß dieses politische Kraftmeiertum, mit dem Sie sich in den letzten Monaten präsentiert haben, bei der Bevölkerung keinen Widerhall finden wird. Es wird nur noch mehr den Eindruck verstärken, daß Ihre Wirtschaftspolitik gekennzeichnet ist von Planlosigkeit, Übereiltheit und Verantwortungslosigkeit.“

Wie wahr. Aber es trifft auf die jetzige Regierung zu. Wo sind die Zeiten der Regierung Klaus? (Zustimmung bei der ÖVP.)

Herr Finanzminister! Zwei Zitate, die Sie als sehr strenger Kritiker der Opposition uns damals gesagt haben. Zwei.

Die Inflationsgefahr, die Sie damit heraufbeschwören, und nicht nur die Gefahr, sondern wahrscheinlich die Realisierung ist eine Sache. Die zweite Sache, meine Damen und Herren, ist hinsichtlich der Fälligkeit dieser Verpflichtungen, daß Sie offensichtlich eine Politik machen, die darauf hinarbeitet: hinter uns die Sintflut. Solange wir an der Macht sind, versuchen wir, uns so zu halten, indem wir Inflation machen, indem wir Verschuldungen eingehen, und was nach dem Jahre 1970 ist, das interessiert uns überhaupt nicht.

So sagten Sie damals. Nie war Ihre Ausführung richtiger betreffend Ihre eigene Politik, Herr Finanzminister. (Zustimmung bei der ÖVP.)

Nur ein Zitat noch, Herr Finanzminister. Das hat mir am besten gefallen, es hat ewige Gültigkeit. Ich zitiere - Sie sagten, an Koren gewandt -:

Herr Finanzminister! Wir stimmen darin völlig mit Ihnen überein: Auch wir sind der Meinung, daß die auf uns zukommenden Budgetdefizite in der Größenordnung, wie wir sie uns errechnet haben, nicht finanzierbar sind, ganz abgesehen von den ökonomischen Auswirkungen.

Wie wahr, Herr Finanzminister. Wir haben nur von Ihnen damals gehört, was Sie jahrelang nachher gemacht haben.

Graf

Herr Finanzminister! Nur eine einzige Frage: Wie steht es mit Ihnen jetzt? Halten Sie es jetzt für finanzierbar? Wie stehen Sie zu den ökonomischen Folgen, die Sie uns damals angekündigt und angelastet haben? Ich würde Ihnen wünschen – aber nicht, weil ich Ihnen das persönlich wünsche, sondern ich würde es der österreichischen Bevölkerung wünschen –, daß wir heute diese Raten hätten, die Sie damals als unerträglich angeprangert haben. Heute hat sich etwas geändert. Ich glaube sagen zu können: Sie haben sich selbst prophezeit, diese Regierung hat sich selbst prophezeit, nur in einem Ausmaß, das niemand bis zum heutigen Tag für möglich gehalten hat.

Mir, und nicht nur mir, schwant Böses von Ihren Klausuren, weil keiner in Österreich mehr sicher ist, was Sie noch erfinden, sich Gelder zu besorgen, um das abzudecken, was Sie an und für sich ursprünglich geschaffen haben.

Ich glaube, allein diese Zitate sind es wert gewesen, daß ich die Zeit des Hohen Hauses etwas in Anspruch genommen habe.

Vielleicht, Herr Finanzminister, an Sie noch eine sehr persönliche Bemerkung: Es wäre völlig verkehrt, wenn Sie oder die Mitglieder der Bundesregierung diese unsere Kritik als persönliche Unbill oder als persönliche Kränkung auffassen würden. Es ist völlig unbegründet, das zu glauben. Ein Politiker hat Kritik einzustecken. Und Sie, der Sie als Finanzminister der Bevölkerung derartige Belastungen aufgebürdet haben – sie wurden im Bericht nicht erwähnt, aber die Belastungen bleiben deshalb trotzdem bestehen –, Sie haben sich Kritik gefallen zu lassen, harte Kritik.

Wir bezeichnen die jetzige Entwicklung als eine Fehlleistung. Wir glauben, es ist die Pflicht der Opposition, hier zu kritisieren. Vor Kritik können Sie und die Regierung sich nur schützen, wenn Sie versuchen, möglichst wenig Anlaß für diese Kritik zu geben. Als ersten Schritt würde ich Ihnen empfehlen: Probieren Sie einmal zurückzuschrauben auf den Höhepunkt Ihrer Kritik bei der Regierung Klaus. Wenn Sie das zusammenbringen, wird unsere Kritik gemäßiger werden, nur wird es Ihnen nicht leicht gelingen.

Hohes Haus! Ein zweites Phänomen taucht hier auf. In den letzten Monaten stelle ich, stellen aber auch viele meiner Kollegen und auch die Öffentlichkeit fest: Wann immer die Österreichische Volkspartei oder ein einzelner von uns die Regierung oder die Sozialistische Partei kritisiert, wird es umgemünzt in eine Kritik an Österreich. Ein völlig neuer Zug!

Meine Damen und Herren! Sie sind nur – es ist mir das zuviel – 51 Prozent, aber Sie sind nicht

mehr. Sie sind nicht Österreich, Sie sind ein Bestandteil von Österreich. Ich gebe zu, ein wertvoller Bestandteil, wenn Sie wollen; alle Parteien haben ihren Wert. Aber daraus abzuleiten, weil Sie jetzt an der Macht sind und die Mehrheit haben, daß jeder, der sich erküht, Ihre Leistungen einer kritischen Betrachtung zu unterziehen, Österreich kritisiert, das sollten Sie sich langsam, aber sicher abgewöhnen. (*Zustimmung bei der ÖVP.*) Meine Damen und Herren! Wir brauchen von Ihnen keine Nachhilfestunden, weder in gutem Benimm noch in der Liebe zu Österreich. Ohne jetzt prosaisch zu werden: Hier können Sie uns höchstens erreichen, aber überholen werden Sie uns nicht. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Sie sollten wirklich im In- und im Ausland nicht glauben machen, wer Sie kritisiert, kritisiert das Land. Das ist völlig falsch. Wir werden sehr heftig und sehr vehement gegen solche Unterstellungen reagieren. Sie sind nämlich kritisierbar, und wir werden das weiter tun. Das hat mit Österreich nichts zu tun. Wir kritisieren Sie aus der Sorge um Österreich, nicht weil wir mit Österreich nicht einverstanden sind. Wir lehnen Sie ab! (*Zustimmung bei der ÖVP.*)

Zu den Berichten selbst. Niemand von uns hat erwartet, daß sie nicht sehr optimistisch sein werden, und niemand hat angenommen, daß Sie wesentliche Belastungsphasen in den Berichten nicht erwähnen. Aber ich darf mir einen Vergleich erlauben, Herr Bundeskanzler: Diese Berichte gleichen einer impressionistischen Malerei: Oberflächlich, eindrucksvoll, aber unter Vermeidung scharfer Konturen. Schatten in dem Bild sind in diesem Malstil unerwünscht, und auch in Ihrem Stil sind Schatten unerwünscht. Eben von diesen drohenden Schatten, die zwar jeder spürt, die aber von Ihnen hier negiert werden, wollen wir reden und werden das am heutigen Tag noch tun.

Ich möchte ganz kurz einige dieser Schatten nur nachzeichnen.

Die finanzielle Situation des Staates: Wir haben gestern und in der Wortmeldung des Herrn Bundeskanzlers heute gehört, daß sich die Sache an sich brauchbar entwickelt. Herr Finanzminister! Das prognostizierte Budgetdefizit 1975 betrug 16 Milliarden Schilling. Tatsächlich haben wir 37 Milliarden Schilling, und ich höre, Sie schätzen für 1977 zwischen 40 und 45 Milliarden Schilling. Wie hoch könnte es Ihrer Meinung nach tatsächlich – und das in einem Konjunkturaufschwung – werden?

Ich darf Sie bitten, sich zu erinnern: 15 Milliarden Schilling kosten den Österreicher die neuen Belastungen des Jahres 1976. Das heißt:

Graf

54 Stunden im Jahr müssen die Österreicher allein für die neuen Steuern und Tarife zusätzlich arbeiten. Die Steuererhöhung 1976 – es wurde heute hier schon gesagt, aber es muß noch einmal festgestellt werden – ist ja bereits sechsmal so hoch wie Ihre Steuersenkung 1974. Also reden Sie um Himmels willen nicht von den Erfolgen der Steuersenkung. Sie ist sechsmal kompensiert durch die Erhöhung.

Das ist vermutlich erst der Anfang. Wir befürchten, daß neue Belastungen bei der Krankenversicherung drohen. Das Bausparen und alle anderen Sparformen werden belastet, ebenso die Wohnbauförderung. Und wenn Herr Dr. Androsch die Österreicher auf gewisse Opfer vorbereitet, dann, fürchte ich, können wir sicher sein, daß diese Opfer ähnlich saftig ausfallen werden wie die jetzigen.

Meine Damen und Herren! Das erste Halbjahr der vier guten Jahre, die die Sozialisten vor einem Jahr versprochen haben, läßt Ärgstes für die kommenden dreieinhalb Jahre befürchten. Die Wähler können sich ja jetzt im Moment nicht mit dem Stimmzettel wehren. Wir sind, Herr Finanzminister – ich vermute, daß ihm vom eigenen Schuldenberg doch langsam, wie das so schön österreichisch heißt, die Grausbirnen aufsteigen –, in dieser Phase auf Gedeih und Verderb Ihrer Regierungspolitik, Ihrer Finanzpolitik ausgeliefert. Ich habe die Befürchtung, daß Arbeiterkammern und Gewerkschaften aus Parteidisziplin nicht so laut reden werden, wie sie es bei einer anderen Regierung getan hätten, wann immer Sie, Herr Finanzminister, vielleicht zwangsweise – aber immerhin, Sie tun es – Ihre Hände in die Taschen der Österreicher stecken werden.

1968 haben Sie, Herr Bundeskanzler, die Hände zusammengeschlagen und haben erklärt: 9 Milliarden Schilling Defizit; ein Wahnsinn! – Herr Bundeskanzler! Was ist an dieser Steigerung nun noch Wahnsinn? 45 ist fünfmal 9! Und das in einem Konjunkturjahr, denn wir reden ja schon von 1977.

Herr Bundesminister für Finanzen! Es ist heute kein Geheimnis: Sie wissen sicher nicht mehr, wie Sie die Autobahnen finanzieren sollen ohne weitere Sonderbelastung, wie die Beamten bezahlt werden sollen, weil natürlich auch Ihre Politik zwangsläufig zum Wuchern der Bürokratie geführt hat. Die Wohnbauförderung hat sich verschlechtert, die Sparförderung wird eingeschränkt und, meine Damen und Herren, wohin man blickt, riesige Kostenüberschreitungen, große Defizite: Autobahn, UNO-City, Allgemeines Krankenhaus. Die Liste ist so lang, daß ich glaube, es wäre bequemer aufzuzählen, wo es kein Defizit gibt. Das ist das Fazit einiger Jahre sozialistischer Regierungspolitik!

Nun zur Inflationsrate – sie wurde strapaziert, sie wird es sicher noch werden –: Die Inflationsrate beträgt in Österreich 7,7 Prozent, im gleichen Monat in der Bundesrepublik 5,2 Prozent und in der Schweiz 2,2 Prozent. Diese Länder sind immerhin unsere wichtigsten Handelspartner. Bei 2,8 Prozent Inflationsrate wurde von Ihnen als Opposition zum Sturm geblasen. Bei 7,7 Prozent – mein Herr Vorredner Dr. Broesigke hat es gesagt – spendet Ihre Fraktion Applaus, weil es nicht noch mehr ist.

Die Arbeitskosten 1975, nur um diesen Faktor zu erwähnen: In der Bundesrepublik stiegen die Arbeitskosten um 9,5 Prozent, in Österreich um 25 Prozent. Für 1976 rechnet man in der Bundesrepublik mit plus 2,5 Prozent. Wir befürchten, daß es nicht bei 6 Prozent bleiben wird. Wie lange, glauben Sie, trotz aller Erklärungen, wird die österreichische Wirtschaft das im Konkurrenzfeld anderer, die auch vom Aufschwung betroffen sind, aushalten können?

Sie, Herr Finanzminister, wollen die Inflation mit der Senkung des Zinsfußes und mit einer Verminderung der Sparförderung bekämpfen. Wenn die Österreicher weniger sparen, mehr kaufen und ihr Geld in Sachwerten statt in Sparkonten und Wertpapieren anlegen, wenn also die Nachfrage steigt, soll das dann etwa eine Inflationsbremse sein? Ich persönlich hielt ja bisher sparen für eine bessere Inflationsbremse.

Ich habe eine Frage: Wird, meine Damen und Herren, am heurigen Weltspartag der Herr Bundespräsident wieder wie alle Jahre erfolgreich die Österreicher nach den letzten Ereignissen zum Sparen aufrufen können? (*Ruf bei der SPÖ: Er wird!*)

Es ist Ihnen an sich nicht angenehm, wenn man Ihnen vorwirft, es werden Steuergelder verschwendet. Ich habe zwei Fragen: Wird die UNO-City 14, 20 oder 24 Milliarden Schilling kosten? Wird das Allgemeine Krankenhaus 4 Milliarden Schilling oder 40 Milliarden Schilling kosten? Zu der Wiener Situation möchte ich mich nicht äußern; ich möchte nur den Herrn Bundeskanzler Kreisky zitieren, der, von einem Reporter darauf angesprochen, sagte: Ich kann mich nicht um jede Stadt in Österreich kümmern. (*Ruf bei der ÖVP: Gemeinde!*) Gemeinde; bitte.

Wir haben in der Zwischenzeit ein Bundestheaterdefizit, das erst unter Ihrer Regierung so richtig ins Kraut geschossen ist. Wir haben in der Bildungspolitik – davon steht nichts im Bericht – eine Flut von Maturanten, die nicht unterzubringen sind. Es ist das eine Niveausenkung als Folge Ihrer politischen Gleichheitsidee, so scheint es mir.

Graf

In der Gesundheitspolitik, die auch keine Rolle in dem Bericht spielt, gehen Krankenversicherungen in die Milliardendefizite. Wir leiden unter unerträglichen Defiziten bei Spitälern, und niemand hat noch die leiseste Idee gehabt, wie man diese Dinge sanieren kann. Es stand in diesen Berichten kein Wort drinnen, wie Sie das sanieren wollen.

Umweltschutz, Lebensqualität: Die einzig bisher gegebene Antwort: Man wird die Österreicher fragen, was ihnen eine saubere Umwelt wert ist. – Das heißt vermutlich neuerlich: Taschen auf! Wir hörten zwar, daß der Wasserschilling nicht kommt, aber ich zitiere ihn als Kette unserer Befürchtungen: Wasserschilling, Luftschilling, Lärmschilling, Raucher-schilling. Ist Ihnen als der „bestvorbereiteten Regierung“ – Sie haben die Wahlen gewonnen mit dem Versprechen, Sie werden es noch besser machen als Klaus – bisher in diesem Zusammenhang nichts eingefallen als neue Belastungen?

Vielleicht ein einziges Detail dazu – sicher haben Sie ein Anrecht darauf, daß sich ein Bericht nicht mit allen Problemen beschäftigen kann –: Die Nahversorgung in Österreich hat sich zu einem Problem entwickelt; selbst der Herr Handelsminister mußte feststellen, daß sich in einem Krisenfall – ich hoffe mit Ihnen, Herr Dr. Staribacher, daß wir die gedruckten Lebensmittelkarten nie brauchen werden – die Situation der Nahversorgung soweit verschoben hat, daß eine Ausgabe der Lebensmittelkarten an jene Teile der Wirtschaft, für die sie vorgesehen waren, nicht mehr erfolgen kann, weil die Distribution nicht mehr gegeben ist.

Ich darf zwei Ziffern nennen: Im Burgenland gibt es bereits 37 Orte, die ohne Lebensmittelhändler sind; in Niederösterreich sind es 202.800 Menschen im Burgenland können am Wohnort die Dinge des täglichen Lebens nicht mehr einkaufen. In Niederösterreich sind es 45.000 Menschen, die davon betroffen sind. In den anderen Bundesländern ist es ähnlich.

Hohes Haus! Mindestens die Hälfte davon hat kein Auto, um zum Einkauf in den nächsten Ort zu fahren. Doch ich frage Sie: Haben Sie keine andere Antwort darauf, als den „funktionslosen“ Handel anzugreifen und das alte Wort – es taucht hie und da auf im Zusammenhang mit dem Handel – „Obanehmer“ zu strapazieren?

Wenn das wirklich so wäre, wenn der Handel so ungeheure Gewinne hätte, warum sperren dann so viele zu, warum laufen die meisten eigenen Kinder den Unternehmern davon, wenn der Handel möglicherweise ein so großartiges Einkommen ohne Arbeit liefern könnte?

Herr Bundeskanzler! In diesem Zusammenhang habe ich eine Zusatzfrage an Sie: Ich habe

– mehr mit Erschrecken als mit Interesse – das „Neue Forum“, Mai/Juni 1976, gelesen. Da gibt es vom Herrn DDr. Nenning einen Brief an junge Unternehmer; der Brief ist sehr lang; ich zitiere nur eine Passage.

Aber ich möchte vorher eines sagen: Der Mann, der Unternehmern empfiehlt, daß sie langsam krepieren werden, wäre als Unternehmer dieser Zeitung wahrscheinlich schon den Weg gegangen, wenn er keine Subventionen hätte, denn dieses „Neue Forum“ könnte nicht leben. (Zustimmung bei der ÖVP.)

Ich möchte diese Passage vorlesen, weil ich allen Ernstes wirklich wissen möchte, was Sie, Herr Bundeskanzler, zu dieser Sache sagen: Identifizieren Sie sich damit? Lehnen Sie den Brief ab? – Ich hoffe es! Nenning schreibt – nur einige Zeilen –: „Natürlich zahlt Ihr einen Preis dafür. Der Preis ist Euer allmählicher, sanfter Tod, die ‚schleichende Sozialisierung‘. Sozialdemokratie ist die Euthanasie des Kapitalismus.“

Selber nicht mehr lebensfähig, angewiesen auf uns als Ordnungs- und Planungsfaktor, aber nützlich und nötig noch eine ganze Zeit zwecks friedlichen, menschlichen, rationellen Übergangs – dürft Ihr nur Stück um Stück krepieren.

Indem wir für Euer Gedeihen sorgen, sorgen wir für Euren Untergang. Indem wir zusammenarbeiten auf gleich und gleich, werden wir in Wahrheit immer stärker. Mit Rückschlägen von Zeit zu Zeit, versteht sich – das macht nichts, es zählt die lange Frist, es zählt das beste Lachen, das Zuletztlachen. Per Saldo kriegen wir immer mehr Positionen. Immer mehr Metastasen der Zukunft pflanzen wir in Euren noch lebenden Leichnam.“

Nun schön: Wir alle kennen Dr. Nenning. Ich glaube nicht, Herr Dr. Kreisky, daß Sie sich damit identifizieren. Ich glaube das wirklich nicht. Ist es möglich, daß ein Mann das in einer derartigen Zeitschrift mit einer derart eindeutigen politischen Parteizugehörigkeit ungestraft in Österreich sagen kann? Wäre es nicht an der Zeit, den Mann an sich zur Ordnung zu rufen?

Herr Bundeskanzler! Ich möchte noch einmal sagen: Ich glaube nicht, daß Sie das wollen. Ich glaube auch nicht, daß Sie das gelesen haben. Aber wir haben ein Anrecht zu wissen, wie der Regierungschef aller Österreicher in dieser Frage denkt. Wenn das nämlich mehr ist als Phantastereien eines Herrn, den ich nicht näher qualifizieren möchte, dann ist die Sache wesentlich ernster. Ich wäre sehr dankbar für eine Aufklärung.

Aber ich darf mich wieder Ihrem Bericht zuwenden. Rechtsstaat und Sicherheit fanden in diesem Bericht kaum Erwähnung: Der Tele-

Graf

phonabhörskandal, die Geschichten in der Wiener Staatsanwaltschaft, kein Wort von Transparenz. Die OPEC will uns verlassen, und es scheint, wir tauschen dafür die PLO ein. *(Abg. Dr. Busek: Beides probiert – kein Vergleich!)* Unter welchen Voraussetzungen, wissen wir noch nicht. Nur eines probiert, aber sicher das andere kein Vergleich.

Bezüglich Fragen der Personalpolitik – ich zitiere einige Dinge –: Fellingner-Nachfolge, Wotruba-Nachfolge, tausend andere Parteibuch-Karrieren in der Verwaltung. – Entscheidet nur mehr das Parteibuch? Alles in Frageform! Wir sind begierig zu hören, ob das nicht so ist.

Sie haben als Oppositionsführer, Herr Dr. Kreisky, damals erklärt – gedroht, wenn Sie wollen; es war Ihr gutes Recht –, im Parlament stundenlang Namenslisten von Leuten zu verlesen, die unter der ÖVP-Regierung wegen ihrer SPÖ-Parteizugehörigkeit Nachteile erhalten haben sollen. Ich bin ein eifriger Plenumsitzler. Ich habe nie eine Minute Ihrer Zeit in dieser Sache vernehmen können. Vielleicht sollten wir die Lektüre heuer einführen; die verkürzte Budgetdebatte gäbe vielleicht die Möglichkeit, hier dann solche Listen zu verlesen.

Wir leben in einem Land, so scheint es mir, das den englischen Ausdruck rechtfertigt: creeping socialism – schleichender Sozialismus.

Der schwedische Erziehungsminister sagte einmal: Wir wollen keine Blumen, wir wollen eine gleichmäßig gemähte Wiese. – Daher kommen Steuerflüchtlinge aus Schweden.

Ich muß Ihnen sagen: Mir sind einige Blumen darunter lieber. Vielleicht ist es sogar der Wiese nicht unangenehm, wenn einige Blumen auf ihr gedeihen. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Die englische Oppositionsführerin bezeichnet den Sozialismus in ihrem Land – in ihrem Land! – als eine Taschengeldgesellschaft, die sich nur noch vom Staat aushalten lassen will. – Ich hoffe, wir bringen es nicht so weit. Auch das unterstelle ich Ihnen nicht.

Ich möchte, Hohes Haus, an sich schon zum Schluß kommen. Aber bevor ich das tue, eine höfliche Geste des Wirtschaftsbundes. Wir haben da zwei Steuerdruckmesser. *(Der Redner übergibt sie Bundeskanzler Dr. Kreisky.)* Ich möchte sie Ihnen schenken. Wir haben für die Bevölkerung gesorgt, daß Umrechnungen der Belastungen nicht schwierig sind. Wir haben das schön in Plastik elegant gemacht, damit jeder Bürger anfangen kann, nach dem Rechenschieberprinzip festzustellen, was Sie ihm kosten. Es sei eine kleine Aufmerksamkeit meiner politischen Gruppe. Es war nicht böse gemeint. *(Vizekanzler Ing. Häuser macht von*

der Regierungsbank aus eine leise Bemerkung.) Nein, das ist der Wirtschaftsbund, Herr Vizekanzler. Ich habe es gesagt. Ich wiederhole es noch einmal: Die Bundeskammer macht Ihnen keine Geschenke. Die Bundeskammer zahlt, wenn sie mit Ihnen verhandeln muß. *(Beifall und Heiterkeit bei der ÖVP.)*

Herr Bundeskanzler! Ich habe nur ganz schlaglichtartig versucht, in dem Österreich-Bild, das Sie, Herr Bundeskanzler, und Sie, Herr Finanzminister, gezeichnet haben, einige Schatten aufleben zu lassen. Ich bin nicht allein mit dieser Meinung.

Ich möchte zum Abschluß ein Zitat von einer Journalistin, die kaum als stockkonservativ bezeichnet werden kann – es ist Inge Santner – zitieren. Im übrigen empfehle ich Ihnen die Lektüre in der Züricher „Weltwoche“: Dort heißt es: „Tausend Jahre und kein bißchen weise“. Es dauerte mich, daß man über Österreich so etwas schon schreiben kann, und vieles davon ist leider nicht unwahr. Inge Santner schrieb:

Die römischen Cäsaren wußten, was das Volk will: panem et circenses – Brot und Spiele.

Sie, Herr Dr. Kreisky, wissen es auch. Sechs Jahre lang haben Sie Erfolg damit. Und nun droht uns, wenn Sie wollen, ein Zirkus mit einem möglichen Budgetbankrott, denn so hätten Sie es bezeichnet: Zuckerbrot. Jetzt kommt der Herr Finanzminister mit der Peitsche und verlangt die gewisse Opferbereitschaft.

„Blut und Tränen“ hat Churchill einmal in einer grauenhaften Situation gesagt. Wir haben keine grauenhafte Situation. Wir haben einen Wirtschaftsaufschwung. Aber etwas Ähnliches verlangen Sie von der Bevölkerung nach sechs Jahren Ihrer Regierung. Und da Sie – wenn Sie, Herr Bundeskanzler, mir diese Gemeinsamkeit zubilligen – englische Zitate deutsch übersetzt gern haben, erinnere ich Sie in einem Teilauszug daran, was Oliver Cromwell im damaligen Langen Parlament einmal vor vielen Jahren an eine Regierung gewendet sagte: Für das wenige Gute, das Ihr getan habt, sitzt Ihr schon allzulange hier. *(Lebhafter Beifall bei der ÖVP.)*

Präsident: Zum Wort gemeldet hat sich der Herr Bundeskanzler.

Bundeskanzler Dr. **Kreisky:** Herr Präsident! Hohes Haus! Ich möchte, denn ich werde direkt angesprochen, dem Herrn Abgeordneten Graf sagen, daß ich weder für die Zeitung „Das Neue Forum“ noch für das, was sein Chefredakteur in dieser Zeitung publiziert, verantwortlich bin. Für diese Bemerkung – als hätte ich sie mir bestellt! – wollte ich vor das Bezirksgericht gehen, und Ihre damalige Mehrheit hat das sogar abgelehnt. Sehen Sie: Wer ist da der

Bundeskanzler Dr. Kreisky

größere Schütze gewesen? – Ich habe also gar keine Verantwortung dafür. Der Chefredakteur Nennung hat hier eine Darstellung gegeben oder eine Äußerung getan, wie er die Entwicklung sieht.

Ich selbst habe sehr viel deutlicher und sehr viel weniger ironisierend die Entwicklung sehr oft dargestellt, so wie ich sie sehe. Ich bin ein überzeugter Anhänger der gemischten Wirtschaft. Ich halte dafür, und die Erfahrung hat das bestätigt, daß die beste Form der Wirtschaft diejenige ist, in der gemeinwirtschaftliche Elemente neben privatwirtschaftlichen bestehen, einander ergänzen; ungefähr so, wie wir das praktizieren und wogegen sich zum Beispiel bei der letzten Sitzung der Industriekommission auch die Vertreter der Bundeswirtschaftskammer nicht wenden konnten.

Was die Verwendung von Zitaten aus einer längst vergangenen Zeit betrifft, so freue ich mich über Ihr gutes Gedächtnis, ich freue mich über die guten Formulierungen, die mir damals eingefallen sind, auf die ich in meiner jetzigen Stellung leider verzichten muß. Ich bin aber froh, daß Sie sie der Vergessenheit entreißen, und freue mich doppelt darüber, daß ich so einen Beitrag zu Ihrer Oppositionspolitik zu leisten in der Lage bin. *(Beifall bei der SPÖ. – Zwischenrufe bei der ÖVP.)*

Präsident: Zum Wort gemeldet ist der Abgeordnete Dr. Tull.

Abgeordneter Dr. Tull (SPÖ): Hohes Haus! Meine Damen und Herren! Die Ausführungen der Herren Abgeordneten Dr. Taus und auch Graf haben eindeutig bewiesen, daß ein entscheidender Schwerpunkt in der heute stattfindenden wirtschaftspolitischen Aussprache die budgetpolitische Problematik der Gegenwart und darüber hinaus die sich daraus zwangsläufig ergebenden budgetpolitischen Überlegungen für die Zukunft und die erforderlich werdenden Weichenstellungen sind.

Es ist gut, daß über das Budget bei dieser Debatte sehr ausführlich gesprochen worden ist, kommt doch der Budgetpolitik – und darüber, glaube ich, sind wir uns alle einig – im modernen wirtschaftspolitischen Instrumentarium eine vorrangige Stellung zu. Unserer Meinung nach soll das Budget kombiniert eingesetzt werden: einmal als ein konjunkturpolitisches Steuerungsinstrument und darüber hinaus als ein bewährtes Mittel zur Durchführung unbedingt erforderlicher strukturändernder Maßnahmen.

Rückblickend können wir feststellen – wenn wir die Budgetpolitik seit 1971 global sehen –, daß unsere Haushaltspolitik in jeder Phase richtig gewesen ist. *(Zwischenruf des Abg.*

Staudinger.) – Ich komme nun darauf zu sprechen, was Sie mit diesem Zwischenruf, Herr Abgeordneter Staudinger, andeuten wollten.

In seiner Pressekonferenz hat gestern der Herr Bundesparteiobmann Dr. Taus – er hat es aber auch heute in seiner Rede anklingen lassen – immer wieder herauszuheben und herauszustellen versucht, daß der Fehler nicht im Budget 1975 gelegen sei, sondern daß die Fehler vielmehr weit in die Vergangenheit zurückreichen, daß eigentlich bereits die Haushaltspläne ab 1971 unrichtig konzipiert gewesen seien.

Nun möchte ich doch in aller Bescheidenheit an eines erinnern. Wir waren in der Zeit von 1970 bis 1973 angesichts der damaligen konjunkturellen Lage der Meinung, daß die Haushaltsgestaltung, daß das Budget nach Tunlichkeit weitestgehend restriktiv erstellt werden soll. *(Abg. Dr. Gruber: Das war es ja nicht! Er war expansiv!)* Wie haben Sie sich aber damals verhalten? – Ich bin Ihnen sehr dankbar, Herr Kollege Dr. Gruber, daß Sie nunmehr diesen Zwischenruf gemacht haben. Sie sagen, das Budget sei damals restriktiv gestaltet gewesen ... *(Abg. Dr. Gruber: Nein, expansiv!)* Expansiv gestaltet – gut! Noch besser! *(Heiterkeit des Abg. Dr. Gruber.)* Herr Kollege Dr. Gruber, nun frage ich Sie aber: Wie erklären Sie es sich eigentlich – Dr. Taus kann man das nicht verübeln, denn es saß damals nicht in diesem Hause, aber die anderen Herren, auch Herr Professor Dr. Koren und die übrigen Wirtschafts- und Budgetexperten Ihrer Fraktion sind damals bereits Mitglieder dieses Hauses gewesen –, daß Sie gerade damals, als Ihrer Meinung nach das Budget expansiv gestaltet war, eine geradezu hemmungslose, rücksichtslose Lizitationspolitik betrieben, maßlose Forderungskataloge aufgestellt haben, die, wären sie von uns beachtet, wären sie von uns realisiert worden, vom Budget weitere zusätzliche Milliardenbeträge in Anspruch genommen hätten? *(Abg. Dr. Gruber: Dr. Tull! Wenn man es oft sagt, wird es deswegen nicht wahr!)*

Darf ich Sie nur an einiges erinnern: Sie haben beispielsweise verlangt, die Mehrwertsteuer um 2 Prozent zu senken. Das hätte man Ihrer Meinung nach nicht nur tun können, sondern wir hätten es auch tun sollen. *(Abg. Staudinger: Herr Tull! In welchem Jahr war das?)* Wie hätte sich das ausgewirkt? – Das hätte einen Einnahmefall von rund 3 Milliarden Schilling ausgemacht!

Herr Dr. Lanner, der Bauernbunddirektor, hat beispielsweise in diesem Zeitraum die Bereitstellung von zusätzlichen Mitteln für die Bergbauern verlangt – zusätzlich 1 Milliarde Schilling –, jedoch keinen Vorschlag unterbrei-

Dr. Tull

tet, wie man das bedecken soll. Damals haben wir nichts davon vernommen, daß das Budget expansiv gestaltet gewesen sei. Im Gegenteil, für Sie gab es zuwenig, daher Ihre ewige Forderung nach mehr, mehr und nochmals mehr.

Ihr Bautensprecher Helbich hat damals für den Straßenbau zusätzlich 1,3 Milliarden Schilling begehrt. Heute sagen Sie, das Budget sei expansiv gestaltet gewesen. Ja wie ließe sich das mit Ihren damaligen Vorstellungen vereinbaren? Wenn es damals expansiv gestaltet gewesen wäre, hätten Sie doch, da Sie ja heute hier so tun, als ob Sie alles besser wüßten, alles besser getan hätten, damals mahndend hier auftreten und sagen müssen: Das geht nicht! Im Gegenteil: Wir stellen keine zusätzlichen Forderungen, sondern wir stellen allenfalls Anträge, wir machen Vorschläge, wo dies oder jenes einzusparen wäre!

Die Frau Abgeordnete Dr. Hubinek hat beispielsweise die Einführung des sogenannten Lebenskapitals verlangt: 50.000 S pro neugeborenem Kind. Das hört sich wunderbar an. Kostenpunkt 5,4 Milliarden Schilling. Kein Wort davon, wo man dieses Geld hätte hernehmen sollen. Heute sagen Sie, die Budgets seien damals expansiv gestaltet worden. Sie haben damals versucht, noch mehr Gas zu geben, statt zu bremsen. (*Abg. Dr. Blenk: Was hat die Kinderbeihilfe mit dem Budget zu tun?*)

Sehen Sie nicht, Herr Kollege Blenk und die übrigen Herren von der Österreichischen Volkspartei, daß Sie sich hier in einem eklatanten Widerspruch befinden?

Sie haben einen Karenzurlaub bis zum dritten Lebensjahr des Kindes verlangt: Kostenpunkt 2 Milliarden Schilling.

Das Müttergeld, das Sie verlangt haben, hätte 1,2 Milliarden Schilling ausgemacht.

Das Kapital von 100.000 S, das für den Startkredit für junge Ehepaare erforderlich gewesen wäre, läßt sich nicht einmal berechnen.

Die Forderungen, die Sie damals an das Budget angemeldet haben, beliefen sich auf rund 23 Milliarden Schilling. Hier habe ich Ihr ganzes damaliges Sündenregister - Ihren Forderungskatalog, wie Sie das damals bezeichnet haben!

Das wären die Sündenfälle angesichts der damaligen budget- und konjunkturpolitischen Situation gewesen.

Meine Damen und Herren! Sie befinden sich auch heute in einer etwas schwierigen Situation, wenn Sie versuchen, nach außen hin glaubwürdig zu wirken, abgesehen davon, daß man aus den Ausführungen von Dr. Taus im Grunde

genommen ja nicht klüger geworden ist. (*Abg. Dr. Gruber: Sie nicht!*) Er hat nur gesagt, was damals geschehen ist, sei schlecht, ohne aber zu erklären, wie man es hätte besser machen können. Aber er kann ja auch heute noch nicht sagen, wie man es besser macht.

Zum Beispiel hat Herr Dr. Taus heute hier beredt gegen die Erhöhung der Mineralölsteuer Stellung genommen. Das ist sein gutes Recht. Nichts dagegen. Nichts dagegen, meine Herren von der Österreichischen Volkspartei. (*Abg. Staudinger: Je stärker die SPÖ wird, umso unsicherer ist der Benzinpreis!*) Aber wie erklären Sie es, wenn ausgerechnet am heutigen Tag mit einer Unbekümmertheit, mit einer Unbeschwertheit sondergleichen die Herren Abgeordneten Dr. Bauer und Dr. Fiedler in einer Anfrage an den Bundesminister für Bauten und Technik eine ganze Reihe dringender Bauvorhaben reklamieren, Autobahnausbau und so weiter, Kostenpunkt ... (*Abg. Dr. Eduard Moser: Das wäre in Wien leicht einzusparen!*)

Es geht in gigantische Höhen, es geht um viele Milliarden Schilling. Wie erklären Sie diese Widersprüchlichkeit? Einmal sind Sie gegen die Erhöhung der Mineralölsteuer, sind Sie nicht bereit, die Mittel für den zusätzlichen verstärkten Ausbau der Autobahnen, des Nahverkehrs und so weiter zur Verfügung zu stellen, andererseits stellen Sie solche maßlose Wünsche beziehungsweise Forderungen.

Meine Damen und Herren! Herr Dr. Taus hat sich heute veranlaßt gesehen, auch hinsichtlich der Inflationsbekämpfung einige Feststellungen zu treffen. Er hat behauptet, daß es uns nicht gelungen sei, die Inflation in Österreich in den letzten Jahren wirkungsvoll zu bekämpfen. Wie sieht es in Wirklichkeit aus, meine Damen und Herren?

1971 betrug unsere Teuerungsrate 4,7 Prozent - in Europa 6,6 Prozent; 1972 6,3 Prozent - durchschnittlich 6,5 Prozent. Ihnen kann man das nicht oft genug sagen, da Sie es einfach in Ihrer Hartnäckigkeit nicht zur Kenntnis nehmen wollen, daß es den Österreichern und Österreicherinnen, seit es eine sozialistische Bundesregierung gibt, wesentlich besser geht als in jener Zeit, für die Sie verantwortlich gezeichnet haben. (*Beifall bei der SPÖ. - Abg. Staudinger: Das glauben Sie, Dr. Tull!*)

Meine Damen und Herren! So läßt sich das doch fortsetzen: 7,6 zu 8,7, 9,5 zu 13,3, 8,4 zu 13,4, 7,5 zu 9 Prozent.

Der Herr Abgeordnete Graf hat heute hier eine Schwarzmalerei sondergleichen betrieben, und man hätte fast den Eindruck gehabt, daß wir alle am Hungertuch nagen, daß eine Weltuntergangssituation hereingebrochen sei, daß wir alle

Dr. Tull

am Ende des Lateins seien, daß wir einfach nicht mehr weiterkönnen, weil es uns allen so schlecht gehe.

Ich möchte doch dem Herrn Abgeordneten Graf und den übrigen Herren von der Österreichischen Volkspartei in Erinnerung rufen, um wieviel beispielsweise in der Zeit der sozialistischen Bundesregierung das Pro-Kopf-Einkommen der Arbeitnehmer gestiegen ist (*Abg. Dr. Kohlmaier: Und die Steuerbelastung!*): im Jahre 1970 real, Herr Kollege, 4394 S und 1975 5703 S!

Auch über die Steuerbelastung rede ich gerne. Wir haben im Gegensatz zu Ihnen ehrliche Steuersenkungen durchgeführt. Sie haben zuerst Steuersenkungen durchgeführt, um dann später fünf Steuern zu erhöhen und zwei neue Steuern zu erfinden. (*Abg. Dr. Gruber: Und wieviel haben Sie schon erhöht, Herr Dr. Tull?*) Das waren die Früchte Ihrer Finanzpolitik, meine Damen und Herren!

Die Zahlen, die in diesem Wirtschaftsbericht, im Bericht des Herrn Bundeskanzlers und des Herrn Finanzministers, ausgewiesen sind, sprechen ja eine eindeutige und überzeugende Sprache. Wir können uns glücklich schätzen und preisen, daß es uns in Österreich so gut geht! Die Österreicher und Österreicherinnen haben gut getan im Jahre 1970, daß sie für eine Änderung gesorgt haben, daß sie sich dafür entschieden haben, den Sozialisten die Verantwortung zu übertragen, denn ansonsten, wenn Sie allzulange Gelegenheit gehabt hätten, allein zu regieren, wäre es uns wahrscheinlich ähnlich ergangen, wie dies beispielsweise in einem Leitartikel der „Oberösterreichischen Nachrichten“ zu finden ist, deren Herausgeber der ehemalige Präsident des Nationalrates Dr. Maleta ist und wo es unter anderem heißt:

„Es ist den Italienern nicht zu verdenken, wenn sie ihre Zuflucht ganz links suchen. Das bisherige Regime hat auf der ganzen Linie abgewirtschaftet. In 30 Jahren ununterbrochener Herrschaft der Christdemokraten ist es wirtschaftlich immer mehr bergab gegangen, sind die Preise und Arbeitslosenziffern gestiegen, hat es keine grundlegenden sozialen Reformen gegeben.“

So sieht es dort aus, wo Ihre Schwesterparteien Jahrzehnte regieren können. „Statt dessen macht die DC durch Korruptionsskandale bis zur höchsten Warte von sich reden. All das ist Wasser auf die Mühlen der KPI, die sich mit Recht als die ‚Partei der sauberen Hände‘ preisen kann.“ (*Zwischenruf bei der ÖVP.*) Aber Sie haben jedenfalls entscheidend, Herr Dr. Kohlmaier, Einfluß gehabt, und seit 1945 haben Sie in Italien immer in jeder Regierung den

Ministerpräsidenten gestellt! Das können Sie nicht in Abrede stellen, meine Damen und Herren. (*Abg. Dr. Gruber: Aber wir doch nicht! Dem Tull kommt schon alles durcheinander!*)

Ich glaube, eines ist klar: Wir haben in der Zeit von 1971 bis 1974 – Sie haben doch behauptet, daß in dieser Zeit von uns eine falsche Budgetpolitik betrieben worden ist (*Abg. Dr. Gruber: Das behaupten wir nach wie vor!*) – die Haushaltspläne richtig, konjunkturgerecht gestaltet. Die Ausgaben des Bundes, Herr Kollege Dr. Gruber, sind doch im Vergleich zum Sozialprodukt dieser Zeit unterproportional ausgeweitet worden. Das müssen Sie doch zur Kenntnis nehmen, denn die Zahlen sprechen doch eine eindeutige Sprache. (*Abg. Dr. Gruber: Die Verschuldung ist gewachsen!*)

Der Anteil der Budgetausgaben am Sozialprodukt ist von 27,3 Prozent im Jahre 1970 auf 26,5 Prozent im Jahre 1973 zurückgegangen.

Nun, meine Damen und Herren, ist im Jahre 1974 – und darüber ist schon oft gesprochen worden – die große Wende, die große Zäsur eingetreten. Eine tiefgreifende, eine weitreichende Rezession ist auch uns nicht in ihren Auswirkungen erspart geblieben. Auch in dieser Phase hat die Bundesregierung, hat der Finanzminister wiederum die richtige, die einzig mögliche Konsequenz gezogen, indem er die Weichen auf Expansionskurs gestellt hat. So ist es, unterstützt vom Bund, zu den großen Investitionsstößen gekommen, die sich letzten Endes in dieser Zeit, wie wir heute rückblickend feststellen können – was Sie auch nicht in Abrede stellen können –, günstig ausgewirkt haben.

Ich glaube, meine Damen und Herren, gerade bei den Bruttoanlageinvestitionen, die von uns in dieser Zeit im Wege budgetpolitischer Maßnahmen unterstützt, gefördert worden sind, zeigt sich die nachfragegestützte Wirkung der erhöhten Ausgaben des Bundes.

Der in allen westlichen Industrieländern eingetretene Wachstumsknick blieb auch uns nicht erspart. In diesem Zustand zeigten sich einerseits Strukturschwächen unserer Wirtschaft, aber auch der anderen westlichen Wirtschaften, und es kam überall zu sehr beachtlichen Überbelastungen der Staatshaushalte.

So hat sich in dieser Zeit die Schere zwischen Einnahmen und Ausgaben erweitert und überproportional vergrößert. Aber wir haben diese Politik bewußt gestaltet und können heute sagen, daß wir die Durststrecke, die vor uns gelegen ist, relativ gut zurückzulegen vermochten, und zwar über eine Politik starker öffentlicher Investitionen, um so den Ausfall privater

Dr. Tull

Investitionen mit einer Politik der Förderung zu kompensieren, und zwar gezielter und selektiver privater Investitionstätigkeit, verbunden mit entsprechenden strukturpolitischen Aktionen, und darüber hinaus auch durch sehr weitgehende steuerliche und kreditpolitische Maßnahmen zur Konjunkturbelebung.

In diesem Zusammenhang möchte ich nur auf ein Kapitel verweisen, auf die Exportförderung, wie sie von dieser Bundesregierung in den letzten Monaten getätigt worden ist. 1975 wurde immerhin durch die Exporthaftungen des Bundes ein Exportvolumen von 16 Milliarden Schilling – das entspricht 12 Prozent des österreichischen Gesamtexportes – gestützt.

Der psychologische Gewinn der Rezession besteht – und darüber sollten wir uns auch alle einig sein – im Erwachen aus der Euphorie des Wachstums ohne Grenzen. Der Tanz um das Goldene Kalb des immer mehr, des immer schnelleren Wachstums hat nunmehr doch sein Ende gefunden.

Wir stehen nun, meine Damen und Herren – das kommt klar in dieser Debatte zum Ausdruck, und das wollen wir auch sehr eindeutig und offen feststellen –, vor einem neuen Wendepunkt, vor einem Wendepunkt, der ein geändertes wirtschaftliches Denken und Verhalten von jedem einzelnen von uns verlangt.

Wir stehen am Beginn eines wirtschaftlichen Aufschwungs, und wenn Herr Abgeordneter Graf gemeint hat, daß die Regierung sich hier in Optimismus überschlage, so ist dem nicht so. Die Regierung und auch die Regierungspartei legen einen sehr vorsichtigen und gedämpften Optimismus an den Tag. Wesentlich optimistischer sind die Wirtschaftsprognostiker.

Nun sind wir der Meinung, daß man auf Grund der Erfahrungen der Vergangenheit – ein gebranntes Kind scheut das Feuer! – diesbezüglich etwas vorsichtiger sein sollte. Wir glauben daher: Am Beginn dieses neuen wirtschaftlichen Aufschwungs, den wir alle aufrichtig begrüßen, sollten wir erkennen, daß mit diesem Aufschwung viele unberechenbare Faktoren verbunden sind und daß daher niemand sagen kann, wie lange diese Phase dauern wird und ob wir uns leichtfertig in Überlegungen verlieren können, die unter Umständen eines Tages neuerlich zu einem bösen Erwachen führen könnten.

Es wird daher gut sein, wenn wir uns dessen erinnern, daß gerade in einer solchen Zeit die Taktik der kleinen Schritte bei neuen Wünschen, Aufgaben, Forderungen angewendet werden sollte, daß es zweckmäßig und geboten erscheint, eine gewisse Verantwortung, Zurück-

haltung und ein gewisses Maßhalten an den Tag zu legen, allerdings mit der Einschränkung, daß man die diesbezüglichen Appelle nicht nur an eine Seite, nämlich an jene der Lohn- und Gehaltsempfänger, richten kann, sondern daß das ein Anliegen der ganzen Bevölkerung, aller Schichten und aller Berufsgruppen sein müßte.

Wir stehen also vor der bangen Frage, wie lange dieses Zwischenhoch andauern wird. Niemand vermag heute mit Sicherheit vorauszusagen, ob es sich dabei, bei all dem, was sich jetzt so erfreulich abzuzeichnen beginnt, bei diesem bescheidenen Aufschwung, den wir allenthalben, in allen Staaten der Welt, bereits verzeichnen können, nur um einen Konsumsteigerungseffekt handelt oder aber ob doch schon Initialzündungen von Dauer ausgelöst worden sind.

Wir stehen damit budgetpolitisch und wirtschaftspolitisch vor einem zweifachen Problem: Wir müssen – das sagen wir ganz ehrlich und offen – das Erbe der Rezession nunmehr liquidieren und abzubauen beginnen, und wir müssen auf der anderen Seite zeitgerecht vorsorgen, um für eine allfällige nächste Rezession, die früher oder später wahrscheinlich wieder kommen wird, weil sie einfach ein immanenter Bestandteil der kapitalistischen Wirtschaftsordnung ist, vorbereitet zu sein.

Wir geben Präsident Igler recht, der vor einigen Tagen gesagt hat, daß unsere Aufgabe, die gemeinsame Aufgabe aller, nunmehr darin bestünde, einen richtigen Wirtschaftswachstumsrhythmus zu finden, den Staatshaushalt schrittweise zu entschulden und zusätzliche Maßnahmen zu treffen, die industrielle Investitionstätigkeit in Österreich zu fördern.

Wir stehen also jetzt vor der langersehnten Wende, vor einem völlig veränderten budgetpolitischen Hintergrund. 1975 bestand unsere Aufgabe darin, die Auswirkungen der stärksten weltweiten Rezession durch eine expansive Finanzpolitik zu mildern. 1976, und zwar jetzt, in der zweiten Jahreshälfte, in der beginnenden zweiten Jahreshälfte, ist es Aufgabe von uns, dafür zu sorgen, daß durch expansive Maßnahmen die sich abzeichnende wirtschaftliche Erholung verstärkt wird. Und für die Zukunft ist unsere Aufgabe darin gelegen, auf mittlere Sicht zu sorgen, daß der Ausgabenzuwachs begrenzt wird und die Einnahmenseiten gestärkt werden.

Meine Damen und Herren! Die Ausweitung der öffentlichen Ausgaben war in der Zeit der wirtschaftlichen Rezession ein Gebot der Stunde, um das gesamtwirtschaftliche Nachfrageniveau zu stützen und damit ein möglichst hohes Beschäftigungsniveau zu sichern. Jetzt kommt der Zeitpunkt, wo es gilt zu überlegen,

Dr. Tull

öffentliche Aufgaben sparsam und effizient durchzuführen und darüber hinaus Überlegungen anzustellen, welche der öffentlichen Förderungsmaßnahmen, Stützungen, die als globale Maßnahme gesehen zum Teil ein Anachronismus sind, angesichts der veränderten Einkommensverhältnisse noch weiter aufrechtzuerhalten sind.

Wir müssen daher nunmehr entschlossen sein, neue budgetpolitische Akzente zu setzen, wobei am Prinzip der Gesamtstabilität nicht gerüttelt werden darf, Gesamtstabilität als Sicherung der Kaufkraft des Schillings im Inland und als Stabilität unserer Beschäftigung.

Das Ziel unserer nächsten budgetpolitischen Maßnahmen, die wir in kürzester Zeit ergreifen werden, ist es, durch Einsparungen und durch eine gerechte Lastenaufteilung jenen finanzpolitischen Spielraum wieder zu gewinnen, den wir in Zukunft sicherlich dringend notwendig haben werden.

So wie in der Vergangenheit geht es uns Sozialisten auch jetzt, in dieser Zeit, die uns sicherlich noch so manches abverlangen wird – ob Sie das jetzt „Opferbereitschaft“ nennen, ob Sie das „Belastungen“ nennen, bleibt Ihnen überlassen –, darum, durch Stellung der Weichen dafür vorzusorgen, daß wir auch in Zukunft weiterhin eine hohe Beschäftigung haben, daß es uns weiter gelingen möge, die Teuerung im Rahmen der uns zur Verfügung stehenden und gebotenen Möglichkeiten möglichst niedrig zu halten und für einen angemessenen sozialen Fortschritt zu sorgen.

Wir werden weder Klagelieder anstimmen noch in ein hysterisches Geschrei verfallen oder Panikmache schaffen. Wir werden auch keine „Paukenschläge“ setzen, wie Sie das seinerzeit getan haben. Wir haben es aber auch nicht nötig, einfach Schönfärberei zu betreiben. Wir sagen heute, so wie wir im Herbst 1975 den Frauen und Männern dieses Landes eröffnet haben, daß man die Mehrwertsteuer wird erhöhen müssen, daß man verschiedene Gebühren und Tarife wird regulieren müssen. Es wird darum gehen, durch zusätzliche Sparmaßnahmen, durch eine vernünftige, verantwortungsbewußte Budgetgestaltung – nicht nach dem Motto „Blut und Tränen“, sondern wirklich verantwortungsbewußt – im Interesse des ganzen österreichischen Volkes die Voraussetzungen dafür zu schaffen, daß wir nunmehr mit dem Abbau der Schulden beginnen, die wir bewußt gemacht haben, um Arbeitsplätze zu schaffen. Es sind die 60 Milliarden Schilling, von denen bereits gesprochen worden ist.

Es ist uns gelungen – und im Ausland wird das allgemein anerkannt, wird das allgemein als

vorbildlich bezeichnet –, durch diese Finanzpolitik in Österreich doch immerhin gute Verhältnisse zu erhalten, die Vollbeschäftigung zu sichern. So wollen wir auch in Hinkunft angesichts der veränderten Situation durch eine verantwortungsbewußte Budgetpolitik die Voraussetzungen schaffen, daß es in Österreich weiterhin aufwärtsgehen kann, daß es weiterhin wirtschaftlichen Aufschwung und sozialen Fortschritt geben möge und daß uns vor allem der uns allen so wertvolle soziale Friede erhalten bleiben möge. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Präsident: Nächster Redner ist der Herr Abgeordnete Zeillinger.

Abgeordneter **Zeillinger** (FPÖ): Sehr geehrter Herr Präsident! Meine verehrten noch restlich verbliebenen Damen und Herren des Hohen Hauses! Der Herr Bundeskanzler und der Herr Finanzminister haben gestern zwei Berichte vorgelegt, zu denen man in Kürze sagen kann, daß sie mit sich und der sozialistischen Regierung zufrieden sind. No na!, kann man darauf nur sagen. Aber sie sind die Antworten auf alle Fragen, die im Raume stehen und die ja täglich sicher auch an die Abgeordneten der Sozialistischen Partei genau so wie an die Abgeordneten der Oppositionsparteien herangetragen werden, schuldig geblieben.

In diesen beiden Berichten war nur Selbstbeweihräucherung, nur Lob und nicht ein Wort der Selbstkritik. Ich bedauere es deswegen, weil das in westlichen Demokratien völlig unüblich ist. Es ist in westlichen Demokratien üblich, daß ein nüchterner, offener Bericht vorgelegt wird. Es gibt keine Regierung auf der ganzen Welt, die nur Gutes leistet, die keinen Fehler macht, aber es gibt nur ganz wenige demokratische Politiker, die nicht bereit sind, auch da und dort zu sagen: Das hätten wir anders machen können, wir werden uns bemühen, das in Zukunft besser zu machen.

Und ich möchte das deswegen bedauern, weil man die Kritik, die kritischen Anregungen und auch die Vorschläge nicht immer nur der Opposition überlassen soll. Es kommt dann jene oft zitierte Schwarz-Weiß-Malerei heraus, das ist, daß die Regierungspartei alles nur in hellsten und schönsten Farben sieht und die Oppositionsparteien gezwungen sind, die Regierung wieder auf den Boden der Wirklichkeit zurückzuziehen.

Denn, meine Damen und Herren, man kann nicht bestreiten, daß wir heute in Österreich eine Inflation haben, die die sozialistischen Abgeordneten vor einigen Jahren noch als völlig unmöglich bezeichnet haben, eine Inflation, der gegenüber sie sich kritischest schon bei wesent-

Zeillinger

lich niedrigeren Steigerungsraten geäußert haben. Sie können heute nicht bestreiten, daß neben dieser inflationären Geldentwicklung auch die Teuerung ihre Grenzen überschritten hat. Sie vergleichen zwar immer mit dem Ausland, aber entschuldigen Sie, Herr Bundeskanzler, meine Damen und Herren von der Sozialistischen Partei, wenn ich nach langen Debatten, wie es auf der ganzen Welt und wie es in ganz Europa aussieht, wieder nach Österreich zurückkehre. Sie regieren ja in Österreich, und Sie regieren nicht irgendwo in Frankreich oder in Italien oder in Norwegen. Reden wir über Österreich, reden wir über die Verhältnisse in diesem Staat! Aber dem weichen Sie aus, indem Sie ständig davon reden, daß es woanders noch schlechter ist.

Darf ich Sie daran erinnern, meine – ich möchte sagen – Kollegen von der damaligen sozialistischen Opposition: Die Regierungspartei ÖVP hat seinerzeit ja dasselbe gemacht. Da hat sich ja überhaupt nichts verändert. Es sitzen nur andere Männer oben, aber sie machen die gleiche Politik, nur machen sie vieles in manchen Punkten noch schlechter.

Damals hat die Volkspartei damit begonnen, mit dem Ausland zu vergleichen. Und ich erinnere an jene Zeitung, die sie an alle Haushalte in Österreich verschickt hat, wo damals Klaus sagte: 87 Prozent der Weltbevölkerung beneiden uns. Er meinte damals, daß in Afrika, in Indien diese armen Menschen, die also wirklich nicht mehr als ein Hemd und eine Hose haben, natürlich uns Österreicher beneiden. Und wir waren uns darüber einig und wir haben alle gesagt, bleiben wir doch in Österreich, reden wir nicht immer über das, was im Ausland geschieht.

Meine Damen und Herren, Sie reden immer dann, wenn es Ihnen unangenehm ist, von Deutschland, von England oder von Amerika, nur nicht von Österreich. Jetzt reden wir einmal von Österreich und vom österreichischen Budget. – Das habe nicht ich gesagt. Derjenige, der das gesagt hat, ist der Herr Bundeskanzler, der sitzt hinter mir. Nur war damals der Bundeskanzler von der ÖVP. Und da war Dr. Kreisky genau der gleichen Ansicht. Herr Bundeskanzler, unsere Meinung hat sich nicht geändert. Wir Freiheitlichen sind der Ansicht: Reden wir auch jetzt, wo Sie regieren, wo Sozialisten regieren, von Österreich und nicht, wie Sie damals der Volkspartei vorgehalten haben, von Deutschland, von Amerika, nur nicht von Österreich.

Es geht ja nicht darum, daß man auf die Probleme anderer Länder verweist, sondern es geht einzig und allein darum, daß sich eine österreichische Bundesregierung mit den Problemen dieses Landes auseinandersetzt und

dafür Lösungen vorschlägt. – Bravo! Das hat der Herr Dkfm. Androsch – damals noch oppositioneller Abgeordneter – hier in diesem Haus zur Zeit der ÖVP-Regierung gesagt.

Heute reden er und der Bundeskanzler von den Arbeitslosenraten in den USA, in Dänemark, in der Bundesrepublik, in Belgien, in Großbritannien, in Frankreich, in Italien, in den Niederlanden, aber sie reden nicht von Österreich. Und sie haben damals mit uns Freiheitlichen gemeinsam von der Volkspartei Lösungen verlangt. Herr Bundeskanzler! Herr Finanzminister! Zeigen Sie mir in Ihrem Bericht, wo Sie Lösungen für die Probleme aufzeigen, die Sie damals als Sozialisten mit uns Freiheitlichen gemeinsam bei der ÖVP kritisiert haben!

Herr Bundeskanzler! Entschuldigen Sie, eine schlechte Politik wird deswegen nicht besser, weil sie statt Volkspartei Sozialisten machen. Die Teuerung, die Inflation in Österreich wird für den einfachen Mann auf der Straße nicht erträglicher, wenn die Teuerung von den Sozialisten anstelle der Volksparteiregierung erzeugt wird. Das ist die Situation. Aber über all das wollen Sie nicht reden, da reden S' lieber von den Negern im Kongo als von dem, was sich hier bei uns in Österreich abspielt. Ich glaube, es wird notwendig sein, daß wir hier etwas wieder auf österreichischen Boden zurückkehren.

Sie sagen in Ihrem Bericht, Herr Bundeskanzler, alle westlichen Industrieländer verzeichnen schlechtere Resultate, nur die Schweiz und die Bundesrepublik haben bei den Verbraucherpreisen bessere Resultate. Darf ich einmal sagen: bei unseren westlichen Nachbarländern ist es zwei von dreien gelungen, das Problem selbstverständlich zu lösen, und dort würde jede Regierung am nächsten Tag gestürzt werden, wenn sie Inflationsraten wie hier in Österreich machen würde.

Herr Bundeskanzler! Sie haben sehr oft Deutschland zitiert: in Deutschland regieren auch Sozialdemokraten, nur mit einem kleinen Unterschied: Sie haben nicht das 51. Prozent, und daher müssen sie so regieren, wie Sie ja auch regiert haben als Minderheitsregierung, Sie wären doch nie Minderheitskanzler einer Minderheitsregierung geworden, wenn Sie damals mit 8 oder 9 Prozent regiert hätten. Damals haben Sie sich verpflichtet, eben das zu verwirklichen, was Sie vor den Wahlen versprochen haben. Nur haben Sie jetzt die Mehrheit, und das ist der Unterschied zu Deutschland. Diese Ein-Prozent-Mehrheit muß der Österreicher mit 3 Prozent höheren Lebenshaltungskosten als unser Nachbarstaat Deutschland bezahlen.

Der deutsche Bundeskanzler – Sie werden

Zeillinger

sicher auch viel Kontakt mit unseren Nachbarn haben – wird Ihnen sicher auch gesagt haben, was der grundlegende Unterschied ist. Er hat ein hervorragendes liberales Regierungsteam mit in der Regierung. Und ich will jetzt gar nicht sagen, ob dieser oder jener Teil besser ist, aber die Politik, die sie gemeinsam machen, ist wesentlich besser, und die Lebensverhältnisse für den Staatsbürger sind daher wesentlich besser als hier in Österreich.

Ihr Amtskollege, der deutsche Bundeskanzler Dr. Schmidt, hat beispielsweise gesagt: Wir müssen eine Politik machen, damit die Unternehmer Gewinne erzielen. Können Sie sich das vorstellen? Und zwar sagt er: Jede Investition setzt Gewinn voraus. Investieren kann nur derjenige, der Gewinne erzielt. Und wenn ich Arbeitsplätze sichern will, muß ich Investitionen sichern, und Investitionen sichere ich nur, wenn ich dem Unternehmer, dem Handels- und Gewerbetreibenden Gewinne ermögliche. Das ist genau die gegenteilige Politik von dem, was Sie noch bis vor einem Jahr gemacht haben. Genau das Gegenteil, weil man sich draußen mit Vernunft mit den Gewerkschaften zusammengesetzt hat.

Ich erinnere mich, daß hier ein sehr hoher Gewerkschaftsfunktionär auf meine Rede, wo ich gesagt habe: Sie treiben die Preise auf 6,2 Prozent mit Ihren Regierungsmaßnahmen hinauf, erwidert hat: Solange Sozialisten in der Regierung sitzen, werden die Preissteigerungen in Österreich die 6-Prozent-Grenze nicht erreichen!

Mein Gott, waren das noch Zeiten! Jetzt sind wir schon bei 9 Prozent gewesen, und heute applaudieren Sie, wenn Sie wieder auf 7,8 Prozent herunter sind, meine Damen und Herren. Alle diese Experimente verfehlter sozialistischer Politik müssen ja nicht Sie, nicht die Sozialistische Partei, auch nicht die Regierung, sondern das müssen die Leute auf der Straße, jene, die auf der Galerie sitzen, bezahlen, bitter bezahlen!

Sie könnten wesentlich billiger leben, sie könnten wesentlich besser leben, wenn Sie so regieren würden, wie Sie's vorher schon versprochen haben, als Sie der Volkspartei vorgehalten und gesagt haben, Sie werden es besser machen. Sie haben gesagt, die Volkspartei gehört weg! Das bei 4 Prozent Preissteigerung!, meine Herren, wir waren einer Meinung. Die Volkspartei ist weg. Und dann sind Sie gekommen, und wir haben gesagt, jetzt gehen Sie auf 6 Prozent, und Sie haben gesagt: Solange Sozialisten in der Regierung sind, werden wir nicht auf 6 Prozent kommen.

Herr Bundeskanzler! Darf ich Sie daran erinnern, daß beispielsweise Ihr deutscher

Amtskollege mit der Gewerkschaft eine Vereinbarung geschlossen hat. Die Gewerkschaft hat gesagt: Wir machen die Politik mit, aber die Preise dürfen nicht steigen. – Die Preissteigerungen von 8 und 9 Prozent, wie wir sie in Österreich verzeichnen, treffen ja nicht den Mautner-Markhof, Herr Bundeskanzler, auch uns treffen sie nicht, wir können uns trotzdem noch ein warmes Essen leisten. Den kleinen Mann treffen sie, den Rentner.

Lachen S' nicht, Herr Kollege! Die Preissteigerungen treffen den kleinen Mann, nicht den großen, und Sie machen ja eine Politik gegen den kleinen Mann, das haben Sie auch – ich glaube, ich brauche es Ihnen ja nicht vorhalten –, jahrelang der Volkspartei vorgehalten, denn wir waren ja einmal auf 2 Prozent herunter. Da ist das Leben nur um 2 Prozent teurer geworden. Dann ist die Volkspartei auf 4 Prozent gegangen mit ihren Maßnahmen. Da haben wir gemeinsam, Sozialisten und Freiheitliche, das bekämpft, und Sie haben versprochen: niemals werden Sozialisten über 4 Prozent gehen.

Vor allem haben Sie immer gesagt – das ist ein alter gewerkschaftlicher Grundgedanke, den ich vollkommen mit Ihnen teile –: die Lebenshaltungskosten dürfen nicht mehr steigen, als die Bankzinsen ausmachen. Sonst würde jeder Mensch, der sein Geld auf die Sparkasse trägt, von Monat zu Monat ärmer. Ich unterstütze und bejahe diesen Gewerkschaftssatz. Ich bin der gleichen Meinung!

Meine Damen und Herren! Aber um wieviel höher sind heute schon die Teuerungen des täglichen Lebens gegenüber den Bankzinsen, die Sie im übrigen – darauf werde ich ja noch kommen – jetzt noch weiter herabsetzen werden?

Sehen Sie, das ist eben der grundlegende Unterschied! Ich wollte nicht die Vergleiche anstellen, doch Sie versuchen ja immer, Österreich als besser hinzustellen und jeweils mit irgendeinem Land auf der Welt zu vergleichen, wo die betreffende Sparte schlechter ist. Da muß ich sagen: Wir sind ein österreichisches Parlament, wir haben eine österreichische Regierung, es gibt einen Bericht über die Wirtschaftslage in Österreich, und über Österreich wollen wir diskutieren.

Ich frage die Sozialistische Partei: warum erfüllen Sie hier in der Regierung nicht jene Politik, die Sie als Sozialisten während der Volkspartei-Regierung versprochen haben? Warum sind Sie nicht bereit, all das einzuhalten, was Sie damals fest versprochen haben, sondern warum betreiben Sie heute eine Politik, die genau das Gegenteil ist und im Grunde genommen noch schlechter ist als jene, die die Volkspartei gemacht hat?

2426

Nationalrat XIV. GP - 27. Sitzung - 10. Juni 1976

Zeillinger

Sie reden immer von der Arbeitsplatzsicherung. Herr Bundeskanzler! Die Arbeitsplätze waren ja gar nicht gefährdet, bevor Sie an die Regierung gekommen sind. Es sind heute Arbeitsplätze gefährdet; Kollege Brauneis wird mir bestätigen, daß wir heute gezwungen sind, Tausende Arbeiter auf Staatskosten ununterbrochen umzuschulen, damit sie nicht arbeitslos werden. Ja, aber ist das nicht eine ernste Situation? Ist das nicht ein Zeichen einer völlig verfehlten Wirtschaftspolitik?

Meine Damen und Herren? Wer hat uns denn aus der Rezession herausgeführt? Nicht der Herr Bundeskanzler, nicht die Regierung, auch nicht die Verstaatlichten Betriebe! Darf ich Sie daran erinnern: die VÖEST, wo Sie der Unternehmer sind, hat bereits über 1 Milliarde Defizit. Wissen Sie, was das bedeutet? - (Abg. Brauneis: *Woher wissen Sie das überhaupt?*)

Wollen Sie das bestreiten, Herr Kollege Brauneis? Gestatten Sie, daß ich einmal als Oppositionsabgeordneter etwas weiß, was die Regierung vergessen hat in ihren Bericht hineinzugeben. Darf ich aber vielleicht sagen: wir können auch über andere verstaatlichte Betriebe reden.

Wir können auch dem Herrn Bundeskanzler sagen, er soll uns die Anzahl jener Arbeiter der Verstaatlichten Betriebe nennen, die man - ich möchte betonen, man kann durchaus mit mir als Freiheitlichem über eine solche Maßnahme diskutieren, man muß nur fragen, was es kostet - einfach nicht kündigt, damit sie nicht arbeitslos werden, sondern man schult sie um. Wie viele tausend Arbeiter sind das im obersteirischen Industriegebiet und was kostet das? (*Zwischenruf bei der SPÖ.*)

Herr Kollege! Ich darf sagen: Man kann mit uns diskutieren, nur das nicht in den Bericht hineinzuschreiben und nur zu sagen: in Uganda gibt's mehr Bloßfüßige als in Österreich, das ist kein Bericht zur wirtschaftlichen Lage, sondern das ist ein Ablenken von den wahren Problemen in Österreich. Und daher wollen wir über das sprechen, Herr Bundeskanzler!

Es ist ja keine Schande, wenn einmal ein Politiker sagt: Es ist nicht alles so gut gegangen, wie wir es uns als Oppositionspartei vorgestellt haben. Das ist gar keine Schande. Das wird wahrscheinlich jeder Partei und wird jedem Politiker eines Tages so gehen. Wäre es ein Fehler, zu sagen: wir müssen leider heute der Öffentlichkeit mitteilen, wir sind in diesem oder jenem verstaatlichten Betrieb tief in die roten Ziffern gekommen, wir müssen soundso viele Milliarden dafür zur Verfügung stellen? Oder: wir wollen die Arbeitslosigkeit dadurch aufhalten, daß wir soundso viele Tausend Menschen

weiter umschulen, monatelang, und das kostet die Allgemeinheit so viel!

Über all das kann man leidenschaftslos sprechen, und Sie würden erstaunt sein, meine Damen und Herren, bei wie vielen vernünftigen Ideen Sie auch die Zustimmung der Freiheitlichen bekommen könnten. Nur nicht darüber reden, das ist das, was wir nicht verstehen, was wir kritisieren und vor allem: keinen Weg zeigen, wie man aus diesen Schwierigkeiten herauskommt. Da hat der Herr Finanzminister, der sehr - ich werde gleich darauf zurückkommen - energisch mit uns umgegangen ist, der uns ja, ich möchte sagen, Belehrungen erteilt hat, es war ein schlechter Schluß, wir sind mit sehr schlechten Noten weggekommen, gesagt: Steuervorteile für Investitionen. Sehr begrüßenswert.

Aber bitte, Herr Finanzminister, wissen Sie, wer das ausnützen kann? Nur einer, der Gewinne hat! Und Sie sind ja stolz, daß der kleine Unternehmer keine Gewinne hat. Ich darf noch einmal wiederholen: Nicht die staatlichen Unternehmungen haben die Rezession überwunden, der gesunde mittelständische Betrieb des Handwerks, des Gewerbes, hat die Arbeitskräfte gehalten, und gegen den haben Sie ja jahrelang regiert, haben Sie jahrelang Maßnahmen gesetzt, und jetzt sagen Sie: Steuervorteile für Investitionen. Ja, aber da muß er zuerst einen Gewinn haben.

Sie als Sozialist sind stolz, daß Sie auf der einen Seite - ich beglückwünsche Sie dazu - die Arbeitnehmereinkommen erhöhen, und Sie vergleichen stolz, daß die Gewinne der Unternehmer nicht im selben Ausmaß steigen. Die Unternehmer, das sind ja die Greißler, die zum Teil zu Tausenden zusperrten, wo der Handelsminister kommt und sagt: wenn ein Krisenfall, den wir alle nicht wollen, eintritt, dann ist die Versorgung Österreichs nicht mehr gesichert.

Denn mit den Metro-Märkten, meine Herren Sozialisten, die Sie an die Ränder der Großstädte und der Ballungsräume stellen, machen Sie zwar den von Ihnen sehr geförderten großen Brauereien viel Freude, weil sie das Bier billiger als der Greißler abgeben können, bringen damit aber den Greißler um!

Glauben Sie, daß dann, wenn man morgen die Lebensmittelkarten, die jeder Staat für den Ernstfall bereit liegen hat, ausgibt, alle Wiener zu Fuß nach Vösendorf hinaus gehen können, um sich die zwei Semmeln und den Liter Milch zu holen, Dinge, die sie mit den Bezugsmarken bekommen?

Das ist eine ernste Situation. Deswegen hat man in Deutschland gesagt: Wir müssen die

Zeillinger

kleinen Betriebe halten, Betriebe mit ein, zwei, drei, vier Angestellten.

Diese Betriebe haben ja auch die Jahre überstanden. Sie waren diejenigen, die praktisch die Rezession überwunden haben, die aber nun keine oder zu geringe Gewinne haben und daher nicht investieren können. Erst dann, wenn Sie sich entscheiden können zu sagen: Wir vergönnen dem Kleinen auch den Gewinn, damit er investiert, und wir geben ihm den Investitionsvorteil, erreichen Sie die Sicherung des Arbeitsplatzes, denn durch die Investitionen, die er macht, verschafft er Arbeit und sichert auch die Arbeitsplätze.

Was hören wir aber aus dem Lager der Regierungspartei?

Unter einem Unternehmer stellt man sich immer einen Kommerzialrat mit einem großen Bauch vor, der Millionen scheffelt. Nein, meine Herren: Unternehmer ist der Kaufmann an der Ecke, der selber von 7 Uhr früh bis zum Abend arbeitet. Er kennt so wie die meisten von uns keine 40-Stunden-Woche. Bereits derjenige, der zwei oder drei Angestellte hat, ist Unternehmer.

Um seine Existenz, um seinen Kampf geht es. Wir müssen hoffen, daß er dieser sozialistischen Regierung hilft, aus dem Wellental herauszukommen. Ich sage Ihnen ruhig: Er ist so loyal und tut dies gerne. Aber zu ihm sagten jetzt sozialistische Kreise: Puritaner mußt du sein, puritanisch mußt du leben!

Wer in der Wirtschaft tätig ist, ist kein Puritaner! Das gilt sowohl für Arbeitnehmer als auch für Unternehmer. Wenn man Puritaner ist, darf man nicht in die Wirtschaft gehen, denn jeder, ob Arbeitnehmer oder Unternehmer, will verständlicherweise ein besseres Einkommen und einen besseren Lebensstandard haben. Aber dann ist er kein Puritaner mehr.

Ausgerechnet aus dem Munde jener Kreise, die zu den höchstbezahlten Staatsangestellten in diesem Land gehören, die einen Jahresgehalt von mehreren Millionen beziehen – ich vergönne jedem Menschen, was er verdient, auch wenn es viele Millionen im Monat sind; Sie wissen, daß die Nationalbank die höchstbezahlten Staatsangestellten in diesem Staate hat, daß der Präsident bekanntlich 4 Millionen Schilling Gehalt im Jahr hat –, kommt der Ausruf, puritanisch zu leben und die Höchstgehälter zu stoppen.

Bitte, wenn ich vielleicht einmal 3 Millionen verdiente, würde ich auch sagen: Jetzt können wir stoppen! Aber es trifft ja dann die unten, die weniger verdienen, von denen wir noch mehr Leistung wollen, zumal wir nur durch die Steigerung der Leistung jedes einzelnen wirt-

schafftliche Schwierigkeiten überwinden können.

Ich muß sagen, es ist etwas demagogisch, wenn man hier zum Puritanismus, zu erhöhter Sparsamkeit und zu einem Stopp der Höchstgehälter auffordert.

Der Herr Finanzminister hat im Grunde genommen keinen Bericht gegeben, sondern eine sehr scharfe Kritik gebracht, und ich bin jetzt schon der dritte Redner aus dem freiheitlichen Lager – ich muß es wirklich wiederholen, vielleicht hat es der Herr Finanzminister überhört –, der ihm schon mehrmals die Frage gestellt hat: Was hat es mit einem Bericht zur wirtschaftlichen Lage zu tun, daß er sich über Abgeordnete oder Wissenschaftler, die anderer Meinung sind, ärgert? Herr Finanzminister! Das ist Ihre Privatangelegenheit, und es wäre gescheiter gewesen, Sie hätten in den Bericht geschrieben, was objektiv in einen Bericht gehört. Sie sagten hier:

„Besonders hart wurde aber seit Mitte 1974 jene Politik bekämpft, die konsequent auf die Sicherung der Arbeitsplätze ausgerichtet war.“

Ich frage noch einmal: Wer hat sie bekämpft? Sprechen Sie nicht so allgemeine Verdächtigungen aus, denn das Übelste ist die Verleumdung, Herr Finanzminister!

Kein freiheitlicher Politiker in Österreich – keiner! – hat jemals eine Politik der Arbeitsplatzsicherung bekämpft und wird sie nicht bekämpfen. Solange Sie die Verleumdung nicht zurücknehmen, erkläre ich Ihnen: Ich verdächtige Sie, der einzige in Österreich zu sein, der die Arbeitsplatzsicherung bekämpft. Solange Sie diesen schweren Vorwurf – das ist einer der schwersten Vorwürfe, den man als Politiker ... (*Rufe bei der SPÖ: Hö! Hö!*) Herr Kollege! Nicht: Hö! Hö!

Würden Sie einen solchen Vorwurf auf sich sitzen lassen? Hier sagt der Finanzminister einfach:

„Besonders hart wurde ... jene Politik bekämpft, die konsequent auf die Sicherung der Arbeitsplätze ausgerichtet war.“

Nein! Besonders hart bekämpfen wir die sozialistische Politik dort, wo sie das Gegenteil von dem macht, was sie vor der Wahl versprochen hat, dort, wo sie dem kleinen Mann den letzten Schilling aus der Tasche zieht.

Herr Minister! Keine anonymen Verdächtigungen, sondern haben Sie den Mut, melden Sie sich endlich zu Wort und sagen Sie konkret beispielsweise: Dieser oder jener freiheitliche Politiker hat mit dieser oder jener Äußerung oder mit dieser oder jener Tätigkeit Ihrer

2428

Nationalrat XIV. GP - 27. Sitzung - 10. Juni 1976

Zeillinger

Meinung nach gegen die Arbeitsplatzsicherung in diesem Staate gekämpft!

Herr Minister! Die Inflation, die wir haben und von der wir immer wieder erklären, daß sie in Wirklichkeit eines der größten Übel ist, führt ja – Sie sagen immer, sie bedeute die Sicherung der Arbeitsplätze – zur Gefährdung der Arbeitsplätze. Denn diese Inflation führt ja dazu, daß heute so viele zusperren, daß heute so viele Mittelständische nicht mehr mitkommen.

Aber Sie schneiden dieses Thema kaum an. Ich nehme an, wir werden eine andere Gelegenheit finden, darüber zu reden.

„Die zum Teil heftige Kritik an diesen Bemühungen“ – Zinssenkung in diesem Fall –, „ja sogar Ihre Ablehnung machen allerdings einmal mehr deutlich, daß nach der Politik der Arbeitsplatzsicherung nun auch die Politik der Inflationsbekämpfung nicht allen ein gleich wichtiges Anliegen ist.“

Bitte, was soll das heißen? Herr Minister! Ich sage Ihnen ganz offen zur Politik der Inflationsbekämpfung: Sie sind einer der Haupttreiber, die die Inflation antreiben.

Sagen Sie doch nicht, daß die anderen daran schuld sind! Vielleicht sind wir Freiheitlichen schuld an der Inflation, die Sie machen.

Herr Minister! Ich habe diese Liste immer mit. (*Der Redner zeigt sie.*) Soll ich Ihnen vorlesen, welche Preise, Tarife und Gebühren Sie, Herr Finanzminister, und die mit Ihnen repräsentierte Regierung in den letzten Monaten erhöht haben. Bitte, nur die unten angeführten vier Sachen sind jene, von denen Sie angekündigt haben, daß Sie sie machen wollen.

Auf dieser Liste stehen: die Postgebühren des Inlandes – mir hat übrigens einer in einem Brief geschrieben, ich solle die Dinge nicht so schnell vorlesen, damit man es leichter mitschreiben kann; doch das weiß eh jeder Österreicher! –, die Umsatzsteuer von 16 auf 18 Prozent, die Zigarettenpreise, Salzpreis um 18 Prozent, Reisepaßausstellung von 50 S auf 80 S, Personenstandsangelegenheiten um 33 Prozent.

Die Autofahrer haben Sie bekanntlich überhaupt ununterbrochen zur Kasse gebeten: Erhöhung der Haftpflichtversicherung um 7 Prozent. Mit dem Abgabenänderungsgesetz ist die Erhöhung der Kfz-Steuer um durchschnittlich 100 Prozent herbeigeführt worden. Die Erhöhung der Bundesmineralölsteuer hat die hier schon lebhaft diskutierten Preiserhöhungen beim Benzin zur Folge gehabt.

Die Landwirtschaft haben Sie mit der Erhöhung der Einheitswerte um 10 Prozent belastet.

Ich erwähne die Brandweinmonopolabgabe.

Sie haben neuerliche Zigarettenpreiserhöhungen angekündigt.

Sie kündigen eine Erhöhung der Vermögensteuer und der Gebühren nach dem Gebührengesetz, einen höheren Milchpreis, höhere Bahn- und höhere Sozialtarife an.

Wir haben gehört, daß nächstes Jahr das Telephon teurer werden soll, und vom Wasserschilling ist heute auch schon gesprochen worden.

Meine Damen und Herren! Können Sie sich vorstellen, was Sie Sozialisten hier getan hätten, wenn die Abgeordneten der ÖVP seinerzeit als Regierungspartei so gehandelt hätten, wenn sie die Preise um 7, 8 und 9 Prozent hinaufgetrieben hätten?

Dem Mann auf der Straße, dem Rentner und dem Pensionisten ist es ganz wurscht, ob sein Leben teurer wird, weil Schwarze oder Rote regieren. Er will, daß sein Schilling weiter einen Schilling wert bleibt und nicht, daß innerhalb von fünf Jahren der Schilling nur mehr einen Wert von 50 Groschen hat. Das ist das Problem, mit dem wir uns heute ununterbrochen zu beschäftigen haben!

Nun kommen wir zu einer weiteren Schröpfung: zur Schröpfung der Sparer. Wir haben eine jahrelange Propaganda gehabt. Höchste Politiker des Staates, aber auch andere redeten davon, was man alles tun soll, um zu sparen. Das geschah noch vor wenigen Monaten.

Über eines wollen wir uns doch im klaren sein: Sie müssen doch schon vor drei, vier oder fünf Monaten gewußt haben, was ungefähr kommen wird. Sie können uns doch nicht einreden, daß Sie vor einem halben Jahr noch nicht gewußt haben, wo wir heute stehen werden. Sie hätten nur die Reden der freiheitlichen Abgeordneten in diesem Parlament anhören müssen, denn wir haben Ihnen doch ununterbrochen gesagt, daß diese Situation kommen wird.

Aber das war wieder das berühmte sozialistische Wahlmanöver! Vor der Wahl sagten Sie: Höhere Zinsen! Wählt uns! Höhere Zinsen! – Die Leute sind daraufhin in die Sparkassen gerannt und haben ihr Geld eingelegt.

Jetzt, wo sie ihre Stimmen abgegeben haben – Sie haben 51 Prozent von ihnen kassiert –, sagen Sie: Das mit den höheren Zinsen war eigentlich ein Blödsinn, das wollen wir gar nicht machen, also senken wir sie wieder!

Warum haben Sie denn das damals nicht gesagt, Herr Minister? Können Sie sich erinnern, daß wir Freiheitliche Bedenken hatten; wir haben gesagt, daß das Kapital verteuert wird

Zeillinger

und daß alles noch weitere Folgen haben wird. Aber es ist ja vor der Wahl so schön, wenn man sagt: Sparer, wir geben dir höhere Zinsen! – Nicht eine Sekunde haben Sie daran geglaubt!

Herr Finanzminister! Ich halte Sie für viel zu gescheit – Sie sind ja selber ein Wirtschaftsfachmann –, als daß Sie nicht genauso wie jeder freiheitliche Abgeordnete die Folgen gewußt hätten. Jetzt müssen Sie das wieder wegnehmen, was Sie vor der Wahl versprochen haben. Wenn Sie hier erklären, daß Sie das vor der Wahl noch nicht gewußt haben, dann sage ich Ihnen: Treten Sie zurück! – Denn das haben sogar die Schulkinder gewußt.

Sie haben nur vor dem Mikrofon im Fernsehen der Öffentlichkeit eingeredet, daß eine sozialistische Regierung mehr Zinsen für Sparkonten zahlt. Jetzt fordern Sie wie Kollege Tull, den Gürtel enger zu schnallen. Alle müssen Opfer bringen, wir müssen sparen – und Sie fangen damit an, daß Sie dem Sparer die Zinsen wegnehmen.

Bitte, wo sparen Sie? Darf ich Sie fragen: Wo spart diese Regierung? Ich habe dreimal jetzt diese Rede von Ihnen, Herr Finanzminister, gelesen, aber ich habe nicht einen Satz darüber gefunden. Sie nehmen dem Österreicher Milliarden weg. Aber bitte, wo sparen Sie, wo ist der Hinweis, daß Sie bereit sind, nur einen Schilling zu sparen?

Wo ist ein Hinweis auf eine Verwaltungsreform? Ich glaube, da gibt es irgendwo im Verborgenen – ich muß ehrlich sagen, ich gebe es zu, ich bin nicht informiert – eine Verwaltungsreformkommission. Im Bericht steht nichts drin darüber, aber dabei muß ja endlich einmal irgend etwas herauskommen. Wo sparen Sie bei der Verwaltung? Wir als freiheitliche Oppositionsabgeordnete geben Ihnen doch ununterbrochen Hinweise, was alles Blinddarme in diesem Staat sind. Sie nehmen das nicht zur Kenntnis, Sie setzen sich darüber hinweg, es zahlt es ja die Allgemeinheit, es zahlen es ja die Leute auf der Straße, es zahlt die Öffentlichkeit.

Nun sagt heute der Kollege Tull, die Einsparungen beginnen damit, daß man den Sparer schröpft, eine neue Lastenaufteilung. Wenn das die Öffentlichkeit hört, wird sie sich zu fürchten beginnen. Denn jede neue Lastenaufteilung, die Sie als Sozialisten gemacht haben, hat allen gleich viel gekostet, nur daß es den Kleinen härter trifft, viel härter trifft als den, der sich bis zu einem gewissen Grade noch durch ein von früher vorhandenes Vermögen über gewisse Schwierigkeiten hinwegsetzen kann.

Herr Finanzminister, vielleicht haben Sie es nicht so deutlich gesagt. Aber was Sie heute hier

vorlegen, ist folgende Aussicht: Sie haben, glaube ich, heuer ein Budgetdefizit von 45 Milliarden. Darf ich Sie fragen, ob es stimmt, daß Sie 45 Milliarden mehr ausgeben wollen, als Sie einnehmen, also Schulden von 45 Milliarden machen wollen. Und das wollen Sie, glaube ich, drei Jahre hindurch machen, das wären 135 Milliarden.

Ich weiß, daß Sie nachher jedesmal gesagt haben: Wo haben Sie diese Dunkelziffern her? Ich darf Ihnen gleich sagen, das ist zum Teil schon in den Zeitungen gestanden, es sind zum Teil seriöse Berechnungen. Aber ich würde gerne hören, daß Sie nicht nur allgemein sagen, das sind Dunkelziffern, sondern daß Sie konkret sagen, es sind nicht 135, sondern beispielsweise nur 90 Milliarden, denn dann können wir in drei Jahren vor der Wahl darüber noch abrechnen.

Sie erzeugen, Herr Finanzminister – nicht daß Sie müßten! –, Sie wollen heuer ein Defizit von ungefähr 45 Milliarden. Erste Frage: Stimmt das? Zweite Frage an die sozialistische Fraktion – ich nehme an, es wird sich noch ein Sozialist melden –: Werden Sie ein solches Defizit, das Sie seinerzeit abgelehnt haben, einer sozialistischen Regierung genehmigen? Denn Ihr Parteiohmann erklärt: Wenn man die Finanzlage des Staates, die Finanzsituation, die wir heute haben, heraufbeschworen hat, wenn man ein solches haarsträubendes Debakel herbeigeführt hat, dann kann ich mir schon vorstellen, daß es keinen anderen Ausweg gibt, als Schulden zu machen und jedes Vierteljahr neue Steuern und Abgaben zu beschließen.

Das tun Sie seit zwei Jahren. Das hat er damals der ÖVP nach zwei Jahren gesagt. Aber darf ich gleich hinzufügen: Dasselbe gilt ja beim Parteiohmann der Sozialistischen Partei heute sicher genauso, denn er ist heute mit dabei beim Schuldenmachen.

Ich darf Sie also jetzt fragen: Stimmt es, daß Sie ungefähr 45 Milliarden Schulden – das ist mit Abstand das höchste Staatsdefizit, das wir je hatten – erreichen werden?

Stimmt das, dann darf ich jetzt schon erklären: Es besteht keine Aussicht, daß dieses Defizit jemals abgebaut wird, zumal ja das Defizit bekanntlich drei Jahre gleich hoch gehalten werden soll.

Das heißt, 135 Milliarden Defizit will die sozialistische Regierung in den nächsten drei Jahren machen. Wenn Sie in einem einzigen Punkt bereit wären zu sparen, dann hätte uns das doch sicher der Herr Bundeskanzler oder der Herr Vizekanzler in ihren Berichten mitgeteilt. Aber Sie sind nicht bereit, irgendwo zu sparen, sondern Sie sagen: Wir wollen 45.000 Millionen Schilling Defizit machen, 45.000 Millionen

Zeillinger

Schilling Schulden, und du, Mann auf der Straße, hast das zu bezahlen!

Zum Beispiel, daß das Krügel Bier teurer wird. Ich darf gleich sagen: Der Mautner-Markhof ist sicher ein verdienter Mann, aber er ist nicht der Ärmste. Der Mautner-Markhof kann sich das Krügel Bier, wenn es um 2 S teurer ist, kaufen. Aber der kleine Rentner und Pensionist, den Sie vorgeben zu vertreten, den trifft das tägliche Krügel Bier, das um 2 S teurer ist, weil er ja für alles andere auch mehr bezahlen muß. Es ist nicht nur die Straßenbahn, das Telephon, es ist alles teurer geworden unter dieser Regierung, obwohl Sie gesagt haben, bei 4 Prozent muß eine Regierung zurücktreten. Und heute, bei 7,8 Prozent, applaudieren Sie und sagen, es ist ein Erfolg, daß wir wieder nur mehr 7,8 Prozent im Jahr haben.

Ich sage gleich dazu, damit bei diesen 7,8 Prozent kein Irrtum entsteht: Böse Zungen reden von Manipulationen. Wir wissen ja, und wir können unzählige Beispiele dafür bringen: Im Warenkorb sind nur einige bestimmte Preise, die den Index ausmachen. Wenn jetzt beispielsweise die Gebührenklasse II der Wiener Krankenhäuser im Warenkorb ist, dann wird rundherum alles gesteigert werden, nur die Gebührenklasse II der Wiener Krankenhäuser wird zurückgehalten werden, damit der Index nicht hinaufgetrieben wird. Das wissen wir, das ist eine, wie man im Volksmund sagt, Warenkorbmanipulation. In Wirklichkeit sind die 7,8 Prozent auch längst überholt und wesentlich höher.

Sie haben also 135 Milliarden Schilling Defizit in den nächsten drei Jahren zu erwarten. Herr Finanzminister, nächste Frage: Stimmt es, daß Sie heuer 10 Milliarden allein für die Zinsen von Schulden zahlen, die Sie haben, und 10 Milliarden Schilling für die Tilgung? Das sind 20 Milliarden.

Als ich als junger Abgeordneter in dieses Haus gekommen bin, war der Staatshaushalt 20 Milliarden. Davon hat damals das ganze Jahr ganz Österreich gelebt. Und heute sind das nur die Zinsen und die Tilgung für das, was Sie an Schulden in der Regierung haben.

Ich frage daher: Stimmt es - bitte, ich bin gerne bereit, 100 Millionen auf oder 100 Millionen ab -, daß 10 Milliarden Schilling Zinsen auflaufen, die Sie für die Schulden bezahlen, und 10 Milliarden, die Sie verpflichtet sind, an Tilgungskosten zurückzuzahlen?

Jetzt kommen noch 135 Milliarden dazu. Wissen Sie, was das bedeutet, Herr Finanzminister? Daß Sie in drei Jahren von 20 Milliarden auf 40 Milliarden sein werden, ganz grob gerechnet. Sie werden aber nur 70 Milliarden

mehr Steuern haben. Ich glaube, mit 70 Milliarden mehr Steuereingängen rechnen Sie in diesen drei Jahren zusammen. Dem stehen aber 135 Milliarden Schilling mehr Schulden gegenüber.

Herr Finanzminister, das gehört in den Bericht hinein. Wie wollen Sie dieses Problem lösen? Darauf warten die Menschen in der Öffentlichkeit, darauf wartet die Galerie, und darauf warten wir Abgeordneten. Nicht, was die Kongoneger machen und nicht was der Mitlerand macht, sicher ein erfolgreicher Politiker. Wenn Sie dort lieber regieren, dann gehen Sie dorthin und regieren Sie dort, meine Herren, dann hätten wir in Österreich nur 4 Prozent Preissteigerungen. Ich bin überzeugt davon!

Sagen Sie, wie Sie dieses Problem lösen wollen. Wie wollen Sie das Problem lösen? 135 Milliarden Schulden wollen Sie in drei Jahren machen, 70 Milliarden haben Sie in diesen drei Jahren maximal mehr Einnahmen, 20 Milliarden müssen Sie heuer wegzahlen.

Wissen Sie, welche Arbeitsplatzgefährdung das ist? Wissen Sie, wie viele Arbeitsplätze man finanzieren könnte mit 20 Milliarden, wenn der Finanzminister nicht so viele Zinsen- und Tilgungsschulden zu bezahlen hätte? Viel mehr, als uns heute Sorgen macht. Das wäre Arbeitsplatzsicherung, denn wer diese Schulden nicht gemacht hätte, der würde wesentlich mehr die Arbeitsplätze sichern.

Ich gebe zu, Sie schleppen zum Teil alte Sünden mit. Herr Bundeskanzler, eines hat mich etwas überrascht bei Ihnen. Ich weiß, daß Sie in der großen Koalitionsregierung als Politiker mit der Volkspartei zusammen kein Freund der Europäischen Gemeinschaft waren und daß wir mit tausend Ausreden den bitteren Weg der EFTA gegangen sind.

Ich habe mir die Reden herausgesucht, was wir alles unter der Schutzherrschaft Englands machen werden. Aber das ist gescheitert, diese Politik hat Pleite gemacht. Das kostet uns auch ein Paar Milliarden jedes Jahr, daß wir heute nicht zu Europa gehören, sondern Ausland sind. Aber bitte, diese verfehlte Politik ist vorbei.

Aber nun sagen Sie dazu folgendes: „In diesem Zusammenhang scheint es mir angebracht zu sein, zu überprüfen, inwieweit sich für Österreich neue Möglichkeiten der Intensivierung der Beziehungen zu den EWG-Staaten ergeben könnten. Es wäre insbesondere zu prüfen, inwieweit die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft bereit ist, entsprechend dem Artikel 32 des Freihandelsabkommens den Ausbau der Beziehungen durch Ausdehnung auf Bereiche, die derzeit nicht unter das Abkommen fallen, fortzuführen.“

Zeillinger

Dabei geht es, um ein Beispiel zu sagen, um die Landwirtschaft. Also es wäre zu prüfen! Ja, Herr Bundeskanzler, prüfen Sie noch nicht, tun Sie nichts, haben Sie nichts getan? Sie wissen doch, daß die von ÖVP und SPÖ gemeinsam vertretene Europapolitik gescheitert ist. England, die Schutzmacht der EFTA, ist heute längst EWG-Mitglied, was wir nie sein konnten, was wir Freiheitlichen auch nie verlangt haben. Sie wissen, wir haben ja das bei der Gründung verlangt, was Sie jetzt anstreben, zu einem Zeitpunkt, wo die EWG bereit war, uns einzuladen, weil sie sehr interessiert daran war. Das wissen Sie genauso aus den internationalen Gesprächen, wie sehr man sich bemüht hätte, damals Österreich zu bekommen. Sie waren erbitterte Gegner dieser europäischen Einigung, und wir haben es heute zu bezahlen.

Es müssen sich doch alle Kräfte anstrengen, um diesen Fehler, der Österreich auf Jahrzehnte von Europa ausschließt und der jedes Jahr dem österreichischen Volk Milliarden kostet, diesen Fehler Ihrer gemeinsamen Politik zwischen Volkspartei und Sozialisten, auszumerzen. Und da sagen Sie: Es wäre zu prüfen, inwieweit die EWG . . . Da muß ich Ihnen sagen, da haben wir Freiheitlichen wahrscheinlich mehr Kontakt zur EWG, weil wir ununterbrochen draußen auch die anderen Staaten fragen, wieweit sie bereit sind, uns entgegenzukommen, weil die Landwirtschaft das auf die Dauer nicht aushält.

Ich bin kein Bauer, aber ich höre immer wieder von den Schwierigkeiten, in die die österreichische Landwirtschaft dadurch kommt, daß österreichischerseits überhaupt keine Initiative entwickelt wird. Und es wird uns immer entgegengehalten: Meine Herren, ihr habt zuerst einmal Reden gehalten, die Europäische Gemeinschaft ist eine arbeitnehmerfeindliche Vereinigung der Europäer. Solche Reden waren vor 15, 20 Jahren gang und gäbe. Aber ihr tut ja auch jetzt nichts.

Jetzt lese ich hier in dem Bericht, man wird beginnen, in der Regierung zu prüfen. Herr Bundeskanzler, dann ist der Zug endgültig weg. Dann reden wir aber auch offen über das Schicksal der österreichischen Landwirtschaft, wenn Sie nur prüfen. Prüfen ist zuwenig. Da kann ich Ihnen ruhig sagen, ich weiß von ausländischen Landwirtschaftsministern, daß sie sich mehr Sorgen um die österreichische Landwirtschaft machen als diese Bundesregierung.

Sie sagen weiter: Ohne daß ich mir diesbezüglich Illusionen mache, werden jedenfalls in dieser Richtung gewisse Sondierungen vorgenommen werden müssen. Also weniger über Europa sagen, mehr sich fernhalten, geht wirklich nicht. Dann sagen Sie doch gleich, wir

wollen einfach nicht. Sie haben offenbar ein gestörtes Verhältnis zu diesem Europa. Denn diese Rede von Ihnen wird in allen europäischen Staaten gelesen. Da werden die Europäer in den nächsten Tagen lesen, daß Sie sich keine Illusionen machen und daß in dieser Richtung gewisse Sondierungen vorgenommen werden müssen. Das sagt ein Staat, der es notwendig hätte, alle Hebel in Bewegung zu setzen, damit dieses Österreich nicht in irgendeine Abhängigkeit von anderen Mächtigkeitsgruppen kommt, sondern daß dieses Österreich ein Bestandteil der westlichen europäischen Gemeinschaft bleibt. Und Sie sagen nur, man wird allmählich beginnen, Sondierungen vorzunehmen. Herr Bundeskanzler, das scheint uns Freiheitlichen nicht nur zuwenig, sondern ein Debakel der Außenpolitik zu sein.

Wir haben nie ein Hehl daraus gemacht, wir haben 20 Jahre lang hindurch im Parlament die Politiker der beiden anderen Parteien aufgefordert, wenigstens Kontakte zu halten zu dieser Europäischen Gemeinschaft bei ihrer Gründung, wenigstens Verbindungsmänner zu entsenden. Sie haben das abgelehnt. Sie haben uns alles Möglichen verdächtigt, was nur möglich war in diesem Haus, weil Sie geglaubt haben, daß wir hinter diesem Europa etwas anderes sehen. Nein, wir haben immer nur Europa gesehen!

Und jetzt, wo die Europäer uns mit Mißtrauen gegenüberstehen, Herr Bundeskanzler, nun kommt eine derart weiche Rede, die sicher in anderen Staaten Beifall findet, aber in den westlichen europäischen Staaten, die in der Europäischen Gemeinschaft vereinigt sind, das kann ich Ihnen heute schon sagen, wird sie mit Verwunderung zur Kenntnis genommen werden, denn sie ist eine eindeutige Absage, ein Bekenntnis, daß dieser Staat - nicht dieser Staat, sondern diese Regierung, denn der Staat, das Volk ist ja schuldlos an der Politik, die diese Regierung macht -, diese Regierung kein ernstliches Interesse hat, näher an dieses Europa heranzukommen.

Meine Damen und Herren! Ich habe schon zum inneren Teil gesagt, das ernsteste Problem, das uns hier in der nächsten Zeit beschäftigen wird, ist jener Hinweis des Herrn Bundeskanzlers, der sagt: In diesem Zusammenhang ist die jüngst von der Bundesregierung initiierte Politik billigeren Geldes von Bedeutung.

Herr Bundeskanzler! Jeder will billiges Geld, darüber müssen wir uns im klaren sein. Da müssen wir aber auch ganz offen sagen, dieses billigere Geld kostet den anderen viel Geld, Geld, das Sie nicht bereit sind zu bezahlen, weil Sie Schulden haben und weil Sie ja bei der Beschaffung von billigerem Geld einen Anteil wegnehmen wollen, um Ihre Schulden einiger-

Zeillinger

maßen erträglich zu halten. Das heißt, Sie sagen, du bekommst billigeres Geld, dafür nehmen wir dem Sparer wesentlich mehr weg, denn wir – die Regierung – brauchen mehr, und jene, die investieren müssen, brauchen auch etwas davon.

Also sagen wir nicht, wenn wir den Sparern das Geld wegnehmen, wir geben euch billigeres Geld, wobei ich sage, man kann durchaus darüber sprechen. Das ist eine Politik, die auch einen ernsten Hintergrund hat, nur haben wir Ihnen diesen ernsten Hintergrund vor der Wahl gesagt, und Sie haben damals nicht gesagt, daß Sie teureres Geld geben wollen. Sie haben damals gesagt, höhere Sparzinsen.

Wenn Sie die Sparzinsen hinaufsetzen, dann sagen Sie, wir schenken euch höhere Sparzinsen. Beifall! Jetzt, nach der Wahl, sagen Sie, jetzt nehmen wir euch die höheren Sparzinsen wieder weg, jetzt geben wir euch billigeres Geld. Und wieder geben Sie Beifall. In Wirklichkeit war es nichts als ein Wahlmanöver, von dem Sie genau gewußt haben, daß es spätestens ein oder zwei Jahre später scheitern muß. Jetzt stehen Sie vor dem Scheitern, Sie müssen die Zinsen wieder herabsetzen, einfach, um überleben zu können, damit nicht alles verlorengeht. Dann sagen Sie aber nicht, billigeres Geld, sondern sagen Sie, wir sind mit der Politik, die wir vor der Wahl – oder lassen Sie das vor der Wahl weg –, mit jener Politik, die wir eingeleitet haben, irgendwo in eine Sackgasse geraten, wir können nicht das teurere Geld weitervermitteln, das heißt, die höheren Zinsen halten, sondern wir müssen wieder zurückkehren zu den billigeren Zinsen.

Das wäre ein offenes Wort, über das man leidenschaftslos reden könnte. Aber nicht jedesmal so vorgehen wie jetzt. Wissen Sie, das ist so die Art von Monarchen oder vielleicht auch von modernen Diktaturen; was immer geschieht, es muß applaudiert werden. Die Zinsen werden hinaufgesetzt! Beifall. Die Zinsen werden wieder weggenommen! Beifall. Alles, was Sie machen, ist richtig.

Entschuldigen Sie, eines von den beiden Sachen, Herr Vizepräsident, muß ein Blödsinn gewesen sein; entweder das, was Sie vor der Wahl gemacht haben, oder das, was Sie heute machen. Beides kann nicht richtig gewesen sein. Und daß dieses Hinauf- und Heruntergehen die Wirtschaft gestört hat, unerhörten Schaden angerichtet hat, ist klar. Denn es gehen ja viele langjährige Verpflichtungen ein, sowohl Geldgeber als auch Geldnehmer.

Sie haben natürlich heute hier das ganze Wirtschaftsgefüge verschoben. Kein vernünftiger Staat experimentiert damit, was Sie vor der Wahl hemmungslos gemacht haben; vor der

Wahl die Zinsen hinauf unter dem Beifall der Öffentlichkeit, jetzt haben Sie 51 Prozent der Wählerstimmen, jetzt sagen Sie, wir sind überrascht, daß uns die Wähler das geglaubt haben; jetzt haben sie es uns geglaubt, jetzt können wir ihnen die Zinsen wieder wegnehmen. Sie haben vor der Wahl Geschenke gemacht, und jetzt nehmen Sie die Sparbücher wieder weg.

Sehen Sie, Herr Finanzminister, da müßte hier einmal ein ernster Bericht darüber kommen, was Sie wirklich wollen, wie Sie die 135 Milliarden Defizit, die Sie in den nächsten drei Jahren erzeugen werden, finanzieren wollen. Ich habe Ihre Rede mehrfach gelesen, und ich habe sehr deutlich bemerkt, wie böse Sie ganz allgemein Verdächtigungen aussprechen, damit jeder Journalist und einigermaßen Eingeweihte weiß, das ist nur die Opposition, wir können nur nicht ausmachen, ob es die ÖVP oder die Freiheitlichen sind, wer also damit gemeint ist, aber Sie haben so auf die oppositionelle Seite einiges hinübergelassen. Aber mit keinem Wort, es steht nicht einmal drin, wie Sie – vielleicht sagen Sie, es sind nur 120, vielleicht sind es 150, nach meinen Unterlagen sind es 135 Milliarden Defizit – 45 Milliarden im heurigen Jahr verantworten wollen und wie Sie sich vorstellen, daß man mit Hilfe der österreichischen Bevölkerung das meistern kann.

Sie werden uns Freiheitliche – Sie wissen, daß wir auch manchmal unpopuläre Verantwortung übernehmen – dann, wenn es Opfer vorzubereiten gibt, die einen Sinn haben und die zu einem Erfolg führen, wahrscheinlich auch auf der Seite einer vernünftigen Politik finden. Nur, wenn das Opfer, wenn das Sparen nur darin besteht, daß man den Sparern die Sparzinsen wegnimmt und die Regierung gleichzeitig sagt, hurra, jetzt erspare ich mir Geld, das gebe ich aus und noch ein Defizit dazu, mit einer solchen Politik sind wir Freiheitlichen auf keinen Fall einverstanden!

Nicht nur die wirtschaftliche Lage ist wesentlicher ernster, als sie in optimistischerer Form hier dargestellt wurde. Ich will gar nicht schwarzmalen, sie ist nur nicht so fehlerlos und makellos. Ich habe Verständnis, daß man sich lobt, aber wir sind ja hier in keiner SPÖ-Versammlung, sondern das Parlament des österreichischen Volkes, und da haben Sie uns reinen Wein einzuschenken, im Guten wie im Bösen.

Um Stellungen zu beziehen, sind ja die Parteiensprecher da, jene der Sozialisten, der Volkspartei und der Freiheitlichen. Wir werden dann pro und kontra das für gut und das für schlecht finden. Aber daß Sie nicht mit einem Wort auch einen Fehler in Ihrer eigenen Politik

Zeillinger

finden, das macht hier Ihre eigene Aussage so unglaublich. Daher müssen wir der Öffentlichkeit in aller Deutlichkeit sagen: Nicht nur die wirtschaftliche Lage – sie war schon schlechter, aber sie ist nach wie vor noch ernst – ist ernst, viel ernster noch ist die Budgetlage. Aber was am bedenklichsten ist, daß die Sozialistische Partei diesen Ernst nicht erkennt, daß diese Regierung eine derartige Überheblichkeit hat, daß sie nicht einmal Konsequenzen ankündigt, in Aussicht stellt, um diese Krise zu überwinden.

Das, Herr Finanzminister, ist heute schon das Anzeichen in einem Moment, wo wir das Wellental durchschritten haben, in einem Moment, wo wir Hoffnung schöpfen können, und wenn wir wirklich alle gemeinsam – aber auch die Regierung gehört dazu – zusammenarbeiten, wo wir wieder einiges von dem gutmachen können, was Sie schlecht machen, sind Sie nicht bereit, das geringste Opfer von seiten der Regierung zu bringen.

Daß Sie nicht mit einer Zeile in beiden Berichten einen Weg aufzeigen, wie man aus dieser Schwierigkeit herauskommt, das ist das Ernste und das Bedenkliche, was mich veranlaßt, heute schon zu sagen, Sie bereiten damit die nächste Krise vor. Die nächste Krise kommt bestimmt! (*Beifall bei der FPÖ.*)

Präsident: Zum Wort gemeldet hat sich Herr Bundesminister Androsch.

Bundesminister für Finanzen Dr. **Androsch:** Herr Präsident! Hohes Haus! Der Herr Abgeordnete Graf hat Oliver Cromwell zitiert. Ja, aber Cromwell hat das gesagt, als er noch nicht an der Macht war. Als er dann an der Macht war, war er ein grausamer Herrscher, der mit dem Parlament in ständiger Auseinandersetzung lebte und der alle (*Zwischenruf des Abg. Graf*) – alle, Herr Abgeordneter Graf –, die nicht seiner Meinung waren, vor allem Katholiken und Anglikaner, auf das schärfste verfolgt hat. Ich hoffe nicht, Kollege Graf, daß die Identifizierung offenbar mit dem Zitat Ihrem Demokratieverständnis entspricht. Ich bin überzeugt, daß dies nicht der Fall ist, denn das wäre sehr schlecht und würde eher zu der Diskussion nach Hannover passen. – Soviel zu Cromwell. (*Beifall bei der SPÖ. – Abg. Dr. Gruber: Das paßt sehr für Sie! – Abg. Dr. Fiedler: „Hannover“ steht Ihnen nicht zu! Gehen Sie zum Rednerpult hinunter! Von der Regierungsbank aus sagen Sie das nicht! Nehmen Sie das ein für allemal zur Kenntnis, auch wenn der Herr Präsident nichts dazu sagt!*) Herr Abgeordneter Dr. Fiedler! Würden Sie die Freundlichkeit haben, mir jene Passage der Geschäftsordnung zu sagen, worauf sich das bezieht? (*Abg. Dr. Fiedler: Ich erinnere Sie*

daran, was Ihre Partei in der Zeit von 1966 bis 1970 unseren Regierungsmitgliedern vorgeworfen hat, wenn sie auch nur das geringste nicht zu ihrem Ressort Gehörige gesagt haben! Lesen Sie die Protokolle nach!) Also Sie können mir nicht die Bestimmung der Geschäftsordnung sagen! Daher halte ich mich an das, was in der Geschäftsordnung steht, und da steht nicht drinnen, daß ich nicht von Hannover reden darf. (*Abg. Dr. Fiedler: Es war ein Usus! Das wurde hier praktiziert! Nehmen Sie das ein für allemal zur Kenntnis! – Abg. Dr. Gruber: Überheblich war der Herr Minister ja immer schon! – Weitere Zwischenrufe.*) „Hannover“ steht nicht drinnen in der Geschäftsordnung! Das ist richtig. (*Abg. Dr. Fiedler: Sie polemisieren! – Abg. Dr. Gruber: Überheblich und grausam wie Cromwell!*) Ich identifiziere mich ja nicht mit dem Cromwell! Das hat ja der Kollege Graf getan. (*Abg. Dr. Gruber: Das paßt so für Sie!*)

Herr Abgeordneter Peter! Sie haben die Frage aufgeworfen, wer mit der Feststellung gemeint war, daß nicht allen die Politik der Arbeitsplatzsicherung ein gleiches Anliegen war: Jenen, die sie abgelehnt haben. Wenn Sie zugestimmt haben, konnten Sie selbstverständlich nicht gemeint sein, und ich stehe nicht an, das festzuhalten.

Allerdings, Herr Abgeordneter Zeillinger, unteilbar. Sie können nicht, was ich anerkenne, den Maßnahmen zugestimmt haben, aber die damit verbundene Finanzierung hier anklagen, was Sie eben getan haben. Wenn Sie zugestimmt haben, daß wir im Kreditweg Ausgaben finanzieren, dann können Sie nicht hintennach die daraus resultierenden Staatsschulden auf diese Weise anprangern, denn dann ist das jedenfalls nicht konsistent; lassen Sie es mich so vorsichtig formulieren. (*Präsident Minkowitsch übernimmt den Vorsitz.*)

Ich darf gleich ein weiteres anführen. Sie sagen, es geschieht nichts zur Einsparung, und haben die Zigaretten angeführt. Herr Abgeordneter Zeillinger, darf ich Sie bitten: Wir haben heute im Hauptausschuß eine Erhöhung von fünf ausländischen Lizenzmarken vorgenommen, das ist richtig, nachdem aber die Lizenzmarken im Ausland teurer geworden sind (*Abg. Zeillinger: Billiger im Ausland!*) – teurer geworden sind (*Abg. Zeillinger: Um 3 S in Deutschland ...!*); ich darf Ihnen die Unterlagen von den Tabakwerken schicken lassen –, erhöht wurden und daraus den Tabakwerken ein Defizit von monatlich 3,6 Millionen Schilling entstanden ist. Sie wollen also Defizite vermeiden, aber kritisieren im selben Atemzug die Maßnahmen, die zum Beispiel bei fünf ausländischen Lizenzmarken dazu dienen, Defizite zu vermeiden, und Sie tun das gar nicht einmal zum Bundesbudget,

Bundesminister Dr. Androsch

sondern bei einer privatwirtschaftlich organisierten Unternehmung. *(Abg. Zeillinger: Im Ausland ist das ein Gewinngeschäft!)*

Ich darf noch etwas sagen. Es ist doch heute unbestritten, daß sowohl für die Schweiz als auch für Schweden und für Österreich - das haben Sie ja auch eingeräumt - eine Vollmitgliedschaft bei der EG nicht möglich war und nicht möglich ist und daß die politischen Bemühungen darauf abzielen mußten, politische Bedingungen anzupeilen, die es erlauben, zu einem Arrangement zu kommen. Und das ist in dieser Regierungszeit erreicht worden. Ich will jetzt gar nicht andere kritisieren, weil ich gern einräume, daß vorher wahrscheinlich solche politische Konstellationen gar nicht bestanden haben. Aber jedenfalls hat die Entwicklung des Außenhandels gezeigt, daß in der Zwischenzeit die EFTA eine wichtige Rolle für unseren Außenhandel gespielt hat und daß sie sie in ihrer heutigen Konstellation, also beträchtlich verringert, noch immer spielt. Ich glaube, das ist gar nicht zu bestreiten, und ich bitte, das doch zu beachten.

Was die Kosten anlangt: Darin sind sich ja die Analytiker der EG einig, daß sie sehr, sehr teuer ist und daß das in all den Staaten, die in der EG mitzahlen müssen, die größten Kopfzerbrechen auslöst. Wo die Milliardenverluste in unserem Fall liegen, kann ich also nicht erkennen, aber daß es Milliardenbelastungen wären, die eine Vollmitgliedschaft nach sich zöge, die ja gar nicht möglich ist *(Zwischenruf des Abg. Zeillinger)*, das ist am Beispiel der Länder, die eine Vollmitgliedschaft haben, sehr deutlich zu sehen.

Herr Abgeordneter Graf! Noch einmal zur Frage Arbeitsplatzsicherung: Wenn Sie wiederum die aufgenommenen Kredite oder die gemachten Schulden kritisieren, die wesentlich dazu beigetragen haben, daß es zur Arbeitsplatzsicherung in dem Maße gekommen ist *(Abg. Dr. Gruber: Sie sind uneinsichtig, Herr Minister!)*, dann kann das für Sie nicht die Bedeutung haben, weil das eine vom anderen nicht zu trennen ist.

Wenn der Herr Abgeordnete Dr. Taus heute gesagt hat, gegen die Kreditaufnahme im Jahre 1975 sei ohnehin nichts einzuwenden, so kann ich nur fragen: Auf einmal? Das ganze Jahr 1975 war es nämlich anders, und Sie haben ja auch zum Unterschied von den Freiheitlichen gegen die Maßnahmen gestimmt, die zusätzliche Staatsausgaben bewilligt haben, und zwar Staatsausgaben, von denen jeder hier im Hohen Haus gewußt hat, daß sie nur im Kreditweg finanziert werden können und auf keine andere Weise. Daher können Sie nicht unterstellen, es sei eine Irreführung, wenn wir sagen: Es besteht

ein zwingender Zusammenhang zwischen einer so stark angestiegenen Staatsverschuldung und dem Beschäftigungsniveau. - Ihr Obmann hat sogar in seiner Eingangsrede erklärt, daß jetzt auf einmal das richtig ist.

Und im übrigen ... *(Abg. Graf: Herr Minister! Ich habe heute ausnahmsweise das Wort „Irreführung“ anzuwenden vergessen, ich weiß nicht, woher Sie das haben! Heute ausnahmsweise sprach ich davon nichts!)* Das können wir ja im Protokoll nachlesen. Es ist das Wort gefallen. Ich habe es mir aufgeschrieben: Es ist eine Irreführung. Bitte, einigen wir uns. Wenn Sie es nicht gesagt haben, stehe ich nicht an, bei nächster Gelegenheit das zurückzunehmen. Aber ich bitte Sie, wenn Sie es gesagt haben, was das Protokoll zeigen wird, dann das auch festzustellen *(Abg. Graf: Gruber sagt, ich habe es gesagt! Aber ich kritisiere trotzdem die Höhe der Schulden!)* Sie haben nämlich gesagt: Es ist eine Irreführung - also ist es jetzt geklärt -, wenn man behauptet, die aufgenommenen Kredite hätten dazu beigetragen, ein so hohes Beschäftigungsniveau zu erhalten. Und diese Aussage, muß ich sagen, ist einfach falsch, denn die Kredite haben einen Beitrag für die Arbeitsplatzsicherung geleistet!

Und dazu, wie groß die Unterschiede zu den Jahren 1966 bis 1969 sind, Herr Abgeordneter Graf: Ich nehme das Jahr 1975, das schwierigste. Niemand leugnet das. Wir hatten in diesem schwierigsten Jahr um 300.000 Unselbständige mehr als im Schnitt der Jahre 1966/69. Die Zahl 1966/69 war ziemlich gleichbleibend knapp über 2,3 Millionen.

Wir hatten 62.000 Arbeitslose im Schnitt des Jahres 1975, aber Sie hatten in den Jahren 1966 bis 1969, also bei einer viel geringeren Beschäftigtenzahl, 82.000, 82.000, 96.000, 94.000, also eine um gut 50 Prozent höhere Arbeitslosenzahl.

Herr Abgeordneter Graf! Das ist ein Ergebnis, von dem wir glauben, daß wir den Erfolg nicht sozusagen unter den Scheffel zu stellen brauchen, wo wir stolz darauf sind, daß wir es erreichen konnten, natürlich unter Mithilfe der gesamten Wirtschaft, weil es auch im Interesse der Wirtschaft gelegen ist. Aber ich verstehe nicht, warum Sie als Präsident einer Landeskammer sozusagen diese Erfolge in der Form kritisieren, an denen Ihre Mitglieder ja offensichtlich mitgewirkt haben. *(Abg. Graf: Ich habe eine andere Ansicht zu dieser Sache als Sie!)*

Ich darf auf ein weiteres eingehen. Sie haben erwähnt, die Autobahnfinanzierung sei ein so großes Problem geworden. Das ist sicher richtig, Herr Abgeordneter Graf, weil in diesen Jahren

Bundesminister Dr. Androsch

ungleich mehr Autobahnkilometer fertiggestellt wurden (*Abg. Dr. Gruber: Oh!*) als in jedem anderen vergleichbaren Zeitraum zuvor, nicht zuletzt auch durch die Leistungen der Sondergesellschaften, die Sie so kritisieren. Aber die haben ja wesentlich dazu beigetragen, daß wir um so viel mehr Kilometer in fünf Jahren schaffen konnten als in vergleichbaren Zeiträumen zuvor.

Und warum ist es notwendig? – Weil die Zahl der Automobile in Österreich so zugenommen hat. (*Abg. Dr. Gruber: Weil Sie dem Minister Moser 700 Millionen weggenommen haben!*) Ich habe dem Minister Moser nicht 700 Millionen Schilling weggenommen (*Abg. Dr. Gruber: Natürlich!*), sondern in unserer ... (*Abg. Dr. Gruber: Zweckgebundene Einnahmen!*)

Es hat sich aufgehört, daß die Landwirtschaft und daß die Bundesbahnen mit ihren Beiträgen den Straßenbau subventionieren! Das ist richtig. (*Abg. Dr. Gruber: Weil Sie Minister Moser Autobahngelder wegnehmen!*) Aber in keinem Zeitraum sind so viel Autobahnen fertiggestellt worden wie in diesen Jahren. (*Abg. Dr. Gruber: Stimmt ja nicht!*) Das stimmt. Ich mache Ihnen einen Vorschlag: Machen Sie eine schriftliche Anfrage, wie viele Autobahnkilometer in der Zeit von 1965 bis 1969 fertiggestellt wurden und wie viele von 1970 bis 1975, und vergleichen Sie dann das Ergebnis. (*Beifall bei der SPÖ.*)

Der Herr Abgeordnete Dr. Taus hat unsere Autofeindlichkeit wieder einmal als ein Beispiel besonders radikalen Sozialismus – wie schon einmal offenbar – vorgetragen. Ich frage mich, wie sich diese Feststellung mit der Tatsache vereinbaren läßt, daß wir in den ersten vier Monaten dieses Jahres 77.000 Neuzulassungen hatten. Im vergangenen Jahr, einem Krisenjahr, 65.000. Wissen Sie, wie viele Zulassungen es in Ihren Jahren waren? 41.000 im Jahre 1966, 43.000 im Jahre 1967, 42.000 im Jahre 1968 und – das wird Sie nicht überraschen – im Jahre 1969 überhaupt nur 25.000, denn in diesem Jahr haben Sie Ihre „Autofreundlichkeit“ mit einer Autosondersteuer zum Ausdruck gebracht.

Herr Professor Koren! Ich will jetzt darüber gar nicht richten. Aber wenn Ihr Sitznachbar uns vorwirft, daß es eine besonders radikale Politik sei, wenn wir zum Beispiel mehr Mittel ansprechen, um mehr Straßen zu bauen, ja was muß denn das dann gewesen sein? Und über die Zulassungszahlen bin ich aus leicht einsehbaren Gründen nicht restlos glücklich, weil eben ein größerer Straßenflächenbedarf, und zwar nicht nur für den fließenden, sondern erst recht für den ruhenden Verkehr entsteht und weil das für die Handelsbilanz natürlich eine entsprechende Belastung ist, da es sich ausschließlich um

Importe handelt. Aber ich meine, diese Feststellungen lassen sich doch beim besten Willen dann nicht aufrechterhalten.

Oder, Herr Abgeordneter Graf, wenn Sie sagen, die Wohnbauförderung habe sich verschlechtert. Ja, bitte schön, wann ist denn diese Art der Wohnbauförderung geschaffen worden? Wenn ich mich richtig erinnere – der Herr Dr. Gruber wird mich korrigieren –, war das im Jahre 1967. Jedenfalls war es in Ihrer Amtszeit. Aber das ist nicht mehr rückgängig zu machen. Dort war der Systemwechsel, daß man die Bedingungen verschiedentlich angibt ... (*Abg. Dr. Gruber: Es hat 1972 auch einen Systemwechsel gegeben!*) Einen Systemwechsel hat es nicht gegeben; das ist eine nach wie vor veränderte Sache. (*Abg. Dr. Gruber: Eine geringere Förderung der einzelnen Objekte!*)

Herr Abgeordneter Graf! Sie haben neuerlich den Versuch unternommen, Prognosen zu stellen. Ich kann mich nur auf meinen Klubobmann beziehen, der schon nachgewiesen hat, wie oft diese Prognosen nicht zutreffen haben.

Sie haben ja auch im vergangenen Jahr erklärt, vor den Wahlen werden die Massenentlassungen kommen. Als sie nicht kamen, haben Sie gesagt, nach den Wahlen. Sie haben gesagt, die Rentner werden ihr Geld nicht bekommen. Sie haben erklärt, das Budget wird nicht zu finanzieren sein. Nun, es ist vor den Wahlen nicht zu den Massenentlassungen gekommen, es ist nachher nicht dazu gekommen; die Rentner haben natürlich ihr Geld bekommen; und das Budget ist finanziert worden.

Herr Abgeordneter Dr. Broesigke! Ich darf ganz kurz auf die Frage der Sparförderung noch einmal zu sprechen kommen. Sie machen den Vorwurf und erklären, wir zerbrechen uns nicht den Kopf, wir machen keine Vorschläge, wie gespart werden könne.

Die Sparförderung, Herr Abgeordneter Dr. Broesigke, hat allein beim Prämiensparen folgende Entwicklung genommen – ich habe es gestern erwähnt –: Im Jahr 1972 wurde das Budget noch mit 21,8 Millionen Schilling belastet, heuer wird es mit 450 Millionen Schilling belastet und im nächsten Jahr mit 800 Millionen Schilling. Sie haben den fiskalischen Aspekt, der damit naturgemäß verbunden sein muß, nicht beachtet oder nicht ausgesprochen. Er spielt natürlich eine Rolle. Man kann nicht auf der einen Seite erklären, das Budgetvolumen ist zu groß, der Saldo ist zu groß, aber andererseits, wenn Maßnahmen getroffen werden, gleichzeitig auch diese Maßnahmen ablehnen.

Was ist denn bei der Spartätigkeit geschehen? Die Spareinlagen sind von 113 Milliarden

Bundesminister Dr. Androsch

Schilling im Jahre 1969 auf 288 Milliarden Schilling Ende April dieses Jahres gestiegen. Es muß also auf Grund der Einkommen und ihrer Steigerungen die Sparfähigkeit vorhanden und auch auf Grund der allgemeinen Situation die Sparneigung gegeben gewesen sein. Ganz besonders gilt das natürlich für Prämienspareinlagen.

Herr Abgeordneter Dr. Taus! Im Jahre 1969 betrugen die Prämienspareinlagen 754 Millionen Schilling, jetzt betragen sie nahezu 20 Milliarden Schilling.

Bausparen: Im Jahre 1969 waren die Einlagen 9,4 Milliarden Schilling, heute sind es 32,8 Milliarden Schilling. Das ist die Entwicklung, die sicher eine Reihe von Gründen hat. Aber es sind alle Gründe, die jedenfalls dazu geführt haben, daß eine solche Sparleistung erbracht werden konnte.

Herr Abgeordneter Zeillinger! Mit den Wahlen hat die Zinsfrage ganz sicher nichts zu tun gehabt. Ja: Alles passiert vor Wahlen; auch die jetzige Zinssenkung geschieht vor Wahlen, nämlich vor den nächsten Wahlen. Daß man dafür, Herr Abgeordneter Zeillinger, Applaus bekommt, habe ich eigentlich nicht erkennen können. Ich habe eher das Gefühl gehabt, das Gegenteil sei der Fall.

Es sind auch nicht die Banken oder Sparkassen, die ein besonderes Interesse daran haben; die interessiert der Saldo. Wovon der Saldo gerechnet wird, ist ihnen relativ gleichgültig. Es ist nur darum gegangen: Als das Zinsniveau international hinaufgegangen war, als wir zur Inflationsbekämpfung die Kreditvergabe eingengt haben, also die Ware „Kredit“ knapper gemacht haben und daher ihr Preis gestiegen ist, ist das nicht nur für die Banken auf der Sollseite hinaufgegangen, sondern es war auch notwendig – ohnehin mit einer zeitlichen Verzögerung –, das auch auf der anderen Seite, auf der Einlegerseite, hinaufzunehmen, wohl wissend – und wir haben das immer erklärt –, es müsse das auch wieder heruntergehen können, wenn sich die Voraussetzungen ändern, das heißt, wenn das Zinsniveau wieder heruntergeht.

Hier sind wir sicher hinter der Schweiz und hinter der Bundesrepublik Deutschland, wo Sie aus der Nachbarschaft Salzburgs vielleicht besser wissen als wir hier, daß inzwischen der Ecksinnsatz in der Bundesrepublik Deutschland, der auf 5 Prozent gestiegen war, inzwischen schon wieder auf 3½ Prozent zurückgegangen ist, weil das Zinsniveau sich eben verringert hat.

Und darum geht es. Das ist ja nicht eine Frage des Budgets, sondern was für den einen Einlagezinsen sind, sind für den anderen Ausleihungszinsen, die er zu bezahlen hat. Es

gibt eben einen zwingenden inneren Zusammenhang zwischen verdienten und ausbezahlten Zinsen. Wenn die Zinsen nicht verdient werden können, dann würde auch die Voraussetzung für den Sparer fehlen. Ich bitte, diese Zusammenhänge, die Ihnen doch völlig bewußt sind, nicht außer acht zu lassen.

Ich darf auf die Frage der Verwaltungsschulden, die der Herr Abgeordnete Peter angeschnitten hat, kurz sagen: Das sind zum geringsten Teil, nämlich nur soweit es Anweisungs- oder Zahlungsrückstände sind, überhaupt Schulden. Und zukünftige Verpflichtungen, die sich ergeben, wenn die zukünftig fällige Leistung erbracht wird, sind doch heute noch keine Schulden, können es auch gar nicht sein. Es ist daher nicht möglich, das in einen Topf zu werfen.

Ich darf auch zur Verwaltungsreform in aller Kürze eine Bemerkung machen. Wir haben zum Beispiel im Bereich der Finanzverwaltung in den letzten zehn Jahren modernisiert und erbringen dadurch eine größere Leistung. Denken Sie nur an die Grenzen, wo die viel größere Anzahl von Grenzübergängen mit gleichem Personalstand bewältigt wird. Das ist doch eine beträchtliche Leistung. Ich glaube, daß die mehr als 20.000 Mitarbeiter der Finanzverwaltung wenigstens das Recht haben, daß diese Leistung Anerkennung findet.

Wir haben die modernsten Mittel eingesetzt. Eine Umstellung auf die größten Computer. Jeder, der in einem Betrieb damit zu tun hat, weiß, wie schwierig das ist, und wird anerkennen, wie außerordentlich klaglos das vergleichsweise in der Finanzverwaltung gegangen ist. Das ist Verwaltungsreform im Sinn von Modernisierung. Es hat natürlich beträchtliche Einsparungen gebracht beziehungsweise wird sie erst bringen, wenn das voll abgewickelt sein wird. Ich bitte doch, das auch nicht gering zu achten.

Sie haben mich nach dem tragbaren Defizit gefragt. Diese Frage könnte ich Ihnen nur dann befriedigend beantworten, wenn ich – und da wäre ich der einzige – genau sagen könnte, wie in den nächsten drei, vier Jahren die Konjunkturentwicklung sein wird. Von dieser ist es nämlich abhängig, was tragbar – im Sinn von notwendig und möglich – ist. Davon ist abhängig, wie die Ausgabenentwicklung, etwa bei den Pensionszuschüssen, oder die Einnahmeentwicklung bei den Ertrags- und Gewinnsteuern sein wird.

Ich kann nur eine Richtung anpeilen – ich glaube, das habe ich bei mehrfacher Gelegenheit sehr deutlich gesagt –: 1977 soll begonnen werden – mit mancher Maßnahme ist das schon 1976 eingeleitet –, die ohne Zweifel gegebene

Bundesminister Dr. Androsch

Hypothek abzubauen. Wir haben die Hypothek bewußt aufgenommen, so wie jemand, der sich ein Einfamilienhaus baut und eine Hypothek zur Errichtung des Eigenheims aufgenommen hat. Der Betreffende weiß auch, daß er sie wieder abtragen muß. Wir müssen für einen ähnlichen Fall, von dem wir hoffen, daß er nicht kommt oder so spät wie möglich kommt oder in so geringem Ausmaß wie möglich kommt, jedenfalls gerüstet sein. Im Jahr 1977 sind natürlich noch die schlechten Ertragssteuereinnahmen aus der Rezession zu spüren, von allen anderen Dingen abgesehen.

Was die Inflationsbekämpfung anlangt: Man kann doch nicht leugnen, daß es Österreich in diesen schwierigen Jahren - und niemand wird bestreiten, daß das auch angesichts der Weltinflation gerade auf diesem Gebiet schwierige Jahre waren - nicht gelingen konnte, das von uns völlig abzuhalten, aber daß wir doch zu jenen Ländern in all den Jahren gezählt haben und zählen, die hier am besten abgeschnitten haben.

Ich möchte mich gar nicht allzusehr auf den Monatsindex berufen, weil ich zu gut weiß, wie zufällig die Ergebnisse sind. Aber immerhin ist es heuer trotz Erhöhung der Mehrwertsteuer so, daß wir 7,3 Prozent, 7,8 Prozent, 7,7 Prozent und jetzt 7,4 Prozent haben, wobei es seit dem Jahre 1971 das erstmal ist, daß sich mit 0,1 Prozent gegenüber dem Vormonat das Preisniveau sogar verringert hat.

Der österreichische Index, Herr Abgeordneter Zeillinger, unterzeichnet nicht, sondern überzeichnet, was Sie am Index des Sozialproduktes ablesen können. Wenn nämlich die Wiener Straßenbahn zu einem bestimmten Zeitpunkt teurer wird, dann ändert sich der Index für alle, also auch für diejenigen, die sie nicht benutzen, weil sie, sagen wir, mit einem privaten PKW fahren. Aber wenn sich für den einen Personenkreis die Kosten erhöhen, dann hat auch der andere eine Indexerhöhung.

Diese Indexorientierung ist in vielerlei Hinsicht problematisch. Sie war besonders problematisch in der Zeit, in der zwei Drittel der Indexsteigerung etwa durch die Ölpreisteuerung aus dem Ausland gekommen sind.

Aber jedenfalls ist es uns gelungen, im Höchstjahr der Weltinflation unter 10 Prozent zu bleiben und seither ständig die Inflationsrate zurückzuführen. Dies weiterzuführen ist unser Bemühen. Dazu gehört auch die Frage, die Geldbeschaffungskosten zu verkleinern, eine Sache, von der niemand behaupten wird, daß es für den Finanzminister eine besonders populäre Aufgabe war, das in der Öffentlichkeit zu vertreten. Aber ich meine: Es war unter anderem

eine notwendige Aufgabe im Interesse der Inflationsbekämpfung.

Was das Budget 1976 anlangt, meine Damen und Herren: Auf der Wirtschaftskonferenz waren die parlamentarischen Klubs vertreten. Sofern parlamentarische Beschlüsse notwendig waren, sind sie hier gefaßt worden. Sie haben entweder zur Gänze oder zum Teil mitgestimmt. Sie mußten doch wissen, daß das genau in dem angegebenen Ausmaß natürlich auch das Defizit des Jahres 1976 aus guten Gründen der nochmaligen Konjunkturstimulierung erhöhen wird: einerseits durch Mehrausgaben, das heißt durch Freigabe der Stabilisierungsquote, andererseits durch einen auch von Ihnen gemachten Vorschlag und seine Verwirklichung, nämlich etwa der Sistierung der Investitionssteuer.

Und wiederum: Sie können nicht mit gutem Grund auf der einen Seite die Maßnahme gutheißen oder sogar zu Recht sagen, Sie haben sie schon früher verlangt, aber dann ihre budgetäre Auswirkung an den Pranger stellen. Ich glaube, daß das doch auch widersprüchlich ist. Jedenfalls: Für die Teile, wo Sie mitgestimmt haben, glaube ich, müssen Sie auch fairerweise die Verantwortung für die daraus sich ergebenden Konsequenzen auf das Defizit und die Staatsschuld übernehmen.

Herr Abgeordneter Dr. Taus! Sie haben von einer kräftigen Erhöhung der Staatsschuld im Jahre 1972 gesprochen. Worauf Sie das beziehen, kann ich beim besten Willen nicht erkennen. Die Staatsschuld ist damals um 3 Milliarden Schilling gestiegen.

Gestatten Sie mir - und geben Sie mir die Zeit -, Sie auf folgendes Problem aufmerksam zu machen: Mir ist kein Land bekannt, in dem die beiden großen Betriebe Bahn und Post mit einem Budgetanteil an der Ausgabensumme von 20 Prozent in den Staatshaushalt integriert sind. Daher muß man doch auch berücksichtigen, daß in solchen Betrieben, wie in anderen, beträchtliche Investitionen Platz greifen und daß so wie in anderen Betrieben auch - je nach der Ertragslage, also nach den Selbstfinanzierungsmöglichkeiten - ein mehr oder minder großer Teil dieser betrieblichen Investitionen auch fremdfinanziert werden durch Aufnahme von Krediten, die dann eben im Gesamtvolumen des Budgets untergingen. Wenn man das aber ausgliedert, würde sich das anders darstellen.

Daher ist unsere Budgetsituation, so schwierig sie nach der Rezession ist - niemand leugnet das -, vergleichsweise besser als die der Bundesrepublik Deutschland. Wenn Sie bedenken, wie die der Schweiz ist, so mögen Sie das an folgendem Beispiel ablesen: Die Schweiz möchte ihre Grossisten-Umsatzsteuer auf ein

Bundesminister Dr. Androsch

Mehrwertsteuersystem umstellen und damit Mehreinnahmen von 25 Milliarden Schilling erzielen. Das ist die Finanzplanung des Bundesrates. *(Abg. Dr. Taus: Da würden sie noch immer viel weniger Mehrwertsteuer bezahlen!)* Ja, weil die Ausgangslage eine ganz andere ist. Aber unsere Umstellung, Kollege Taus, hat nicht einen Sprung von Mehreinnahmen im Ausmaß von 25 Milliarden Schilling gebracht und eine Erhöhung der Steuerbelastungsquote um 2 Prozentpunkte.

Wenn Sie die Zahlen dieses Jahres nehmen: Natürlich mußte die Mehrwertsteuer Mehreinnahmen bringen, wenn wir zum 1. Jänner die Mehrwertsteuer um 2 Prozentpunkte erhöht haben. Das wäre ja fürchterlich, wenn das nicht eingetroffen wäre. Da wäre ja die Konjunktur in das - ich weiß nicht, in das wievielte - Kellergeschoß gegangen, wenn das gleichgeblieben wäre. Daraus den Schluß zu ziehen, daß wir sozusagen riesige Mehreinnahmen erzielt haben, die gewisse Maßnahmen nicht notwendig machen, geht doch an den Fakten vorbei oder kehrt sie um.

Wenn Sie sagen: Die Lohnsteuer bringt ... *(Abg. Dr. Taus: Nicht aufkommensneutral!)* Ja, richtig. Das ist eine Folge der besonders guten Beschäftigungslage und natürlich auch der gestiegenen Einkommen. Das ist doch ganz logisch. Sie bestätigen mit dem Vorwurf nur das, was wir behaupten, daß wir nämlich eine außerordentlich günstige Beschäftigungslage haben und daß wir selbst in der schwierigen Zeit die Einkommen verbessern konnten oder daß sich die Einkommen erhöht haben.

Ich darf noch einmal sagen, weil Sie vorhin nicht da waren: Ich bin Ihnen dankbar, daß Sie wenigstens jetzt zugegeben haben, es wären die Kreditaufnahmen im Vorjahr richtig gewesen. In den Auseinandersetzungen im Vorjahr hatten Sie diesen Standpunkt nicht eingenommen. *(Abg. Dr. Taus: Nein! Herr Minister, lesen Sie bitte nach! Erinnern Sie sich: Hochkonjunktur!)* Aber im vergangenen Jahr haben Sie eben partout diese Maßnahmen abgelehnt. Darüber kommen wir nicht herum. Das ist das parlamentarische Faktum.

Ich nehme gern und dankbar zur Kenntnis, daß Sie jetzt dazu eine andere Meinung eingenommen haben. *(Abg. Dr. Taus: Nicht jetzt!)* Ich nehme das dankbar zur Kenntnis.

Nur was das Antwortschreiben an den Abgeordneten Suppan anlangt, darf ich Sie doch noch einmal daran erinnern, daß ich hier schon ganz klar zum Ausdruck gebracht habe, und zwar im Lichte der seinerzeitigen Debatte im Ausschuß, worauf sich das bezogen hat. Nachdem ich es hier schon gesagt habe, konnten Sie

nicht mehr für sich in Anspruch nehmen zu sagen, Sie hätten das nicht gewußt.

Was die Zinsen, was den Eckzinssatz anlangt: Herr Abgeordneter Dr. Taus! Ich glaube gern, daß es leicht ist, sich in der Öffentlichkeit für einen Eckzinssatz stark zu machen; das ist nicht unpopulär. Es ist viel weniger populär zu sagen, daß das Zinsniveau an das schweizerische und an das deutsche angeglichen werden soll und muß, daß das auch Auswirkungen hat und daß Sollseite und Habenseite zusammenhängen; daß das weniger populär ist, das war mir von allem Anfang an klar.

Aber gestatten Sie mir doch eine Frage: Ungefähr 15 Jahre lang war der Eckzinssatz bei durchaus unterschiedlichen Inflationsraten mit 3,5 Prozent gleich. Sie waren sozusagen der „Chef“ des Sparkassensektors in irgendeiner Weise. Ich kann mich nicht erinnern, Herr Abgeordneter Dr. Taus, daß Sie vehement für eine Erhöhung des Eckzinssatzes eingetreten wären. Ich stehe gar nicht an zuzugeben, daß das auf die Initiative des Präsidenten Benya zurückgegangen ist. *(Beifall bei der SPÖ. - Abg. Dr. Taus: Ich bringe Ihnen dann die Protokolle, wann ich dafür eingetreten bin!)*

Der Sparkassensektor ist nicht zum Finanzminister gekommen und hat gesagt: Bitte, wir schlagen zur Genehmigung ein neues Habenzinsabkommen vor. Dazu hätten Sie ja die Möglichkeit gehabt. Also sehen wir doch die Sache hier jetzt nicht so ganz anders, als wir beide sie vielleicht vor kurzem noch gesehen haben.

Wir haben uns gestern - das war gar nicht leicht, das können Sie sich vorstellen - geeinigt, und Sie wissen so gut wie ich, daß es eine Reihe von Vertretern gegeben hat, die nicht nur selbstverständlich eine Senkung des Eckzinssatzes wollten, sondern sehr massiv dafür eingetreten sind, daß das schon zum 1. Juli 1976 passiert. Ich werde den Namen nicht sagen; ich könnte es mir leicht machen; Sie wissen es. Wenn ich darauf nicht anspiele, wissen Sie auch, daß das durchaus ein Zug der Fairneß ist und daß ich da gar keine Verbindungen herstellen möchte.

Wenn Sie davon sprechen, daß wir eine „Notklausur“ haben, dann darf ich Ihnen in Erinnerung rufen, daß wir seit dem Jahre 1970 jedesmal vor dem Sommer zusammenkommen und nicht erst abwarten, bis astronomische Wünsche aus den Ressorts kommen, sondern eine Linie festlegen. Das haben wir bisher sechsmal so gehalten, und es gibt gar keinen Grund, das beim siebentenmal nach den gemachten Erfahrungen anders zu tun.

Und wenn Sie sagen, was alles nicht da war: Erinnern wir uns an die „glorreiche“ Sache eines

Bundesminister Dr. Androsch

meiner Amtsvorgänger mit dem Notopfer der Länder und was das alles für Auswirkungen und Konsequenzen gehabt hat. Beide können wir uns doch noch an diese Zeit erinnern. Ich glaube also nicht, daß daraus für Sie eine Berechtigung abzuleiten ist – ich glaube, Sie waren damals mit ein Berater dieses Finanzministers (*Abg. Staudinger: Herr Minister! Damals ist das Budget in Ordnung gebracht worden! Sie bringen mit allen Notopfern das Budget nicht in Ordnung!*) –, in dieser Form zu richten.

Ich frage Sie in der Tat, Herr Abgeordneter: Wenn das Budget so in Ordnung war, warum ÖVP-Bundeskanzler in den sechziger Jahren alle zwei Jahre einen neuen Finanzminister gebraucht haben. Denn das ist nämlich die Wahrheit. (*Zustimmung bei der SPÖ.*) Das war nicht eine Folge der Koalitionsregierung, weil Sie ja auch in der Alleinregierung, sozusagen mitten im Fluß, also mitten in der Legislaturperiode, das Pferd des Finanzministers auch gewechselt haben. Das muß ja auch irgendeinen Grund gehabt haben. (*Abg. Staudinger: Herr Minister! Wenn die Budgetgesinnung von seinerzeit die von heute wäre, hätten wir schon längst einen neuen Finanzminister!*)

Wenn Sie den möglichst raschen Wechsel des Finanzministers für einen Beweis guter Regierungspolitik halten, dann war das in den sechziger Jahren sicher Ausdruck dessen. Aber die Menschen im Land haben es anders beurteilt – das können wir schon festhalten –, jedenfalls im Jahre 1970.

Herr Abgeordneter Dr. Taus! Ich hätte doch eine Bitte im Lichte der heutigen Diskussion – der Herr Abgeordnete Dr. Fiedler wird mir also diese politische Feststellung gestatten –, daß Sie sich nicht ausschließlich darauf verlegen sollten, Verunsicherungspolitik zu machen oder diese fortzusetzen. Herr Abgeordneter Graf! Sicher: Kritik ist notwendig und – auch richtig – nicht immer angenehm. Aber bitte auch in Verbindung mit einer Spur von Alternativen und nicht nur Kritik. Es scheint mir doch ein bisserl zuwenig zu sein, Herr Abgeordneter Dr. Taus, nämlich eine Politik, die – ich darf hier zitieren – so umschrieben wurde:

Man kann einem Volke, auch wenn es ihm gut geht, die Gegenwart als schwer erträglich und durch düstere Prophezeiungen die Zukunft als gefährdet und katastrophengeladen vorgaukeln, bis sogar Anwandlungen von Hysterie auftreten und durch Angstreaktionen erst die Gefahren heraufbeschworen werden, vor denen angeblich nur gewarnt werden soll. (*Abg. Kern: Das haben Sie bis zum siebziger Jahr gemacht!*)

Und wissen Sie, wer das geschrieben hat? – Herr Abgeordneter! Derjenige, der das geschrieben hat, steht Ihnen sicher näher als mir:

nämlich Franz Josef Strauß im Buch „Finanzpolitik“ auf Seite 36. (*Beifall bei der SPÖ. – Abg. Staudinger: Herr Minister! Wir brauchen doch längst nicht mehr zu prophezeien!*)

Herr Abgeordneter Dr. Taus! Ich will mich nicht dem anschließen, was in diesem Zusammenhang die „Süddeutsche Zeitung“ über eine mit viel Beifall aufgenommenen Rede, in der sich also ein Sprecher des rechten Flügels der europäischen christlichen Demokraten darstellte, nämlich der Herr Dr. Taus, geschrieben hat, daß Sie diese Überlegungen zu den Ihren gemacht haben. Ich hoffe, daß das nicht der Fall ist. (*Beifall bei der SPÖ.*)

Präsident **Minkowitsch**: Als nächster zum Wort gemeldet ist Herr Abgeordneter Dr. Koren. Ich erteile es ihm.

Abgeordneter Dr. **Koren** (ÖVP): Herr Präsident! Hohes Haus! Herr Finanzminister! Sie haben mit Cromwell begonnen und mit Franz Josef Strauß geendet.

Dazwischen liegt ein gigantisches Spiel mit Zahlen. Und das ist es, was ich Ihnen eigentlich zum Vorwurf mache. Sie erklären in der letzten halben Stunde mindestens zwei Dutzend Phänomene, aber immer nur mit einem Zipfelchen. Ich kann jetzt gar nicht all das in meine Wortmeldung aufnehmen, was Sie angeführt haben. Ich möchte es nur an zwei Beispielen dokumentieren.

Vor wenigen Minuten haben Sie meinen Parteiohmann, Dr. Taus, so ein bisserl polemisch, weil er einmal Bankdirektor war, gefragt, wann er denn für die Erhöhung des Eckzinssatzes eingetreten sei. 15 Jahre vorher sei er nie dafür eingetreten. Ja, Herr Finanzminister, müßte man nicht auch dazu sagen, daß 15 Jahre vor 1970 diese Frage auch niemals aktuell gewesen ist, denn im Durchschnitt der 15 Jahre vor 1970 hat die Inflationsrate niemals 3,5 Prozent erreicht, das heißt der Eckzinssatz war immer ein Garant dafür, daß der Wert der Ersparnisse erhalten bleibt. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Es ist Ihrer Politik vorbehalten geblieben, für die doppelte und für die dreifache Inflationsrate zu sorgen, das heißt eine Periode einzuleiten, in der die Sparer eindeutig mit 3,5 und mit 5 Prozent, Herr Finanzminister, die Verlierer der Entwicklung sind. Ich glaube, daß damit das Problem eine ganz andere Dimension bekommt, wenn es nun darum geht, in einer Zeit, in der die Inflationsrate vorerst nicht um ein Jota zurückgegangen ist, über eine Senkung der Sparbuchzinsen zu reden. Denn jetzt machen Sie aus einem ohnehin schon vorhandenen Verlustgeschäft

Dr. Koren

eben ein noch größeres Verlustgeschäft. *(Zustimmung bei der ÖVP.)*

Das hätten Sie dazu sagen müssen, Herr Finanzminister, wenn Sie mit Zahlen echt und wirklich operieren wollen.

Oder: Am Beginn Ihrer Wortmeldung haben Sie, nachdem Sie mit Cromwell fertig gewesen sind, wieder die simple Formel aufgestellt, daß Schuldenmachen gleich Arbeitsplatzsicherung ist. Das haben Sie vor sechs Jahren noch nicht gewußt, denn da haben Sie für Schulden selbstverständlich andere Ausdrücke gehabt. Aber ich will gar nicht damit herumpolemisieren, sondern sagen: Sie haben das Jahr 1975 mit 1966 bis 1969 verglichen und haben in diesem Zusammenhang festgestellt, es hätte 1975 doch eine wesentlich günstigere Lage gegeben, denn es seien 300.000 Menschen mehr beschäftigt gewesen und die Arbeitslosenzahl liege um 20.000 unter den Jahren 1967 bis 1969.

Herr Finanzminister! Das sind die Fakten. 1967 hat es eine Verlangsamung der durchschnittlich 4,5- bis 5prozentigen Wachstumsrate auf rund 2,5 Prozent, aber noch immer ein Wachstum der Wirtschaft gegeben, 1975 gab es aber eine Schrumpfung im Gesamtergebnis um rund 2 Prozent und in manchen Bereichen um noch viel mehr.

Was bedeutet das nun bezüglich der Beschäftigung? Sie sprechen immer von „300.000 Beschäftigten mehr“. Tatsächlich arbeiteten in Österreich sowohl 1975 wie auch 1970 annähernd gleich viel Menschen. Das wissen Sie genauso gut wie ich *(Beifall bei der ÖVP)*, denn die gesamte erwerbsfähige und erwerbstätige Bevölkerung hat sich in der dritten Dezimalstelle, wenn Sie es in Millionen ausdrücken, ich glaube, um 10.000 in fünf Jahren, verändert. Das Ergebnis ist lediglich, daß die Zahl der Selbständigen um rund 300.000 geschrumpft ist und die der Unselbständigen zugenommen hat.

Ich glaube aber nicht, daß man daraus ableiten kann, daß nur in der unselbständigen Funktion Arbeit geleistet wird. Das heißt, in der Gesamtproduktion Österreichs waren 1970 annähernd ebenso viele Menschen tätig wie heute. Für die Interpretation des Phänomens, daß es trotz Wirtschaftsschrumpfung 1975 weniger Arbeitslose gegeben hat als 1967, hat der Herr Bundeskanzler eine Erklärung gegeben. Herr Finanzminister! Sie wissen das allerdings nicht. Auch der Herr Bundeskanzler hat sie sicher nicht gewollt gegeben, denn er hat ja in seinem Referat nicht von Österreich, sondern von der Schweiz gesprochen und erklärt, die Schweiz habe die niedrigste Arbeitslosenrate in Westeuropa, weil die Schweiz die Zahl der beschäftigten Ausländer radikal herabgesetzt hatte.

Dasselbe, Herr Finanzminister, ist in Österreich passiert. Diese Arbeitslosen scheinen natürlich in unseren Statistiken nicht auf; sie sind in ihre Heimatländer rückexportiert worden.

Ich will damit überhaupt nicht eine Wertung dieses Vorganges zum Ausdruck bringen. *(Bundeskanzler Dr. Kreisky: Ich habe das in meinem Bericht aber genannt, Herr Professor!)* Ja, in Ihrem Bericht haben Sie es gesagt, allerdings waren Sie, Herr Bundeskanzler, nicht herinnen, als der Herr Finanzminister gesprochen hat... *(Zwischenruf bei der SPÖ.)* Ich bin sehr dankbar für die Zwischenrufe, denn das lockert auf.

Der Herr Finanzminister hat sich der Arbeitslosenzahlen Österreichs im Jahre 1975 berührt, aber dabei darauf hinzuweisen vergessen, daß ähnlich, wie Sie es richtig für die Schweiz angeführt haben, in Österreich genau das gleiche unsere inländische Lage erleichternde Phänomen da war, nämlich daß wir einige Zehntausend Ausländer nach Hause geschickt haben.

Ein paar Bemerkungen nur noch zu dem, was Dr. Fischer in seiner ersten Wortmeldung und am Schluß, bevor er nach Hannover abgereist ist, festgestellt hat. Auch beim Finanzminister kam jetzt wieder zum Ausdruck: Alles ist einer Opposition erlaubt, nur nicht Kritik. Denn wenn sie kritisiert, dann ist sie beinahe staatsfeindlich, schadet sie dem Ansehen Österreichs, ist sie gegen die Vollbeschäftigung oder gegen sonst was.

Herr Finanzminister! Ich empfehle Ihnen dringend: Lesen Sie bitte, was 1967 – ich habe es hier schon einmal zitiert – der Herr Bundeskanzler, als er Führer der Opposition war, von diesem Pult aus zum Punkt Kritik an der damaligen Regierungspartei gesagt hat. In diesem Fall teile ich – ohne daß wir einen Werkvertrag abgeschlossen hätten, Herr Bundeskanzler – voll Ihre Meinung. Nehmen Sie zur Kenntnis: Wir werden Sie so lange kritisieren, als wir glauben, daß diese Kritik notwendig und richtig ist. Und wir glauben, daß diese Kritik richtig ist. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Herr Dr. Fischer! Nur noch eine Bemerkung, weil ich ja nicht auf alles eingehen kann, was bisher gesagt wurde. Sie haben mir die Ehre einer Zitierung zuteil werden lassen, und zwar aus der Rede zum Budget 1975 im Oktober 1974. Ich habe dort – ich habe es nicht mehr exakt im Kopf – von der wackeligen Kulisse eines Budgets gesprochen.

Nun kann man über die Stabilität von Kulissen verschiedener Meinung sein – das gebe ich ohne weiteres zu –, aber meiner Ansicht nach

Dr. Koren

war diese Kulisse doch relativ wackelig. Denn – vielleicht teilen Sie meine Meinung nicht – dort vertrat ein Finanzminister in seiner Budgetrede die Auffassung, der Staatshaushalt sei in Ordnung, die Staatsfinanzen seien konsolidiert. Er legte dem Haus ein Budget mit 16 Milliarden Schilling Defizit vor, und wir haben das als eine wackelige Kulisse bezeichnet.

Im November 1975 hat dieser gleiche Finanzminister Nachtragskredite beansprucht, die ein Gesamtdefizit von 46 Milliarden ergeben hätten, also das nahezu Dreifache des ursprünglich Beantragten. Da darf ich mir vielleicht erlauben zu sagen, das sei eine wackelige Kulisse gewesen. Vielleicht hätte das in Ihren Augen noch viel mehr sein müssen, ich weiß es nicht. Aber 46 Milliarden Kreditermächtigung anstelle von 16 betrachten wir halt als nicht ganz budgetkonform und dürfen wir als Opposition vielleicht als eine wackelige Kulisse bezeichnen. *(Lebhafte Zustimmung bei der ÖVP.)* Sie haben Bruchteile davon als Wahnsinn deklariert.

Aber, Herr Bundeskanzler, nur eine kleine Bemerkung: Daß Sie sich mit Mitterrand hart tun, gebe ich ohne weiteres zu. Ich werde nicht weiter in diesem Problem wühlen.

Wenn Sie am Schluß scherzhaft gemeint haben – ich bin für jeden Spaß zu haben –, froh zu sein, daß Sie durch vielfältige Zitierungen einen Beitrag zu unserer Oppositionspolitik geleistet haben, dann kann ich im ersten Moment darüber lachen. Selbstverständlich. Ob Sie darüber lachen können, weiß ich nicht. Denn was dokumentiert das? Daß Sie vor Jahren Dinge gesagt haben, die im diametralen Gegensatz zu dem stehen, was Sie heute tun und erklären. *(Beifall bei der ÖVP.)* Und das betrachte ich nicht als besonders wertvoll.

Erlauben Sie mir nur ein paar Überlegungen zu der heutigen Debatte beziehungsweise zu den beiden Berichten.

Die beiden Erklärungen von gestern haben wie alle Erklärungen, die zu Wirtschaftsfragen hier im Laufe der letzten Jahre abgegeben wurden, einen gemeinsamen Nenner. Die jeweils letzte Erklärung setzt die jeweils vorletzte Erklärung weitgehend außer Kraft und macht aus deren Irrtümern, Fehlern oder Lücken eine Voraussicht, höchste Weisheit und umwerfenden Erfolg. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Meine Damen und Herren! Nur der, der noch ein gutes Erinnerungsvermögen besitzt oder gar nachliest, was beim letztenmal gesagt worden ist, erahnt die beinahe Orwellschen Dimensionen dieser Art der Geschichts- und Bewußtseinsverformung. Was einmal „Wahnsinn“ war, ist heute fast eine Ruhmestat. 8 Milliarden Budget-

defizit waren ein Wahnsinn, heute berüht sich die Regierung ihrer Vollbeschäftigungspolitik und ihrer Defizite von 45 Milliarden.

Was „unerträglich“ war – 3 Prozent Inflation! –, ist heute eine internationale Meisterleistung, weil es „nur“ 8 Prozent sind. Was seinerzeit nur „Schuldenpolitik“ und „Belastung der Zukunft“, „Vernichtung des internationalen Ansehens Österreichs“ – das alles haben Sie gesagt, Herr Bundeskanzler, ich kann es Ihnen jederzeit zitieren –, war, ist heute Vertrauen auf Österreich, ist heute Ausdruck letzter politischer Weisheit.

Was Sie seinerzeit als Bankrott bezeichnet haben, -zig Male, Herr Finanzminister, Herr Bundeskanzler, ist heute so ein Stand in der Welt.

Nicht nur langfristig gilt das. Das gilt selbst für kurzfristige Überlegungen.

Herr Finanzminister! Sie haben gestern laut Seite 4 in Ihrer Rede erklärt:

„Besonders hart wurde seit Mitte 1974 jene Politik bekämpft, die konsequent auf die Sicherung der Arbeitsplätze ausgerichtet war.“

Das heißt: Sie schreiben hier, wir hätten seit Mitte 1974 jene Politik bekämpft, die auf die Sicherung der Arbeitsplätze ausgerichtet gewesen ist. Das führt mich zu der Frage: Was, bitte, war wirklich? Denn Mitte 1974 – das ist also etwa Juni –, und auch noch im Oktober, bei der Vorlage Ihres Budgets 1975, haben Sie mit keinem Wort von Arbeitsplatzsicherung oder Konjunktursicherung gesprochen, sondern Sie haben damals ein Budget in hellem Licht vorgestellt; eines, das der Stabilität gewidmet war.

Die Staatsfinanzen waren damals in Ordnung, haben Sie in Ihrer Budgetrede erklärt. Keine Rede war damals von einer Bekämpfung der Arbeitslosigkeit. Im Gegenteil, Sie haben jede Warnung vor einem Konjunkturreinbruch weit von sich gewiesen. Das war „Miesmacherei“.

Ja selbst am 13. Dezember 1974, Herr Finanzminister, haben Sie uns auf die Frage nach dem Zweimilliardending hier eine ausweichende Antwort gegeben. Damals haben Sie noch erklärt: Das Budget 1974 wird so laufen, wie es programmiert war. – Keine Rede war Mitte 1974 Ihrerseits von irgend etwas anderem. Hier schreiben Sie, als sei es so gewesen – nur die ÖVP war dagegen.

Im Frühjahr 1975 haben Sie sogar erklärt: Jetzt sind wir überm Berg. Jetzt passiert überhaupt nichts mehr! – Ich darf daran erinnern.

Erlauben Sie mir nur eine Chronologie der

Dr. Koren

letzten zehn Monate. Es ist erst zehn Monate her, Herr Finanzminister, da haben Sie 25 Milliarden Schilling Budgetdefizit für 1975 als „Horror“ bezeichnet. Ich glaube, ich brauche es nicht zu zitieren; es ist hinlänglich bekanntgeworden. Das war noch bis September 1975.

Vor neun Monaten haben Sie selbst dann angekündigt, daß es doch nicht 25, also die Horrorzahl, sein werden, sondern daß es 45 oder 46 sein werden. Dafür haben Sie sich im November 1975 auch die Kreditermächtigung hier geben lassen.

Daß es dann im Endergebnis nicht so viel, sondern nur 37 geworden sind, liegt daran, daß man das Geld gar nicht mehr ausgeben konnte. Das heißt: Die Expansionspolitik hat im November 1975 - da war die Krise längst unten - Ihrerseits überhaupt erst begonnen und nicht Mitte 1974, wie Sie es in Ihrem Bericht hier dargestellt haben. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Vor sieben Monaten haben Sie in Ihrer Budgetrede erklärt, die Mehrwertsteuer und einige Tarifierhöhungen seien notwendig, um die Konsolidierung des Staatshaushaltes für die nächsten Jahre zu gewährleisten, damit wieder Luft für die nächste, allenfalls schwierige Situation kommen würde.

Das ist auch geschehen. Vor sechs Monaten haben Sie es dem Abgeordneten Suppan schriftlich gegeben, daß keine weiteren Steuererhöhungen geplant sind. Herr Finanzminister! Ich lasse es mir durchaus einreden, wenn Sie sagen würden: Ich habe es irrtümlich unterschrieben, ich habe nicht hingeschaut, sonst hätte ich es nicht unterschrieben. - Aber in dem Brief, den Sie jetzt unterschrieben haben, und in dem die Frage lautet: „Sind für 1976 weitere Steuer- oder Tarifierhöhungen geplant?“, haben Sie zu Frage 16 geschrieben: „Nein, sind nicht geplant“. Daß Sie sich jetzt darauf beziehen, Sie hätten ja anderswo angekündigt und anderswo gesagt ... *(Abg. Dr. Tull: Für 1976!)* „Für“ 1976, ja ... *(Zwischenrufe bei der ÖVP. - Abg. Dr. Haider: Das ist Rabulistik! Das sind Taschenspielertricks!)* Herr Dr. Tull, es ist heute schon einmal lateinisch zitiert worden, ich will es nicht noch einmal tun: Sitacuisses ... Denn auch „für“ 1976 sind ja Erhöhungen nachher noch beschlossen worden. Darf ich Sie höflich darauf hinweisen, ja? *(Beifall bei der ÖVP.)* Also ob „für“ oder „im“ ist völlig wurscht.

Vor fünf Monaten hat der „Sachsengang“ eine neue Belastungswelle gebracht. In den letzten zwei Monaten waren Sie voll Optimismus, und, Herr Finanzminister, vor 14 Tagen war der große „Paukenschlag“, als Sie plötzlich von der Opferbereitschaft gesprochen haben, und seither rollt die dritte Belastungswelle. Ich fürchte,

daß Sie damit die Belastungsfähigkeit der Öffentlichkeit doch ein bißchen überfordern.

Genauso haben Sie noch vor sieben Monaten den Sparern versprochen, keine Änderung der Sparförderung vorzunehmen. Seit heute oder seit gestern, je nachdem, wissen wir nun, daß Sie sie um ein Drittel gekürzt haben. Ihre heutige Begründung steht auf einem ganz anderen Blatt. Aber vor sieben Monaten haben Sie das Gegenteil von dem, was Sie heute machen, versprochen. Und Sie stehen nicht dazu. *(Zwischenrufe bei der ÖVP.)*

Ich gebe gerne zu, meine Damen und Herren, daß es Ihnen bemerkenswert gut gelungen ist, die österreichische Öffentlichkeit zu lethargisieren, fast auf einen Nestroyschen Wurschtigkeitsstandpunkt zu bringen. Dieses ständig sinkende Interesse an öffentlichen Anliegen geht ja sehr, sehr weit und erfaßt nicht nur die Bevölkerung, sondern auch die Medien.

Wenn ich mir vorstelle, daß vor einigen Jahren eine Maßnahme wie die der Kürzung eines Drittels der Sparförderung erfolgt wäre, muß ich fragen: Wäre es dann denkbar gewesen, daß etwa eine große Tageszeitung mit der Überschrift erscheint - wie lautet sie denn nur? - „Was uns die geänderten Sparformen echt bringen“, daß also eine Kürzungsmaßnahme mit dem Wort „bringen“ signalisiert wird? Völlig undenkbar! Ich sage ausdrücklich: Das ist kein Vorwurf an eine Zeitung, sondern es symbolisiert nur, wie weit in der österreichischen Öffentlichkeit und in der Medienlandschaft das Interesse für öffentliche Dinge gering geworden ist. Das macht mir Sorge.

Ich habe auch die Sorge, daß demjenigen, der diese Last letzten Endes trägt - ich glaube, daß hier der Präsident des Gewerkschaftsbundes einen ganz wesentlichen Teil der Lasten trägt -, langsam die Luft dabei ausgehen könnte. Ich mache mir Sorge, weil ich sehe, wie sehr dadurch die Argumentationsbasis einer sozialistischen Regierung verändert worden ist, wie weit sie sich von ihrer früheren Basis entfernt hat.

Nur eine Frage an Sie - Sie brauchen sie mir nicht zu beantworten -: Wäre es noch vor wenigen Jahren denkbar, denkmöglich gewesen, daß sozialistische Politiker so wie der Bundeskanzler nach dem Beschluß über eine ganze Serie von Belastungen für die breite Masse der österreichischen Bevölkerung indigniert erklärt hätten: Diese paar Schilling, um die es da geht. - Ich glaube, das wäre undenkbar gewesen.

Oder wäre es denkbar gewesen, daß sozialistische Politiker die Kürzung einer Sparförderung

Dr. Koren

gerade für die kleinen Leute mit Begeisterung begrüßen und verkaufen? Nein.

Oder wäre es denkbar gewesen, daß bei einem Milchpreis von 9 Schilling einem sozialistischen Politiker vor Jahren nichts anderes eingefallen wäre als zu sagen: Aber die Zahl der Autos hat ja inzwischen zugenommen!?

Ich habe noch Dr. Pittermann im Ohr, der bei einer ähnlichen Gelegenheit - ich glaube, es war 1966 - bei einer Milchpreiserhöhung, die selbstverständlich viel weniger ausgemacht hat als die heute in Rede stehende, von den armen Rentnerinnen und Pensionistinnen gesprochen hat, die sich die Milch für den Kaffee nicht mehr werden leisten können. (*Abg. Brandstätter: Pittermann war ja ein Waisenknabe gegen den Kreisky!*)

Ich glaube, Sie wissen, was ich meine, wenn ich frage: Wie weit hat sich eine sozialistische Politik von ihrer Ausgangsbasis entfernt, wenn sie eine solche Kaltschnäuzigkeit und eine solche Überheblichkeit an den Tag legt?

Sie werden mir wohl zugeben, daß Sie vor fünf Jahren auf den Barrikaden gewesen wären, wenn auch nur halbwegs Vergleichbares von einer nichtsozialistischen Regierung getan worden wäre. Und das macht mir Sorge.

Die gestrige Rede lag auf der Linie der bisherigen: es war alles gut. Wir haben kein Wort darüber gehört, warum der Paukenschlag vorige Woche erfolgt ist, wir haben kein Wort über jene Belastungen gehört, die die Notklausur oder, wenn Ihnen, Herr Dr. Fischer, der Ausdruck nicht gefällt, die Milliardenklausur, denn das kommt ja wieder heraus, beschließen wird. Keine Ahnung haben wir davon.

Außerhalb des Parlaments wird davon geredet, ob die Vermögensteuer erhöht wird. Hier denke ich, bitte vielmals, nicht an die Großunternehmungen, und hier denke ich nicht an die Millionäre, wobei eine Million heute ja schon nicht mehr viel ist dank Ihrer „großartigen“ Währungs- und Wirtschaftspolitik (*Beifall bei der ÖVP*), sondern ich denke an jene Menschen, die auch Ihrem Bereich angehören, die über die Freigrenze mit ihrem Einfamilienhäuschen oder mit ihrem sonstigen bescheidenen Besitz kommen und die Sie jetzt zur Kasse bitten werden.

Kein Wort ist in den beiden Reden von gestern dazu gesagt worden. Wir hören das in Interviews, in Diskussionen, in Vermutungen, sonst nirgends.

Wir lesen in der einen und in der anderen Zeitung, daß die Gebühren verdoppelt werden sollen - mag sein. Wir hören von Tarifen, die erhöht werden sollen. Die Zinsenkürzung ist ja schon mitgeteilt worden. Wir hören vom Abbau

der Stützungen, weil sie politisch zuwenig bringen; sie werden offenbar nicht mit genügend Handküssen entgegengenommen. An Stelle dessen soll der Milchpreis entsprechend erhöht werden.

Ich frage mich: Wodurch ist denn eigentlich vor 14 Tagen diese Debatte ausgelöst worden? Herr Finanzminister, war es ein Schock, den Sie erlitten haben, als Sie die ersten Zahlen für das Budget 1977 zusammengestellt haben? War es das? Oder war es irgendeine andere Prognose, die Sie besitzen, die Sie uns seit langem verweigern? Wir warten ja auf Ihre Ankündigung, wonach Sie im Mai oder Juni dem Parlament ein Budgetkonzept und eine Budgetprognose vorlegen werden.

Wie soll die österreichische Öffentlichkeit denn prüfen und beurteilen können, ob das alles, was Sie tun, sinnvoll oder sinnlos ist, wenn wir nicht einmal wissen, was passiert ist! Ich habe vor wenigen Tagen einmal gesagt, Sie sammeln bereits für die Katastrophenopfer, ohne daß wir wissen, ob es eine Katastrophe gegeben hat.

Das scheint uns einer demokratischen Politik nicht ganz adäquat zu sein, denn dann müßten Sie vor dieses Haus treten und sagen: Die Berechnungen haben ergeben, daß 1977 das und das sein wird, das halte ich für unververtretbar, und ich halte folgende Lösungen für möglich. Dann kann man darüber diskutieren. Worüber man nicht diskutieren kann, ist, daß man das Problem im Dunkeln hält, im Ungewissen, aber die Lasten werden auf alle Fälle aufgebürdet. Dabei können Sie kaum mit Zustimmung rechnen. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Herr Finanzminister! Ich glaube, die Zeit reicht kaum mehr aus, um sich mit allen Fragen, die Sie ausgelöst haben, auseinanderzusetzen. Es sind Rechtsfragen, die wir zu diskutieren hätten. Fragen, die im Raum stehen, wie weit Sie immer mehr an die Grenze des gerade noch oder nicht mehr Machbaren gehen. Das hat mit den 2 Milliarden begonnen und ist mit den Obligationen des ERP-Fonds weitergegangen. Ich will mich darüber nicht mehr verbreiten.

Heute betrifft es die Sparer. Sie verfügen, daß ab heute oder ab morgen oder ab gestern bestimmte Verträge nicht mehr angenommen werden dürfen. Herr Finanzminister, das Gesetz ist unverändert in Kraft; darf ich darauf aufmerksam machen. Natürlich haben Sie die Mehrheit, im Herbst rückwirkend zu beschließen, das ist schon richtig. Aber gerade in einer solchen Frage gehen Sie zumindest in den Bereich des rechtsunsicheren Raumes hinein.

Ich weiß schon, daß es keinen Kläger und keinen Richter in dieser Frage geben wird, weil

Dr. Koren

das leider technisch nicht möglich ist. Aber entspricht das wirklich Ihren Vorstellungen von Recht und Parlamentarismus, daß ein Minister dekretiert und ein halbes Jahr später das Parlament rückwirkend dieses Dekret sanktionieren muß? Ich glaube, daß das einer Demokratie nicht ganz adäquat ist. *(Beifall bei der ÖVP.)* Und weil alle diese Dinge passieren, haben wir unsere Bedenken.

Herr Finanzminister! Das entscheidende wird sein, daß Sie zu den Fragen, um die es heute geht, nämlich wie es in Zukunft weitergeht, Klarheit schaffen. Bevor Sie nicht bereit sind, dem Haus zu sagen, worum es denn überhaupt geht, ist es sinnlos, mit Ihnen weiterzureden. Dann wird man der österreichischen Bevölkerung nur immer wieder sagen können, daß sie für etwas bezahlt, wofür sie nichts kann, daß sie für eine verfehlte Politik bezahlt, über deren Folgen Sie keine Auskunft geben wollen.

Deshalb bleibt nur die Aufforderung an Sie – aus dieser werden wir Sie nicht mehr entlassen –: Legen Sie endlich die Karten auf den Tisch und schaffen Sie Klarheit über die Probleme, vor denen Sie mit Ihrem Staatshaushalt stehen. Dann können wir weiterreden. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Präsident Minkowitsch: Als nächster zum Wort gemeldet ist Herr Bundesminister Dr. Androsch. Ich erteile es ihm.

Bundesminister für Finanzen Dr. Androsch: Herr Präsident! Hohes Haus! Gestatten Sie mir eine zweite Wortmeldung. Sie haben eingangs nicht mehr oder nicht weniger getan, als mir unterstellt, daß ich die Zahlen nach Bedarf gebrauche, und Sie haben im selben Augenblick behauptet, es sei gar nicht richtig, daß die Beschäftigtenzahl gestiegen wäre, sondern 1975 seien gleich viel erwerbstätig, also Selbständige und Unselbständige, wie 1970.

Ihnen sind die Unterlagen des Instituts für Wirtschaftsforschung genauso zugänglich wie mir, und Sie wissen daher oder müssen wissen, genauso wie ich, daß die Zahl der Erwerbstätigen, also Zunahme der Unselbständigen minus Verringerung der Selbständigen und Landwirte – das ist ganz klar in meinem Bericht ausgedrückt –, seit 1970 um nicht mehr und nicht weniger als um 126.000 zugenommen hat. Das sind die nüchternen Fakten. *(Beifall bei der SPÖ. – Abg. Dr. Zittmayr: Das stimmt ja nicht ...!)* Bitte, Kollege Zittmayr, ich werde mir erlauben, Ihnen ein Exemplar dieser Unterlage zur Verfügung zu stellen. Sie haben es vielleicht nicht, aber Professor Koren hat es sicher.

Machen Sie sich nach dieser Tatsachenfeststellung, die im Bericht ist, ein Bild, wer mit den

Zahlen wie umgeht. Sie können sich gar nicht darauf berufen, daß ich das nicht ausdrücklich und nicht im Detail oder nicht die Quelle angeführt habe. Aber das wollen Sie ja nicht wissen, weil Sie genau das tun wollen, was ich Ihnen von Franz Josef Strauß zitiert habe.

Herr Abgeordneter Dr. Koren, ich habe gar keinen Ehrgeiz, Ihnen mit einem Paukenschlag nachzueifern, da können Sie sicher sein. Wobei ich nur meiner Erinnerung nach hinzufügen möchte: Hier haben Sie es im Hohen Haus auch nicht getan, sondern Sie sind erst nachher mit den Gesetzen gekommen, sofern welche notwendig waren, und es waren eine ganze schöne Menge notwendig, den Paukenschlag zu verwirklichen. Aber das Parlament haben Sie selbstverständlich vorher nicht informiert, sondern Sie haben dann nur die Gesetze hergeschickt. Sie können von mir nicht verlangen, daß ich etwas, worüber sich die Regierung noch nicht unterhalten hat, hier erörterte. Zuerst muß die Regierung sich damit beschäftigen, und wenn Gesetzesbeschlüsse notwendig sind, dann werden sie zur gegebenen Zeit natürlich kommen müssen.

Und gleich vorweg eines zur Sparförderung. Wir haben ausdrücklich alte Verträge, das heißt solche, die unter bestimmten Annahmen geschlossen wurden, unangetastet gelassen. Und wir ändern auch nichts und schlagen auch nicht vor, für 1976 etwas zu ändern, sondern machen nur aufmerksam, daß, wenn jemand jetzt abschließt, er damit rechnen muß, daß die Regierung den Vorschlag machen wird, ab 1. Jänner 1977 eine geringere Prämie zu geben. Ich glaube, daß das nicht unbillig und unfair ist, sondern daß damit die Betroffenen rechtzeitig aufmerksam gemacht wurden. Wie können Sie mir daraus einen Vorwurf machen? Sie könnten mir einen machen, wenn ich eine andere Vorgangsweise gewählt hätte. Aber wenn ich sage, bitte schön, die Regierung beabsichtigt, mit einem solchen Vorschlag zu kommen, immer unter der Annahme, daß das Parlament das beschließt, dann weiß der ab gestern oder heute einen Vertrag Schließende, daß er rechnen muß, daß ab 1. Jänner 1977 die Prämie geringer wird. Gar nichts rückwirkend! Ab 1. Jänner 1977, nicht rückwirkend wird die Prämie verringert, sondern ab 1. Jänner 1977, aber nur billigerweise und fairerweise macht man jetzt schon darauf aufmerksam. Bitte das doch auch zu beachten. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Herr Abgeordneter Professor Koren! Sie sagen, vor 14 Tagen. Na, Sie haben doch sicherlich meine Budgetrede gelesen. Da habe ich unter anderem bei dieser Gelegenheit ausdrücklich darauf verwiesen, daß, wenn die Konjunktur sich erholt, der Finanzierungsspiel-

Bundesminister Dr. Androsch

raum wieder vergrößert werden muß. Das ist ja bitte nachzulesen. Und ich darf die Klubobmänner, die bei der Wirtschaftskonferenz anwesend waren, daran erinnern, daß ich zum Beispiel dort genau dasselbe ausgeführt habe, aber diese Notwendigkeit ist ja nicht erst vor 14 Tagen entstanden.

Und daß das, was wir zur Arbeitsplatzsicherung in der Rezession getan haben, eine Hypothek ist, das ist auch nicht zu bestreiten. Jetzt können Sie sich ja entscheiden, waren Sie oder sind Sie dafür, daß etwas für die Arbeitsplatzsicherung getan wurde oder nicht. Wenn Sie dafür sind, dann müssen Sie in logischer Konsequenz auch in Kauf nehmen und akzeptieren, daß die Folgen und das Erbe der Rezessionsbekämpfung eben auch zu bewältigen sind.

Herr Professor Koren! Die erste Freigabe oder Teilfreigabe einer Stabilisierungsquote erfolgte im Herbst 1974. Bitte sich zu erinnern. Eben solche Freigaben erfolgten im Frühjahr 1975 und vor dem Sommer 1975. In allen drei Fällen haben Sie dagegen gestimmt. Sie haben sicherlich Ihre Gründe gehabt. Aber Sie können heute nicht sagen, daß das nicht geschehen ist, und Sie können noch weniger sagen, daß das nicht zur Arbeitsplatzsicherung beigetragen hat. Und natürlich hat es eine Erhöhung des Kreditvolumens ausgelöst. Das haben wir von allem Anfang an gesagt. Aber das dürfen wir für uns in Anspruch nehmen, und Sie müssen gelten lassen, daß Sie alle diese drei Maßnahmen abgelehnt haben.

Und: Keine Änderung der Sparförderung. Für bestehende tritt ja auch keine Änderung ein. Ja, fiskalisch wäre das natürlich angenehm, ist mir sogar der Vorschlag gemacht worden, das würde mir im nächsten Jahr schon sehr helfen, natürlich. Aber daran tasten wir nicht. Und es können doch solche Erklärungen nicht so interpretiert werden, daß das für alle Zeiten gelten kann, gleichgültig, wie sich die Bedingungen ändern, und für Zukünftiges. Dies ebensowenig, wie Sie jetzt folgendes nicht machen können: Der Herr Dr. Taus war ja nicht im Ausschuß, aber Sie waren schon. Dort wurde ich gefragt: Brauchen Sie für das Budget 1976 zusätzliche Steuern oder Einnahmen? Ich habe erklärt, nein, und ich habe das auch in dem Brief bestätigt: für 1976 nicht; was nicht ausschließt, daß im Jahr 1976 für etwas anderes etwas beschlossen wurde, denn das haben wir schon vor den Wahlen erklärt, wenn etwa neue Aufgaben zu erfüllen sind oder bestehende in einem größeren Ausmaß oder rascheren Tempo, daß das nicht ohne Erschließung zusätzlicher Einnahmen gehen wird. Daher die Erhöhung der Bundesmineralölsteuer, und die Antwort der

Autofahrer war, Herr Abgeordneter Dr. Taus, daß wir 21.000 Neuzulassungen allein im April gehabt haben.

Was den Milchpreis anlangt. Ja, Herr Abgeordneter Dr. Koren, wie war das im Jahr 1967? Da ist der Milchpreis um 1 S für den Konsumenten erhöht worden, und ich frage die Vertreter der Landwirtschaft: Wieviel haben Sie bekommen? Nicht einen Groschen. Nicht einen Groschen! Sie haben in den letzten Jahren praktisch jedes Jahr eine Milchpreiserhöhung bekommen. Wieviel haben Sie denn bekommen zwischen 1966 und 1969? Vielleicht reden wir darüber. *(Abg. Dkfm. Gorton: Was ist der Schilling weniger wert geworden in den letzten Jahren?)*

Wir haben pro Kopf der Arbeitnehmer in den letzten Jahren eine über vierprozentige Reallohnsteigerung; das ist viel mehr als in Ihrer Zeit, Herr Abgeordneter Gorton. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Und wenn Sie sich der kleinen Einfamilienhausbesitzer annehmen, Herr Abgeordneter Dr. Koren! Ich weiß nicht, ob Sie sich daran erinnern, ich schon, was los war bei der Neufestsetzung der Einheitswerte zwischen 1964 und 1965, was da los war in den Wiener Randbezirken. Und daß der Finanzminister Schmitz nicht bereit war, nur ein Jota zu ändern. Und wir haben jetzt wieder vor den Wahlen eine Neufestsetzung der Grundvermögenseinheitswerte gemacht. Niemand hat geglaubt, daß das eine sehr populäre Maßnahme ist, aber wir konnten sie gerade für diesen Personenkreis in Grenzen halten, daß nicht einmal Sie als Opposition einen Anlaß daran gefunden haben, diese Sache aufzugreifen. Also wenn wer an diesen Personenkreis gedacht hat, dann haben wir das sicherlich mehr getan als seinerzeit Ihr und mein Amtsvorgänger Schmitz.

Und daß bei irgendwelchen Änderungen natürlich die Freibeträge bei der Vermögensteuer erhöht werden, das ist selbstverständlich, und ich kann Ihnen die Versicherung abgeben, daß uns die Einfamilienhausbesitzer, die Kleinen am Land draußen, in den Wiener Randbezirken, in Linz, in Graz, zumindest so am Herzen liegen wie Ihnen und daß wir alles tun werden, daß das, was Sie sich wünschen, daß eintreten würde, nicht eintritt, nämlich daß die betroffenen sind. *(Beifall bei der SPÖ. - Abg. Dkfm. Gorton: Werden Sie den Vermögensteuersatz unangestastet lassen oder werden Sie ihn erhöhen?)* Das kann ich nicht ausschließen, Herr Abgeordneter Dkfm. Gorton, wenn Sie es jetzt wissen wollen. *(Abg. Dkfm. Gorton: Werden Sie ihn erhöhen oder nicht? Was unterstellen Sie uns?)* Was ist eine Unterstellung, wenn ich sage, ich kann nicht ausschließen, daß ich vorschlage,

Bundesminister Dr. Androsch

den Vermögensteuersatz zu erhöhen? Was ist das für eine Unterstellung? Das ist eine Information. (*Zwischenrufe bei der ÖVP.*) Wünschen Sie sich nichts? Na, auch gut. Also bitte, ich habe nichts dagegen. (*Abg. Dr. Schwimmer: Typisch Androsch! Nur präpotente Unterstellungen!*) Ich habe nichts dagegen, wenn Sie sich nichts wünschen. Aber, Herr Kollege Schwimmer, ich habe nichts dagegen, wenn Sie sich nichts wünschen.

Sie meinen, daß die Menschen nicht wissen, wofür die Dinge sind. Ich glaube, daß die Autofahrer sehr gut wissen, daß die Mittel aus der Bundesmineralölsteuer für Straßenbau sind und daß das zu ihrem Vorteil ist.

Und ich bin überzeugt, daß die Menschen verstanden haben, daß nach der Rezessionsbekämpfung gewisse Dinge notwendig waren als Preis dafür, daß wir diese Beschäftigungslage erhalten konnten. Nicht weil das so angenehm ist für die Betroffenen, nicht weil das so populär ist, es vorzuschlagen, aber weil doch jeder, der einigermaßen guten Willens ist, einsieht, daß es notwendig war und daß auch die Konsequenzen notwendig sind.

Sie haben vom Jahr 1967 gesprochen und den Herrn Bundeskanzler angesprochen. Sie wissen ganz genau, daß nach der Intervention des Herrn Bundeskanzlers, damaligen Oppositionsführers der größeren Oppositionspartei, nach seiner Rückkehr aus London Vertragsbestimmungen geändert wurden. Das wissen Sie so gut wie ich. Und das hat immerhin gelohnt, daß man sich da bemüht hat. Ich will es nicht jetzt in aller Breite hier diskutieren. Ich bin gerne bereit, Ihnen das im Detail zu sagen, was ich damit genau gemeint habe.

Und wenn Sie von Sparzinsen und Inflationsrate reden, so habe ich in meiner Intervention vorher auf diesen Aspekt verwiesen. Auch wenn sie niedriger war, lag sie sehr vielfach auch darüber, ganz abgesehen davon, daß von 1970 bis 1974 ja auch die Sparkassen aus leicht einsehbaren Gründen – das verstehe ich schon – nicht gekommen sind und gebeten haben, daß sie ein anderes Habenzinsabkommen bekommen. Nur meine ich, was damals Recht war, muß also jetzt auch noch gelten, und es kann nicht eine so andere Haltung angenommen werden, womit ich auf gar nichts anspielen möchte, wie Sie gemeint haben.

Und eine letzte Bemerkung. Natürlich, ja, es ist nicht nur Ihr Recht, sondern Ihre Pflicht zu kritisieren, aber, bitte schön, die Kritik hat auch Konsequenzen, ich glaube, zwei Konsequenzen: Die eine, daß man auch darauf aufmerksam macht, was die Konsequenzen wären, wenn Ihrem Standpunkt, der in der Kritik zum

Ausdruck kommt, Rechnung getragen worden wäre. Also welche Auswirkungen die ganze Budgetdiskussion der letzten zwei Jahre auf das Beschäftigungsniveau gehabt hätte. Schließlich werden Sie es mir nicht verübeln, daß man eine große Oppositionspartei gelegentlich auch fragen darf, ob sie Alternativen hat. (*Beifall bei der SPÖ.*)

Präsident Minkowitsch: Ich erteile dem Herrn Abgeordneten Schwimmer für den Ausdruck „präpotent“ den Ordnungsruf.

Als nächster zum Wort gemeldet hat sich Dipl.-Vw. Josseck. Ich erteile es ihm.

Abgeordneter Dipl.-Vw. Josseck (FPÖ): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich darf auf die Kurzausführungen des Herrn Finanzministers mit ein paar Worten eingehen. Es ist nicht uninteressant zu vermerken, Herr Minister, daß Sie mit stolzgeschwellter Brust erklären, daß noch vor der Wahl die Anhebung der Einheitswerte beschlossen wurde. Aber es ist genauso bekannt – und das hätten Sie auch dazusagen müssen –, daß die Bescheide erst nach der Wahl an die Bevölkerung gegangen sind und erst nachher der Wirbel entstanden ist. Hätten Sie in Ihren Finanzämtern entsprechend darauf gedrängt, daß sie noch vor der Wahl hinausgehen, wären Sie vielleicht um ein Perzent an Stimmen kleiner geworden.

Noch etwas ist mir aufgefallen. Wenn Sie hier auf die Einwände von Herrn Dr. Koren bezüglich der Regelung beim Prämiensparen sagen, die Regierung sei sich noch nicht im klaren, Herr Minister, dann frage ich Sie, worüber ist sich diese Regierung überhaupt im klaren? Jetzt wird seit Wochen ... (*Zwischenruf des Bundesministers Dr. Androsch.*) Dann habe ich Sie vielleicht falsch verstanden. Aber es wird doch seit Wochen zu dem Thema diskutiert, geschrieben, auch von Ihnen gesprochen, aber wie es nun genau, korrekt vor sich gehen soll, sagen Sie nicht. Sie verlassen sich auf die Mehrheit im Haus. Wir werden es halt dann rückwirkend zu irgendeinem Stichtag regeln. Ich gehe darauf sowieso noch ein.

Eine Frage sind Sie noch schuldig geblieben. Der Abgeordnete Zeillinger hat Sie gefragt, ob es richtig ist, daß Sie im Jahr 10 Milliarden Schilling an Zinsen für Ihre Verschuldung und 10 Milliarden Tilgung pro Jahr für Ihre Verschuldung aufbringen müssen. Das bedeutet doch nichts anderes als rund 1350 S pro Person in Österreich – vom Kleinkind bis zum ältesten Menschen – nur für Zinsen und derselbe Betrag von rund 1350 S für die Tilgung. Das ist eine ganz beträchtliche Größenordnung.

Ich darf nun auf die Erklärungen des Herrn

Dipl.-Vw. Josseck

Bundeskanzlers und des Herrn Finanzministers von gestern eingehen. Es wurde heute mehrmals mit Recht bemängelt, kritisiert und vermerkt, daß die beiden Berichte gestern sehr lau waren, in der gesamten Aussage ein Rückblick, aber zu dem, was sich Österreich und was wir uns hier im Haus auch erwartet haben, ein gewisser Ausblick darauf, wie es weitergehen soll, kein Wort, und wenn, dann nur sehr verschwommen und sehr verwaschen. Das werde ich noch erwähnen.

Sie bestreiten, daß die Regierungsklausur am 15. Juni ein Notgipfel oder ein Krisengipfel wäre. Vielleicht drehen wir es um, dann ist es eine Gipfelsitzung, in der dem Österreicher die Krisensituation bekanntgemacht werden wird. Denn dort wird doch jetzt sicherlich nicht nur über das kommende Budget entschieden, sondern endgültig die Frage des Zinsenabbaus beziehungsweise nach Ihrer Sicht die Regelung der Sparförderung beschlossen. Ich finde auch, es ist eine Desavouierung des Parlaments, wenn man hier groß einen Jahresbericht abrollen läßt und sich in dieser prekären Situation dazu nicht äußert, wie man die Dinge in den Griff bekommen will.

Eines ist einfach unbestritten, und da kann man reden, was man will: daß in Österreich der Sparer durch das lange Hin- und Herreden gerade über die Zinspolitik und über die Sparpolitik echt verunsichert ist. Mir ist wohl klar, daß aus verschiedener Betrachtungsweise heraus die Zinspolitik einen echten Marktmechanismus darstellen soll. Aber mir ist unverständlich, daß man diese Dinge nicht den Fachleuten überläßt, sondern daß sich hier überwiegend Politiker mit diesem Thema beschäftigen. Ob sie nun viel oder wenig davon verstehen, sei dahingestellt. Aber eines ist sicher: daß bei der Anhebung des Eckzinssatzes nicht die Fachleute, sondern Präsident Benya am meisten laut geworden ist.

Endlich ist die Bundesregierung dem gefolgt, was zwei Jahre vorher - und das ist in den Stenographischen Protokollen jederzeit nachzulesen - wir Freiheitlichen im Haus gesagt haben: daß der österreichische Sparer endlich ordentliche Zinsen bekommen muß. Ich sage daher, wenn Sie im 74er Jahr den Eckzinsfuß angehoben haben auf Drängen Benyas, dann taten Sie das schon mindestens ein Jahr zu spät. Und jetzt stellt sich interessanterweise, wo es wieder darum geht, dem kleinen Sparer etwas wegzunehmen, Präsident Benya, der seinerzeit so laut gewettert hat, mit dem „Zinsenklau“ in eine Front. Da muß ich schon sagen, Herr Präsident Benya, das wundert mich sehr.

Interessant wäre, die Frage auch von Ihrer Sicht zu hören - und das wurde heute bereits

angeschnitten -, wenn schon soviel über Zinspolitik und Marktmechanismus gesprochen wird, warum es nicht möglich sein soll, gerade diese Frage in einer freien Marktgesellschaft eben dem freien Markt zu überlassen. Aber ich kann mir vorstellen, daß Sie nicht sehr viel Interesse daran haben, ist doch eine der größten Banken - wenn nicht überhaupt die größte Bank in Österreich - ein Machtbereich der Sozialisten, und sie werden wenig Interesse zeigen, diese Bank mit in den freien Markt einzubauen. Es ist unverständlich, daß, obwohl die Sozialisten immer wieder gegen Kartelle und ähnliche Beschlüsse hinter verschlossenen Türen wettern, dazu von Ihrer Seite nichts gesagt wird.

Schlußendlich - wie die Vorarlberger so gerne sagen - bleibt eines über: eine Rechtsunsicherheit und eine Wirtschaftsunsicherheit in der Bevölkerung, wenn ununterbrochen diskutiert, polemisiert wird, wer nun recht hat und wer nicht recht hat. Und das Vertrauen der Bevölkerung gerade in die Geldwirtschaft - und das ist ein sehr heikles Gebiet - wird arg gestört.

Ich darf aber auch der Ordnung halber die Chronologie der „Zinsenzünder“, wie sie in einer Zeitung richtig bezeichnet wurden, noch einmal anführen.

So hat Androsch am 16. Mai zufälligerweise in Wels zum erstenmal in der Öffentlichkeit darüber gesprochen, daß auch die Sparzinsen gesenkt werden müssen. Das war der erste rote Androsch-Ballon.

Zwei Tage später, am 18., erklärt Benya: Nein, das kommt nicht in Frage. Keinesfalls Änderung des Sparzinses.

Am 23. Mai erklärt Kreisky schon etwas vorsichtiger: Nein, heuer bestimmt nicht.

Am 22. erklärt Benya, eine Senkung sei nicht notwendig.

Und dann - vielleicht hat es sich der Herr Finanzminister genau überlegt, es hat so hineingepaßt - fährt Kreisky nach Südamerika, Benya nach Bulgarien, und jetzt war der Zauberlehrling allein im Haus, und nun hat er gesagt: Und ich werde doch mit den Zinsen etwas machen. Als Kreisky zurückkam, erklärte Kreisky schon, wenn es sein muß, ich laß ihn - Androsch - nicht hängen; das hat er wortwörtlich gesagt.

Und nun ist die Frage noch immer im Raum, wie dieses Problem gelöst werden soll. Mich wundert nur, daß sich Präsident Benya bei der formalen Sitzung am Freitag nachmittag voriger Woche in der Villa Kreiskys noch hat einspannen lassen und dem Theater seinen Sanktus gegeben hat, statt zu sagen, ich habe für den kleinen Sparer einen besseren Zinssatz gefor-

Dipl.-Vw. Josseck

dert, dabei bleibe ich. Aber was sich hinter den Kulissen abgespielt hat, sieht man nicht.

Sicher gab es gerade beim Prämiensparer eine große Unruhe, das zeigte sich ja auch heute in den verschiedenen Wortmeldungen. Hier wird es doch auf das herauskommen, was am 15. Juni in der Regierungsklausur beschlossen werden wird. Das Prämiensparen wird geändert, das Parlament wird das dann rückwirkend mit 9. Juni - warum gerade zum 9. Juni, weiß ich nicht - gesetzmäßig abändern. Es wird ganz typisch hier Politik gemacht, man verläßt sich auf die Mehrheit im Parlament, um rückwirkend Gesetze zu ändern.

Aber auch die Unsicherheit, die sich bei den Banken eingeschlichen hat, war zu erkennen. Wir haben der Probe halber vorgestern und gestern von unserem Klub ein paar Leute in die Banken geschickt, um uns beraten zu lassen, wie es ausschaut, wenn man einen Prämiensparvertrag abschließen will. Eine Bank hat gesagt, das geht sowieso, so heiß wird nicht gegessen. Die andere hat gesagt, kommt nicht in Frage. Die dritte Bank hat gesagt, schließen Sie sofort ab. Heute kann man ja in der Zeitung lesen, daß Tausende von Prämiensparverträgen nach den neuen Gesichtspunkten nicht mehr so günstig sein werden.

Da der Herr Bundeskanzler kaum einen Schritt unternimmt, ohne vorher die Meinungsforscher zu bemühen, wäre es für Sie, Herr Bundesminister und Herr Bundeskanzler - ich lege persönlich sehr viel Wert darauf, für mich ist es das Stimmungsbarometer, mit den Taxichauffeuren in Wien zu diskutieren -, nicht uninteressant, eine Spezialumfrage gerade in diesen Tagen bei den Wiener Taxichauffeuren durchzuführen. Herr Dr. Tull, schauen Sie nicht so ungläubig, fahren Sie mit mir mit dem Taxi, ich werde den Taxichauffeur auf das hin ansprechen, Sie werden mir recht geben müssen.

Ein Problem, symptomatisch ist, wie dies abläuft, wie Bankaktionen, Bankverträge, nur um sie noch unter Dach und Fach zu bringen, weil diese Bundesregierung in ihren Äußerungen säumig ist, abgewickelt werden. Am Montag abend wurden vor Heurigenlokalen, vor Gastwirtschaften Hand- und Flugzettel verteilt, auf denen vermerkt war: Schließen Sie noch heute nacht ab, verlassen Sie sich nicht auf Androsch, schließen Sie heute noch Prämiensparverträge ab - das wurde ausgeteilt um 10, ½11 Uhr am Abend -, Sie können bis 23 Uhr unser Institut durch den Hintereingang betreten, um ja noch heute einen Prämiensparvertrag abschließen zu können.

Ich bitte Sie, sich vor Augen zu führen, mit

welchen Methoden die Banken in Österreich arbeiten müssen - wegen dieser säumigen und in ihren Aussagen und Vorstellungen so vagen Bundesregierung -, um den Sparern zu Hilfe kommen zu können. Ich finde, es ist ausgesprochen traurig, daß legale Sparverträge in einer Nacht- und Nebelaktion - Eingang Hinterhof - abgeschlossen werden müssen. Ich glaube, das ist ein Stil von Bankgeschäften, wie er in Österreich noch nie notwendig war.

Das Problem - und das wurde in beiden Erklärungen sowohl von Kreisky als auch von Androsch zuwenig oder überhaupt nicht vermerkt -, das heute die österreichische Bevölkerung am meisten interessiert, ist, wie wird es mit dem Sparen? Aber hier tut sich die Bundesregierung nichts an, und dem kleinen Sparer wird das Fell über die Ohren gezogen.

Aber im selben Atemzug werden weitere Gebühren-, Tariferhöhungen angekündigt. Anhebung der Vermögensteuer: Ich meine, das ist auch eine typisch sozialistische gesellschaftspolitische Maßnahme, die die Eigentumsfeindlichkeit zeigt. Der Finanzminister soll sich doch nicht darauf ausreden, daß Einheitswerte laufend nachgezogen werden müssen. Es wurde vorher in keiner Regierung gemacht, es wurde unter Androsch zwei Jahre nicht angepaßt, aber jetzt unbedingt eine Anpassung gerade beim Grundbesitz.

Es wird die Kleinen treffen, auch wenn Androsch hundertmal erklärt, er hebt den Freibetrag bei der Vermögensteuer an. Vielleicht von 100.000 auf 120.000 oder gestuft, um die „bösen Reichen“, um die „bösen Unternehmer“ zu treffen, speziell für Kleinstwohnhäuser werden besondere Freibeträge gemacht. Aber eines läßt Androsch sicher dabei außer acht und unberücksichtigt: daß es Grenzfälle gibt, die äußert hart von dieser Maßnahme getroffen werden.

Da muß ich dazu ein Beispiel anführen. Mir ist ein Fall bekannt, eine Bauerntochter, siebtes Kind, die Frau ist unverheiratet und arbeitet heute in der Stadt Wels als Bedienerin. Nun hat sie als Erbteil eine Bauparzelle bekommen, ein landwirtschaftliches Grundstück. Mittlerweile wird dieses landwirtschaftliche Grundstück nicht mehr als solches genutzt; sie hat also jetzt eine Bauparzelle am Stadtrand, weil mittlerweile die Stadt gewachsen ist.

Nun hat diese Bauparzelle langsam, aber sicher einen solchen Einheitswert erreicht, daß diese Frau, die jetzt Mitte Fünfzig ist - die immer gedacht hat, diese Parzelle wird einmal ihr Altersnotgroschen werden, die wird sie dann verkaufen -, heute nicht mehr in der Lage ist, mit ihrem Einkommen als Bedienerin, alleinstehende

Dipl.-Vw. Josseck

hend, diese Parzelle nur vom Steuerlichen her allein zu erhalten. Wenn Sie bedenken, ein unbebautes Grundstück mit der Bodenwertabgabe, mit der Vermögensteuer, mit der Grundsteuer ergibt heute einen Betrag, der für diese Frau undiskutabel ist. Androsch trifft also hier genau den Österreicher, den er immer vorgibt zu vertreten und schonen zu müssen.

Dr. Androsch hat in seiner Rede auch gesagt, daß er gewisse Ausgaben auf ihre ursprüngliche Berechtigung überprüfen wird. Er hat auch erklärt, daß er sich bei der kommenden Budgeterstellung gerade mit seinen Ressortkollegen hart auseinandersetzen wird. Da muß ich ihm aber gleich vorhalten, er hätte schon vor nicht allzulanger Zeit, vor 14 Tagen, drei Wochen, die Möglichkeit gehabt zu zeigen, wie hart dieser Hannes ist, und zwar bei den Gehaltsverhandlungen mit den öffentlich Bediensteten. Hier hat er nämlich bei einem politischen Schachzug mitgespielt. Man hat den Bundesbahnbediensteten einen Vorzug bei den Biennien gewährt, dies macht heute umgerechnet 220 Millionen Schilling aus. Und darüber hinaus bereitet dieses Eisenbahnabkommen dem Finanzminister 1,2 Milliarden an Kosten. Hier hätte er schon zeigen können, daß er bei einem politischen Schachspiel, um die Eisenbahner aus der Gruppe der Verhandler herauszusprengen, nicht mitspielt, daß er diese genauso wie die anderen behandelt. Aber hier nimmt er Millionen in Kauf, um bei einem politischen Schachzug mitzutun. Ich bezweifle daher, ob Androsch diese Härte haben wird, sich bei seinen Kollegen in Zukunft durchzusetzen.

Es wird mit Recht dem Finanzminister, der auch heute wieder gesagt hat, wir haben dem Wähler vor der Wahl erklärt, daß wir die Mehrwertsteuer erhöhen, vorgeworfen, daß es ja im Laufe dieses Jahres nicht nur bei der Mehrwertsteuer geblieben ist, sondern daß er sukzessive Gebühr um Gebühr, Steuer um Steuer anhebt mit dem Argument, der Bevölkerung geht es so gut, in dem Monat sind schon wieder 1300 Autos angemeldet worden. Das sagt noch gar nichts - ich habe die Zahl nicht überprüfen können -, denn er hat nicht erwähnt, wie viele mittlerweile abgemeldet wurden, man müßte die Mehrzulassungen aufzeigen. Aber das sagt doch auch nichts. Das Auto ist heute einfach ein lebensnotwendiges Werkzeug, wenn ich einen Beruf ausüben will. Ich kann das nicht generalisieren und sagen, so viele Leute mehr fahren Auto. Man müßte auch überprüfen, wie viele von diesen Autos dann ausbezahlt sind.

Aber schon wieder stehen neue Dinge ins Haus, das muß man der Bevölkerung immer wieder sagen. Wenn Kreisky und Androsch in den Erklärungen von gestern alles beschönigen

wollen, dann muß man der Bevölkerung sagen, es mag das eine oder andere zutreffen und stimmen. Aber eines ist sicher: daß diese Bundesregierung sich nicht in der Lage sieht - was wir Freiheitlichen und übrigens auch die ÖVP der Regierung bei den letzten Budgetverhandlungen auch schon vorgeworfen haben -, ihre Politik finanziell auch durchzuziehen. Daher neuerdings Anhebung der Vermögensteuer, eine Änderung des Gebührengesetzes, die ganz beträchtlich sein wird. Bis zu 300 und 400 Prozent Anhebung der Gebühren! Das sagt im ersten Moment nichts. Der Zuhörer auf der Galerie denkt sich: Was kümmern mich die Gebühren? Aber bei jedem Vertrag, bei allem, wo man mit der öffentlichen Hand in Berührung kommt, sind Gebühren zu leisten, und dann wird man es entsprechend merken.

Ein Lob hat der Herr Bundeskanzler dem Gewerbe und dem Handwerk in Österreich ausgesprochen. Aber damit war auch schon alles gesagt, und kein Wort mehr. Ich behaupte, daß gerade von sozialistischer Seite dieses Lob nicht gerechtfertigt ist. Denn was halst der Herr Bundesfinanzminister mit seiner Steuerbelastung dem Handel, dem Gewerbe - und nach sozialistischer Lesung und Diktion sind ja das sowieso immer nur Kapitalisten und Großunternehmer, als solche werden sie immer wieder betrachtet -, diesen kleinen und mittleren Gewerbetreibenden auf! Es ist doch kein Zufall, daß ich heute der dritte Redner bin, der der Regierung vorhalten muß, wieviel Gewerbetreibende Sie durch diese Steuerpolitik umgebracht haben. In Niederösterreich ist das Problem der Nahversorgung schon heiß, wir werden es in Oberösterreich und in den anderen Bundesländern genauso erleben. Im Burgenland mußten soundsoviel Lebensmitteleinzelhändler zusperren, weil der Finanzminister nicht bereit ist, in diesem Bereich durch steuerliche Maßnahmen der Bevölkerung - es muß ja nicht einmal der kleine Gewerbetreibende sein -, entgegenzukommen.

Der Herr Finanzminister hat in seinen Ausführungen gesagt, daß durch Pensionsmöglichkeiten immer weniger Gewerbetreibende statistisch zu erfassen sind. Das stimmt doch nicht, das ist doch nicht der Grund, warum die Leute aufhören! Die Leute müssen sich zwangsläufig in ein nichtselbständiges Arbeitsverhältnis flüchten und natürlich in einem gewissen Alter in die Pension. Aber doch nicht deswegen, weil der Anreiz der Pension so groß ist - man weiß, wie minimal die gewerbliche Pension ist -, sondern deswegen, weil die Leute nicht mehr durchkommen.

Ein Problem, das auch angeschnitten wurde; ich möchte den Herrn Finanzminister bitten, ob

Dipl.-Vw. Josseck

er uns in nächster Zeit erklären kann, welche konkreten Vorstellungen er diesbezüglich hat. Er hat am 19. April in Lech am Arlberg Zeit gefunden, während des Schiffahrens die Erklärung abzugeben, daß er ein Beschäftigungsprogramm für 200.000 bis 300.000 neue Arbeitsplätze vorbereite. Wie, was, wo, wann, wurde nicht gesagt. Ich vermute den engsten Zusammenhang mit der gestrigen Erklärung des Herrn Bundeskanzlers, in der er sagte, diese Bundesregierung würde trachten, forciert staatliche Lehrwerkstätten ausbauen zu lassen. Dazu muß ich sagen, daß wir aus freiheitlicher Sicht dem nicht folgen können. Natürlich, bis zu einem gewissen Grad wird es sich nicht umgehen lassen. Aber dagegen, wie es aussieht, daß man vielleicht sämtliche Lehrlinge, die nun Berufe ergreifen wollen, überwiegend in staatliche Lehrwerkstätten rekrutieren will, dagegen müssen wir uns verwahren.

Ich glaube, daß der Handwerker, der Meister, der Chef wie bisher jederzeit in der Lage ist, junge Leute auszubilden. Aber es gäbe eine Möglichkeit, die wir Freiheitlichen schon vorgeschlagen haben, und ich glaube, ihr können die Sozialisten näher treten, nämlich ob man nicht zur Lockerung der Arbeitsplatzsituation für Lehrlinge die Quote der Lehrlinge pro Kopf der Angestellten und Arbeiter etwas anheben kann.

Am Schluß darf ich noch darauf hinweisen, daß uns Freiheitlichen bei der Erklärung des Herrn Bundeskanzlers, wenn er von der verstaatlichten Industrie gesprochen hat, Beispiele angeführt hat, was nicht alles in Aussicht steht, was alles begonnen wurde, wo Aufträge ins Haus stehen, aufgefallen ist, daß er es versäumt hat, doch auch die Negativa aufzuzeigen. Bedauerlicherweise gibt es so etwas eben auch in der verstaatlichten Industrie, und es wäre interessant gewesen, zu hören, was der Kanzler zur Kupferhütte Mitterberg am Hochkönig zu sagen hätte. Ich meine, das ist ein Problem, das den Raum Salzburg arg beschäftigt. Es geht hier um 700 Arbeiter, das bedeutet einen großen Bevölkerungskreis in einem Gebiet, in dem sonst keine Arbeitsplatzmöglichkeiten bestehen. Aber auch hier hätten doch die Sozialisten erkennen müssen, was auf sie zukommt. Man kann doch die Dinge nicht ununterbrochen laufen lassen. Die Situation im Kupferbergbau war doch schon Anfang 1970 sehr prekär. 1973/74 war die Welt-Kupferhausse, und da ist die teure Kupferproduktion in Mitterberg gerade noch mitgekommen. Aber man mußte doch erwarten, wenn man die Preise gerade bei Kupfer verfolgt, daß hier immer starke Einbrüche sind. Aber jetzt geht es wieder zwei Jahre gut, was müssen wir uns um das kümmern!

Und nun ist die Situation auf diesem

Arbeitsplatz und in diesem Bereich so kraß, daß man mit Fug und Recht von dieser Bundesregierung eine Antwort hätte erwarten können. Wenn vom Herrn Bundeskanzler zehn Seiten über die Verstaatlichte vorgelesen wurden, dann hätte gerade dieser Bereich doch auch von seiner Seite einiger hoffnungsvoller Worte bedurft.

Aber so wirtschaftet diese Bundesregierung, sie läßt die Dinge rennen, findet die Entscheidungen oft erst zu spät – wenn sie sie überhaupt findet – und desavouiert dieses Parlament, indem sie in einer Regierungsklausur Entscheidungen herbeiführt, sich auf die Mehrheit verläßt und rückwirkend dann wiederum Gesetze sehr zum Nachteil der österreichischen Sparer ändern wird. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Präsident Minkowitsch: Als nächster zum Wort gemeldet ist der Abgeordnete Dr. Lanner. Ich erteile es ihm. *(Rufe des Abg. Dr. Tull.)*

Abgeordneter Dr. Lanner (ÖVP): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Herr Abgeordneter Tull, es trifft sich günstig, daß Sie gerade als fleißiger Zuhörer im Saal sind, weil ich mit einigen Bemerkungen beginnen möchte, die mir in Ihrer Rede vorgehalten wurden. *(Abg. Dr. Tull: Nicht vorgehalten! Festgestellt!)* Unter anderem meinte der Abgeordnete Tull, es wäre quasi – so schiene es – verwerflich, daß ich mich für die Bergbauern eingesetzt hätte. Ich stehe dazu. Ich wußte nicht, daß die sozialistische Fraktion den Bergbauern eine Absage erteilen will.

Ein zweites, Herr Kollege Tull. Sie meinten, man sollte nicht nur kritisieren, wo gäbe es denn Mittel, Wege und Möglichkeiten des Einsparens. Nun, ich habe mir hier zwei Notizen gemacht. Das eine wäre – so entnehme ich internationalen Expertenstudien – sicher das Allgemeine Krankenhaus in Wien, wo man – so lese ich –, wenn man sich ein bißchen anstrengen und das ganze rationeller machen würde, Milliardenbeträge einsparen könnte. Und bei der UNO-City, lese ich, wäre auch einiges in Milliardenhöhe zu holen. Ich würde also anregen, daß man sich das durch den Kopf gehen läßt als einen konstruktiven Vorschlag der Opposition.

Nun zum dritten. Der Herr Finanzminister ist nicht da. *(Der Redner wendet sich an Bundesminister Dr. Staribacher.)* Herr Integrationsminister! Mit der Frage Integration werden wir uns beide noch ein bißchen auseinandersetzen müssen. Ich bin durchaus mit Ihrer Anwesenheit zufrieden.

Ich glaube, man sollte aber zur Bemerkung des Finanzministers, was den Milchpreisstützungsabbau anlangt, kurz Stellung nehmen. Der

Dr. Lanner

Finanzminister meinte: Was war denn im Jahre 1967? Fragen Sie die Bauern! Haben sie damals etwas bekommen? – Frage: Ist also für die Bauern diesmal etwas zu erwarten? Das ist ein interessanter Aspekt. Ich entnehme also dieser Feststellung, daß der Finanzminister offenbar von diesem Stützungsabbau einen Teil den Bauern zukommen lassen will. Es scheint so zu sein, sonst könnte er das Jahr 1967 nicht in dieser Form kritisieren. (*Abg. Dr. Koren: Es irrt der Mensch, solange er glaubt!*) Lieber Freund Koren! Ich weiß schon, daß es wahrscheinlich nur ein frommer Wunsch ist.

Gehen wir zunächst einmal auf diese Überlegung ein. Sie wurde hier von der Regierungsbank aus vorgebracht.

Der Herr Finanzminister hat dann noch etwas gesagt. Er meinte: Wie war es denn mit den Bauern im Jahre 1967, in den früheren Jahren, in der Zeit der ÖVP-Alleinregierung? Was haben sie denn auf dem Sektor Milchpreis bekommen, und was haben wir, die guten Sozialisten, alles getan?

Ich darf hier Anton Benya zitieren, etwas, was dem Finanzminister von der sozialistischen Fraktion ins Stammbuch geschrieben sei. Ich zitiere aus „Gewerkschaften in der Gesellschaft von heute“. Dort heißt es:

„Der Geldlohn allein ist nicht ausschlaggebend. Für den Arbeitnehmer ist ausschlaggebend, was er sich um seinen Verdienst kaufen beziehungsweise leisten kann.“

Meine Damen und Herren! Das ist der Pferdefuß. Sie haben mehrfach die Preise angehoben. Der Bauer kann sich aber heute mit dem Geld, das er für seine Produkte bekommt, weniger kaufen, weniger leisten. Die Tauschkraft ist bedauerlicherweise erheblich zurückgegangen. Das, glaube ich, muß man im Interesse der Wahrheit feststellen. (*Lebhafte Zustimmung bei der ÖVP.*)

Die ganze Debatte und der gestrige Bericht haben etwas sehr Interessantes gezeigt.

Im Bericht über die „wirtschaftliche Lage Österreichs“ wurde der Bereich der Ernährungswirtschaft mit keinem Wort erwähnt. Ich weiß nicht, welche Sicht der Dinge das ist, welche neue Form der Beurteilung der Lage, der wirtschaftlichen Situation das sein soll. Der Bereich der Landwirtschaft wurde bisher mit keinem Wort erwähnt!

Dann habe ich mir gedacht: Gut, hier ist ein Fehler unterlaufen, aber es wird dann zum Beispiel Kollege Pfeifer kommen, um sich für diese Fragen in die Bresche zu werfen. Nein: Er schweigt sich aus! Auch er hat in dieser Sache nichts zu sagen. (*Abg. Thalhammer: Sie sind*

ein Hellseher!) Möglicherweise, habe ich mir gedacht, spricht Herr Staatssekretär Haiden. Er hat überhaupt das Terrain offenbar fluchtartig verlassen. (*Abg. Dr. Tull, auf die nur zum Teil besetzten Bankreihen der ÖVP zeigend: Wo sind die Bauern? Sie sind ausgezogen!*)

Haben Sie, meine sehr geehrten Herren, in Ihrem Bericht über die wirtschaftliche Lage nichts zur Ernährungswirtschaft zu sagen? Hier stimmt doch etwas nicht!

450.000 Menschen leben und arbeiten in der bäuerlichen Berufswelt.

85 Prozent der Eigenversorgung erwirtschaften diese Menschen.

Sie tragen entscheidend dazu bei, daß der Fremdenverkehr in diesem Land floriert. Der Fremdenverkehr ist ein entscheidender Wirtschaftsträger und sichert viele Arbeitsplätze. Dazu haben Sie nichts zu sagen?

Ich weiß nicht, was die Gründe sind. Nach meiner Ansicht sind zwei Gründe möglich. Das eine ist, daß der Bundeskanzler beleidigt ist. Ich sage Ihnen, warum ich das glaube. Es gibt in der „Arbeiter-Zeitung“ vom Mittwoch die Notiz, daß der Bundeskanzler ungehalten wäre, was die Milliardenbeträge für die Milchwirtschaft anlangt, weil ihm das niemand dankt.

Ist es schon soweit, daß wir so, wie wir vor der Ernte Bittgänge veranstalten, künftig bei jeder Gelegenheit auch irgendeine Dankadresse an den Bundeskanzler richten müssen, um ihn bei Laune zu halten? Ich weiß es nicht. Vielleicht ist er ... (*Zwischenruf des Abg. Pfeifer.*) Herr Kollege! Ich weiß es ja nicht. Sie können mich dann aufklären. Ich suche nur nach einer plausiblen Erklärung, weil ich mir nicht vorstellen kann, daß ein Mensch, der doch ein gewisses Gefühl für das Wesentliche hat, einen so entscheidenden Teil der österreichischen Wirtschaft und Gesellschaftsordnung einfach vergessen kann.

Also möglicherweise ist der Herr Bundeskanzler momentan ungnädig: mangels entsprechenden Wohlverhaltens der Opposition. (*Abg. Pfeifer: Gnädiger ist er schon, als seinerzeit Klaus war!*) Ich weiß nicht, ob es das Ziel der sozialistischen Politik ist, ein Volk von dankbaren Steuerzahlern zu erziehen. Das ist die eine Möglichkeit.

Ich warte begierig, daß sich doch wenigstens einer von Ihnen – Herr Kollege Tull, schicken Sie wenigstens einen Ihrer Freunde heraus! – ans Rednerpult getraut, um im Zusammenhang mit der wirtschaftlichen Lage auch über die Agrarwirtschaft zu diskutieren.

Die zweite Möglichkeit: Vielleicht ist es das

Dr. Lanner

ungute Gefühl ... (Abg. Dr. Tull: Ich werde diesen Appell beherzigen!) Ich warte. Sie haben noch Zeit. Sie sehen, wir sind nicht in Eile.

Vielleicht ist es das un gute Gefühl, daß Sie in diesem Bereich einiges am Kerbholz haben. (Abg. Graf: Wenn Sie reden müssen, Herr Tull, tun Sie es doch früher! Wir sind vielleicht doch in Eile! - Heiterkeit. - Abg. Dr. Tull: Er will einen bauerlichen Vertreter von uns!) Ich will einen, der den Mut hat, zur Agrarwirtschaft etwas zu sagen. Ich bin mit jedem einverstanden. Irgend jemanden werden Sie doch haben. Ich hätte natürlich den Kollegen Pfeifer besonders gern. (Abg. Dr. Tull: Er macht Ihnen diese Freude! Er zerzaust Sie, ähnlich wie Taus zerzaust wurde!) Warten Sie nur! Es ist noch nicht aller Tage Abend. Das dicke Ende kommt am Schluß!

Ich glaube, daß Sie in dieser Frage ein schlechtes Gefühl haben. Denn es kann kein Zufall sein, daß sowohl der Bundeskanzler als auch der Finanzminister den Bereich der Ernährungswirtschaft bzw. der Agrarwirtschaft vergessen, nicht erwähnt haben.

Wenn Sie sich die Fakten - heute ist von Fakten viel die Rede - und den Grünen Bericht anschauen, müssen Sie feststellen, daß für das Jahr 1974 die ungünstigste Situation für die österreichischen Bergbauern herauszulesen ist. Interessanterweise, ich möchte fast sagen, bedauerlicherweise trifft sich das mit der Neubestellung eines Bergbauernstaatssekretärs. Das sind die Fakten; sie kann man nachlesen. (Abg. Dr. Tull: Was haben Sie seinerzeit für die Bergbauern getan?)

Wenn Sie sich die Unterlage des Finanzministers durchsehen ... (Abg. Thalhammer: Steht über die Landwirtschaft genügend drin!) Ein Wort. Es ist richtig: Einmal kommt das Wort „Landwirtschaft“ vor; da haben Sie recht. Beim Bericht des Bundeskanzlers nicht, aber beim Finanzminister kommt es einmal vor. (Abg. Thalhammer: Die Seiten 104 bis 108! Sie haben noch nicht gelesen und reden hier! - Weitere Zwischenrufe bei der SPÖ.)

Aber, wie gesagt, wir können uns ja von diesem Podium aus über die Frage der Agrarpolitik, Herr Abgeordneter Heindl, im Detail auseinandersetzen.

Hier steht in der Unterlage des Finanzministers, daß für das Jahr 1976 ein Gesamtwachstum des Bruttonationalproduktes von plus 2,5 Prozent und im Bereich der Landwirtschaft ein Wachstum von minus 1 Prozent erwartet wird.

Wahrlich keine Lobeshymne! Offenbar ein weiterer Grund, warum Sie zu dieser Frage von dieser Stelle aus nicht Stellung nehmen wollen.

Nun ein weiteres. Es gibt ein sehr handliches statistisches Buch der Arbeiterkammer; in diesem Jahr ist es blau. Wenn man die Tabellen über die Einnahmen- und Ausgabenentwicklung im Bereich der Landwirtschaft aufschlägt, kann man feststellen, daß sich die Ausgaben wesentlich schneller gesteigert haben als die Einnahmen, daß die Ausgaben den Einnahmen davongelaufen sind und wir bedauerlicherweise eine ungünstige Situation haben.

Das mögen wohl auch die Gründe dafür sein, warum Sie sich zu dieser Frage bisher nicht zu Wort gemeldet haben. (Der Präsident übernimmt wieder den Vorsitz.)

In dieser, fast möchte ich sagen, verfahrenen Situation, sind Sie nun bei Bereichen, die einen wichtigen Teil der österreichischen Wirtschaft und Gesellschaft unmittelbar betreffen, säumig, nachlässig, und zwar in einer unentschuldbaren Form: Sie verschleppen die Preisanträge, ziehen den Bauern durch eine ungerechte Mehrwertsteuerbehandlung 5 Millionen Schilling täglich aus der Tasche, halten die Zuschußrentner seit Jahren hin, warten offenbar, bis sie sterben - das ist ein bedauerlicher, höchst unsozialer Aspekt! -, und muten nun den jungen Bauern zu, mit überdurchschnittlich hohen Beitragsleistungen noch das letzte zu geben, obwohl sie alle schon größte Mühen auf ihrem Hof aufwenden müssen, über die wirtschaftlichen Schwierigkeiten, die Sie ihnen eingebrockt haben, hinwegzukommen. (Lebhafte Zustimmung bei der ÖVP.)

Ich habe hier wieder Anton Benya, Seite 43, wo er schreibt, der ÖGB sei sich bewußt, daß es in einer lebendigen Wirtschaft Steigerungen bei Löhnen und Preisen gebe. Und Preisen, bitte! Und ich muß doch an den zuständigen Minister Staribacher appellieren und muß ihn fragen, welche Berufsgruppe würde es sich denn bieten lassen, seit März hingehalten zu werden? Seit März liegen unsere Preisanträge bei ihm ohne Behandlung. Stellen Sie sich das vor von der Seite des Gewerkschaftsbundes, Herr Kollege Hofstetter. Stellen Sie sich vor, Sie verlangen Lohnverhandlungen, und dann legt man Ihre Anträge drei Monate aufs Eis. Was würden Sie tun? (Abg. Hofstetter: Wir warten oft sechs oder sieben Monate.) Was würden Sie tun? Sie würden sich das nicht bieten lassen. Geben Sie es zu. Sie haben vom neuen Geist des Verständnisses gesprochen. Ich konzidiere Ihnen eine gewisse Bereitschaft, sich in die Probleme auch im Bereich der Agrarwirtschaft einzufühlen. Aber Sie müssen doch fairerweise zugeben, daß das kein richtiger Weg ist, Herr Handelsminister.

Ähnlich die Frage der Mehrwertsteuer. Ein Versprechen des Finanzministers, die Sache im Mai zu regeln, wurde bisher nicht erfüllt. Und

Dr. Lanner

die Frage der Zuschußrenten ist nach wie vor völlig offen.

Nun haben Sie heute immer wieder gesagt, diese Opposition kritisiert ja nur, bringen Sie Vorschläge, wie man es besser machen könnte, wie man Budgetmittel einsparen könnte, wie man es anders machen könnte.

Darf ich Ihnen einen Vorschlag bringen? Einen Vorschlag, der uns allen, wenn Sie eine richtige Politik machen würden, einiges bringen könnte, der uns Steuermittel, Budgetmittel sparen helfen könnte. Im Bereich der Integrationspolitik wäre uns möglich.

Halten wir uns kurz vor Augen, wie die Situation ist. Wir haben im Jahre 1972 mit Brüssel einen Vertrag abgeschlossen und eine Sonderregelung auch für die Landwirtschaft gefunden. Die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft hält diesen Vertrag nicht ein. Man soll das einmal in dieser Deutlichkeit hier auch im österreichischen Parlament sagen, denn ich halte die Beschwichtigungsflaskeln von gewissen Seiten für höchst problematisch, die sagen, na ja, da gibt es irgendeinen Paragraphen, der dieses und jenes, wenn man es 27mal dreht, rechtfertigt. Nein! Die Herren in Brüssel halten das Abkommen nicht ein, und wir lassen uns das gefallen. Das ist der Sachverhalt. Das muß man einmal deutlich sagen. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Meine Herren, haben wir gesagt, es kann doch nicht richtig sein, was hier geschieht, wir haben doch etwas ausgemacht. Wir stehen dazu, warum stehen die anderen nicht dazu? Dann haben wir gemeint, Herr Integrationsminister, man müßte mit Brüssel ein bißchen deutlicher sprechen. Man müßte sagen: Meine Herren, wir kaufen bei Ihnen nur dann, wenn auch Sie bei uns einkaufen, wenn Sie zu dem stehen, was wir vereinbart haben.

Dann schreibt die „Arbeiter-Zeitung“ am 7. März 1975 vom zornigen jungen Mann der VP-Agrarier, und von Vergeltungsmaßnahmen halte man nichts in dieser Regierung.

Einige Zeit später, dazwischen liegen etwa fünf Monate, wieder die „Arbeiter-Zeitung“: „Sollte sich diese für die österreichische Landwirtschaft außerordentlich schwierige Situation nicht ändern, wäre Österreich gezwungen, seine Käufe von Agrarprodukten dort vorzunehmen, wo es auch Abnehmer für seine Erzeugnisse findet.“ Also etwas, was man fünf Monate vorher als lächerlich, als Scharfmacherei, abgetan hat! Fünf Monate später kommt dann die „Arbeiter-Zeitung“ selbst und der zuständige Minister Weihs zur Einsicht, daß es so eigentlich nicht weitergehen kann. Ein sehr natürliches, vernünftiges Empfinden. Man müsse das tun, was auf der ganzen Welt gang

und gäbe ist. Nur bei uns nicht. Wir glauben ja alles mit einer gewissen Heurigenmentalität regeln zu können. Wir fahren nach Brüssel, glauben irgendeinen Schmäh machen zu müssen, auf den alle hineinfallen, und fahren dann nach Hause und sagen, alles haben wir geregelt.

Nichts! Die kalkulieren hart. Die rechnen beinhart. Und das sollten wir langsam lernen. In Brüssel zählt die Sprache des Geschäftes und nicht nur der Charme.

Die „Arbeiter-Zeitung“ meint also, man müsse härter werden, man müsse auch an Gegenmaßnahmen denken. International anerkannte EWG-Experten wie Klaus Emmerich aus Bonn meinen, wir sollten uns wehren. Die Öffentlichkeit wundert sich. Was ist denn los? Wehren sich die Österreicher denn nicht? Selbst im Jahrbuch des Landwirtschaftsministers, das er sich selbst zu seinem Abgang geschrieben hat, meint dieser auf Seite 68, daß man eigentlich einsehen müßte, daß der bisherige Weg letztlich zu keiner grundsätzlichen Lösung führen kann.

Das ist Ihr Zick-Zack-Kurs. Wenig Konzept, sehr wenig Konzept. Wenig Standfestigkeit. Und wenn ich einer aus Brüssel wäre, würde ich sagen: Ja, warum soll ich denn mit den Österreichern anders verfahren? Die wollen es ja gar nicht anders, die verdienen es ja gar nicht anders. Die sind ja uneins. Die kann man ja billig nach Hause schicken.

Natürlich, das muß man sagen, Herr Minister, nach Brüssel wird oft gefahren. Viele Dienstreisen. Viel Geld. Viel Geld, Herr Kollege Schranz. Viel Geld. Würde mir nicht leid tun, wenn ein Ergebnis da wäre. Aber man fährt, man ist charmant und man kommt nach Hause mit leeren Händen. *(Beifall bei der ÖVP. - Zwischenruf des Abg. Pfeifer. - Abg. Dr. Tull: Das sind ja die ewigen Widersprüche!)*

Herr Kollege Pfeifer, haben Sie eine grundsätzliche Bemerkung? *(Zwischenruf des Abg. Dr. Tull.)* Herr Kollege! Lassen Sie mich zuhören. Wenn der Abgeordnete Pfeifer schon nicht ans Rednerpult geht, soll man ihm doch die Möglichkeit geben, daß er sich durch Zwischenrufe bemerkbar macht.

Wenn Sie etwas Grundsätzliches zur Integrationspolitik sagen, höre ich mir das gerne an. *(Abg. Dipl.-Ing. Haiden: Wissen Sie, wie das GATT-Kontingent erhöht worden ist?)* Herr Staatssekretär! Ich habe diese Dinge schon verhandelt, da waren Sie noch nicht einmal in der Agrarpolitik. *(Beifall bei der ÖVP. - Abg. Dipl.-Ing. Haiden: Das war ein starkes Argument! Aber wirklich!)* Aber es stimmt. Es ist ja nur eine Faktenfeststellung. Ich muß es deshalb mit aller Deutlichkeit sagen, denn wenn

2454

Nationalrat XIV. GP - 27. Sitzung - 10. Juni 1976

Dr. Lanner

jemand das GATT mit der EWG verwechselt, ist das ein starkes Stück. Das sind zwei Paar Schuhe. Das GATT ist viel älter und umfaßt eine große Gruppe von Ländern, wobei wir Vollmitglieder sind; in der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft sind nur 9 Länder vereinigt. Österreich hat mit der EWG einen Vertrag, und dort hat Ihre bisherige Politik bedauerlicherweise versagt. Das ist das Faktum. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Schauen Sie, warum in aller Breite diese EWG-Problematik? Weil wir folgende bedauerliche Situation haben: Wäre jetzt der Herr Landwirtschaftsminister auf der Regierungsbank - genauso könnte es auch der Herr Staatssekretär -, würde er eine lange Liste vorlesen, was man alles in der EWG verkauft hat. Jawohl, Herr Staatssekretär. Nur muß man eines dazu sagen: nämlich, daß hunderte Millionen Schilling Stützungsmittel dazu notwendig waren. Steuermittel. Die Bauern haben schlechte Preise, und der Steuerzahler muß hunderte Millionen Schilling Steuermittel aufbringen. Und warum das alles? Weil ein Vertrag, den wir vereinbart haben, nicht eingehalten wird, und weil wir uns das gefallen lassen. Gehen Sie nach Brüssel, nehmen Sie dort eine festere Haltung ein, eine unmißverständliche, und wir werden zu besseren Bedingungen mit weniger Geld dort verkaufen können. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Das wäre ein Weg, wie wir mithelfen könnten, das Budget zu sanieren. Damit Sie nicht glauben, diese Feststellungen wären übertrieben, darf ich Ihnen nur eine einzige Zahl nennen, die Entwicklung der agrarischen Außenhandelsbilanz: Im Jahre 1972 war sie mehr oder weniger ausgeglichen, im Jahre 1975 hatten wir ein Außenhandelsdefizit auf dem Agrarsektor von 3 Milliarden Schilling. 3 Milliarden Schilling! Von 1972 bis 1975 konnte die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft ihre Lieferungen nach Österreich auf dem Agrarsektor verdoppeln, und wir konnten sie nicht einmal halten. Das ist der Sachverhalt, und das Ergebnis eines von manchen in Unkenntnis glorifizierten Vertrages.

Ich glaube also, man sollte sich noch einmal ernstlich überlegen, was man selbst festgestellt hat, nämlich - ich zitiere die „Arbeiter-Zeitung“ - daß es notwendig wäre, eine härtere Gangart einzuschalten. Tun Sie das endlich! Fahren Sie nach Brüssel! Sagen Sie denen unmißverständlich, was unser Standpunkt ist, erwecken Sie dort nicht den Eindruck, daß man mit uns alles machen kann, und bringen Sie ein Ergebnis nach Hause, das uns Steuermittel spart und den Bauern bessere Preise bringt!

Nun zu einigen Zahlen, die der Bundeskanz-

ler im Zusammenhang mit der Schweiz verwendet hat: Der Vergleich mit der Schweiz in der Rede des Bundeskanzlers zur wirtschaftlichen Lage war so gewählt, daß man den Eindruck gewinnen konnte, als ob in der Schweiz die Preise für Nahrungsmittel ständig fallen würden und praktisch alles ganz billig zur Verfügung stünde und in Österreich die Preise für Nahrungsmittel ständig steigen und wir ein eher teures System hätten.

Ich habe nach dieser Rede sofort mit Zürich telephonierte, weil ich einfach sichergehen wollte, ob meine Unterlage, die ich von einem Fachmann erhielt, richtig ist. Und sie war und ist richtig. Ich möchte Ihnen nur eines sagen: Ich habe alle wichtigen Grundnahrungsmittel verglichen, und zwar die Einkaufspreise in Österreich wie in der Schweiz. Ich habe kein einziges Nahrungsmittel gefunden - ich betone: ich habe kein einziges Nahrungsmittel gefunden -, wo nicht die Verbraucherpreise in der Schweiz wesentlich über denen in Österreich liegen. Ich glaube, das sollte man hier ... *(Zwischenruf des Abg. Hofstetter.)* Herr Kollege Hofstetter, ich habe mir die gleiche Freiheit der Interpretation genommen wie der Bundeskanzler. Ich glaube, das ist fair. *(Abg. Hofstetter: Nicht eine Zahl in den Raum stellen und von den anderen nichts reden!)* Es ist ja eine so große Menge in allen Dingen drinnen, daß selbst eine gewisse Fehlerquelle toleriert werden könnte.

Nehmen Sie ein Beispiel. Ein Kilo Butter kostet bei uns 60 S und kostet 95 S in der Schweiz; oder Gulaschfleisch: bei uns 65 S, dort 120 S. Und der vielzitierte Zuckerpreis: bei uns 9,30 S, dort immer noch 14 S, und vor einigen Monaten bis zu 30 S. Bis zu 30 S! Das ist das Faktum.

Wissen Sie, warum ich das sage? Ich sage das deshalb, weil ich glaube, daß es nicht richtig und nicht gut wäre, quasi unterschwellig den Eindruck zu erwecken, als ob mangels einer entsprechenden Leistungsfähigkeit der heimischen Landwirtschaft die Konsumenten die Zeche einer schlechten Politik des Bauernbundes zahlen würden. Das ist nicht der Fall. Die Leute bei uns leisten ihr Bestes, liefern hervorragende Qualität in ausreichenden Mengen auch bei unsicheren Weltmärkten, und das sollten wir anerkennen. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Und zum Abschluß noch eine Bemerkung, die sich in das generelle Bild Ihrer Wirtschaftsberichte einordnet. - Der Herr Handelsminister irritiert mich gerade so: er kreist ein, er unterstreicht. Ich weiß, er wird jetzt wie eine Rakete aufspringen, wird sagen, daß er 45mal in Brüssel war. Herr Handelsminister! Das bestreite ich ja nicht, daß Sie draußen waren. Ich rede ja nur darüber, was Sie heimgebracht haben;

Dr. Lanner

darauf kommt es an. Es kommt ja nicht darauf an, wie oft Sie auf Brautschau waren: Heiraten müßten Sie irgendwann einmal können! (*Heiterkeit.*) Das Ergebnis, darauf kommt es an.

Eine Bemerkung zum Abschluß, die sich in das gesamte Bild der Kritik von beiden Oppositionsparteien einordnet, nämlich: daß Sie zwar Probleme anreißen, aber keine Wege der Lösung aufzeigen.

Im Bericht des Finanzministers ist unter den Aufgaben der nächsten Zukunft insbesondere die zunehmende Zahl von jungen Arbeitskräften hervorgehoben, die Ausbildungsstätten suchen und die Beschäftigung suchen, und ist besonders auch der zunehmende Sog der Ballungsräume hervorgehoben.

Und nun frage ich: Was unternimmt man dagegen? - Die Feststellungen, daß von den Ballungsräumen ein immer stärkerer Sog ausgeht, daß viele Städte auf Grund ihres Zuzuges in der Leistung der kommunalen Einrichtungen überfordert sind, daß viele Menschen in diesen Ballungen unglücklich sind, das sind allgemeine Feststellungen, dazu bedarf es keines besonderen Berichtes. Die Frage ist: was tun wir dagegen? Was machen wir in Österreich, damit die Dinge ins richtige Lot kommen?

Im Wirtschaftsbericht fehlt jede Aussage darüber. Keine Aussage über den Weg, wie wir das künftig vorausschauend meistern könnten. Ich habe eher das Gefühl, daß die ganze Politik darauf hinausläuft, in einem Zick-Zack-Kurs eher ungeordnet zu operieren, daß man nicht weiß, was man will, ja ich würde fast sagen, daß man bewußt oder unbewußt die Menschen im ländlichen Raum benachteiligt. Nicht nur die Bauern, auch die Arbeiter, die dort wohnen, auch die Angestellten, die Gewerbetreibenden, die Freiberuflichen.

Jeder, der in einer schwierigeren Lage lebt und wirtschaftet, der etwas weiter vom Schuß der Städte ist, der braucht ein Fahrzeug, der braucht ein Auto. Jeder spürt am eigenen Leib, was es heute heißt, ein Auto haben zu müssen. Es geht ja nicht um den, der gelegentlich gerne einen Ausflug macht - es sei ihm herzlich vergönnt -, es geht um Hunderttausende, die ein Auto haben müssen. Hier haben Sie eine schlechte Politik gemacht.

Wir haben da gemeint - um wieder einen Vorschlag zu machen -: Erhöhen wir doch das Kraftfahrzeugpauschale, kommen wir diesen Leuten doch wenigstens zu einem Teil entgegen! Abgelehnt. Interessiert uns nicht, war Ihre Reaktion!

Straßenbau - geht zurück. Telephongebühren - gehen exorbitant hinauf. Und heute kündigt

der Verkehrsminister in der Fragestunde eine weitere Erhöhung der Telephongebühren für 1977 an.

Über die Vermögensteuer droht eine Verteuerung im Eigenheimbau, eine Besteuerung von Menschen, die ihr Leben lang Schilling für Schilling zusammengelegt haben, um sich mühsam irgendwo ein Häuschen bauen zu können. Diese Leute sollen nun offenbar besteuert werden. Ich verstehe diese Politik nicht. Ich muß Ihnen das ganz ehrlich sagen.

Man hält die ländlichen Gemeinden über den Finanzausgleich an der kurzen Leine. Man weiß, daß der ländliche Raum mehr Arbeitsplätze braucht, daß er mehr Ausbildungsplätze braucht, aber man tut zuwenig dafür.

Meine Damen und Herren, wenn das Land nicht besiedelt ist, werden die Urlauber, die herzlich willkommen sind, eine bittere Ernüchterung erleben in diesem Land. Dann wird dort kein Arzt sein, wenn etwas passiert, dann wird im Winter kein Schneepflug fahren, wenn es geschneit hat. Dann wird es kein Telefon geben, wenn man eine Autopanne hat usw. Ich glaube, Sie sollten sich ernstlich überlegen, ob Sie nicht eine viel bewußtere, aktivere Politik auch für Menschen in entlegeneren Gebieten machen sollten.

Das ist Politik für den Menschen: Auch an jene denken, wo nicht Millionen oder Hunderttausende auf einem Punkt leben.

Eines zieht sich durch Ihren ganzen Wirtschaftsbericht: viel Optimismus. Und eines zieht sich durch die ganze Diskussion: viel Reserviertheit. Ja in manchen Bereichen Pessimismus.

Und wie immer man die Dinge sieht, eines muß man sagen, und eines sollte man feststellen: Wenn die Entwicklung trotz vieler schwieriger Umstände in den letzten Jahren nicht schlechter war, so danken wir das nicht dieser Regierungspolitik, sondern tüchtigen Menschen in unserem Land, denen wir vor allem und an erster Stelle danken sollten. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Präsident: Zum Wort gemeldet hat sich der Herr Bundesminister Staribacher.

Bundesminister für Handel, Gewerbe und Industrie Dr. **Staribacher:** Herr Abgeordneter Lanner! Sie haben zwei Probleme angeschnitten, auf die ich antworten muß.

Das erste betrifft die Preisanträge der Landwirtschaft. Sie sagen, ich hätte sie verschleppt. Sie wissen aber ganz genau, daß das nicht der Fall ist. Sie wissen ganz genau, daß ich die ganze Zeit hindurch versucht habe, in Gesprächen mit den Sozialpartnern zu einer Übereinstimmung zu kommen.

Bundesminister Dr. Staribacher

Aber Sie könnten jetzt sagen: Wenn Sie keine Übereinstimmung erreichen, dann machen Sie eben die Preiskommission, und dann bestimmen Sie. Schließlich und endlich sind Sie ja Preisminister und haben das Recht und die Pflicht zu entscheiden.

Aber andererseits wissen Sie auch ganz genau, daß es üblich ist bei uns in Österreich, ein Jahr zu warten, nämlich nur einmal im Jahr Preise, aber auch Löhne zu erhöhen. Und wenn Sie den Gewerkschaftsbund fragen, was geschieht, wenn nach sechs Monaten eine Gewerkschaft einen Lohnantrag stellt, dann wird er Ihnen sagen: Der Antrag wird genauso sechs Monate nicht behandelt, bis mindestens das Jahr um ist, es wird oft sogar 13 und 14 Monate zugewartet, bis dann endlich mit der Unternehmerschaft ein Einvernehmen über eine Lohnerhöhung erzielt wird.

Also es ist nicht so, daß die Bauern schlechter behandelt werden, sondern in dem Fall wurden sie nur gleich behandelt wie alle anderen Gruppen – seien es die Gewerbetreibenden, seien es die Arbeitnehmer –, wenn sie Lohnforderungen stellen.

Wir werden im Laufe des heurigen Jahres – also sicher wenn die Zeit um ist, nach dem einen Jahr – Lösungen suchen, und ich hoffe, es wird uns gelingen, solche zu erzielen.

Aber, Herr Dr. Lanner, das ist ja Ihre Methode: Sie wollen hier so dastehen, als wäre für die Bauern gar nichts geschehen. Und Sie zitieren dann und fragen: Was ist 1967 geschehen? Die Bauern hätten damals von dem Schilling Milchpreiserhöhung gar nichts bekommen, und wir werden sehen, wie es diesmal sein wird.

Sie wissen ganz genau, daß die Bauern einen Preisantrag gestellt haben und daß sicher eine Lösung gefunden werden wird, wodurch auch die Bauern einen Teil ihrer Forderungen, die sie gestellt haben, erfüllt bekommen, so wie das in den vergangenen fünf Jahren immer wieder der Fall gewesen ist, sodaß diese Regierung mit Recht sagen kann, sie hat mehr für die Bauern getan als die vorhergehende. *(Zustimmung bei der SPÖ.)*

Was nun den Vergleich betrifft, den Kreisky gebracht hat, und den Nachweis, daß in der Schweiz die Lebensmittelpreise zurückgegangen sind: Sie selbst, Herr Abgeordneter Lanner, haben ja hier ein Beispiel aufgezeigt – man könnte andere Beispiele auch bringen –, indem Sie sagen: Der Zuckerpreis war in der Schweiz 30 S und ist jetzt 14 S. Das heißt, der Zuckerpreis ist um mehr als 50 Prozent zurückgegangen; und das wirkt sich eben im Lebenshaltungskostenindex aus; das wissen Sie ganz genau. Denn für den Lebenshaltungskostenindex ist ja die rela-

tive Preisentwicklung, die prozentuelle Preissteigerung oder Preissenkung, und nicht der absolute Preis entscheidend.

Also, Herr Dr. Lanner, ein bisserl mehr Sachlichkeit, wenn man am Rednerpult ist.

Genau das hat der Herr Bundeskanzler hier gesagt, Herr Dr. Lanner, ausgesagt auf Grund von Ergebnissen, die die Schweizer selbst festgestellt haben. Da hätten Sie gar nicht zu telefonieren brauchen, da hätten Sie nur die Schweizer Statistiken nachlesen müssen.

Bezüglich der Verhandlungen mit der EG meinen Sie, man sollte jetzt irgend etwas tun, man sollte nach Brüssel fahren. Das ist sehr schwierig, Herr Abgeordneter Lanner. Einerseits fährt man zuwenig ins Ausland, haben Sie selbst festgestellt. Und wenn zum Beispiel jetzt der Minister Weihs in Brüssel war, dort verhandelt hat und, wie wir hoffen, auch Teilergebnisse erzielen wird – es ist bis jetzt noch keine Zusage diesbezüglich, sondern eine Verwendungszusage des Kommissärs, im Rahmen der Verhandlungen sich für die österreichischen landwirtschaftlichen Interessen einzusetzen, das heißt eine Lösung zu versuchen –, dann kommen Sie und sagen: Was hat der Minister Weihs in Brüssel erreicht?

Auf den Tisch hauen, Herr Lanner, hilft ja nichts; das wissen Sie selbst. Meine Herren von der Österreichischen Volkspartei! Wie oft sind denn Ihre Herren nach Brüssel gefahren, nicht nur ein Minister, sondern drei auf einmal! Und was haben sie nach Hause gebracht? – Gar nichts! Wir sind weniger oft nach Brüssel gefahren, haben aber wenigstens den EG-Vertrag nach Hause gebracht. *(Abg. Dr. Gruber: Sie haben nur unterschrieben!)* Ja; richtig; wir haben dann unterschrieben; der Herr Abgeordnete Lanner war selbst dabei, wie unterschrieben wurde. Wir haben einen Vertrag nach Hause gebracht, der hier im Haus einstimmig beschlossen wurde. *(Abg. Dr. Gruber: Ausgehandelt haben ihn die ÖVP-Minister!)* Nein, da irren Sie. Ausgehandelt haben ihn die ÖVP-Minister nicht, denn zu der Zeit, wie die ÖVP-Minister verhandelt haben, haben wir in Brüssel überhaupt ein Njet gehört und überhaupt nicht einmal die Chance eines Vertrages gehabt. Es war dann eine andere Verhandlungsmethode, es war eine andere Verhandlungstaktik, das haben wir hier im Hause oft genug erklärt, und letzten Endes haben wir dann auch den Vertrag nach Hause gebracht. Ich kann Ihnen daher nur sagen: Das werden wir auch weiterhin tun.

Und bitte, Herr Abgeordneter Lanner, es nicht so billig zu machen. Wenn der Herr Staatssekretär Haiden sagt: Und die Kontingente wurden nicht erhöht?, dann fragen Sie ihn, was das

Bundesminister Dr. Staribacher

damit zu tun hat. Sie waren noch nicht in der Agrarpolitik, da habe ich darüber schon Verhandlungen geführt. *(Zwischenrufe.)* Richtig, Herr Lanner; und daher wissen Sie auch, wie es ist. Sie wissen, daß es geglückt ist, Kontingente zu erhöhen. Sie wissen, daß es geglückt ist, landwirtschaftliche Lieferbedingungen zu verbessern. Das wissen Sie alles ganz genau.

Was uns nicht geglückt ist, aber Ihnen auch nicht und was niemandem bis jetzt geglückt ist: daß die Landwirtschaft in den Integrationsvertrag einbezogen wird. Daher stimmt es ja nicht, wenn Sie sagen, der Vertrag wird nicht eingehalten. Der Vertrag wird auf den Beistrich eingehalten, nur haben wir die Landwirtschaft nicht in den Vertrag hineinbekommen. Das ist die Erklärung, warum es bis jetzt nicht möglich gewesen ist. Jetzt versuchen Weihs und ein jeder anderer Minister und auch die Interessenvertretungen – auch Ihre Interessenvertretung; erkundigen Sie sich bei der Landwirtschaftskammer; Sie tun es ja sowieso und wissen es ganz genau –, Schritt für Schritt für die Landwirtschaft eine Verbesserung zu erzielen.

Diesen Weg werden wir fortsetzen, auch dann, Herr Abgeordneter Lanner, wenn Sie uns empfehlen, auf den Tisch zu hauen, einen Krieg zu beginnen. Damit hat man bekanntlich nie etwas erreicht. Ihre eigenen Minister nicht, solange sie die Verantwortung gehabt haben, und auch kein anderer Staat. Bei internationalen Verträgen ist es üblich zu verhandeln, und diese Verhandlungen werden von uns fortgesetzt. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Präsident: Nächster Redner ist der Herr Abgeordnete Hofstetter.

Abgeordneter **Hofstetter** (SPÖ): Herr Präsident! Hohes Haus! Bei der heutigen Diskussion sind von den Oppositionsrednern verschiedene Erklärungen abgegeben worden. Ich möchte nur zu einigen der Oppositionsredner meine Meinung sagen.

Es wurde hier im Zusammenhang mit gesellschaftspolitischen Überlegungen gesagt, daß es praktisch nur die Österreichische Volkspartei ist, die die Freiheit innerhalb der sozialen Marktwirtschaft garantiert, und daß es eigentlich nur sie war, die im Jahr 1945 jenen Weg vorbereitet und garantiert hat, den wir in Österreich gegangen sind, nämlich einen Weg in die Freiheit unseres Landes.

Ich glaube, man soll bei diesen Äußerungen sehr vorsichtig sein. Ich möchte hier im Hohen Haus doch in Erinnerung bringen, daß gerade die Sozialistische Partei, die Sozialdemokratische Partei im Jahre 1945, im Jahre 1950 und auch späterhin die Garantie war, daß dieses

Land heute frei ist und daß wir alle stolz darauf sein können, daß wir uns in diesem Land eine Wirtschaft aufgebaut haben – gemeinsam, gebe ich zu – und gemeinsam auch diese Freiheit erstritten haben. Deshalb denke ich immer wieder: Ein bißchen mehr Vorsicht in den Äußerungen des Abgeordneten Mock wäre zweckmäßig.

Wenn heute auch davon gesprochen wurde, daß der Bericht des Herrn Bundeskanzlers und des Herrn Finanzministers Zweckoptimismus beinhaltet, dann sehe ich gar nicht ein, warum nicht. Freilich ist es ein optimistischer Bericht, aber bei aller Vorsicht, möchte ich auch gesagt haben.

Der Herr Kanzler und auch der Herr Finanzminister hat gesagt, daß wir in Österreich dank der gemeinsamen Politik der Regierung mit den Wirtschaftspartnern einen Weg gegangen sind, der uns vieles erspart hat, einen Weg, wo Sie, meine Herren der Opposition, nicht immer mit dabei waren. Gerade jetzt in den vergangenen Jahren und Monaten hat sich die Richtigkeit unserer Politik gezeigt, der sozialistischen Politik in der Frage der Verstaatlichung, bei den verschiedenen Maßnahmen auf dem Gebiet der Arbeitsmarktförderung. Wie lange mußten wir darum ringen! Und das gibt uns das Recht, hier auch eine positive Äußerung abzugeben.

Ich glaube, dem Herrn Abgeordneten Peter ist ein Fehler unterlaufen, als er sagte, es geschieht ja nichts auf dem Gebiet der Berufsausbildung, die Regierung macht nichts, tut nichts, es fehlen 5000 Lehrstellen. Ich möchte hier richtigstellen: Wir haben 4000 bis 5000 Lehrstellen derzeit frei, keine Lehrlinge. Wir wissen aber um das Problem für die nächsten Jahre. Und es kann nur ein gemeinsames Problem werden, diese Frage zu lösen, nämlich die Eingliederung der jungen Menschen, die aus der Schule kommen, in die Wirtschaft. Aber das kann nicht Aufgabe der Bundesregierung allein sein. Ja, meine Herren, wo werden die Lehrlinge ausgebildet? Doch in der Wirtschaft. Man kann nicht auf der einen Seite sagen, die Regierung soll was tun, auf der anderen Seite selbst nichts tun. Ich erwarte, daß die Wirtschaft die Zusagen in bezug auf die Lehrplätze, die sie ausgesprochen hat, auch erfüllt.

Und ich möchte auch darauf hinweisen – ich glaube, den Abgeordneten ist es ja bekannt –, daß gerade der Herr Handelsminister bereits Gespräche – nicht erst jetzt, sondern schon lange Zeit – bezüglich der Lehrstellen führt und daß sowohl bei den Wirtschaftspartnern als auch bei verschiedenen Instituten eben die notwendigen Untersuchungen angestellt werden, um jene Maßnahmen zu setzen, die verhindern sollen, daß eine Situation – ich bin überzeugt, daß sie

Hofstetter

nicht kommen wird – eintritt, bei uns im Land wie in anderen Ländern: Jugendarbeitslosigkeit von 5 Prozent, 10 Prozent.

Meine Damen und Herren, hier ist aktive demokratische Zusammenarbeit notwendig. Denn wenn wir dieses Problem nicht lösen, dann besteht doch die Gefahr, daß diese jungen Menschen vielleicht zu den Einrichtungen unserer Republik und Demokratie irgendwie negativ eingestellt sind. *(Ruf bei der ÖVP: Erkennen Sie doch die Ziffern der oberösterreichischen Handelskammer an!)*

Herr Kollege! Wir haben andere Ziffern. Ich will es heute noch nicht sagen, aber es ist doch so, daß nachgewiesen ist, daß im Jahr 1975 Lehrlinge aufgenommen worden sind, nehmen wir eine Ziffer an, 74, im Jahr 1976 die Bereitschaft aber nur mit etwa 50 besteht. Deshalb war mein Hinweis, daß auch die Wirtschaft hier eine echte Verantwortung trägt. Wir erwarten das, ich hoffe es. *(Abg. Dr. Gruber: Dann ist eben die Bereitschaft der Wirtschaft in Oberösterreich zu groß!)*

Nun zu den Verhältniszahlen; da sind Gespräche im Gange, meine Herren, da wurden Untersuchungen angestellt, Forderungen zur Veränderung der Verhältniszahlen erhoben, wobei aber gleichzeitig die derzeitigen Verhältniszahlen nicht ausgenützt werden. Also irgendwo hat es da einen Knacks.

Wenn wir die Verhältniszahlen so festgesetzt haben, und sie sind ausgeschöpft, werden diese jederzeit erhöht. Da haben wir uns als Gewerkschafter noch nie irgendwie dagegengestellt.

Es ist hier auch in der Diskussion, meine Damen und Herren, darauf hingewiesen worden, der Gewerkschaftsbund hätte früher eine andere Politik gemacht. Und hier wurde das Jahr 1967/1968 erwähnt. Ich bedauere, daß ich das noch einmal sagen muß: Ja, es waren doch damals auch andere Verhältnisse, erinnern wir uns doch. Es war doch die Zeit so, daß wir eine Inflationsrate von 4 Prozent hatten, und das Wachstum war geringer. Jedoch in den wichtigsten Ländern, mit denen wir Handel treiben, war es umgekehrt: Größeres Wirtschaftswachstum, kleinere Inflationsrate. Es war die Gefahr, daß wir die Konkurrenzfähigkeit auf dem Markt verlieren. Das war der Unterschied. Und da haben wir als Gewerkschafter darauf hingewiesen und haben eben gesagt, da besteht die Gefahr, auf Zeit gesehen, der Gefährdung der Arbeitsplätze. Und erinnern wir uns: Im Jahre 1968 hatten wir ja 2,339.319 unselbständig Beschäftigte und eine Arbeitslosenrate von 3,1 Prozent. Und jetzt haben wir 2,656.440 bei einer Arbeitslosenrate von 2,1 Prozent im Jahr 1975. Ich habe das hier nur gesagt, weil ich eine kleine Richtigstellung mache.

Auch der Herr Professor Koren hat auf die Schweiz hingewiesen. Bei uns ist die Beschäftigtenzahl der Unselbständigen – von denen spreche ich jetzt – gleich geblieben, ja gestiegen gegenüber dem Jahr 1968 beziehungsweise 1970 um fast 300.000. Wir haben bei den ausländischen Arbeitern um 120.000 weniger. Aber es ist uns eines gelungen, das können Sie nicht ableugnen: daß wir jene Österreicher, die aus der Bundesrepublik zurückgekommen sind oder aus Ländern, wo die Depression so schwer war, daß es eine Arbeitslosigkeit gibt von 1,000.000 oder 1,200.000, in die österreichische Wirtschaft eingliedern konnten. Und das, glaube ich, meine Damen und Herren, das ist ja eine der entscheidenden Fragen.

Aber ich möchte doch auch noch einen weiteren Beitrag bringen. Es wurde gesagt, man solle nicht immer zu weit zurückgreifen. Es ist so der Eindruck entstanden, reden wir jetzt von dem, aber nicht von dem, was eigentlich die Ursache, die Ausgangsbasis dafür war.

Es wäre natürlich zweckmäßig, wenn man auch von Seite der Oppositionspartei zur Kenntnis nimmt, daß wir in einer total veränderten Welt, in einer totalen Veränderung der Weltwirtschaft leben. Es sind doch neue Gruppen entstanden, neue Finanzgruppen – erdölfördernde Länder, rohstoffbesitzende Länder –, die sich sehr bedeutend gerade auf die Industrieländer auswirken. *(Zwischenruf bei der ÖVP.)* Das ist ein billiger Einwurf, den Sie da bringen. Ich glaube, dafür ist das Thema viel zu ernst, daß man hier vielleicht nur „BAWAG“ hineinruft, aber das steht Ihnen zu, das zeigt nur die innere Einstellung zu dem Problem.

Bei der ganzen Sache ist noch nie von den Oppositionsrednern auf diese Problematik hingewiesen worden. Als einziger hat Dr. Broesigke anerkannt, daß natürlich auch die Auswirkungen, die in der Weltwirtschaft zu verzeichnen waren, sich auch in Österreich bemerkbar machen.

Und nun kann ich Ihnen nicht ersparen, meine Damen und Herren, doch wieder einen kleinen Rückblick zu geben, weil eben das die Grundlage war und weil wir als Gewerkschafter hier doch eine Meinung vertreten: Es ist uns ja lieber oder war uns lieber, daß wir eine höhere Inflationsrate im Maß 1 Prozent, 1½ Prozent zur Kenntnis nehmen, wenn wir die Beschäftigung erhalten, als daß wir in eine Situation hineinkommen – bei aller Anerkennung der deutschen Verhältnisse –, wo die Inflationsrate geringer ist, aber sie mit dem Problem von über 1 Million Arbeitslose nicht fertig werden. Und jeder, der sich ein bißchen mit Volkswirtschaft beschäftigt, weiß, das das Problem für diese Länder der Rückgang der Arbeitslosigkeit wird, weil die

Hofstetter

Arbeitslosigkeit viel langsamer zurückgeht. Und das ist es, meine Damen und Herren, was wir der österreichischen Arbeitnehmerschaft erspart haben. Und auf das sind wir stolz, meine Herren! (Beifall bei der SPÖ.)

Es ist nämlich ohne Zweifel der österreichischen Wirtschaftspolitik gelungen, die aus der internationalen Konjunkturerwicklung sich ergebenden Schwierigkeiten in der jüngsten Vergangenheit weit besser als manche und als allgemein erwartet zu meistern. Die von vielen Wirtschaftsfachleuten des In- und Auslandes für das Jahr 1975 vorhergesagten schweren wirtschaftlichen Rückschläge sind in Österreich ausgeblieben. Die westlichen Industriestaaten verzeichneten im Jahre 1975 in ihrer Gesamtheit doch den schwersten wirtschaftlichen Rückschlag seit dem Zweiten Weltkrieg. Wir haben doch 18 Millionen Arbeitslose in der westlichen Welt.

Und wenn man die Vergleichsziffern von 1930 in der Weltwirtschaftskrise nimmt, da waren es 20 Millionen. Ja, das muß einem doch zu denken geben. Und wenn da jemand kommt und sagt, Österreich ist nicht berührt davon, da können wir nur eines sagen: Selig sind, die das glauben. Wir leben nämlich nicht auf einer Insel, sondern wir sind sehr eng mit der Weltwirtschaft verflochten. Und das ist doch auch jene Grundlage, die uns in den letzten Jahren auf eine gewisse, das Wörtchen ist sehr bekannt, „Überholspur“ gebracht hat.

Und die Situation, welche ausgelöst wurde im Zuge der Erhöhung des Energieträgers Rohöl, ist uns doch bekannt. Die gigantischen Zahlungsbilanzdefizite in den anderen Ländern ebenfalls. Tatsache ist, daß im Jahre 1975 die Industriestaaten, wie ich schon erwähnt habe, diese Zahl von Arbeitslosen hatten. Besonders hart sind doch die USA, England, Japan, Frankreich und auch die Bundesrepublik und Italien betroffen.

Es ist sicherlich richtig, was auch in dem Bericht zum Ausdruck gekommen ist, daß das österreichische Bruttonationalprodukt im Jahre 1975 gegenüber dem Jahr 1974 um rund 2½ Prozent zurückgegangen ist. Aber, und diesem Aber kommt entscheidende Bedeutung zu, es gelang der österreichischen Wirtschaftspolitik, eine größere Arbeitslosigkeit zu vermeiden. Die Preissteigerungsraten liegen und lagen deutlich unter dem durchschnittlichen Niveau der übrigen Industriestaaten. Diese Erfolge, nämlich daß sich die österreichische Konjunktur und insbesondere der österreichische Arbeitsmarkt besser entwickelt haben, als vielfach befürchtet worden war, diese Erfolge waren doch kein Zufall. Sie waren eben das Ergebnis einer konzipierten und gezielten Wirtschaftspolitik. Es war eine Politik, wo Vollbeschäftigung

und Inflationsbekämpfung vorherrschend waren.

Eines der wichtigsten Ziele dieser Politik war und ist, die Vollbeschäftigung in unserem Land soweit wie nur irgendwie möglich aufrecht zu erhalten. Der Österreichische Gewerkschaftsbund war immer Vorkämpfer einer solchen Politik. In jeder Sitzung des Bundesvorstandes in den vergangenen Jahren stand die Parole „Vorrang für die Vollbeschäftigung“ im Mittelpunkt der Beratungen. Jede wirtschaftspolitische Maßnahme wurde vom ÖGB und seinen Vertretern in den verschiedenen Gremien, Beiräten und Kommissionen auf ihre beschäftigungspolitischen Auswirkungen hin überprüft.

Wir haben das schon in der Zeit der Konjunktur gemacht, weil wir wußten, daß auch in diesem Wirtschaftssystem – ich apostrophiere soziale Marktwirtschaft – Rezessionsschwankungen kommen werden und sich die Rezessionsschwankungen im Ausland bei uns ebenfalls niederschlagen werden.

Wir in der Gewerkschaftsbewegung haben immer gesagt: Vollbeschäftigung hat Vorrang. Logischerweise muß dann alles andere oder manches andere den Nachrang haben. Zu der Theorie Vollbeschäftigung bekennt sich heute – und das ist heute schon gesagt worden – eigentlich jeder. Jeder hat gesagt: Na wir sind ja auch für die Vollbeschäftigung. Aber in der Praxis wollte mancher nichts davon wissen. Dies hat sich ja auch bei manchen Entscheidungen der Oppositionspartei gezeigt: bei der Bereitstellung von zusätzlichen Budgetmitteln und anderen Maßnahmen.

Die Tätigkeit des ÖGB in den letzten Jahren war unbestreitbar erfolgreich. Die Erfolge sind uns nicht in den Schoß gefallen, sondern mußten von uns hart erarbeitet werden. Sie springen unsomehr ins Auge, wenn wir sie mit den Ergebnissen früherer Perioden der österreichischen Wirtschaftsgeschichte oder mit ausländischen Wirtschaftsdaten vergleichen. Diese Daten haben Sie, meine Herren, ja auch erhalten. Es ist sehr interessant, sie zu studieren, und es gibt sicherlich die Möglichkeit, innerhalb der Kritik auf Grund der Daten – international festgelegter Daten – ein objektives Bild zu erhalten, einen objektiven Maßstab anzulegen.

Warum wir für die Vollbeschäftigungspolitik sind – ja, meine Damen und Herren, das ist eine Frage des Alters. Denn die Älteren von uns – nicht nur Gewerkschafter oder Politiker, überhaupt der ältere Mensch –, aber vor allem die Pioniere, die die Gewerkschaftsbewegung nach dem Zweiten Weltkrieg wieder aufgebaut haben und deren hingebungsvolle Arbeit unsere Erfolge überhaupt erst ermöglicht hat, standen

Hofstetter

und stehen noch immer unter dem Eindruck der Massenarbeitslosigkeit der dreißiger Jahre. Wenn es eine Zeit gegeben hat, wo mancher gesagt hat: Was redet ihr von der Arbeitslosigkeit?, so haben gerade die letzten Jahre, gerade die letzten Monate bewiesen, daß das Problem als ganzes noch nicht bewältigt wurde. Bei uns können wir feststellen, daß es bewältigt ist; bei allen Schwierigkeiten, bei allen notwendigen Maßnahmen, die getroffen werden mußten. Wir wollen nichts anderes, als den Jüngeren ersparen, daß sie das erleben, was wir erleben mußten, als wir arbeiten wollten und nicht arbeiten durften.

Meine Herren! Das ist mehr, das ist dann die innere Einstellung zur gesamten Gesellschaft, und deshalb habe ich gesagt, man soll es sich überlegen, über das Jahr 1945 oder das Jahr 1950 so zu reden, wie es geschah. Das ist unsere Aufgabe gewesen, und wir werden uns auch weiterhin dafür einsetzen. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Unsere Kollegen in den anderen Industriestaaten können doch ein Lied davon singen. Und da nützt es nichts, meine Herren, wenn für die Arbeitslosenunterstützung, wie ein Kollege der Freiheitlichen Partei sagte, günstigere Bedingungen sind. Wir brauchen keine Arbeitslosenunterstützung, das wäre das Idealste, glaube ich. Wir müssen nur die Vorsorge dafür treffen, und das hat ja Österreich auch getan.

Unsere Politik ist und wird es immer sein, diese bösen Erfahrungen der dreißiger Jahre in erster Linie den Betroffenen, nämlich der arbeitenden Bevölkerung, den Unselbständigen zu ersparen – und nicht nur den Unselbständigen!

Herr Kollege Lanner – er ist nicht da –, das gilt für alle: Wo war der Bauernstand in der Wirtschaftskrise 1930? Wo waren die Selbständigen in dieser Zeit? Wir sollen das nicht einzeln sehen, sondern für uns gilt, alles global zu sehen und global auch die Maßnahmen zu setzen. Ich glaube, es ist niemand hier, der nicht feststellt, jede Interessenvertretung wird sagen: Natürlich, ich bin am schlechtesten behandelt worden.

Aber eines können wir doch feststellen: daß noch nie so ein wirtschaftlicher Aufschwung zu verzeichnen war wie in den letzten Jahren; auch in der Lebenshaltung, bei allen Schwierigkeiten. Denn wenn wir das nicht zubilligen würden, meine Damen und Herren, dann würden wir in den Menschen Wünsche wecken, die niemand erfüllen kann. Wir haben den Mut, das zu sagen, und wir müssen das sagen.

Die Politik des Gewerkschaftsbundes hat die volle Zustimmung und Unterstützung der österreichischen Bundesregierung gefunden.

Der „Vorrang für die Vollbeschäftigung“ war nicht nur ein Schlagwort, ein Lippenbekenntnis, sondern die wichtigste Richtschnur für die gesamte Wirtschaftspolitik unseres Landes. Hier möchte ich doch auch noch zur Budgetentwicklung etwas sagen, denn es hat früher in verschiedenen Beiträgen und Referaten der Opposition immer geheißt: Der Finanzminister – auf deutsch gesagt, entschuldigen Sie den Ausdruck – „steht sich ja g'sund“. – So ist es doch nicht. Das weiß jeder, der sich ernstlich damit befaßt.

Die Budgetentwicklung der letzten Jahre war doch so: In den Jahren der Hochkonjunktur von 1970 bis 1974 konnte der Anteil des Budgetdefizits am Bruttonationalprodukt langsam aber stetig abgebaut werden. 1975 und 1976 ist dieser Anteil dann aber sprunghaft angestiegen, sogar auf ein höheres Niveau als 1968 und 1969. Dafür gibt es natürlich ganz logische und einleuchtende Gründe:

Vorerst einmal wächst in jeder Rezession fast automatisch das Budgetdefizit, denn die schwächere Wirtschaftsentwicklung führt zu einem Zurückbleiben der Staatseinnahmen auf einer ganzen Reihe von Gebieten. Aber während die Rezession die Staatseinnahmen verringert, hat sie keine derartigen Auswirkungen auf die Staatsausgaben. Ohne zusätzliche Maßnahmen der Budgetpolitik tendieren die Staatsausgaben auch in Rezessionszeiten dazu, ebenso rasch zuzunehmen, ja manchmal sogar rascher.

Trotzdem hat im Interesse der Vollbeschäftigung die Bundesregierung jene für die Wirtschaft – und das wurde von der Wirtschaft auch begrüßt, nur heute wird es nicht zur Kenntnis genommen – notwendigen Injektionen in Form von finanziellen Zuwendungen gegeben.

Daß wir die Wirtschaftspolitik so positiv beeinflussen konnten, wurde in zweifacher Weise erreicht: erstens wurde doch in Österreich im Gegensatz zu vielen anderen Industriestaaten in keiner Phase der Versuch gemacht, durch eine Konjunkturdämpfung den Preisauftrieb zu bekämpfen, also durch eine Arbeitslosigkeit wie in den anderen Ländern, von der ich schon gesprochen habe. Man hat ja verhältnismäßig sehr spät – und das ist der Unterschied –, auch in Frankreich, in der Bundesrepublik, dann von der Budgetseite her der Wirtschaft auch Injektionen gegeben, um sie irgendwie anzukurbeln. Bei uns geschah es schon Ende 1974.

Das zweite, die Preispolitik, wurde vor allem mit Hilfe des Instrumentariums der amtlichen und freiwilligen Eingriffe in den Preismechanismus gesteuert. Dies führte immerhin dazu, daß Österreich im Rahmen der OECD – und wir müssen vergleichen – sowohl im Jahre 1975 als

Hofstetter

auch im ersten Monat des Jahres 1976 im untersten Drittel liegt.

Das werden Sie als Oppositionspartei nicht sagen, aber das ist sogar hier im Hohen Haus gesagt worden: Es kommen doch immer die Ausländer zu uns, nicht nur zum Gewerkschaftsbund, auch zu Ihnen als Partei, und da werden da und dort die Fragen gestellt: Wir macht ihr das? Wie habt ihr das gemacht, daß ihr Vollbeschäftigung habt, daß ihr in der Inflationsrate geringer liegt und daß praktisch auch der soziale Friede im Lande vorhanden ist?

Ein Zufall? Warum geben Sie, wenn Sie alle Probleme besser lösen können, nicht diese Empfehlungen, wie schon der Herr Kanzler sagte, nach Frankreich oder nach Italien weiter?

Ich glaube, darin liegt doch der grundsätzliche Unterschied der Politik, die wir machen: Sozialdemokratische Politik gegenüber konservativer Politik.

Die Maßnahmen für die Wirtschaftsbelebung wurden auch insbesondere durch die Belebung der Inlandsnachfrage, durch Maßnahmen zur Förderung der Exporte und durch direkte Eingriffe am Arbeitsmarkt erreicht. Um die Inlandsnachfrage zu beleben, wurde schon am Beginn des Jahres 1975 eine sehr ausgiebige Senkung der Lohnsteuer einerseits und eine kräftige Erhöhung der Familienbeihilfen andererseits in Kraft gesetzt.

Erinnern wir uns noch: Manche Kritiker haben gesagt, es werde zu einer Konsumexplosion kommen. – Die erwartete Konsumexplosion ist ausgeblieben. Sie ist ausgeblieben, weil von Ihrer Seite – das sei hier auch gesagt; ich habe das schon einmal 1975 erwähnt – eine gewisse Unsicherheit auch innerhalb der Bevölkerung Platz ergriffen hat durch das Unterfahren, durch das Unterspielen, das Miesmachen. Bereits im Jahre 1975 – aber besonders durch die wichtigen und großen Initiativen der österreichischen Bundesregierung mit dem Konjunkturbelebungsprogramm 1976, das in der Wirtschaftskonferenz vom Jänner 1976 der Öffentlichkeit vorgelegt wurde – wurden die privaten Investitionen besonders gefördert. Die Industrie hat das anerkannt, die Wirtschaft anerkennt es. Sowohl die Aufstockung der Mittel der ERP-Fonds wie auch die Einführung der Sonderabschreibungen für bauliche Investitionen wie auch die bereits im Jahre 1975 durchgeführten zusätzlichen Zinsstützungsaktionen schafften Finanzierungsmöglichkeiten, die der Investitionsbereitschaft der Unternehmer weitgehend entgegenkommen und sie damit wesentlich positiv beeinflussen.

Die stärksten Impulse für die Inlandsnachfrage gingen aber zweifellos von der öffentlichen Hand selbst aus. Vor allem der Bund, aber

auch viele Länder und Gemeinden, haben im Lauf des Jahres 1975 ihre Bestellungen bei der österreichischen Wirtschaft kräftig ausgeweitet. Sie haben dies getan, obwohl die ungünstige Situation dazu führte, daß die Einnahmen der öffentlichen Hand weit unter den im Herbst 1974 prognostizierten Werten verblieben. Das Milliarden-Programm, das die Bundesregierung in der von mir schon erwähnten Konferenz vorlegte, beinhaltet in einem wesentlichen Bereich eine umfassende Auftragsvergabe des Bundes an wichtige Sparten der österreichischen Industrie, vor allem der Bauwirtschaft, aber auch der Textilindustrie, der Elektroindustrie, für den Waggonbau und so weiter.

Und das, meine Damen und Herren, wissen und verstehen am besten die Tausenden Arbeiter und Angestellten, die durch diese Maßnahmen vor der Arbeitslosigkeit, vor dem Freisetzen verschont geblieben sind. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Das bedeutet natürlich, daß die zusätzlichen Ausgaben zur Gänze durch Vergrößerung der Defizite in den öffentlichen Haushalten finanziert wurden. Angesichts der geringeren Kreditnachfrage von privater Seite war zwar der österreichische Geldapparat in der Lage, den Finanzierungsbedarf der öffentlichen Hand weitgehend zu befriedigen, doch darf man nicht übersehen, daß die nunmehr aufgenommenen Kredite im Lauf der nächsten Jahre verzinst und entweder zurückgezahlt oder in neue Kredite umgewandelt werden müssen. Eines wie das andere.

Und jetzt komme ich wieder auf folgendes zurück: Sie waren für die Vollbeschäftigung, aber gegen jene Maßnahmen, die uns die Vollbeschäftigung eigentlich erhalten haben.

Mit dieser auf Vollbeschäftigung ausgerichteten staatlichen Ausgabenpolitik konnte jedenfalls erreicht werden, daß jene Industriezweige, bei denen staatliche Aufträge eine wesentliche Bedeutung für die Absatzentwicklung haben, weiterhin gut beschäftigt waren und sind. Und die Politik der österreichischen Bundesregierung war es, auch neue Märkte aufzuschließen, neue Märkte, die wir brauchen, weil der Konkurrenzkampf innerhalb der Wirtschaft auf den Weltmärkten immer härter wird und wir gewisse zusätzliche Märkte benötigen.

Auch durch Setzen von zielführenden Maßnahmen auf dem Gebiet der Exportwirtschaft konnte eine negative Entwicklung verhindert werden. Wir haben in der Exportwirtschaft besser abgeschnitten als die anderen Länder. Durch die außerordentlichen Maßnahmen aber, die auf Grund der Arbeitsmarktförderungsgesetze gesetzt werden konnten, konnte auch

Hofstetter

wesentlich zur Stabilisierung der Beschäftigungslage beigetragen werden. In der Vollziehung dieses Gesetzes war und ist die Arbeitsmarktverwaltung nämlich in der Lage, Betrieben Kredite und Subventionen zu gewähren, um es ihnen zu ermöglichen, ihren Beschäftigtenstand aufrecht zu erhalten.

Und hier unterscheidet sich wieder die Politik: Für die Arbeitsmarktförderung sind gerade im Jahre 1975 Mittel in einer Höhe von 880 Millionen Schilling eingesetzt und zur Verfügung gestellt. Von der Regierung Klaus, die das Arbeitsmarktförderungsgesetz nach langen Verhandlungen beschlossen hatte, waren im Jahre 1969 - nur zur Erinnerung - etwa 97 Millionen Schilling eingesetzt. Durch diese wirtschaftspolitischen Aktionen, die zur Aufrechterhaltung der Vollbeschäftigung geführt haben, waren im Jahre 1975 eben, wie schon erwähnt, durchschnittlich 2,565.000 Beschäftigte tätig; es gab eine Arbeitslosenrate von 2,1 Prozent.

Entgegen den Prognosen einer steigenden Arbeitslosenzahl im Jahre 1976 - und das haben wir auch hier im Hause erwähnt; man prognostizierte ja eine Arbeitslosenrate von 2,6 bis 2,8 Prozent - muß noch festgestellt werden, daß im April dieses Jahres eine Beschäftigtenzahl in einer Höhe zu verzeichnen war, die noch nie im April erreicht wurde. (*Beifall bei der SPÖ.*) Im April 1976 gab es 2,656.351 unselbständig Beschäftigte. Das bedeutet eine Arbeitslosenrate, die bei knapp 2 Prozent liegt. Sie liegt in anderen Ländern wesentlich höher. Das ist der Erfolg, auf den sich der Bericht des Herrn Kanzlers und des Herrn Finanzministers eigentlich stützt.

Ich möchte feststellen, daß die Probleme hinsichtlich der Erhaltung der Vollbeschäftigung - wenn wir über unsere Grenzen hinwegsehen - noch lange nicht gelöst sind. Wir haben das Problem der Jugendarbeitslosigkeit, der Gefahr der Jugendarbeitslosigkeit. Im übrigen möchte ich darauf hinweisen, daß ja der Herr Abgeordnete Fischer sehr deutlich die Kontrastentwicklung in Österreich und in den anderen Wirtschaftsländern, Industrieländern gebracht hat.

Nun aber können wir mit einer gewissen Befriedigung feststellen, daß bestimmte Anzeichen für eine Wirtschaftsbelebung sichtbar werden. Dieser Umstand soll uns aber nicht leichtfertig machen und glauben lassen, daß nun alles bereits vorüber ist und wieder in Ordnung sei. Es geht eben darum - vor allem auch in den kommenden Monaten -, den von seiten des Staatshaushaltes so erfolgreich eingeschlagenen bisherigen Weg fortzuführen. Das bedeutet, daß eben weiterhin Überlegungen angestellt werden

müssen, um für den Fall einer eventuell eintretenden Rezession - wir wissen noch nicht, wann sie kommt und wie sie kommt - gewappnet zu sein. Es gilt dabei dafür zu sorgen, daß die Defizite des Staatshaushaltes trotz der angesichts der Vollbeschäftigungspolitik notwendigen kräftigen Staatsausgaben und der bisher bei der ungünstigen Konjunkturlage verständlicherweise niedrigen Staatseinnahmen nicht allzusehr steigen.

Im übrigen erlaube ich mir, auf meine Ausführungen anlässlich der Budgetdebatte 1976 hinzuweisen, in der ich sagte:

„Wir sind aber der Meinung, daß diese Ausweitung der Staatsschulden gerechtfertigt ist, gerechtfertigt, weil damit bisher eine größere Arbeitslosigkeit verhindert werden konnte. Wir werden in dieser Politik sicher fortfahren.“

Allerdings sollte niemand einen unleugbaren Umstand übersehen: diese Staatsschulden müssen im Laufe der Zeit wieder abgebaut werden, zwar vielleicht nicht absolut, aber in ihrem Verhältnis zum Bundeshaushalt und zum Bruttonationalprodukt.

Anders ausgedrückt: Wir machen heute Schulden, um die Vollbeschäftigung zu erhalten. Aber wir werden diese Schulden wieder einbremsen müssen. Diese Lasten im Interesse der Vollbeschäftigung wird die gesamte Bevölkerung zu tragen haben, in Form von höheren Steuern, Abgaben und Tarifen, wobei als ein Schritt dazu schon die bereits erwähnte Mehrwertsteuererhöhung am 1. Jänner des kommenden Jahres zu sehen ist.

Sicher sind höhere Steuern nicht angenehm, sicher wird man sehr überlegen müssen, wie man diese Steuerbelastung möglichst sozialgerecht verteilen kann. Aber eines sollte außer Streit stehen: Wenn auch der Preis für die jetzige Wirtschaftspolitik im Laufe der nächsten Jahre zu bezahlen sein wird, so ist es ein Preis, der sich dafürsteht. Damit haben wir doch die Arbeitsplätze erhalten können.“

Ich erwähne das deshalb, meine Damen und Herren, weil man doch da und dort immer behauptet, man sage nicht, wie die Dinge wirklich liegen. Wir Sozialisten haben die Dinge ausgesprochen und werden immer die Dinge aussprechen, wie sie liegen, weil wir die Meinung vertreten, daß die österreichische Bevölkerung reif genug ist, die Dinge so zu sehen, wie man sie bei einer realistischen Betrachtung sehen muß.

Um die Vollbeschäftigung finanziell durchzustehen, müssen verschiedene Staatseinnahmen angehoben werden beziehungsweise Ausgaben eingespart werden. Dieser in Österreich einge-

Hofstetter

schlagene Weg in der Konjunkturpolitik erfordert eben erhebliche Mittel. Aber diese Entwicklung war wichtig, um weiterhin die wirtschaftliche Entwicklung zu garantieren. So ist es auch sicherlich notwendig, Maßnahmen zu setzen.

Hier wurde Herr Präsident Benya im Zusammenhang mit dem Spareckzins erwähnt. Herr Kollege Josseck! – Er ist nicht hier. – Wir vom Österreichischen Gewerkschaftsbund schicken unsere Entschließungen des Bundesvorstandes den Klubs, der Regierung, und deshalb sage ich, man sollte eben solche Entschließungen genauer lesen. Es wurde hier vom Herrn Abgeordneten Josseck festgehalten, Präsident Benya hätte gesagt, eine Senkung des Spareckzinses käme nicht in Frage.

Darf ich vielleicht zur Richtigstellung doch folgendes verlesen – mit Erlaubnis des Herrn Präsidenten: „Der Österreichische Bundesvorstand wendet sich dagegen, daß zum jetzigen Zeitpunkt“ – das war am 18. Mai 1976 – „der geltende Einlagezinssatz von 5 Prozent herabgesetzt wird. Im Hinblick auf die derzeitige Situation am Geld- und Kapitalmarkt gibt es andere Möglichkeiten“ – das ist unsere Meinung jetzt –, „die Kreditkosten zu senken, wie zum Beispiel Senkung der Wertpapierzinsen, ohne den Spareckzins zu verändern.“

Das war die gemeinsam beschlossene Aussage beim Bundesvorstand am 18. Mai. Deshalb auch einige Worte zu den Kreditzinsen. Die Auseinandersetzung um das Sparen und um die Kreditzinsen ist nunmehr durch die Vereinbarung beendet, die zwischen den Kreditinstituten und der Nationalbank getroffen wurde. Die neuen Bestimmungen sind nun festgelegt. Der ÖGB hat sich öfters dazu ausgesprochen und seine Meinung kundgetan.

Worum ging es nun? Ausgangspunkt der Verhandlung war die Frage der Kreditzinsen. Im Interesse des beginnenden Konjunkturaufschwunges sollte mehr investiert und mehr konsumiert werden. Gerade der Wunsch nach billigeren Krediten kommt doch von der Industrie und von der Wirtschaft, gegebenenfalls sollte auch mit Hilfe von Krediten noch mehr investiert werden, das heißt, eine Verbilligung der Kreditzinsen. Um hier Anreize zu schaffen, sollten die Zinsen gesenkt werden, damit mehr Kredite in Anspruch genommen werden, damit die Wirtschaftsbelebung weitergeht, damit ein Konjunkturaufschwung die Vollbeschäftigung sichert.

Hier wurde eben der Erfolg erzielt, daß sich die Kreditinstitute verpflichtet haben, Anfang Juli die Zinssätze um 1 Prozent für Kredite abermals zu senken, unter das Niveau des

Jahresanfangs. Ein wichtiger Schritt in der gegenwärtigen Konjunkturlage. Aber gerne haben die Kreditinstitute diesen Weg nicht beschritten, denn niedrige Kreditzinsen bedeuten für sie niedrigere Einnahmen. Um das zu verkraften, müssen die Kosten gesenkt werden, erklärten sie, und daher werden ebenfalls am 1. Juli die Zinsen für die Giroeinlagen von 0,75 im Jahr auf 0,25 Prozent gesenkt. Was immer noch mehr ist als in anderen Ländern, wo für Girokonten fast überhaupt keine Zinsen gewährt werden.

Außerdem werden die sogenannten Grauen Zinsen abgebaut, also Zinsen, die Großeinleger für ihre Gelder erhalten. Das war auch die Ursache im Jahre 1974 für die Forderung des Gewerkschaftsbundes, die Anhebung der Sparzinsen durchzuführen, nachdem damals bereits hohe Kreditzinsen bei einem Eckzins von 3,5 Prozent verlangt wurden. Doch die Kreditinstitute meinten, mit diesen Kostensenkungen nicht auszukommen und forderten eine Senkung des Zinssatzes für normale Spareinlagen, des sogenannten Eckzinsfußes, und das ab 1. Juli 1976, also zum gleichen Zeitpunkt mit der Kreditverbilligung. Hier ist der ÖGB hart geblieben.

Der ÖGB wies nämlich darauf hin, daß die Banken die Kreditzinsen schon lange erhöht hätten, bevor sie bereit waren, den Eckzinsfuß auf 5 Prozent anzuheben. Das war im Jahr 1974. Und er berief sich darauf, daß alle Kreditinstitute, trotz dauernden Jammerns, im Jahre 1975 nicht geringe Gewinne erzielt hatten. Immer haben wir eben den Standpunkt vertreten, die Kreditwirtschaft müßte eine Vorleistung erbringen, eine Vorleistung, die darin zum Ausdruck kommt, daß eben ab 1. Juli der Zinssatz gesenkt wird und der Eckzinssatz eben dann ab 1. Jänner gesenkt werden soll.

Gleichzeitig mit dem Problemkreis Kreditzinsen – Sparzinsen wurde auch die Frage der staatlichen Sparförderung behandelt. Schon der letzte ÖGB-Bundeskongreß hat darauf hingewiesen, daß hier offensichtlich manchmal zuviel des Guten getan wurde, und zwar zulasten des Staates und damit aller Steuerzahler. Immerhin darf eine vierköpfige Familie in Österreich bei Ausschöpfung aller Sparförderungsmittel fast eine halbe Million Schilling im Jahr steuerbegünstigt sparen. Aber doch nur 1 Prozent der Bevölkerung verdient so viel.

Also es war doch praktisch notwendig, auch hier gewisse Korrekturen zu machen, nachdem nur die Allerreichsten von diesen Maßnahmen einen Vorteil haben, dies zu Lasten aller anderen, denn die Kosten dieser derzeit so starken Sparförderung steigen von Jahr zu Jahr stark an. Deshalb ist es sinnvoll, hier eine

Hofstetter

Überprüfung durchzuführen. Um das Budget zu entlasten, aber auch im Interesse der Gerechtigkeit, sind die Prämien für die verschiedenen geförderten Sparformen etwas gesenkt worden.

Ein Vorschlag des ÖGB konnte allerdings nicht verwirklicht werden, nämlich die Umstellung der Förderung des Versicherungssparens auf Prämien. Das ist eine alte Forderung der Gewerkschaften gewesen, und wir konnten uns bei einigen Dingen schon durchsetzen, ob das die Heiratsbeihilfe war, ob das das Bausparen war und so weiter.

Beim derzeitigen System der Sparte des Versicherungssparens und dem damit verbundenen Steuerabzug ist nämlich die Förderung umso größer, je mehr der betreffende Steuerzahler verdient. Hier wird man auch diese Frage prüfen müssen. Natürlich ist man sich im ÖGB durchaus dessen bewußt, daß die Sparförderung einen Sinn hat. Man hat daher darauf geschaut, daß die Senkung der Prämien nicht zu kräftig ausfällt. Das Resultat ist befriedigend: Bei jeder geförderten Sparform liegt die Verzinsung deutlich über der Preissteigerungsrate. Wer um des Ertrags willen spart, hat weiterhin – gerade die kleinen Sparer – alle Möglichkeiten offen. Diese Möglichkeit ist dem kleinen Sparer durch den 6½prozentigen Sparbrief gegeben. Es werden aber für diese Zwecke nicht mehr zusätzliche Steuergelder ausgegeben, als notwendig ist.

Insgesamt sollte man nun feststellen: Die Kreditzinsen werden gesenkt, um die Wirtschaft anzukurbeln. Die Kosten dafür müssen die Kreditinstitute ein halbes Jahr großteils aus ihren Gewinnen bezahlen. Das Budget wird künftig etwas entlastet, und dennoch kann jeder Sparer mit den geförderten Sparformen eine gute Verzinsung erzielen, womit die Arbeitnehmerinteressen, die Interessen der kleinen Sparer, doch noch gewahrt wurden.

Wenn ein Solidaritätsprinzip im Rahmen der Gewerkschaften entwickelt wurde, so besteht auch Solidarität darin, daß im Rahmen der Vollbeschäftigungspolitik ein Teil der Arbeitnehmer nicht arbeitslos wird und wir alle dafür zahlen müssen, um dieses Ziel zu erreichen beziehungsweise auch zu erhalten. Es müssen also alle einen Teil des Preises für die Vollbeschäftigung zahlen, wobei es sicherlich darauf ankommt, daß diese Steuerlasten und diese Mehrbelastungen für die österreichische Bevölkerung so verteilt sind, daß sie sozial vertretbar sind.

Das Jahr 1976 ist sicherlich kein leichtes Jahr für die Wirtschaftspolitik. Es bestehen zwar gute Aussichten, daß die Konjunktur sich weiter gut entwickelt, doch wird die Aufrechterhaltung der

Vollbeschäftigung einen Preis haben, der bezahlt werden muß. Die österreichische Wirtschaftspolitik, die sich gerade in den vergangenen Jahren so außerordentlich bewährt hat, ist weiterhin entschlossen, auch 1976 und die folgenden Jahre den Weg der Vollbeschäftigung zu gehen; damit ist ein größeres Wirtschaftswachstum und damit auch eine ständige Steigerung des Lebensstandards verbunden.

Zu diesem Zweck muß man sich auch im klaren sein, daß die Aufrechterhaltung der Vollbeschäftigung auf allen Gebieten Opfer kostet. Diese Opfer werden sicherlich von der überwältigenden Mehrheit der österreichischen Bevölkerung für sinnvoll erachtet.

Auch für die Zukunft gilt unsere Devise: Vollbeschäftigung hat den Vorrang. So werden wir unsere Politik in diesem Sinne auch weiterführen. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Präsident: Nächster Redner ist Herr Abgeordneter Dr. Taus.

Abgeordneter Dr. **Taus** (ÖVP): Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Der Herr Abgeordnete Fischer hat heute vormittag mit sehr viel Emotion auf Passagen meiner Hannoveraner Rede Bezug genommen. Ich möchte hier ohne viel Emotion zu den Punkten, die er inkriminiert hat, Stellung nehmen.

Punkt 1. Er hat die Stelle in der Rede inkriminiert, in der es heißt: „Europa ist nach den Grundsätzen und Wertvorstellungen christdemokratischer Parteien wieder aufgebaut, in die Freiheit geführt und unter christdemokratischen Regierungen zu Wohlstand gekommen. Sehr viel Substanz haben die europäischen Sozialisten dazu nicht beigetragen.“

Das ist etwas vom Geistigen her, vom System her. Ich möchte jetzt nicht... *(Zwischenruf bei der SPÖ. – Abg. Dr. Fischer: Zitieren Sie weiter!)*

Das ist genau die Passage. Ich bin gerne bereit, weiterzugehen:

„Sie haben nicht viel mehr getan, als klassenkämpferische Parolen angeboten und ein utopisches System umfassender gesellschaftlicher Planung. Europa verdankt seinen wirtschaftlichen Aufstieg dem Unvermögen der sozialistischen Parteien, ihre Vorstellungen vom Aufbau und der Organisation der Gesellschaft durchzusetzen.“ – Das ist die Passage.

Es ist klar – und jeder, der sich mit den Dingen beschäftigt, weiß es –, daß Europa tatsächlich nach marktwirtschaftlichen Grundsätzen aufgebaut wurde, wo selbstverständlich die sozialistischen Parteien mitgearbeitet haben, aber sie haben zur Substanz nichts beigetragen.

Dr. Taus

Ich sage hier einen unverdächtigen Zeugen, der unserem Lager sicherlich nicht nahe steht. Ich nehme hier ein Buch „Österreichs Wirtschaftsstruktur; gestern – heute – morgen“, eine Passage von Professor Rothschild:

Träger der Restaurationsbewegung waren begreiflicherweise die konservativen Kräfte im politischen Feld – also die ÖVP –, die so wie in Westdeutschland eine Politik der sozialen Marktwirtschaft zu dem Wirtschaftsprogramm machten. Ähnlich verlief die Entwicklung ja auch in den meisten anderen westeuropäischen Staaten. In Österreich erhielt sie eine besondere Note durch die Abwesenheit eines ersten oppositionellen Wirtschaftskonzepts im Parlament und im öffentlichen Leben. *(Zwischenruf bei der SPÖ. – Abg. Dr. Fischer: Nur daß er Kommunist war, als er das geschrieben hat! Nehmen Sie Kommunisten zu Kronzeugen?)*

Sind Sie der Auffassung, Herr Dr. Fischer, daß planwirtschaftliche Grundsätze nach 1945 in der österreichischen Wirtschaft im Aufbau eine Rolle gespielt haben? Wenn ja, dann würde ich Sie bitten, es zu beweisen.

Das zweite Argument, das hier kam, die Frage „der pluralistischen Demokratie, zu der wir uns bekennen, war vielen sozialistischen Parteien viele Jahre hindurch ein Greuel. Sie haben sie erst entdeckt, als sie ihre Taktik geändert haben und dieses freie, pluralistische System als geeignetes Vehikel zur Erringung der Macht geortet hatten und den Wählern einzureden versuchten, daß sie sich geändert haben“.

Ich darf Ihnen jetzt folgendes dazu sagen. Die meiste Zeit hindurch und erst mit der Programmdiskussion um das Wiener Programm und mit der Diskussion vor allem um das Godesberger Programm hat die Sozialdemokratie pluralistische gesellschaftliche Grundsätze akzeptiert.

Ich nehme nur eine Stelle, ich könnte viele Stellen herausnehmen, aber ich nehme nur eine Stelle aus „Der Weg der Sozialdemokratie“ von Peter Glotz, und hier nur eine Passage: „Knoeringen macht Schluß mit der alten sozialdemokratischen Parole der Weimarer Zeit, die da lautete ‚Demokratie, das ist nicht viel, Sozialismus ist das Ziel‘; er verweist auf den Vorrang des Grundwerts Freiheit vor dem Grundwert Gleichheit.“

Ich könnte eine ganze Reihe von anderen Passagen zitieren, die einfach zeigen, daß die Sozialdemokratie erst sehr spät, und zwar gegen Ende der Wiederaufbauperiode, das pluralistische System akzeptiert hat.

Sie haben jetzt noch Flügel in wichtigen sozialdemokratischen Bereichen, auch in Österreich. Ich glaube, daß Ihre Parteijugend, die ja

ein Teil Ihrer Partei ist, dieses System heute noch nicht akzeptiert. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Ich darf vielleicht nur ganz kurz hier weiter zitieren. Ich habe hier einen interessanten Aufsatz des Herrn Kollegen Blecha in der „Neuen Gesellschaft“, im Juni 1972 abgedruckt, in dem zum Beispiel der Kollege Blecha, der immerhin Zentralsekretär Ihrer Partei ist, folgendes geschrieben hat:

„Die SPÖ kann und will keine linke Volkspartei sein, sie kann und will nicht der Juniorpartner eines Systems sein, in dem alle paar Jahre über etwas mehr Einkommenszuwachs der Lohn- und Gehaltsabhängigen diskutiert wird, über etwas mehr Liberalität im Rechtsbereich, über etwas mildere Steuerprogression für mittlere Einkommen und über etwas mehr Chancengleichheit im Bildungssektor. Die SPÖ will den Organisationsstaat effizienter machen und die Wirtschaft modernisieren, aber sie will gleichzeitig auch das bestehende System von Grund auf verändern.“

Ich könnte noch etliche Sachen weiterzitieren. Das sind einfach Passagen, die – und das ist das entscheidende – schon stark einen Klassenpartei charakter betonen. Was gar nichts Böses ist, aber es soll festgestellt werden. *(Beifall bei der ÖVP.)* Gar nichts Böses! Zentralsekretär Blecha 1972. Ich möchte Sie nur nicht zu lange im einzelnen mit diesen Dingen langweilen.

Und nun gestatten Sie mir, daß ich zur letzten ... *(Zwischenrufe bei der SPÖ.)* So gestatten Sie mir, daß ich zur letzten inkriminierten Stelle des Kollegen Fischer komme. Ich hoffe, daß ich mit ihm noch viele grundsätzliche Diskussionen habe, weil ich das für wesentlich halte. Er hat gesagt, daß der Satz „Sozialismus ist vollendete Demokratie“ – meiner Meinung nach eine klare Aussage gegen die pluralistische Demokratie – keine klare Aussage gegen die pluralistische Demokratie ist. Wobei wir uns über den Begriff des Pluralismus unterhalten müssen. Ich möchte ihn fragen – wir werden das nicht ausdiskutieren können –, wie stellt er sich im Zustand des Sozialismus = vollendete Demokratie die Existenz nichtsozialistischer Parteien vor. Wie bitte schön soll das funktionieren? Das hätte ich sehr gerne gewußt.

Nun noch zum Schluß ein Zitat eines älteren Kollegen dieses Hauses, des Herrn Abgeordneten Czernetz, der in der „Zukunft“ im Jahre 1972 folgendes geschrieben hat: „Das sozialistische Gesellschaftsmodell sieht darum eine gemischtwirtschaftliche Ordnung vor, in der die entscheidenden, für die Gesellschaft wichtigen Produktionsmittel gemeinwirtschaftlich betrieben werden, also sozialisiert sind. Neben diesem gemeinwirtschaftlichen Sektor wird es wahr-

Dr. Taus

scheinlich noch lange private Klein- und Mittelbetriebe in der Landwirtschaft, im Gewerbe und im Handel geben können“.

Meine Herren! Das ist also ebenfalls eine Gesellschaft auf Zeit in der Konstruktion, und wir sind eben der Auffassung, daß der Pluralismus natürlich das Bekenntnis zur Dezentralisierung von Produktions- und Investitionsentscheidungen ebenfalls mit sich einschließt. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Ich halte aber, meine sehr geehrten Damen und Herren, grundsätzliche Diskussionen für wesentlich und für notwendig. Sie sind für die Demokratie wichtig und notwendig. Wir sind genauso nicht böse, wenn Sie sich mit unseren Grundsätzen und Prinzipien auseinandersetzen. Ich halte das für wichtig. Genauso wie Sie uns nicht böse sein dürfen, wenn wir das tun – bei Ihnen, mit Ihren Prinzipien und mit Ihrem System, das Sie anstreben. Die Staatsbürger haben ein Recht, das zu erfahren, und zwar interpretiert von Politikern.

Nun gestatten Sie mir ein letztes. Ich höre dann gleich damit auf. Ich hoffe, daß sich niemand hier vom SPÖ-Klub – und ich bin fast überzeugt davon, daß es so ist – damit identifiziert. Es gibt eine SK-Aussendung von heute, in der folgendes drinnensteht:

„Die unerhörten Entgleisungen des ÖVP-Obmannes in Hannover waren offenbar nicht genug. Taus mußte sich mit der ungeheuerlichen Behauptung, die Bundespräsidenten Renner oder Körner hätten im Prinzip nichts für den Wiederaufbau Österreichs getan, noch übertrumpfen. Diese Äußerung, für die sich die übrigen Abgeordneten der ÖVP augenscheinlich genierten, machte der ÖVP-Obmann als Zwischenruf während der Rede des SPÖ-Klubmanns Fischer Donnerstag in der parlamentarischen ...“ und so weiter.

Meine sehr geehrten Damen und Herren von der sozialistischen Fraktion! Den Zwischenruf gibt es nicht. Ich habe jetzt im Protokoll zur Sicherheit nachgeschaut. Er kann nicht da sein, weil so eine Sache nicht da ist. Ich bin überzeugt davon, Sie identifizieren sich nicht damit.

Ich möchte Ihnen sagen, ich bin erst kurz in diesem Haus, aber Sie werden von mir noch nie gehört haben, daß ich jemand persönlich verunglimpft habe. Ich werde jedem vom System her und von der Politik her so hart angreifen, so hart ich das für vertretbar und möglich halte. Ich wünsche mir, daß es hier noch im Interesse der Demokratie sehr, sehr viele harte Diskussionen geben wird. Ich wünsche mir diese harten Diskussionen vor allem mit dem Kollegen Fischer.

Aber eines, bitte schön, meine Herren, bitte ich Sie zur Kenntnis zu nehmen: Mit einer solchen Verunglimpfung, wie Sie vorgegangen sind, tun Sie der Demokratie ganz gewiß keinen guten Dienst. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Präsident: Nächster Redner ist der Herr Abgeordnete Blecha.

Abgeordneter **Blecha** (SPÖ): Herr Präsident! Hohes Haus! Die heutige Debatte stand im Schatten des größten Rückschlages jenes marktwirtschaftlichen Systems, das nach dem zweiten Weltkrieg hier errichtet worden ist. Es war der größte Rückschlag; das hat wohl niemand, nicht einmal Professor Koren, geleugnet. Nur drei Länder in Europa haben diesen Rückschlag ohne große Arbeitslosigkeit überstanden – das waren Norwegen, Schweden und Österreich *(Ruf bei der ÖVP: Ich habe geglaubt, es hat keinen Rückschlag gegeben, es war doch immer alles bestens!)* –, und zufälligerweise sind alle drei Länder sozialdemokratisch regiert. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Da wagt es der Herr Dr. Taus, davon zu reden, daß die Sozialdemokraten in diesem Europa nichts an geistiger Substanz beizutragen gehabt hätten. *(Zwischenrufe bei der ÖVP.)* Dieses Jahr 1975 ... *(Lebhafte Rufe und Gegenrufe. – Zwischenruf des Abg. Kern.)* Ich will jetzt auf die geistige Substanz wirklich nicht eingehen, Herr Kern, aber lassen Sie wenigstens nur einige Hinweise gelten. Jedenfalls ist unbestritten, daß diese Rezession, die in Wirklichkeit eine ausgewachsene Krise ist *(Abg. Dr. Blenk: Das ist eine bequeme Argumentation!)*, die schwerste ist, die Europa seit den düsteren dreißiger Jahren durchgemacht hat. *(Abg. Dr. Blenk: Seit wann wissen Sie das?)* Das können Sie mit Ihren Zwischenrufen nicht wegbringen.

Fast in allen Industriestaaten mit marktwirtschaftlicher Ordnung schrumpfte das Bruttonationalprodukt im vergangenen Jahr. Als Folge der Weltinflation, als Ergebnis einer weltweiten, gleichzeitig aber sehr unkoordiniert durchgeführten *(Abg. Dr. Blenk: Da sind Sie aber spät draufgekommen!)* Stabilisierungspolitik, zu der der Ölschock gekommen ist, und als Resultat einer Wirtschaftsordnung *(Abg. Dr. Blenk: Das ist der alte Blecha!)*, Herr Kollege Blenk, in der auch heute noch das Profitmotiv in Wirklichkeit der Motor der Entwicklung ist und in der den Regierungen neben der Angst vor drohenden gigantischen Zahlungsbilanzdefiziten nur die Möglichkeit zu sehr drastischen Konjunkturdämpfungsmaßnahmen blieb *(Abg. Dr. Gruber: Lehnen Sie jetzt das System der totalen Marktwirtschaft ab oder nicht?)*, die ihrerseits nun wieder starke Wirtschaftsrückschläge in diesen Ländern ausgelöst haben, schlich sich

Blecha

eben die Krise in den Industrieländern ein. *(Abg. Dr. Gruber: Wollen Sie das System überwinden, das System der sozialen Marktwirtschaft? Wollen Sie es beseitigen?)* Ja, wir wollen sicher ein bestimmtes System, auf das ich noch zu sprechen komme, überwinden, Herr Kollege Gruber. Das ist eben der Unterschied zwischen der ÖVP und der SPÖ. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Als die Vertreter dieses Systems in Österreich - und Ihre Redner haben das heute schon betont - zwischen 1966 und 1970 die alleinige Verantwortung getragen haben, da gab es bei einer kleinen Rezession in Österreich 160.000 Arbeitslose. In der Welt gab es damals 8 Millionen Arbeitslose, 160.000 waren es in Österreich. Jetzt gab es am Höhepunkt der Krise 18 Millionen Arbeitslose in der Welt, aber in Österreich nicht einmal 100.000. *(Beifall bei der SPÖ.)* Das heißt, die halbe Zahl Arbeitslose in Österreich verglichen mit 1968, zu einem Zeitpunkt, zu dem es in der Industrieländerwelt mehr als doppelt so viele Arbeitslose als 1968 gegeben hat. Das ist der Unterschied. *(Abg. Dr. Gruber: Wollen Sie die soziale Marktwirtschaft beseitigen? - Abg. Dr. Schwimmer: Suchen Sie die richtigen Zahlen heraus! Sie haben die falschen Zahlen!)*

Wir haben in Österreich ein gemischtwirtschaftliches System, Herr Kollege Gruber, und die Arbeitsplatzsicherung funktioniert, weil wir ein gemischtes System haben, welches eine Wirtschaftspartnerschaft möglich gemacht hat. Und gerade deshalb, weil dieses gemischtwirtschaftliche System in anderen westeuropäischen Ländern nicht existiert, ist auch diese Wirtschaftspartnerschaft nicht so einfach dorthin übertragbar. *(Abg. Dr. Gruber: Sie lehnen die soziale Marktwirtschaft ab!)* Wir lehnen den Kapitalismus ab, der sich sehr oft unter dem Mäntelchen einer sozialen Marktwirtschaft verstecken möchte. *(Zustimmung bei der SPÖ. - Abg. Dr. Gruber: Also sagen Sie ja zur sozialen Marktwirtschaft!)*

Wir haben jedenfalls in dieser gemischtwirtschaftlichen Ordnung Rekordbeschäftigungszahlen erreicht. Wir sagen nein zum Kapitalismus, wir sagen ja zu einer sozialen Wirtschaft, an der die Arbeitenden auch beteiligt sind. *(Neuerliche Zustimmung bei der SPÖ. - Abg. Dr. Gruber: Aber das jetzige System wollen Sie abschaffen!)*

Wir haben ein verändertes System vor der Öffentlichkeit zu präsentieren, meine sehr geehrten Damen und Herren, das seit Herbst des vergangenen Jahres Rekordbeschäftigungszahlen produziert, während Sie in Ihrer Zeit mit einer - verglichen mit dem, was wir heute haben, geradezu lächerlichen - Rezession nicht fertigwerden konnten. *(Abg. Dr. Schwimmer:*

Das ist der Bauringkapitalismus! - Abg. Dr. Gruber: Das ist der Bauringkapitalismus! - Abg. Dr. Schwimmer: Er ist nur für den gemischten Bauringkapitalismus!)

Es ist Ihnen eben unangenehm, wenn man von Arbeitslosenraten spricht. Das kann ich mir vorstellen, Herr Dr. Schwimmer. Wir haben jetzt eine Arbeitslosenrate von 1,6 Prozent. Das ist die niedrigste Rate, wenn wir von den Hochkonjunkturjahren 1973 und 1974 absehen, die in den vergangenen zehn Jahren registriert werden konnte. Das tut Ihnen weh. Wir haben den Beschäftigungsrekord des Vorjahres um 27.000 übertroffen, den absoluten Rekord Österreichs vom Mai 1974 um 21.000 Beschäftigte übertroffen. *(Abg. Dr. Schwimmer: Und Bauringskandalrekorde!)*

Das Geheimnis dieses österreichischen Wirtschaftswunders ist eben eine sehr konsequente antizyklische Budgetpolitik, Hohes Haus, ist das Ergebnis der Finanzpolitik dieser Regierung, ist das Ergebnis einer gemischten Wirtschaftsordnung, die sich, um es Ihnen einmal ganz klar zu sagen, im Bereich der Schwerindustrie dank der Bereitschaft des Eigentümers, Verluste in Kauf zu nehmen, beschäftigungspolitisch so positiv ausgewirkt hat. *(Beifall bei der SPÖ.)* Diese gemischte Wirtschaftsordnung mit dem großen gemeinwirtschaftlichen Sektor hat die positiven Ergebnisse der österreichischen Beschäftigungspolitik möglich gemacht. *(Neuerlicher Beifall bei der SPÖ. - Abg. Dr. Schwimmer: Sie wollen ganz Österreich zu einem Bauring machen!)*

Und zum Dritten ist für das österreichische Wirtschaftswunder auch eine erfolgreiche Außenhandelspolitik verantwortlich, die sich auf eine sehr gediegene Außenpolitik gründet, eine Außenpolitik, die Ihr Kollege Karasek bei jeder sich bietenden Gelegenheit zu diffamieren versucht. *(Widerspruch bei der ÖVP.)* Jawohl! Schauen Sie: Wenn der Herr Dr. Kreisky als Bundeskanzler dieser Republik oder in einer anderen Funktion irgendwohin gefahren ist, dann hat er aus diesen Ländern - ganz gleich, ob das jetzt Polen war oder Frankreich war oder Abu Dhabi war oder die Arabischen Emirate waren *(Abg. Dr. Gruber: Bauring!)* - Milliarden-Aufträge für die österreichische Wirtschaft mitgebracht. Wenn Dr. Taus herumgereist ist - nach Italien oder nach Deutschland -, dann hat er Antisozialismusparolen nach Österreich zurückgebracht. Das ist der Unterschied. *(Zustimmung bei der SPÖ. - Abg. Dr. Blenk: Sehr konfus ist das in diesem Lande!)*

Um es Ihnen noch einmal ganz klar zu sagen: Diese Politik, die hier in diesem Land betrieben wird, Hohes Haus, ist eine solche, die sich an sittlichen Grundwerten orientiert. *(Lebhafte*

Blecha

Rufe und Gegenrufe zwischen Abgeordneten der SPÖ und ÖVP. – Abg. Dr. Schwimmer: Ordnungsruf! – Rufe bei der ÖVP: Wir lassen uns das nicht gefallen! – Abg. Dr. Schwimmer: Er soll sich entschuldigen! Das ist ja unmöglich! – Andauernde Rufe und Gegenrufe.)

Wenn der Abgeordnete Dr. Mock hier erklärt hat, daß er jene Grundwerte vermißt, an denen sich sozialistische Politik orientiert (*Abg. Dr. Schwimmer: Unerhört!*), dann kann ich nur eines sagen (*Abg. Dr. Schwimmer: Reden Sie nicht weiter! Entschuldigen Sie sich für den Pözl!*), daß er sie an jenen Ziffern, an jenen Prozentzahlen ablesen kann, die einfach lauten: Mock hat hier erklärt (*Abg. Dr. Schwimmer: Entschuldigen soll er sich für den Pözl!*), daß in Österreich seit 1970 die Preise bei geregelten Waren um 42 Prozent gestiegen wären, bei unregulierten um 40 Prozent. Er wird sofort erkennen, an welchen Grundwerten die sozialistische Politik orientiert ist, wenn ich ihm hier sage, daß im gleichen Zeitraum, in dem, wie er hier ausgeführt hat, die Preise um 40 Prozent gestiegen sind, das durchschnittliche Pro-Kopf-Einkommen ... (*Protestrufe bei der ÖVP – Anhaltende Zwischenrufe des Abg. Dr. Schwimmer – Rufe und Gegenrufe bei Abgeordneten der SPÖ und ÖVP.*)

Präsident (*das Glockenzeichen gebend*): Meine Damen und Herren! Bitte, benehmen Sie sich der Würde des Hauses entsprechend. Das gilt für alle Zwischenrufer. (*Abg. Dr. Schwimmer: Pözl! – Abg. Pözl: Wer hat denn den Ton angefangen? – Weitere Zwischenrufe bei ÖVP und SPÖ.*)

Meine Herren! Wenn Sie vielleicht zu aufgeregt sind, kann ich die Sitzung auch eine Zeit unterbrechen. Aber ich glaube, es ist zweckmäßiger, wir gehen in der Debatte weiter. Ich bitte um Ruhe! Blecha ist am Wort.

Abgeordneter **Blecha** (*fortsetzend*): Hohes Haus! Die urgierten Grundwerte lassen sich an sehr handfesten Prozentziffern ablesen. (*Abg. Kraft: Wie der Herr, so's Gescherr!*) Bei einer Preissteigerung von 40 und 42 Prozent, die Ihr Dr. Mock in den Mittelpunkt seines Beitrages gestellt hat, sind zur gleichen Zeit die durchschnittlichen Pro-Kopf-Einkommen in Österreich um 81,1 Prozent gestiegen, ist das Volkseinkommen um mehr als 75 Prozent erhöht worden, sind die Pensionen um 80,4 Prozent gewachsen.

Von allen Industriestaaten – und damit möchte ich die Zitate von Statistiken auch schon beenden – verzeichneten im großen Krisenjahr 1975 nur sieben eine Steigerung des Lebensstandards ihrer Bevölkerung. Die anderen hatten

eine Absenkung des Lebensstandards festzustellen. Ich darf nur einige hier anführen: Italien etwa hatte eine Senkung des Lebensstandards von 3,8 Prozent im vergangenen Jahr zu verzeichnen. Aber selbst die reichen USA hatten eine Lebensstandardsenkung um 0,8 Prozent. Die reiche, so oft als Vorbild beschworene Schweiz hat eine Lebensstandardsenkung von 2,7 Prozent (*Abg. Dr. Blenk: Da können Sie sich etwas abschneiden!*), während zur selben Zeit einsam an der Spitze jener sieben Länder, die eine Steigerung des Lebensstandards ihrer Bevölkerung in den internationalen Statistiken ausweisen, Österreich mit einer Zunahme von 2,7 Prozent rangiert. Diese Statistik ist auch in dem Ihnen keineswegs so fern stehenden „Kurier“ an prominenter Stelle gebracht und entsprechend kommentiert worden. (*Abg. Dr. Blenk: Aus welchem Wirtschaftssystem?*) Des westlichen Wirtschaftssystems. (*Abg. Dr. Blenk: Eben! Aber Sie wollen das überwinden!*)

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Es hat vor wenigen Tagen, am 4. Juni, in der Wochenschrift „Finanznachrichten“ ihr Herausgeber Professor Knapp geschrieben – fast möchte ich sagen, als ob er schon eine Vorahnung der heutigen Debatte und dieser Zwischenrufforgien gehabt hätte; ich darf mit Zustimmung des Präsidenten zitieren –:

Die ÖVP läuft Amok und scheint, zumindest nach ihren Belangsendungen zu schließen – hätte er jetzt die Debatte erlebt, auch nach den Zwischenrufen im Hohen Haus zu schließen (*Abg. Graf: Ja vom Herrn Pözl!*) –, jede Hoffnung aufgegeben zu haben, je wieder Regierungsverantwortung übernehmen zu können.

Und dieser Professor Knapp schreibt weiter:

Anders als mit der Intention, zum Sammelbeken jeglicher Unzufriedenheit und allen Staatsverdrusses zu werden, ist es doch kaum zu erklären – ich zitiere Professor Knapp aus seinen „Finanznachrichten“ vom 4. Juni 1976 –, daß sie sich der dümmsten Argumente bedient, auf die diese Partei je verfallen ist.

Nachdem wir die verschiedenen Reden des Parteiobmannes der ÖVP in letzter Zeit gelesen haben und heute einige Ihrer Redner anhören konnten, haben wir uns des Eindrucks nicht erwehren können, daß die Nostalgiewelle nun endgültig vom Herrn Taus und offensichtlich von der ganzen ÖVP Besitz ergriffen hat, man träumt offenbar davon, daß die rote Katze wieder auferstehen kann, daß man den Sozialismus schlechtmachen kann, daß eine Verunglimpfungs- oder Verteufelungskampagne wirksam sein kann.

Blecha

Soweit man hört, hat ja der Herr Bergmann, der offensichtlich jetzt sehr viel in der ÖVP zu reden hat, die Parole ausgegeben, innerhalb der nächsten Jahre das Wort „Sozialismus“ so zu verunglimpfen, daß man es nicht mehr gern in den Mund nimmt. Das ist Ihr Beitrag zur Demokratie, zur pluralistischen Demokratie, die nur existiert, weil es auch sozialdemokratische Parteien gibt. *(Zustimmung bei der SPÖ.)*

Mit dem Slogan, der Sozialismus ist zu teuer, wurde die erste Stilprobe bereits abgegeben, und mit der ungewollt richtigen Feststellung, daß der Sozialismus Folgen hat, ist die Fortsetzung erreicht. Jawohl: Der Sozialismus hat Folgen, nämlich Rekordbeschäftigungsziffern. Jawohl: Der Sozialismus hat Folgen, nämlich steigendes Wirtschaftswachstum auch 1976 hier in Österreich, steigenden Lebensstandard in einer Welt der größten Krise, auch 1975. *(Beifall bei der SPÖ.)* Dieser Sozialismus hat Folgen, nämlich Erfolge in der Inflationsbekämpfung. In den Jahren seit 1970 gibt es ja neben den USA und der Bundesrepublik Deutschland überhaupt kein Land in der westlichen Industrieland, das eine erfolgreichere Inflationsbekämpfung ausweisen kann, denn nur diese beiden Länder haben geringfügig niedrigere Inflationsraten als das kleine Österreich. Das sind die Folgen des Sozialismus! *(Abg. Dr. Halder: In den Unterlagen der Regierung ...!)*

Der Abschluß der Kampagne wird offensichtlich heute bereits anvisiert, aus Deutschland importiert: Freiheit oder Sozialismus. Sonst wären ja die Äußerungen vor allem des Abgeordneten Mock gar nicht zu verstehen gewesen.

Nur muß man hier einmal sehr deutlich sagen, welche Freiheit die Konservativen eigentlich meinen, jenseits der Salzach und hier herüber. Ist das die Freiheit vom Wohlfahrtsstaat, zu dem wir uns eben bekennen, den wir mitgebaut und den wir jetzt in den vergangenen sechs Jahren vervollständigt haben? Ist das die Freiheit vom Wohlfahrtsstaat, mehr Ellbogenfreiheit für den wirtschaftlich Starken? Ist das mehr Freiheit der wenigen auf Kosten der Freiheit der vielen, nämlich der wirtschaftlich Schwachen?

Sozialisten haben in diesem Europa, auf diesem Kontinent, in den vergangenen Jahrzehnten mit Erfolg für mehr Freiheit, für mehr Gleichheit, für mehr Gerechtigkeit, für mehr Solidarität gekämpft und auch gelitten. *(Abg. Kern: Denken Sie an die Bauernkammer!)* Und sie erreichten vor allem in dem Europa nach dem zweiten Weltkrieg, von dem Taus hier behauptet hat, die Sozialisten hätten nichts an geistiger Substanz beizutragen gehabt, durch ihre Reformpolitik – und das muß man hier mit aller

Deutlichkeit einmal unterstreichen – mehr Freiheit für die Arbeiter und Angestellten, mehr Freiheit für die alten Menschen, mehr Freiheit für die Unterprivilegierten, mehr Freiheit für die Jugend. Und Österreich in den vergangenen sechs Jahren ist ein treffender Beweis dafür. *(Beifall bei der SPÖ. – Abg. Kern: Weniger Freiheit für die Bauern!)*

In diesem Kampf um soziale Demokratie, in dem Kampf um soziale Gerechtigkeit und damit – denn das sind ja die Voraussetzungen dafür – in dem Kampf um die Ausweitung auch der individuellen Freiheitsrechte standen die Konservativen in der Vergangenheit immer auf der anderen Seite. Oder soll ich Sie daran erinnern – Kollege Bauer schüttelt den Kopf –, daß doch in Wirklichkeit die Freiheit, die Ihre Vorgängerin, die Vorgängerpartei in der Vergangenheit verteidigt hat, die Freiheit der Fabriksherren, gegen die Arbeiter gerichtet war, die Freiheit der Fabriksherren, ihre Arbeiter ausbeuten zu können. *(Abg. Dr. Gruber: Das ist eine Klassenkampfredel!)* Haben Sie nicht auch die Freiheit der Hausherrn verteidigt, die Mieter auf die Straße zu werfen? Haben wir nicht die Freiheit der vielen erst durchsetzen müssen im Kampf gegen jene Konservativen, die immer nur Freiheit der wenigen gemeint haben? *(Neuerlicher Zwischenruf des Abg. Dr. Gruber.)*

Jawohl, Herr Gruber, ich werde Ihnen jetzt etwas sagen. Wir haben dem Abgeordneten Mock aufmerksam zugehört. Er hat uns den Kampf für ein modernes Bodenrecht, den wir hier geführt haben und den wir dann mit Ihnen erfolgreich zu einem Abschluß gebracht haben – das muß man ja dazu sagen: mit Ihnen gemeinsam zu einem erfolgreichen Abschluß geführt haben –, als einen Beweis der Eigentumsfeindlichkeit des Sozialismus präsentiert und ausgelegt. *(Abg. Dr. Hauser: Das Bodenbeschaffungsgesetz haben wir ja nicht mit Ihnen beschlossen!)* Er hat erklärt, daß die Eigentumsbildung, wie er sie vertritt, als ordnungspolitisches Anliegen bedroht war durch den Anspruch der Sozialisten auf Änderung einer obsolet gewordenen Bodenordnung.

Hier muß man schon einmal ganz deutlich sagen, daß die Benützung des Bodens für den Menschen ebenso lebenswichtig ist wie Licht, Luft und Wasser und daß Boden ein Gut ist, das nicht beliebig vermehrbar ist, daß er an sich kostenlos der Menschheit zur Verfügung gestanden ist *(Abg. Dr. Bauer: Ich habe stark den Eindruck, Karl Marx wird gleich weinen!)* und daß der Boden, der nicht beliebig vermehrbar ist, in Wirklichkeit zum Spielball der Spekulation geworden ist, daß die Zwangslage von Spekulanten ausgenützt worden ist. Und dagegen haben wir uns gewendet. Nicht gegen die

2470

Nationalrat XIV. GP - 27. Sitzung - 10. Juni 1976

Blecha

soziale Bindung des Bodeneigentums sind wir aufgetreten (*Abg. Dr. Schwimmer: Der Machek zum Beispiel!*), die wir auch vertreten, sondern gegen jene Auswüchse, die dieses System hervorgebracht hat. (*Abg. Dr. Schwimmer: Meinen Sie den Machek? Sie vertreten den Machek!*) Jawohl, da sehen Sie an diesem Beispiel so treffend, wie es steht um die Durchsetzung der Freiheit der vielen und um die Zurückweisung des Absolutheitsanspruches der Freiheit ganz weniger. Wann immer bei uns eine Gemeinde Straßen- oder Kanalisationsbauten ... (*Abg. Dr. Gruber: Gestern haben wir ein Gesetz beschlossen, wo der Bund für Seeufergrund 600 S pro Quadratmeter von einer armen Gemeinde verlangt hat. Gestern haben wir das beschlossen, von Ihrer Regierung vorgeschlagen!* - *Abg. Dr. Schwimmer: ... Martinuzzi und so weiter!* - *Abg. Dr. Gruber: Wissen Sie das?*)

Wir sind jedenfalls für die Beseitigung dieser Zustände eingetreten, wo in Wirklichkeit durch die Gemeinden, die sich immer mehr und mehr verschuldet haben, entstandene Bodenwertwüchse ausschließlich auf die privaten Konten geflossen sind (*Abg. Dr. Schwimmer: Darauf geht er gar nicht ein!*), wo in Wirklichkeit die Bodenpreise in die Höhe geschneit sind, wo in Wirklichkeit die Gemeinden Gemeinschaftseinrichtungen nur mehr dort errichten konnten, wo sie zufällig über Bodeneigentum verfügt haben. (*Abg. Dr. Gruber: Und der Bund verlangt von der Gemeinde 600 S pro Quadratmeter!*)

Gegen diese Auswüchse haben wir uns zur Wehr gesetzt. Und da erklärt Herr Mock: Das ist ein Beweis für die Eigentumsfeindlichkeit der Sozialisten. (*Abg. Dr. Gruber: Da soll er nicht polemisieren? Der Bund selber ist Bodenspekulant unter dieser Bundesregierung!*)

Aber diese Passage gegen die Bodenordnung war ja doch wirklich ein lächerliches Beispiel des Abgeordneten Mock, um uns in einem Punkt, wo wir gemeinsam zu Änderungen eines unhaltbaren Zustandes gekommen sind ... (*Abg. Dr. Gruber: Wir haben nicht mitgestimmt bei dem Bodenbeschaffungsgesetz!*) Das weiß ich, aber Sie haben mitgearbeitet und haben sogar einige Dinge für sich reklamiert dabei (*Abg. Dr. Gruber: Aber es ist nicht gemeinsam beschlossen worden!*), einige haben Sie sogar reklamiert, daß sie nur hineingekommen wären auf Grund Ihrer Mitarbeit, Kollege Dr. Gruber. (*Abg. Dr. Gruber: Wir haben es verbessert!*) Na sehen Sie! (*Abg. Dr. Gruber: Aber wir haben bei der Bodenbeschaffung nicht mitgestimmt, weil es eigentumsfeindlich ist!*)

Das weist sich schon aus, was Sie sind. Nur Sie haben sich noch gerühmt, daß Sie hier mitgearbeitet hätten, einiges hineingebracht hätten

(*Abg. Dr. Gruber: Natürlich!*), und heute wird es hingestellt als ein Beispiel der Eigentumsfeindlichkeit der Sozialisten. (*Abg. Dr. Gruber: Weil es ein Beispiel der Eigentumsfeindlichkeit geblieben ist!*) Und was ist dieses von Mock hier beschworene ordnungspolitische System? (*Abg. Dr. Gruber: Er kennt die Gesetze nicht, die beschlossen worden sind - aber reden!*) Galbraith hat es jedenfalls gekennzeichnet als ein System, in dem maximales Profitstreben zum Maßstab aller Dinge geworden ist. (*Abg. Dr. Gruber: Lauter Sprüche!*) Gegen diesen Maßstab wenden wir uns, und das unterscheidet uns in Wirklichkeit voneinander. (*Beifall bei der SPÖ.* - *Abg. Dr. Gruber: Sie kennen die Gesetze und die Abstimmungsergebnisse nicht!*)

Herr Dr. Gruber! Ich weiß ganz genau, wie die Abstimmungsverhältnisse beim Assanierungs- und beim Bodenbeschaffungsgesetz waren. Das ist ein Komplex, darüber ist lange genug gesprochen, lange genug verhandelt worden. Gerade von Ihnen ist dann das Problem der sozialen Bindung des Eigentums in die Diskussion geworfen worden. (*Abg. Dr. Gruber: Da haben wir ja zugestimmt!*) Hier kommen dann Leute von Ihrer Fraktion und wollen das ganze auf den Kopf stellen. So geht das nicht! (*Beifall bei der SPÖ.* - *Abg. Dr. Gruber: Beim Assanierungsgesetz haben wir ja zugestimmt, aber nicht beim Bodenbeschaffungsgesetz, weil es eigentumsfeindlich geblieben ist!*)

Die Entscheidung, meine sehr geehrten Damen und Herren (*Abg. Kraft: Alt-Konecny Blecha!* - *Ruf bei der SPÖ: Mein Gott!*), die Entscheidung über unsere politischen Zielvorstellungen wird jedenfalls von Grundwerten, zu denen wir uns immer wieder auch durch unsere praktische Politik bekennen, bestimmt: durch Freiheit, Gleichheit, Gerechtigkeit und Solidarität. Diese gesellschaftspolitischen Grundforderungen der Sozialisten, die wir auch hier in der Praxis des Hohen Hauses immer wieder zu stellen haben, ergeben sich aus diesen Bekenntnissen. Für uns sind diese Grundwerte gleichrangig, sie stehen in einem inneren Zusammenhang.

Auch hier unterscheiden wir uns so wesentlich von Ihnen, meine Herren von der konservativen Seite. (*Abg. Kraft: Gott sei Dank!*) Freiheit, Gleichheit, Gerechtigkeit, Solidarität verbindet ein innerer Zusammenhang, sie sind ausbaufähig, und wir beweisen immer wieder aufs neue, daß es mehr Freiheit und mehr Gerechtigkeit und mehr Solidarität geben kann.

Aber Sie stehen auf dem Standpunkt, daß mehr Gerechtigkeit mit weniger Freiheit verbunden ist, daß mehr Freiheit auf Kosten von Solidarität geht. Das hat nicht zuletzt Schelsky

Blecha

auf Ihrem Parteitag im vergangenen Jahr erst vorgelesen. Das ist ein sehr wesentlicher und ein sehr grundsätzlicher Unterschied, und den muß man herausstellen, wenn man eine Grundsatzdebatte führen will.

Freiheit bedeutet für uns Sozialisten frei sein von Abhängigkeiten. Die Grundidee des demokratischen Sozialismus ist eben die freie Entfaltung der Persönlichkeit. Um diese zu verwirklichen, bedarf es bestimmter gleichwertiger gesellschaftlicher Bedingungen.

Das wiederum unterscheidet uns sehr wohl von Ihnen. Unser Gleichheitsbegriff geht über den der bloßen Chancengleichheit hinaus, denn er ist für uns der reine Gegensatz zur Ungleichheit gesellschaftlicher Lebensbedingungen, zu den krassen Einkommens-, den Macht- und den Besitzunterschieden in der Gesellschaft. Unsere Gleichheit verneint – das muß man auch mit aller Deutlichkeit sagen – Gleichförmigkeit, weil wir von Gleichmacherei nichts halten, weil diese in Wirklichkeit unmöglich ist. Unsere Gleichheit heißt Gleichrangigkeit. Die Menschen sind gleich im Rang, aber sie sind nicht gleichförmig. (Abg. Dr. Gruber: Na also, da unterscheiden wir uns gar nicht!)

Gerechtigkeit und Freiheit verlangen mehr als die Gleichheit der Chancen, um gleich zu der geistigen Substanz, die dem Dr. Taus hier abgegangen ist, etwas zu sagen. Mehr als die von den Christdemokraten in den Vordergrund gestellte Chancengleichheit, mehr als Gleichheit vor dem Gesetz, mehr als Gleichwertigkeit der Stimmen bei der Wahl. Gerechtigkeit und Freiheit, wie wir sie verstehen, erfordern das Anrecht auf ein menschenwürdiges Leben, erfordern Anrecht auf Lebensqualität des einzelnen und daher eine Wirtschaft, die Vollbeschäftigung und die soziale Wohlfahrt sichert.

Die Verwirklichung von mehr Chancengleichheit erfordert Demokratisierung. (Abg. Dr. Gruber: Sie wollen ja mehr als die Chancengleichheit, aber sie haben nicht gesagt, was!) Das habe ich Ihnen gesagt, weil für uns die Gleichrangigkeit der Menschen im Vordergrund steht und das bloße Zurückziehen auf die gleichen Startpositionen die Gleichrangigkeit noch nicht herstellt. (Abg. Dr. Fischer: Melden Sie sich zu Wort, Kollege Gruber! – Abg. Dr. Gruber: Ich will ihn ja nur auf seine Widersprüche hinweisen!) Das ist doch kein Widerspruch. Ich habe jetzt gerade versucht, ihn aufzulösen. Das ist aber wahrscheinlich für einen Konservativen sehr schwer zu begreifen.

Die Verwirklichung von mehr Chancengleichheit jedenfalls erfordert auch Demokratisierung, die von uns oft auch als Privilegienabbau definiert worden ist. Demokratisierung heißt

für uns weniger Hierarchie durch mehr Mitbestimmung.

Demokratisierung ist für uns die Antwort auf die Entfremdung des modernen Menschen, die Antwort auf die Resignation, die Antwort auf die Apathie! Das ist unsere Antwort!

Und was hat Dr. Taus, nicht in Hannover, nein, in Neudörfel, am 23. Mai beim kommunalpolitischen Kongreß der ÖVP dazu gesagt? Das werden wir ihm auch nicht schenken: Hier hat er gesagt, nachdem er sich zuerst mit den Kommunisten auseinandergesetzt hat – man muß es zweimal lesen, um es zu glauben –:

„Viel gefährlicher sind jene, die Demokratie mit dem Schlagwort der Demokratisierung verkaufen.“ (Ruf bei der ÖVP: Genau das ist wahr!)

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Er sagt weiter:

„Sie laufen dem Irrlicht einer utopischen sozialen Planung nach und täuschen die Menschen mit der Formel: „Sozialismus = Demokratie.“ (Ruf bei der ÖVP: Da hat er auch recht!) „Sozialismus ist aber nicht Demokratie, Sozialismus ist vielmehr vollendete Bürokratie ohne Rücksicht auf den einzelnen.“

Abgeordneter Mock, Mock, der hier heruntergekommen ist als Assistent oder als einer, der sich profilieren wollte und sich noch ein Platzl rechts von Dr. Taus gesucht hat, das einzunehmen wirklich schwerfällt, hat davon gesprochen, daß der Sozialismus die Demokratie reduziert.

Ja, meine Damen und Herren von der rechten Seite dieses Hauses, jetzt muß man doch auch einmal ernst mit Ihnen reden: Wer hat denn den Kampf geführt um das allgemeine Wahlrecht, um diese Grundbedingung der Demokratie? (Abg. Dr. Gruber: Nur Sie?) Wer hat die parlamentarische Demokratie in Österreich 1918 errichtet und geschützt, als in Wirklichkeit das Besitzbürgertum hinter gardinengeschmückten Fensterläden gesessen ist, sich in den Häusern verkrochen hat vor lauter Angst vor der Räterepublik? Wer hat denn damals die parlamentarische, die pluralistische Demokratie in Österreich eingeführt, gesichert und geschützt? (Stürmische Zwischenrufe bei der ÖVP.)

Und wer hat die parlamentarische Demokratie in Österreich ausgehöhlt, wer hat sie geknebelt, wer hat sie letzten Endes vernichtet? Wer war denn das in den dreißiger Jahren? (Abg. Dr. Gruber: Jetzt sind wir dort, wo wir hingehören!)

Und wer hat den Kampf um mehr Demokratie und gegen das Unrechtsregime des Faschismus geführt?

Wer hat sich in unseren Betrieben, wer hat

Blecha

sich in unseren Städten und Industrieorten dem freiheitsfeindlichen Kommunismus entgegenstellt? (Abg. Dr. Gruber: Der Blecha nicht!)

Wenn Sie die Antwort nicht kennen, Dr. Gruber - das gleiche muß man mit aller Deutlichkeit dem Dr. Taus sagen -, dann ist das eine für einen Spitzenpolitiker geradezu unverzeihliche Bildungslücke. Wenn Sie und er aber die Antwort auf diese Fragen wissen und dennoch behaupten, der Sozialismus reduziere die Demokratie, stehe im Gegensatz, wie es hier in dem Zitat der Neudörfler Rede heißt, zur Demokratie, dann wollen Sie die Polarisierung, dann gehören die Diffamierung und die Verunglimpfung des politischen Gegners zu den Mitteln Ihrer Politik. (Beifall bei der SPÖ. - Abg. Dr. Schwimmer: Wie das Zitat in der „SK“: - Abg. Dr. Gruber: Was sagen Sie dazu? - Weitere Zwischenrufe.) Schauen Sie, ich habe den Zwischenruf nicht gehört. Wenn der Zwischenruf nicht stattgefunden hat, wird das auch richtiggestellt werden, das ist sicher. (Abg. Dr. Gruber: Aha, aber man kann leicht jemandem was anhängen!) Aber diese Intoleranz, diesen Geist der Intoleranz, der aus all den Reden des Dr. Taus, des Führers dieser Oppositionspartei, spricht, weisen wir mit aller Schärfe zurück. (Beifall bei der SPÖ. - Zwischenrufe bei SPÖ und ÖVP.)

Ich habe hier noch niemanden verunglimpft, Herr Kollege Graf, sondern ich zitiere. (Abg. Graf: Natürlich! - Abg. Dr. Gruber: Die letzten zehn Minuten haben genügt! - Abg. Dr. Schwimmer: Wohin wollen Sie mit dieser Rede?) Zu mehr Demokratie, zu mehr Gerechtigkeit, ja, zu mehr Humanismus in unserer Gesellschaft will ich gelangen und die Auswüchse eines Systems aufzeigen, das Sie verteidigen. (Abg. Dr. Gruber: Aber was ist das, wovon Sie reden?) Sozialismus ist das, worüber wir reden.

Jedenfalls eines, Hohes Haus: Weder Herr Dr. Taus noch die ÖVP hat das Recht, den österreichischen demokratischen Sozialisten ihr Bekenntnis zur Demokratie in Frage zu stellen. (Beifall bei der SPÖ.) Man kann über Einzelheiten der Demokratie verschiedenster Auffassung sein. Sie können uns vorwerfen, daß Fristsetzungen Ihnen nicht demokratisch genug erscheinen, so wie wir Ihnen vorwerfen, daß es nicht demokratisch genug war, wenn Sie in der Zeit, in der Sie die Mehrheit im Hause hatten, den Antrag auf Schluß der Debatte gestellt haben.

Über Einzelheiten kann man diskutieren, kann man reden, aber diesen Alleinanspruch, die Demokratie gepachtet zu haben, den hier Dr. Taus immer wieder vorbringt, weisen wir als Ungeheuerlichkeit zurück! (Beifall bei der SPÖ.)

- Abg. Dr. Gruber: Das müssen Sie erst beweisen!)

Da kennen Sie halt die Reden nicht. In der gleichen Rede „ÖVP-Pressedienst“, nicht „SK“, heißt es:

„Die Volkspartei ist so aufgebaut, daß sie bereits in sich einen für die Gesellschaft und den Staat wichtigen Konfliktlösungsmechanismus besitzt. Schon aus diesem Grund sind wir“ - sagt Taus - „der einzige Garant für Freiheit und Demokratie in dieser Republik.“

Da fragen Sie noch, wo das steht, Dr. Gruber? Das ist eine Überheblichkeit, das ist Präpotenz, das ist in Wirklichkeit Störversuch, Störfeuer gegen die pluralistische Demokratie, die eben mehr als eine demokratische Partei erfordert. (Beifall bei der SPÖ.)

Wir bekennen uns zu dieser pluralistischen Demokratie nicht erst seit heute, wir haben für sie gekämpft, wir haben für den Mehrparteienstaat gekämpft und bekennen uns zum Mehrparteiensystem. Das gilt für die Vergangenheit, die Gegenwart und erst recht für die Zukunft. (Beifall bei der SPÖ. - Zwischenrufe bei der ÖVP.)

- Aber die katholische österreichische Wochenzeitung „präsent“ hat auf die Äußerungen des Dr. Taus, der hier unserem Kollegen Heinz Fischer ja nur in einem einzigen Punkt Antwort zu geben versucht und alle anderen von Heinz Fischer vorgetragenen Kritikpunkte geschluckt hat, folgendes gesagt:

„So einfach“ - zu dem, was er in seinen Reden sagt -, „ist man versucht zu sagen, geht es nun doch nicht. Denn man könnte unschwer die gegenteiligen Behauptungen aufstellen: Die konservativen Parteien“ - meint die katholische Wochenzeitung „präsent“ in ihrer neuesten Nummer - „könnten die Probleme des Wohlstandes nicht bewältigen und ihre nicht immer demokratische Vergangenheit ist mancherorts deutlicher in Erinnerung als die Angst vor der roten Katze. Jede Person, Gruppe oder Partei, die sich auch schon vor dem Krieg und in der Nachkriegszeit politisch engagierte, hat ihre Vergangenheit aufzuarbeiten, denn es wäre kein gutes Zeichen, wollte man heute noch mit den Auffassungen von 1930 oder von 1950 Politik machen.“

Fragen an die Vergangenheit können in die Irre führen oder sich als Bumerang erweisen. Es geht vielmehr darum, wer heute und in Zukunft besser imstande ist, die veränderten politischen Probleme zu lösen.“

Und da sind wir wieder beim Ausgangspunkt dieser Debatte. Die Wirtschaftsberichte der Bundesregierung haben den Beweis erbracht,

Blecha

wer die Probleme der Gegenwart und der Zukunft besser zu lösen imstande ist. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Es ist ein verhängnisvoller Irrglaube der Rechtskonservativen aller Kaliber, etwa eines Taus, eines Strauß – Ihre Auffassung, Herr Busek, glaube ich, ist es gar nicht, wenn ich mich so recht an frühere Äußerungen erinnere –, daß es eben zwischen den Mächtigen und den Machtlosen, zwischen den Privilegierten und den Unterprivilegierten, zwischen Satten und Hungernden eine dauernde und echte Solidarität gibt.

Wir sind der Meinung, daß die politische Freiheit und die pluralistische Demokratie nur dann für alle verwirklicht ist, wenn auch die ökonomische und die kulturelle Freiheit auf alle ausgedehnt wird. Dazu bekennen wir uns!

Ich darf hier ein einziges Zitat eines europäischen Sozialdemokraten – nur deshalb, weil hier gesagt wird, die haben nichts zur geistigen Substanz im Europa nach 1945 beizutragen gehabt – bringen, Willy Brandt hat einmal gesagt:

„Es ist der Irrtum einer weitverbreiteten Gattung von Konservativen, wenn sie glauben, Sozialismus sei eine Neid- und Armeleuteideologie für jene, denen es nicht gelingt, ein Leben in ausreichenden materiellen Verhältnissen zu führen. Für uns war Sozialismus schon immer die Lebensordnung, in der die Entfaltung der Person sich mit sozialer Verpflichtung verbunden sah, denn nur aus der Gemeinschaftlichkeit kann auch echte Freiheit für die vielen einzelnen erwachsen.“ *(Präsident Minkowitsch übernimmt den Vorsitz.)*

Das sind unsere Utopien, von denen Dr. Taus in seiner Wortmeldung wieder gesprochen hat. Ja, wir bekennen uns zu solchen realen Utopien.

Der Sozialismus ist aus dem Widerspruch entstanden zwischen dem, was ist, und dem, was sein sollte. Heute, meine sehr geehrten Damen und Herren, erkennen wir überall Widersprüche zwischen dem, was uns Menschen geistig, kulturell, sozial, politisch möglich wäre, und dem, was menschliches Verhalten in der bestehenden Gesellschaft bewirkt. *(Abg. Kraft: Phrasen!)* Viele solcher Widersprüche, die für Sie Phrasen sind, aber für uns das Lebenselixier, haben wir aufgelöst. *(Abg. Dr. Keimel: Die Wähler belügen, ist das Ihr Lebenselixier?)*

Manchmal, wenn man so in der gegenwärtigen modernen Industriegesellschaft diese Unzahl von noch nicht aufgelösten Widersprüchen sieht, kann einem das, was man erreicht hat, klein erscheinen.

Aber diese Erfolge, diese aufgelösten Wider-

sprüche in der Gesellschaft, dieses Durchsetzen von mehr Gerechtigkeit, mehr Freiheit, mehr Solidarität in dieser Gesellschaft, die eben durch das Durchsetzen sozialdemokratischer Ideen verändert wird, zeigen doch, daß die Grundwerte Freiheit, Gleichheit, Solidarität und Gerechtigkeit im gesellschaftlichen Leben mehr sind als bloße Utopie.

Der materielle Wohlstand kann weder für Sie noch für uns das höchste Ziel für die Menschen sein. Aber die politische, soziale und kulturelle Entwicklung einer Gesellschaft hängt doch in erster Linie von ihrer wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit ab. Und weil wir das wissen, bemühen wir uns so sehr um die Aufrechterhaltung der Vollbeschäftigung, bemühen wir uns um Inflationsbekämpfung und Beseitigung der Armut, und das, meine sehr geehrten Damen und Herren, ist unsere reale Utopie!

Wir haben als demokratische Sozialisten ein Österreich geschaffen, das heute im Ausland als Modell dient. Das ist verwirklichte Utopie geworden, und nichts entkräftet die hohlen Phrasen der Reden konservativer Politiker, die wir hier zitiert haben, mehr, als die Ergebnisse der von Sozialisten hier in Österreich oder anderswo in Europa bestimmten Politik.

Ebenso stolz wie wir auf die Erfolge bei der Durchsetzung von mehr Freiheit, mehr Gleichheit, mehr Lebensqualität und bei der Vertiefung der sozialen Demokratie in der Vergangenheit sind, sind wir auch auf die Erfolge bei der Überwindung der Wirtschaftsflaute, bei der Erhaltung eines hohen Beschäftigungsniveaus, bei der Bekämpfung der Inflation in der Gegenwart stolz.

Jawohl, Sozialismus, wie es bei Ihnen heißt, hat seinen Preis. Aber er ist gering im Vergleich zu dem Nutzen, den er den Menschen bringt. *(Beifall bei der SPÖ. – Zwischenrufe bei der ÖVP: Zu teuer!)*

Präsident **Minkowitsch**: Als nächster zum Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Dr. Stix. Ich erteile es ihm. *(Abg. Dr. Gruber: Noch immer kein Ordnungsruf für Pölz? – Abg. Dr. Fischer: Da sind zwei fällig! – Abg. Graf: Zwei! Einen für „faschistoid“ und einen für „Trottel Schwimmer“! Da haben Sie recht!)*

Sobald das Protokoll vorliegt, wird entschieden werden, ob ein Ordnungsruf zu erteilen ist oder nicht.

Das Wort hat der Redner. *(Abg. Marsch: Wenn es einen für „präpotent“ gibt . . .! – Abg. Graf: Herr Marsch, ich hätte gerne gewußt, was Sie gesagt hätten, wenn einer unserer Abgeordneten Ihnen faschistoide Tendenzen vorgeworfen hätte! – Abg. Dr. Stix: Ich höre Ihnen gerne zu, aber dann möchte ich doch gerne anfangen!)*

Abgeordneter Dr. Stix (FPÖ): Herr Präsident! Hohes Haus! Herr Abgeordneter Blecha hat sich durch die Reise des Herrn Dr. Taus in die schöne Niedersachsenstadt Hannover zu einer Rede hinreißen lassen, die in mir den Verdacht erweckt, er habe sie dringend notwendig gehabt, um sich vor seinen eigenen Jusos zu rehabilitieren, mußte er doch vor nicht allzulanger Zeit im Auftrage seines obersten Chefs Konecny & Co. zurückstauchen.

Ich glaube gern, daß das dem Herrn Abgeordneten Blecha imagemäßig nicht sehr gut getan hat. Ich muß ihm zugestehen, daß er heute seine gegenüber den Jusos vorgenommene Imagepolitik recht gut gemacht hat, denn nach dieser Rede des Herrn Abgeordneten Blecha wird es Herrn Konecny sehr schwerfallen, noch ein Plätzchen links von Blecha zu finden. *(Beifall bei ÖVP und FPÖ.)*

Wenn Herr Abgeordneter Blecha, wie mir aus Meldungen bekannt ist, den Jusos damals unter anderem vorwarf, sie würden ihren Blick zu sehr in die Vergangenheit richten und zu wenig auf die Gegenwart und in die Zukunft schauen, muß ich sagen, mit seiner heutigen Rede hat er einen besonders tiefen Griff in die Kiste der Vergangenheit getan.

Ich möchte nur eine kleine Blütenlese – sprich, eine kleine Blecha-Lese – vornehmen, bevor ich mich meinem eigentlichen Thema zuwende.

Herr Abgeordneter Blecha hat das Erkämpfen der Freiheit als ein alleiniges sozialistisches Verdienst hingestellt. Er müßte wissen, daß die Grund- und Freiheitsrechte im vorigen Jahrhundert nicht von den Sozialisten, sondern von den Liberalen erkämpft wurden und daß sich erst auf dieser Basis sozialer Fortschritt entwickeln konnte, wobei ich nicht abstreite, daß die Sozialdemokraten dabei auch ihre Meriten haben. Aber es ist eine Tatsache, daß nicht die Sozialisten die Freiheit erkämpft haben, sondern daß das die liberalen Parteien in der ganzen freien Welt waren, auch hier in Österreich, auch hier in diesem Staat.

Wenn Herr Abgeordneter Blecha sagt, es sei das Anliegen der Sozialisten, heute immer noch mehr Freiheit zu erringen, immer noch mehr Abhängigkeit zu beseitigen, Abhängigkeit vor allem von den sogenannten bösen Kapitalisten, dann muß ich als nüchtern betrachtender Zeitgenosse sagen: Ich sehe immer weniger bestehende Abhängigkeit von sogenannten bösen Kapitalisten, doch ich sehe anstatt mehr und mehr Freiheit für den einzelnen immer mehr und mehr wachsende Unfreiheit und neue Abhängigkeit gegenüber einer neuen Funktionärsschicht, die in Wahrheit den von uns

Liberalen seinerzeit bekämpften und abgeschafften alten Feudalismus in Form eines neuen Funktionärsefeudalismus wieder einführt, und das ist nicht die Erfüllung, sondern das Ende der Freiheit! *(Beifall bei der FPÖ. – Abg. Samwald: 20 Jahre zu spät auf die Welt gekommen!)*

Fragen Sie doch Nichtparteiangehörige bei den Bundesbahnen, wie groß dort die Freiheit und die persönliche Unabhängigkeit sind! *(Beifall bei der FPÖ und bei Abgeordneten der ÖVP. – Abg. Samwald: Sie reden von Freiheit!)* Tirol war das erste Land in Europa, wo es überhaupt eine Demokratie gegeben hat, und in Tirol hat es auch nie eine Leibeigenschaft gegeben.

Ich möchte aber noch auf ein paar andere Punkte eingehen, die der Herr Abgeordnete Blecha gebracht hat. Und damit nähern wir uns bereits dem heutigen Thema, dem Bericht zur Wirtschaftslage. Er hat gesagt, es sei bezeichnend, daß ausgerechnet sozialdemokratisch geführte Länder wie Schweden, Österreich und Norwegen die Wirtschaftskrise besonders gut überstanden hätten.

Zu Norwegen entnehme ich dem Bericht des Herrn Bundeskanzlers selbst, daß dort die Ausnahmesituation der Ölfunde ist und Norwegen sich dank der Ölfunde gut über die Krise gerettet hat.

Zu Schweden darf man anmerken, daß dort der Grad der Verstaatlichung wesentlich geringer ist als etwa in Österreich.

Als Beispiel für ein sozialistisch geführtes Land, das die Krise ganz und gar nicht gut, sondern miserabel überstanden hat, erwähne ich nur England, wo die Labour am Ruder ist.

Dieser Beweis, Herr Abgeordneter Blecha, ist Ihnen also auch nicht ganz gelungen.

Ein weiteres, sehr demagogisch gebrachtes Argument: Wenn Kreisky in alle Welt reist, dann bringt er immer wieder Aufträge mit. Ich freue mich, daß der Herr Bundeskanzler so tüchtig ist. Ich erinnere mich an frühere Minister, die dies auch fertiggebracht haben. Auch wenn er meiner Fraktion nicht angehört hat, muß ich sagen, ein Minister Bock hat es seinerzeit auch ganz ausgezeichnet gekonnt.

Ich darf, wenn wir gerade von den internationalen Aufträgen sprechen, daran erinnern, daß es doch sozialistische Kreise waren, die der VÖEST den größten Auftrag vermässelt haben, den sie seit 1945 überhaupt hätten bekommen können, nämlich in Südafrika. Wo ist denn hier die wirtschaftsfreundliche Einstellung geblieben?

Dr. Stix

Und ein Letztes, Herr Abgeordneter Blecha: Sie sprechen von der Systemänderung. Sie haben sich dazu bekannt, daß Sie das System ändern wollen. Wir Freiheitlichen stehen nicht an zu erklären, daß auch wir mit dem bestehenden System nicht zufrieden sind, daß wir einiges ändern möchten. Aber da gibt es einen wesentlichen Unterschied: Wenn Sie das System ändern wollen, dann ist, langfristig betrachtet, bei Ihnen auch der Wille und das Ziel damit verbunden, die Marktwirtschaft zu beseitigen, während es uns nicht um die Beseitigung der Marktwirtschaft, sondern um die Beseitigung der herrschenden Mißwirtschaft geht. Und wenn Sie in sehr schönen Worten von der realen Utopie sprechen, die dem Sozialismus vorschwebt, dann möchte ich Sie ganz nüchtern fragen: Ist vielleicht der Bauring eine reale Utopie? (*Abg. Fachleutner: Nächste Woche beschließen Sie wieder 5 Millionen!*) Real sicherlich und utopisch hinsichtlich der Erwartungen, daß ein bürokratisches Management in jedem Fall und unter allen Umständen einem marktwirtschaftlich-privatwirtschaftlichen Management überlegen sei. Spätestens mit dem Bauring oder mit dem AKH sind diese Dinge als Illusionen und als wirkliche Utopien entlarvt worden.

Aber das Thema Mißwirtschaft ist jetzt das richtige Stichwort, um auf das eigentliche Thema zum heutigen Wirtschaftsbericht einzusteigen. Ich möchte das nicht lange machen, denn wenn man erst sehr spät als Redner nach vielen Vorrednern zu Worte kommt, dann sind viele Argumente schon gebracht, und es ist sicherlich nicht sinnvoll, alle zu wiederholen. Ich möchte mich auf zwei Punkte konzentrieren: Der eine ist die Schuldenpolitik des Herrn Finanzministers, der andere Punkt sind die energiepolitischen Ausführungen des Herrn Bundeskanzlers in seinem Bericht.

Seien Sie mir nicht böse, daß ich mich bei der Schuldenpolitik des Herrn Finanzministers an das Jahr 279 vor Christus zurückerinnert fühle. Es gab damals einen gewissen Pyrrhus. Er hatte in Italien eine Schlacht bei Ausculum gegen die Römer auszufechten. Er obsiegte in dieser Schlacht, hat dabei aber derart gewaltige Verluste erlitten, daß er nach jener Schlacht ausrief: Noch so ein Sieg und ich bin verloren! – Und genau an diese Worte mußte ich beim Bericht des Herrn Finanzministers denken. (*Abg. Mondl: Das predigen Sie schon seit 3 Jahren!*) Noch so ein Sieg, Herr Abgeordneter Mondl, noch so ein Sieg, und Androsch ist verloren! Ich will das beweisen. Im Bericht des Herrn Finanzministers auf Seite 13 heißt es wörtlich:

„Es ist heute unbestritten, daß durch die 1975

und 1976 erfolgte zusätzliche Kreditaufnahme von mehr als 60 Milliarden Schilling unmittelbar und mittelbar Zehntausende Arbeitsplätze erhalten und gesichert werden konnten.“

Ja, das ist der Sieg. Und was ist nun die Pyrrhuseite daran? Die Pyrrhuseite ist das Abwägen von Erfolg und Aufwand. 60 Milliarden gibt der Finanzminister selber in seinem Bericht zu. Nach seiner eigenen Statistik, die er im Herbst des vergangenen Jahres an uns hier im Haus verteilt hat, kann man leicht sehen, daß diese 60 Milliarden nichts anderes bedeuten, nicht mehr und nicht weniger als die Verdoppelung der Staatsschulden im Verlaufe von zwei Jahren. Das ist der Aufwand, das sind die Verluste.

Was ist damit bewirkt worden? Er schreibt hier: „... unmittelbar und mittelbar Zehntausende Arbeitsplätze erhalten...“ Wie viele sind es wirklich? Dankenswerterweise gibt darüber der Bericht des Herrn Bundeskanzlers Aufschluß. Es heißt nämlich dort auf Seite 5, daß das Institut für Höhere Studien festgestellt habe, daß „1975 und 1976 jeweils um mehr als 17.000 Arbeitsplätze gesichert werden“ konnten. Wenn ich beide Jahre zusammenrechne, sind das also rund 30.000.

Es findet sich auf der gleichen Seite noch folgende Stelle – ich zitiere wörtlich:

„Das Institut für Höhere Studien schätzt, daß die Arbeitslosenrate 1975 und 1976 um jeweils 1 Prozentpunkt höher gewesen wäre.“

So, und jetzt stehen gegenüber Sieg: Arbeitslosenrate um 1 Prozentpunkt verbessert, Aufwand: 60 Milliarden Schilling, Verdoppelung der Staatsschuld.

Erlauben Sie mir, daß ich eine kleine Rechnung aufmache. Wenn ich von 30.000 erhaltenen Arbeitsplätzen ausgehe und die 60 Milliarden Schilling gegenüberstelle, heißt das: Pro Arbeitsplatzsicherung wurden 2 Millionen Schilling aufgewendet. Das ist ein hoher Betrag. Wenn ich jetzt nämlich das durchschnittliche Arbeitnehmerinkommen, das auch richtig mit etwa 9700 S zitiert wurde, mit 14 multipliziere und ein Jahreseinkommen errechne, dann heißt das, daß mit den 2 Millionen Schilling, die Androsch nach seinem eigenen Bericht für die Sicherung eines Arbeitsplatzes aufgewendet hat, 14 Arbeitnehmer ein ganzes Jahr lang hätten bezahlt werden können.

Kollege Blecha! Wenn das kein Pyrrhussieg ist, dann weiß ich nicht mehr, was ein Pyrrhussieg denn sein sollte. Ganz richtig: Noch ein solcher Sieg, und ich bin verloren. – Und ich weiß genau, daß Androsch das im Inneren auch weiß und so sieht, denn diese 60 Milliarden

2476

Nationalrat XIV. GP - 27. Sitzung - 10. Juni 1976

Dr. Stix

hängen ja als Schulden über uns, sie werden uns weiter verfolgen, werden abzutragen sein und sie wird der Steuerzahler auf Heller und Pfennig büßen müssen. Soweit zu diesem einen Problem.

Abschließend möchte ich jetzt wie angekündigt noch einige sachliche Anmerkungen zu den energiepolitischen Ausführungen des Herrn Bundeskanzlers in seinem Bericht zur wirtschaftlichen Lage machen. Es sind das jene Passagen, die sich auf den Seiten 36 und 37 finden. Er schreibt dort:

„Es kann doch gar keine Frage sein, daß in Anbetracht des Umstandes, daß die Sowjetunion der größte Erdölproduzent der Erde ist und Polen die größten Kohlevorkommen Europas – außer der Sowjetunion – hat, die Energieproblematik für den europäischen Osten anders aussieht als für den europäischen Westen.“

Einverstanden. Angesichts dieser hier durchaus in Kürze richtig gezeichneten Situation frage ich mich zum Beispiel, warum wir heute mit der Bevorratungspolitik noch nicht weiter sind. Jetzt haben wir mühsam – mühsam! – ein Erdölbevorratungsgesetz geboren – es wird das als eine Großtat der Sozialpartner gefeiert –, aber wir haben nicht einmal eine Kohlebevorratung, obwohl wir hören, daß der größte Kohlelieferant ein Ostblockland ist.

Die österreichische Energiestatistik weist ja auch beispielsweise exakt aus, daß wir bei der Steinkohle 90 Prozent unserer Importe – und Steinkohle importieren wir ja nur – aus Oststaaten bekommen. Frage: Warum wirft die Regierung ihr Gewicht nicht mehr in die Waagschale, um außer einer Erdölbevorratung auch eine Kohlebevorratung und eine Erdgasbevorratung zustandezubringen?

Damit kommen wir zum nächsten Punkt dieser Erklärungen des Herrn Bundeskanzlers, und ich darf noch einmal zitieren. Er schreibt auf der gleichen Seite weiter:

„Da nun einmal das Energieproblem überhaupt eine vordringliche Rolle spielt und da der europäische Osten jedenfalls vorläufig noch in einem höheren Maße Energierohstoffe produziert als der europäische Westen, so scheint es uns“ – ich lasse jetzt ein paar Zeilen aus – „vernünftig zu sein, daß sich die europäische Zusammenarbeit im besonderen darauf konzentriert, das Konzept einer gesamteuropäischen Energiewirtschaft vorzubereiten.“

Und an dieser Stelle fühlen wir Freiheitlichen uns verpflichtet, rechtzeitig zu warnen. Wir sagen grundsätzlich ja zu einer europäischen energiewirtschaftlichen Zusammenarbeit, aber wir warnen vor einer energiewirtschaftlichen und energiepolitischen Abhängigkeit des freien Europa vom sowjetisch dominierten Europa.

Es gibt hier eine Zahl, die bereits deutlich diese Gefahr am Horizont erkennen läßt, und zwar das Erdgas. Während sich die Importe bei Kohle und auch bei Erdöl aus Ostblockländern, wenn ich jetzt Polen auslasse und die Sowjetunion speziell heranziehe, in einem durchaus vertretbaren Rahmen halten und auch ausweiten ließen, ist es so, daß Österreich heute praktisch 100 Prozent seiner Erdgasimporte allein aus der Sowjetunion bezieht. Diese Importe sind im großen und ganzen die gleiche Menge, die wir inländisch erzeugen und aufbringen. Hier bahnt sich eindeutig eine nicht unbedenkliche energiewirtschaftliche Abhängigkeit an.

Wenn ich jetzt abschließend noch einmal den Herrn Bundeskanzler mit seiner Aussage: „Die österreichische Bundesregierung würde daher eine Energiekonferenz, wie sie in jüngster Zeit vorgeschlagen wurde, befürworten“, zitiere, dann muß ich namens der Freiheitlichen sagen: Wir befürworten nur eine solche energiewirtschaftliche und energiepolitische Entwicklung, die uns mehr Bewegungsfreiheit verschafft. Wir wissen genau, daß wir das Wort „Unabhängigkeit“ auf dem Energiesektor vergessen können. Die Zeiten einer Autarkie sind in der Energiepolitik passé. Aber es kommt darauf an, sich energiewirtschaftlich und energiepolitisch Spielraum zu verschaffen, Bewegungsfreiheit, durch Diversifikation der Bezugsquellen über möglichst viele Länder und Erdteile. Daher muß es heißen: energiepolitisch zu versuchen, Österreich auf viele Beine zu stellen, aber eine einseitige Ostabhängigkeit zu vermeiden. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Präsident Minkowitsch: Als nächster zum Wort gemeldet ist Herr Abgeordneter Dr. Feurstein. Ich erteile es ihm.

Abgeordneter Dr. **Feurstein** (ÖVP): Herr Präsident! Hohes Haus! Mit Ausnahme von Blecha haben wir in den Beiträgen und Berichten der SPÖ-Redner gestern und heute sehr viel von Erfolgen gehört. Es wurde von Wohlstand, Stabilität, Vollbeschäftigung und ähnlichen Begriffen gesprochen.

Wenn wir das allerdings feststellen, so sollten wir zunächst daran denken und uns erinnern, daß hinter solchen Dingen die arbeitenden Menschen unseres Staates stehen. Es war schade, daß der Bundeskanzler gestern den Österreicherinnen und Österreichern für diese Leistungen nicht gedankt hat. Der Herr Bundesparteiobermann Dr. Taus hat heute vormittag diesen Dank nachgeholt, und ich glaube, er war berechtigt. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Die vorhergehende Diskussion hat allerdings gezeigt, daß bei der SPÖ eine solche Bereitschaft

Dr. Feurstein

zu Leistungen wenig geschätzt wird. Wir haben erlebt, daß mit Ideologien versucht worden ist, unser Wirtschaftssystem und unsere Wirtschaft zu ruinieren. Ich sage es ganz einfach, Herr Blecha: Im Grunde steckt hinter diesem Kampf ein Neidkomplex gegenüber einem wirtschaftlichen und gesellschaftlichen System, das gemeinsam von 1945 an aufgebaut wurde und nunmehr zerstört werden soll. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Die SPÖ verträgt den stummen Vorwurf nicht, der aus den bisherigen Leistungen der sozialen Marktwirtschaft hervorgeht und zu denen sich ein Bundeskanzler grundsätzlich bekennt, wengleich er immer wieder von einer Neuordnung unseres Wirtschafts- und Gesellschaftssystems spricht.

Für diese Neuordnung hat er allerdings seine Fachleute. Es ist eine Frau Wissenschaftsminister, und es ist – wie wir gehört haben – ein Herr Blecha. Die Erfolge dieser Neuordnung erleben wir wohl am besten im Bereich der Universitäten. Ich zitiere hier Herrn Professor Steinbuch, der sagte, daß die Leistungsfähigkeit der Universitäten ausgehöhlt und reduziert worden sei und die wissenschaftlichen Leistungen durch politische Gesinnung ersetzt werden.

Eine zweite Aushöhlung der Leistungsmotivation erfolgt durch die Steuerbelastung und die ständig wachsenden Sozialleistungen an unseren Staat. Auch davon haben wir heute sehr viel gesprochen. Man hatte zwar in der vergangenen Woche den Eindruck, daß der Präsident des Gewerkschaftsbundes zuweilen noch als Bremser wirken könnte. Aber auch hier waren es die Fachleute bei der SPÖ, an der Spitze der Finanzminister, die garantieren, daß die Sparer zugunsten der Schuldner geschröpft werden und daß ein wachsender Teil unseres Volkseinkommens dem Staate zufließt.

Stolz wurden gestern und heute die Beschäftigtenzahlen und die Arbeitslosenraten zitiert. Mit statistischen Daten – so hatte ich den Eindruck – wurde umgegangen, wie Kinder es mit einer kleinen Puppe tun. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Man kann statistische Daten nicht einfach vergleichen. Gerade hinter den Arbeitslosenzahlen stehen zu verschiedenen Zeitpunkten und in verschiedenen Ländern ganz unterschiedliche Begriffe. So wird in der Bundesrepublik Deutschland beispielsweise, die hier zitiert worden ist, die Arbeitslosigkeit in der Statistik ganz anders behandelt. Ich verweise nur auf die Berücksichtigung der ausländischen Arbeitskräfte in der Arbeitslosenstatistik der Bundesrepublik. Wenn wir nun das ausklammern würden, so hätten wir in der Bundesrepublik Deutsch-

land im vergangenen Winter nicht 6 Prozent Arbeitslose gehabt, sondern 5 Prozent, und dann wären wir gar nicht mehr weit weg von den österreichischen 4 Prozent. *(Abg. Blecha: Wo haben wir 4 Prozent?)* Wir hatten 3,7 Prozent, aufgerundet 4 Prozent. *(Abg. Tonn: Schon wieder um 3 Zehntel geschwindelt!)* Ich habe eine runde Zahl bei Deutschland genannt und habe eine runde Zahl bei Österreich genannt.

Herr Blecha hat vorhin gesagt – ich habe es vielleicht nicht richtig verstanden –, es hätte bei der ÖVP-Alleinregierung 160.000 Arbeitslose gegeben, und er hat darauf hingewiesen, die höchste Zahl, die überhaupt erreicht worden sei, müsse von der ÖVP verantwortet werden. Nun, auch diese Zahl, Herr Blecha, stimmt nicht. Nach den „Statistischen Nachrichten“ hatten wir im Jahre 1975 im Durchschnitt 55.000 Arbeitslose. Nehmen wir dazu die 25.000 Karenzurlauberrinnen, die in der Zwischenzeit aus der Arbeitslosenstatistik ausgeschieden wurden, so kommen wir im Jahre 1975 auf 80.000 Arbeitslose.

In der ganzen Zeit von 1966 bis 1969 gab es nie 80.000 Arbeitslose in Österreich. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Meine Damen und Herren! Auch für diese Verdrehungen hat der Herr Bundeskanzler seine Fachleute. Es ist hier der Sozialminister, der als Informant zur falschen Interpretation von korrekt errechneten Zahlen verleitet.

Relativ wenig Raum wurde gestern dem Bereich Raumplanung und Regionalpolitik in den Erklärungen des Herrn Bundeskanzlers und des Herrn Finanzministers eingeräumt.

Noch zur Zeit der SPÖ-Minderheitsregierung ist der Bundeskanzler mit vielversprechenden „Initiativen für die Raumordnungstätigkeit in Österreich“ an die Landeshauptmänner herantreten. Wir wissen, daß es damals spontan zur Gründung der Österreichischen Raumordnungskonferenz gemeinsam mit den Landeshauptmännern gekommen ist.

Für die Raumordnung braucht der Herr Bundeskanzler aber heute Fachleute; es ist ein Herr Staatssekretär, der ihn auf der Regierungsbank vertritt. Seinen Initiativen ist es wohl zu danken, daß die Österreichische Raumordnungskonferenz nicht jene leistungsfähige Institution geworden ist, die sie hätte werden können.

Meine Damen und Herren! Diese Diskrepanz zwischen den Versprechungen sowie Erklärungen des Bundeskanzlers und den Leistungen seiner Fachleute könnten wir noch an vielen anderen Beispielen nachweisen. Sie alle beweisen, daß man den Worten unseres Regierungschefs nicht mehr voll glauben darf. Entschlei-

Dr. Feurstein

dend sind nämlich allein die Fakten, und diese sprechen eindeutig gegen die gestrigen Erklärungen zur Wirtschaftslage. (*Lebhafte Zustimmung bei der ÖVP.*)

Sehr gut paßt in diesen Rahmen das Zitat Blechas aus den „Finanznachrichten“. Ich weiß nicht, Herr Abgeordneter Blecha, ob Sie auch den Satz davor gelesen haben. Hier steht nämlich:

„Die SPÖ erprobt bedenken- und bisweilen instinktos das ihr noch ungewohnte Gefühl der Allmacht und scheint sich überhaupt nicht bewußt zu sein, daß die wirklichen ökonomischen Probleme nicht hinter uns liegen, sondern vor uns.“ – Soweit Professor Knapp.

Die Wirtschaftspolitik in unserem Staat leidet wirklich an entscheidenden Problemen. Es sind vor allem zwei: Es fehlen klare Entscheidungsgrundlagen, statistische Daten und Prognosen werden immer wieder falsch interpretiert oder überhaupt nicht akzeptiert. Das gilt beispielsweise für die Prognosen des Österreichischen Instituts für Wirtschaftsforschung; erinnern wir uns doch an die Diskussion anlässlich des Budgets 1976. Dies gilt auf andere Art auch für die Untersuchung des Instituts für Höhere Studien über die Auswirkungen der Investitionsbelebungsmaßnahmen der Bundesregierung auf die gesamtwirtschaftliche Entwicklung in den Jahren 1975/76. Sicherlich handelt es sich hier um eine sehr wertvolle Untersuchung.

Es ist aber gestern vom Herrn Bundeskanzler wieder nicht gesagt worden, daß es sich nur um ein Simulationsmodell handelt. Ein Simulationsmodell – das weiß Blecha sehr genau – kann mögliche Auswirkungen aufzeigen, wird aber nie die tatsächlichen darstellen können, weil man in einem Simulationsmodell nicht alle Randbedingungen verarbeiten kann.

Man hat einfach den Eindruck, daß Informationen und Unterlagen dann verwendet werden, wenn sie in die eigene Politik passen und diese Politik bestätigen, und daß man sie als fehlerhaft bezeichnet, wenn sie etwas anderes aussagen.

Zweitens fehlen konzeptive Vorstellungen für unsere Wirtschaftspolitik. Man verwendet Wirtschaftspolitik – das hat Blecha sehr deutlich gesagt – zur Veränderung unserer gesellschaftlichen Strukturen, wobei Zucker und Peitsche – das ist heute auch schon gesagt worden – als Instrumente dienen. Die Peitsche sind die Steuern und die Belastungen, die Zuckerln sind die Steuerbegünstigungen und Abschreibungsmöglichkeiten.

Betrüblich dabei ist nur, daß die Bezieher kleiner und mittlerer Einkommen bisher nur die Peitsche, und zwar mit voller Wucht, zu spüren

bekamen. Gestatten Sie mir dazu einen kleinen Vergleich.

Es ist ähnlich wie bei einem Pferderennen: Mit Zucker und Peitsche kann man zweifellos über die Runden kommen. Irgendwie und irgendwann wird aber das Pferd ruiniert und bleibt dann auf der Strecke. Mit Zucker und Peitsche kann man keine Trophäen erringen!

Die Wirtschaftspolitik ist also gegen die Bezieher kleiner und mittlerer Einkommen gerichtet, sie schädigt den Sparer und trifft den kleinen Mann am meisten. (*Lebhafte Zustimmung bei der ÖVP.*)

Es sind im Grunde noch viele Themen, die uns heute beschäftigen müßten. Trotz der langen Zeit konnten wir nicht auf alle eingehen. Lassen Sie mich aber noch auf zwei Fragen kurz erwidern.

Das entscheidende Problem, das wir momentan zu lösen haben, ist zweifellos die Schaffung der Arbeitsplätze für unsere Jugend, die in einem Monat ihre Ausbildung an den Schulen abschließen wird, und für die – das müssen wir sagen – ist von der Bundesregierung her in keiner Weise vorgesorgt. Es mag für diese Haltung bezeichnend sein, daß die Bundesregierung dem Problem einer möglichen Jugendarbeitslosigkeit heute im Parlament, hier in diesem Haus, das erstmal überhaupt einen Platz eingeräumt hat. Das erstmal wurde zugegeben, daß wir in den nächsten fünf Jahren für unsere Jugend 150.000 bis 200.000 neue zusätzliche Arbeitsplätze schaffen müssen. Noch nie ist das gesagt worden, vor allem nicht bei der Budgetdebatte.

Daher sind auch die Vorschläge, die gemacht worden sind, noch wenig konkret. Mit keinem Wort wird auf die Probleme hingewiesen, die mit den qualitativen Anforderungen an die Arbeitsplätze zusammenhängen. Dabei wissen wir, daß beinahe die Hälfte der jungen Menschen, die ins Berufsleben übertreten werden, eine Matura, ein akademisches Studium oder sonst eine höhere Fachausbildung abgeschlossen haben wird.

Es wird nicht berücksichtigt, daß die Anforderungen an den Arbeitsmarkt regional sehr verschieden sind. Und es wird verschwiegen, daß die Konsequenzen des Arbeitsplatzbedarfes in den ländlichen Gebieten viel schwerer zu bewältigen sein werden als in den Städten.

Man berücksichtigt ferner nicht, daß wir ein ausgeprägtes West-Ost-Gefälle im Arbeitsplatzbedarf feststellen müssen.

Fünftens: Es bleiben die Vorstellungen jener, die nun ins Berufsleben übertreten, also die

Dr. Feurstein

Vorstellungen unserer Jugend, völlig beiseite, denn mit ihnen redet man nicht.

Es hat den Anschein, daß von der Regierung gegenüber der Jugend eine Art Vogel-Strauß-Politik betrieben wird. Dies kommt wohl am deutlichsten in der Stellungnahme der sozialistischen Gewerkschaft in der jüngsten Nummer von „Arbeit und Wirtschaft“ zum Ausdruck. Dort wird ausgeführt, man könne annehmen, daß auf dem Arbeitsmarkt für die Jugendlichen keine Verschärfung auftreten wird. Interessanterweise wird diese Annahme mit dem Hinweis auf die Dienstgeberorganisationen begründet.

In einem Punkt haben die sozialistischen Gewerkschaften recht. Es ist zweifellos richtig, daß es bisher nur deshalb gelungen ist, dieses Problem noch annähernd zu lösen, weil sich die Wirtschaft ernstlich darum bemüht hat, für die Absolventen der Schulen ausreichende Arbeitsplätze zur Verfügung zu stellen.

Man muß in diesem Zusammenhang auch feststellen, daß sich verschiedene Landesregierungen mit diesem Fragenkreis erfolgreich beschäftigen. Wenn es daher bisher zu keinen größeren Schwierigkeiten gekommen ist, so müssen wir dies solchen Initiativen danken. Gerade die Bundesländer haben hier Großes geleistet. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Für dieses Ignorieren der Probleme durch die Regierung ist übrigens auch bezeichnend, daß wir für die Beurteilung des Stellenmarktes für unsere Jugend heute noch über keine klaren und eindeutigen Informationen verfügen. Wir müssen uns immer noch auf Vermutungen stützen, wenn wir feststellen wollen, wo der Mangel besonders groß ist.

Gerade die sozialistisch geleitete Arbeitsmarktverwaltung will über dieses Thema einfach nicht reden. Ich erinnere mich an viele Anfragen, die ich in der letzten Zeit an den Herrn Sozialminister gestellt habe und auf die er bis heute nie korrekt geantwortet hat. Dabei würde gerade mehr Transparenz bei diesem Problem sehr viel zur Lösung beitragen.

Hohes Haus! In den Beilagen zu den gestrigen Erklärungen wurde darauf hingewiesen, daß für die Sicherung der Arbeitsplätze für unsere Jugend bis zum Jahre 1980 ein Wirtschaftswachstum von 4 Prozent benötigt wird. Im heurigen Jahr werden wir 2 bis 3 Prozent erreichen. Und der Bundeskanzler hatte gestern gesagt, daß die Aufschwungphase relativ kurz sein wird. Das bedeutet, daß wir auch im nächsten Jahr höchstens etwa 3 Prozent Wirtschaftswachstum haben werden, und das bedeutet, daß wir im Jahr 1978 und 1979 vermutlich wiederum kein Wirtschaftswachstum erreichen werden können. Aus den Worten des Herrn

Bundeskanzlers ist daher zu folgern, daß die notwendigen 200.000 Arbeitsplätze in den nächsten fünf Jahren nicht geschaffen werden können. Und das ist mehr als betrüblich. Es ist einfach ein Versagen unserer Bundesregierung.

Wenn wir uns überlegen, was in dieser Situation getan werden müßte, so geht es im wesentlichen um vier Dinge. Zunächst müßte ein Vertrauen zwischen Wirtschaft und Regierung geschaffen werden. Eine Basis des gegenseitigen Vertrauens. *(Ruf bei der SPÖ: Das Vertrauen besteht ja!)* Und dazu gehören konzeptive Vorstellungen, die von der Regierung zu formulieren wären. Der Herr Finanzminister müßte endlich einmal sagen, was heute schon mehrmals gefordert worden ist, welche weiteren Belastungen vor der Tür stehen und wie die nächsten Budgets in ihren Grundzügen gestaltet sein werden.

Zweitens müßte ein gesunder Mittelstand die Basis der künftigen Entwicklung bilden. Dazu zählen selbständige Handwerks- und Gewerbebetriebe, dazu zählt aber vor allem die breite Masse der arbeitenden Menschen in unserem Staat. Es gilt, diese vor bestehenden Wettbewerbsverzerrungen zu verschonen und solche Verzerrungen abzubauen. Das hat wieder sehr viel mit der Sparförderung zu tun. Mit den ganzen Maßnahmen, die auf diesem Gebiet geplant sind, schaden Sie diesen Gruppen.

Drittens würden wir mehr Koordination in den Förderungsmaßnahmen brauchen. Vor allem mehr Koordination mit den Ländern. Eine richtig verstandene Raumordnungspolitik könnte dafür die Grundlage bilden.

Viertens müssen wir versuchen, die Forschungstätigkeit zu intensivieren. Gerade in den letzten Jahren sozialistischer Regierungspolitik haben wir erfahren, daß die sogenannte Patentbilanz, nachzulesen im Forschungsbericht, der im Hause zur Beratung steht, in den letzten Jahren stark negativ geworden ist.

Zu diesen Unsicherheiten und Schwierigkeiten gehört aber auch die zunehmende Belastungslawine. Neben den Steuern, Gebühren und Abgaben, die, wie wir festgestellt haben, beinahe von Monat zu Monat erhöht werden, wirkt die Inflation in Verbindung mit der Progression in unserem Steuersystem besonders belastend.

Ein wachsender Teil von zusätzlichem Einkommen auf Grund von Lohnerhöhungen wird den Einkommensbeziehern durch die Progression vorenthalten. Und das hat eben zur Konsequenz, daß es trotz Lohnerhöhungen auf Grund der Wirkung der Progression seit 1975 nicht mehr möglich ist, die reale Kaufkraft der Lohn- und Gehaltsempfänger zu sichern.

Dr. Feurstein

Der Bundeskanzler hat gestern darauf hingewiesen, daß die Pro-Kopf-Einkommen je Arbeitnehmer von 8600 S im Jahre 1974 auf 9800 S im Jahre 1975 erhöht worden seien. Daraus folgerte er, daß eine relativ hohe Rate der realen Einkommensverbesserung breiten Schichten in Österreich zugeflossen sei.

Dr. Fischer hat dies heute vormittag bestätigt. Beide haben aber nicht berücksichtigt, daß für den einzelnen Einkommensbezieher nicht das Bruttogehalt entscheidend ist, sondern die Nettoverdienste. Nun, entweder wußte der Bundeskanzler nicht, welche Zahlen und welche Daten ihm hier von seinen Fachleuten offeriert worden sind, oder er wollte uns wieder einmal für dumm verkaufen. Die Zahlen, die er zitierte, beinhalten nämlich die gesamten Lohnsteuerbelastungen und die Sozialleistungen. Die Progression der Besteuerung bewirkt nun, daß die Entwicklung der tatsächlichen Einkommen hinter der Inflationsrate zurückbleibt. Wir mußten daher 1975 erstmals einen Rückgang der tatsächlichen Einkommen und damit einen Rückgang der Kaufkraft der persönlich verfügbaren Einkommen hinnehmen. Die Hausfrauen können mit dem Geld, das sie heute erhalten, auf jeden Fall weniger kaufen als im Jahr vorher.

Ich fasse zusammen: Die Wirtschaftspolitik der sozialistischen Regierung wird auf dem Rücken der mittleren und unteren Einkommensbezieher ausgeübt. Diese bezahlen den Luxus einer sozialistischen Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Präsident **Minkowitsch**: Als nächster zum Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Wille. Ich erteile es ihm.

Abgeordneter **Wille** (SPÖ): Herr Präsident! Hohes Haus! Anlässlich der Debatte über die Berichte zur Wirtschaftslage ist es natürlich bei der Behandlung verschiedener Punkte zu einer zum Teil sehr heftigen Auseinandersetzung über die Wirtschaftsordnung in unserem Lande gekommen. Wir sind zum wiederholten Male gefragt worden, wie wir es denn mit der sogenannten sozialen Marktwirtschaft halten, nachdem die Marktwirtschaft ja von niemandem mehr vertreten wird.

Nachdem die Marktwirtschaft abgewirtschaftet hatte, ist man dazu übergegangen, eine sogenannte soziale Marktwirtschaft anzupeilen. Und diese soziale Marktwirtschaft hat im vergangenen Winter 18 Millionen Arbeitslose produziert. Das ist letztlich auch der Grund dafür, daß 80 Prozent des Produktivvermögens in Westeuropa zirka fünf Prozent der Familien gehören und daß es nahezu unbestritten ist, daß

zirka 200 Unternehmen mit ihrem Einflußbereich die Parlamente in den großen Industriestaaten überdecken.

Galbraith sagte dazu unter anderem, daß die unterschiedliche Entwicklung in den einzelnen Industrienationen und zwischen den einzelnen Industrienationen genauso wie die ungleiche Entwicklung der Einkommen die westliche Industriegesellschaft insgesamt in Frage stellt. Kennedy hat in seiner Botschaft über die Lage der Nation die Frage aufgeworfen, ob denn eine Nation, die so regiert wird wie die amerikanische, überhaupt überleben kann. Ich wundere mich daher, daß die ÖVP heute so tut, als wäre diese „soziale Marktwirtschaft“ nicht in Frage gestellt. Als gelte es nicht, diese Gesellschaft zu überwinden und zu einer sozialeren Gesellschaft zu kommen.

Während wir hier sehr laut schreien und uns gegenseitig zum Teil beflegeln, erscheint unter anderem das europäische Wirtschaftsmagazin „Vision“ in vier Sprachen mit dem Titel: „Europa kracht an allen Ecken.“ Also anzunehmen, daß unsere Gesellschaft oder unser Wirtschaftssystem keine Probleme produziert hätte, ist reichlich übertrieben. Ich glaube, wir haben allen Grund, über die Mängel, die da sind, in Ruhe miteinander zu reden, und Sie haben keinen Grund, so nervös zu sein, wenn auch das Wort „sozial“ vor Marktwirtschaft steht, wenn wir alle ganz offensichtlich sehen können, welche Mängel dieses System hat.

Nun zur Beschäftigung insgesamt. Der Bundeskanzler hat berichtet, daß durch die Wirtschaftspolitik der Bundesregierung zirka 75.000 Arbeitsplätze, das entspricht rund 3 Prozent der Beschäftigten, gesichert werden konnten. Während wir 18 Millionen in der Welt oder 5 Millionen Arbeitslose in Europa hatten, also rund 5 Prozent in den Vereinigten Staaten, gab es in Österreich im Jahresdurchschnitt 2 Prozent Arbeitslose. Und man ist eigentlich sehr überrascht, daß es bei einem derartigen Ergebnis zu einer so unerfreulichen Debatte wie der heutigen in diesem Haus kommen kann.

Wir Gewerkschafter sehen uns veranlaßt und verpflichtet, der Bundesregierung, die auf unsere Vorschläge sehr wohl eingegangen ist, für diese Wirtschaftspolitik zu danken.

Wir danken auch dem Sozialminister dafür, daß er sehr massiv durch seine Arbeitsmarktpolitik und durch den Einsatz von zirka 800 Millionen Schilling zur Sicherung der Arbeitsplätze weiter beigetragen hat.

Wir stehen auch nicht an zu sagen, daß auch multinationale Unternehmen, die sehr oft im Schußfeld der Gewerkschaften stehen, auch über viele Wochen hinweg – wie beispielsweise

Wille

Philips - bis zu 1500 Arbeiter freiwillig aus eigenen Mitteln im Einvernehmen mit uns gehalten haben. Auch das soll gesagt sein.

Wenn Sie zudem sagen, daß wir eine falsche Wirtschaftsstruktur vertreten haben, nämlich die Struktur mit großen Unternehmungen, und daß diese an den wirtschaftlichen Schwierigkeiten schuld gewesen sei, dann verweise ich wirklich allen Ernstes auf die Schweiz. In der Schweiz gab es 1975 ein negatives Wachstum von 7 Prozent und eine Inflationsrate von 10 Prozent, und man wird bei Gott nicht behaupten können, daß die Schweiz so gigantisch andere Wirtschaftsstrukturen hätte, als wir sie in Österreich haben.

Kollege Feurstein! Einerseits sagen Sie: Ja was tut denn die Bundesregierung, um Jugendarbeitsplätze zu schaffen? Die Bundesregierung, behaupten Sie, tue nichts, sondern die Wirtschaft schaffe die Jugendarbeitsplätze. Andererseits verdammen Sie aber auch ein investitionsfreundliches Klima.

Was soll denn die Bundesregierung tun? Soll sie Betriebe bauen, oder soll sie dafür sorgen, daß es über ein investitionsfreundliches Klima zu neuen Investitionen und zu neuen Arbeitsplätzen kommt?

Es ist in meinen Augen zu einfach und zu billig, wenn Sie da kommen und sagen: Der Sparer wird bestraft, der Schuldner wird belohnt! - Warum wir zu dieser Kreditpolitik kamen und warum sie die Wirtschaft von uns verlangt, das sehen Sie doch ein, es ist daher unbillig und unfair, diese Behauptung einfach in so demagogischer Weise zu vertreten.

Außerdem anzunehmen, Wachstum allein würde mit den Arbeitsplätzen fertig werden, kann nur kurzfristig stimmen. (Abg. Dr. Schwimmer: ... Finanzminister gesagt!) Es stimmt ja, ich sage Ihnen ja: Ein Wachstum von 4 Prozent wird kurzfristig für uns alle noch möglich und notwendig sein, aber anzunehmen, daß wir ständig mit Wachstum unsere Probleme lösen, das wird langfristig in der industrialisierten Welt nicht möglich sein. (Abg. Dr. Schwimmer: Sagen Sie das bitte dem Minister!)

Ich möchte nun auf ein Problem eingehen, das von verschiedenen Rednern behandelt worden ist, obwohl wir zu wiederholten Malen dazu unsere Meinung gesagt haben: es ist die Finanzschuld des Bundes.

Es ist zu wiederholten Malen von uns darauf hingewiesen worden, daß die Finanzschuld des Bundes, die Staatsschuld, gemessen am Brutto-sozialprodukt, von 1969 bis 1974 von 13 auf 10 Prozent - das ist ja nahezu ein Drittel! -, um

nahezu ein Drittel, reduziert worden ist. Und daß diese Staatsschuld, entsprechend unseren lang-jährigen wirtschaftspolitischen Vorstellungen von einer antizyklischen Budgetpolitik und einer antizyklischen Wirtschaftspolitik, in der sogenannten Krise stark erhöht werden wird, das haben wir ja alle seit Jahren gewußt und gepredigt!

All die Jahre in der Hochkonjunktur haben wir davon geredet, daß wir in der Krise in der Lage sein müssen, als Staat einzugreifen, als Staat antizyklisch zu wirken. Na ja, und nun werden die Staatsschulden auf 15, 16 Prozent in diesem Jahr und in den nächsten Jahren zweifellos beträchtlich darüber steigen. Es hätte keinen Sinn, das nicht zu sehen und nicht zu sagen.

Und was wird da geschehen, wenn die Staatsschuld plötzlich 20 Prozent statt 10 Prozent beträgt? - Sparen werden wir müssen, und der Staat wird schauen müssen, wie er wieder zu seinem Geld kommt. Also das ist doch eine selbstverständliche Sache! (Zwischenrufe bei der ÖVP.) Sie sollten nicht so tun, als wäre das nicht zu sehen, als wüßten wir das nicht.

Dann möchte ich noch etwas sagen. Da kommen verschiedene Herren, verschiedene Journalisten und sagen: Ist es denn angemessen, die Staatsschuld in Prozenten zum Bruttonationalprodukt auszudrücken? Das müßte man ja in absoluten Ziffern tun! - Als hätte es schon einmal in der Wirtschaft von einem privaten Unternehmen den Versuch gegeben, das Fremdkapital zum Eigenkapital in absoluten Ziffern auszudrücken. Man drückt das Fremdkapital in der ganzen Welt und alle Jahre wieder in Prozenten aus. Man ist oft überrascht, wie arg der Dilettantismus mit diesen Problemen umzuspringen versteht.

Aber noch etwas. Eine Staatsverschuldung wie 10 oder 20 Prozent - das kann viel und wenig sein. Wenn wir immer wieder darauf hinweisen, daß es einfach eine Frage des internationalen Vergleichs, weil der internationalen Wettbewerbsfähigkeit ist, dann ist das doch ein ganz legitimes Unterfangen.

Die Staatsschuld 1974, gemessen am Bruttonationalprodukt, betrug in England 56, in Belgien 40, in den Vereinigten Staaten 35, in Italien 28, in Schweden 25, in Kanada 24, in den Niederlanden 22 Prozent. In Österreich waren es 10, in Frankreich 9, in Japan und in Deutschland 7 und in der Schweiz 6 Prozent.

In Deutschland hat sich die Staatsschuld inzwischen auch um 50 Prozent in einem Jahr erhöht und muß sich zwangsläufig auch weiter erhöhen, wie das bei uns der Fall ist.

Wille

Es kann also keine Frage der Ideologie sein, wie hoch die Staatsschuld sein kann, sondern es muß eine Frage internationaler Vergleiche und der internationalen Konkurrenzfähigkeit bleiben, wenn man diese Frage vernünftig beantworten will.

Das Gesetz der steigenden Staatsausgaben, wie es Wagner nannte, ist jedenfalls, zumindest in all den letzten Jahren, in allen Industrienationen zu beobachten. Es gibt keine Industrienation, in der die Staatsausgaben, gemessen am Bruttonationalprodukt, nicht gestiegen wären. Der Grund dafür dürfte wohl der sein, wie es Galbraith wieder sagte: Es gab eine öffentliche Armut, und es gab einen privaten Reichtum; auch wenn man das nicht glauben will.

Ich glaube also, daß am Ende zweifellos nicht, wie Sie von der ÖVP es ausdrücken, der verstaatlichte Mensch sein wird, denn dieser Finanzbedarf ist nicht ein Finanzbedarf des Staates, sondern es ist ein Finanzbedarf der öffentlichen Hand insgesamt. Ich erlaube mir auf eine Untersuchung der „Industrie“ aufmerksam zu machen, in der der Finanzbedarf der öffentlichen Hand 1974, auch der Fonds und der Kammern, mit 314 Milliarden Schilling ausgewiesen wird, nach der er also 51 Prozent des Bruttonationalprodukts betragen hat.

Die „Industrie“ hat aber untersucht: Ja wer hat denn hier von den einzelnen öffentlichen Trägern in den letzten Jahren am meisten beansprucht?, und kommt zum Ergebnis: In der Zeit von 1962 bis 1974 ist der Anteil des Bundes, gemessen am Bruttonationalprodukt, um 5 Prozent gesunken, der Anteil der Gemeinden, die Gemeinde Wien eingeschlossen, ist um 17 Prozent, der Anteil der Sozialversicherungsträger um 21 Prozent und der Anteil der Länder ohne Wien aber um 37 Prozent gestiegen. Es ist also doch sehr beträchtlich, was sich hier entwickelt hat.

Während man dem Staat alle Tage vorwirft, er verstaatliche den Menschen, er fresse unser Einkommen auf, sind es plötzlich die Länder, ist es plötzlich nicht der Androsch, sondern ist es der Wenzl und der Niederl, die soviel beansprucht haben. (*Zwischenruf bei der ÖVP.*) Der Gratz eben nicht, weil Wien bei den Gemeinden ist, und die haben eine Steigerung von 17 Prozent. (*Abg. Dr. E. Moser: Manipulation!*) Die Manipulation hat die „Industrie“ angestellt, nicht ich habe die Zuordnung der Gemeinde Wien zu den Gemeinden vorgenommen.

Nun geht aber diese Klage über die Ausgaben weit über Österreich hinaus. Der Essener Unternehmerverband schreibt: „Die BRD ist in Gefahr, in ihrem Sozialsystem zu ersticken, es führt ohne Rücksicht auf die Kosten geradewegs

in den Ruin“ – und jetzt kommt's; leider ist mein junger Freund nicht mehr da, der sich soviel Sorgen macht –: „weil die Bürger, die sonst sparsam und maßvoll waren, plötzlich so unersättlich wurden.“

Also der deutsche Bürger ist plötzlich so unersättlich geworden! Ja was verdient der unersättliche Bürger? 5 Prozent waren arbeitslos, und die anderen verdienen umgerechnet, wenn man die Kaufkraft berücksichtigt, auch kaum mehr als unsere 10.000 S im Monat. Das sind die unersättlichen deutschen Bürger!

In der Schweiz erschien erst jetzt in der „Zürcher Zeitung“ am 28. Mai ein Artikel des Pressechefs des Schweizerischen Industrievereines. Und was weiß der Chef des Schweizerischen Industrievereines zu sagen? „Es gibt ein überladenes Steuerpaket. Die Volksabstimmung bezugte zwar, die Bürger sind gegen die jahrelang praktizierte Politik einer ungestümen Ausgabenexplosion, die in der Hochkonjunktureruphorie nahezu keine Grenzen fand.“ Und weiter: „Schon liegt wieder ein neues Bündel Steuermaßnahmen auf dem Tisch des Parlaments: die Einführung der Mehrwertsteuer, die Erhöhung der Progression und so weiter. Wiederum werden Milliarden zusätzlicher Steuern eingefordert, ohne daß eine konkrete Voroder Gegenleistung erbracht würde.“

Wissen Sie, wo das gesagt wird? In der Schweiz! Die Schweiz hat den niedrigsten Steueranteil, gemessen am Bruttonationalprodukt. Das heißt, die Konservativen sind überall gegen den Staat, ganz gleich, wie hoch der Staatsanteil, gemessen am Bruttonationalprodukt, ist.

Und dieser schweizerische Industriepolitiker ist der Meinung: Wir müssen sparen! Und damit er nicht in die Versuchung kommt, der Sie erlegen sind, nämlich nur zu sagen: Sparen!, ohne zu sagen wo, ist er mutig genug und sagt, wo man sparen soll: Man soll sparen bei der Sozialversicherung, man soll sparen beim Straßenbau, und man soll sparen bei Wissenschaft und Forschung. Jetzt frage ich Sie etwas. (*Abg. Dr. Frühwirth: Herr Kollege Wille! Nicht bei der Wissenschaft, sondern bei der UNO-City, beim Allgemeinen Krankenhaus, beim Bauring – dutzende Beispiele!*) Das ist Ihre Idee, ich rede jetzt von diesem Schweizer Kollegen.

Wenn ich nun dieses Schweizer Problem umlege auf das unsere und wenn ich frage, sollen wir sparen bei der Sozialversicherung, dann muß ich Ihnen sagen: Vor der Tür steht ein großer Brocken, und der heißt Bauernpension. Wenn ich frage, sollen wir sparen beim Straßenbau, dann muß ich Ihnen sagen, daß seit 1958 die Verkehrsfläche um 50 Prozent, aber die

Wille

Zahl der Kraftfahrzeuge um 150 Prozent zugenommen hat.

Und was die Wissenschaft und Forschung betrifft, haben wir ja eine Forschungskonzeption, und da sind wir gerade auf dem halben Wege. Also werden wir jetzt nicht wieder umdrehen und zurückkurbeln, sondern wir sind froh, daß Forschung und Wissenschaft endlich im Mittelpunkt stehen. *(Abg. Dr. Gruber: Das gibt es erst seit 1970!)*

Wenn der Kollege Graf sagt, wir sollen nicht empfindlich sein, wir sollen harte Kritik ertragen lernen, die Sozialisten kritisieren hieße nicht unbedingt die Regierung, Österreich kritisieren, dann ist dazu zu sagen, daß das zwar im grundsätzlichen stimmt. *(Abg. Dr. Gruber: Es stimmt wirklich!)* Wenn aber – und jetzt komme ich wieder auf das zurück, Sie waren nicht da – die demokratischen Parteien überall so verfahren, daß man alles heruntermacht, was Regierung ist – und Regierung ist mehr als eine Partei –, dann ruiniert man damit auch das demokratische System und den Staat. Kritisieren sehr wohl, aber es ist ein großer Unterschied, ob man fair kritisiert oder ob man alles heruntersetzt. *(Zwischenrufe bei der ÖVP.)*

Wenn beispielsweise Taus am 12. Mai 1976 laut „Kronen-Zeitung“ sagt: „Wo Sozialisten herrschen, kreist fast immer der Pleitegeier“, dann ist das einfach eine unzumutbare Auseinandersetzung.

Wenn beispielsweise am 12. Mai 1976 in einer Belangsendung der ÖVP behauptet wird: „Die roten Bonzen wollen den Bauring nicht mehr“, dann heißt das nicht, daß man über den Bauring nicht debattieren könnte, sondern dann frage ich Sie: Wer sind die roten Bonzen? Und gibt es dann nicht Bonzen überall? Was wird denn da die demokratische Bevölkerung sagen, wenn eine Partei von der anderen nur in diesem Jargon redet?

Oder wenn Busek sagt: „Mit Steuern und Inflation haben die Sozialisten nichts anderes vor, als die Abhängigkeit des Menschen zu erzielen.“ – Ist das notwendig? Kollege Gruber, seien Sie so ehrlich und sagen Sie, das ist eine großartige Dummheit. Etwas anderes kann es nicht sein. *(Abg. Dr. Gruber: Lesen Sie die Protokolle Ihrer eigenen Oppositionsjahre, dann werden Sie nicht so wehleidig sein!)*

Kollege Gruber! Ich setze mich mit Ihnen über Ereignisse auseinander, die heute und gestern stattgefunden haben. Ich will mit Ihnen gar nicht prähistorische Untersuchungen anstellen.

Oder wenn Taus unter anderem sagt: Die SP war immer eigentumsfeindlich, sie ist gegen die Eigenheimbesitzer oder gegen die kleinen

Sparer. Die ÖVP dagegen war immer eigentumsfreundlich. Als hätte es jemals einen von uns gegeben, der gegen irgendeinen, der sich ein Eigenheim baut, etwas hat! Aber ich habe Ihnen ja gesagt – Sie waren nicht da –: 5 Prozent der Familien in Westeuropa besitzen 80 Prozent des Produktivvermögens. Und Sie erzählen uns dann, wir wären eigentumsfeindlich, wir wären gegen den, der sich ein kleines Häuschen gebaut hat. So geht das nicht! *(Abg. Dr. Gruber: Dann dürfen Sie in der Gesetzgebung nicht diskriminieren!)*

Oder – ich möchte noch einmal darauf eingehen, obwohl ich den Eindruck gewonnen habe, daß unser Kollege Taus eingesehen hat, was er angestellt hat – wenn er einfach behauptet, der Beitrag der Sozialisten zum Wiederaufbau beschränkt sich auf klassenkämpferische Parolen. Derartige Behauptungen dürfen einfach nicht passieren, und ich glaube, wir sollten uns das nicht so einfach machen. *(Abg. Dr. Gruber: Das darf nicht passieren – aber Sie dürfen uns heruntermachen!)* Sagen Sie, wo ich das getan habe. *(Abg. Dr. Gruber: Der Kollege Blecha, das war doch ...!)* Jetzt reden Sie mit mir, mit dem Blecha haben Sie vorher reden können.

Ich möchte aus diesem Grunde zu meinem übrigens sehr wohl respektierten Kollegen Taus sagen: Ich lese da im „profil“: „Er“ – Taus – „ist ein Mensch, der liest und liest und liest.“ Der Kollege Busek sagt dazu: „Er fladert die Bücher in der Parteizentrale“, und weiter: er weiß, „was auf dem Buchmarkt en vogue ist“. Auch wenn er anrückt, hat er 20 und 30 Bücher bei jeder Gelegenheit mit.

Dazu: Es hat einmal einen christlichsozialen Abgeordneten gegeben, Bielolawek, der hat am 6. Mai 1868 gesagt: „Wenn ich ein Büchel seh, hab' ich schon g'fressen.“ *(Abg. Dr. Gruber: Herr Wille, da hat es noch keine Christlichsoziale Partei gegeben!)* Ich meine, zwischen beiden Extremen sollte man zu unterscheiden wissen. Man kann viel lesen und viel reden und am Ende immer noch nicht wissen, was die soziale Wirklichkeit in einem Lande ist.

Ich meine also: Ohne zu übertreiben in die eine oder in die andere Richtung, einfach zu sehen, was not tut in unserem Land, und darüber offen zu reden, das, glaube ich, ist das Problem, das uns angeht.

Es hat aber natürlich über Sozialismus auch andere Stimmen gegeben. Es gibt ja nicht nur einen Taus, der sich über den Sozialismus äußert. Ich möchte nur einen von denen zitieren, die ich gerade da habe, nämlich den konservativen Philosophen Karl Jaspers, der unter anderem gesagt hat: Sozialismus ist die universale Tendenz der gegenwärtigen Menschheit.

Wille

Und ich glaube, daß das ernster ist als diese nebensächlichen Behauptungen, Verleumdungen und Verdächtigungen. Und was ich Sie abschließend bitten möchte, ist: Wir sollten uns in diesem Hause immer wieder als Kollegen respektieren, weil unsere Mitarbeiter in den Betrieben wissen, was in diesem Hause geschieht. Aus diesem Grunde würde ich es sehr begrüßen, wenn diese Auseinandersetzungen, die ja notwendig sind, immer auf einer sachlichen Ebene geführt werden können. Danke sehr. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Präsident **Minkowitsch**: Als nächster zum Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Dr. Leibenfrost. Ich erteile es ihm.

Abgeordneter Dr. **Leibenfrost** (ÖVP): Herr Präsident! Hohes Haus! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Dieser sogenannte Wirtschaftsbericht der Bundesregierung, den ich mit großer Aufmerksamkeit registriert habe, muß bei einem um Objektivität – und hier knüpfe ich an meinen Vorredner an – bemühten, halbwegs fachkundigen Beobachter ein geradezu beklemmendes Gefühl auslösen. Auf den realen Hintergrund der österreichischen Wirtschaftsszene projiziert, wirkt beklemmend, mit welcher Unverfrorenheit diese Regierung das Faß der Selbstbeweihräucherung schwingt, um hinter einem Rauchvorhang vor der Bevölkerung das handfeste Debakel einer absolut verfehlten sozialistischen Wirtschaftspolitik zu verbergen. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Gestatten Sie, daß ich diesen aus Schall und Rauch bestehenden Vorhang nun etwas wegblase, damit der Blick auf die keineswegs rosige Landschaft unserer Wirtschaft frei wird, denn schließlich wird die ernste Situation, in der sich unsere Nationalökonomie mit ihrer internationalen Verflechtung befindet, durch die wohlklingenden, schönfärberischen und zum Teil – das haben wir heute sehr deutlich erlebt – begriffs-umkehrenden Phrasen der sozialistischen Sprecher nicht besser, sondern eher schlechter.

Zeigen nicht die Belastungen der jüngsten Zeit uns jene Bürden, die diese Regierung der Bevölkerung demnächst noch aufzuerlegen beabsichtigt, daß diese Politik vor dem Bankrott steht, eine Politik, die da meint, durch eine umfassende Anhäufung von Aufgaben beim Staat durch eine möglichst alle Lebensbereiche und natürlich auch die Wirtschaft umfassende Staatslenkung dem Phantom der Gleichheit – und davon war auch heute wiederholt die Rede – nachlaufen zu müssen.

Ich stelle nun zunächst einmal die Behauptung in den Raum, daß gerade die Jagd nach diesem Phantom, die Jagd nach dem Trugbild,

die beileibe nicht nur von der sozialistischen Regierung Österreichs, sondern gleichermaßen auch von den anderen sozialistischen Regierungen gemäß einem quasi religiösen Leitbild betrieben worden ist, die Hauptschuld am Verfall des Wirtschaftswunders in Europa trägt. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Und ich möchte weiters die Hypothese aufstellen, meine Damen und Herren, daß dieses mit volkswirtschaftlicher Gesetzmäßigkeit nicht in Einklang zu bringende Ideengut der Linken nicht unwesentlich auch die Haltung der Dritten Welt beeinflusst und diese Länder dazu ermutigt, den entwickelten Industriestaaten etwa in der Preispolitik, beim Rohöl, aber auch auf dem Rohstoffsektor zusätzliche Schwierigkeiten zu machen. *(Zwischenruf Bundeskanzler Dr. Kreiskys.)* Weil die österreichische Volkswirtschaft aber außerhandelswirtschaftlich, Herr Bundeskanzler, wie Sie genau wissen, zwangsläufig sehr stark abhängig ist, füge ich dem noch hinzu, daß man schließlich von jenen Staaten und Mächten, in denen der Sozialismus verwirklicht ist, wohl kaum Maßnahmen erwarten konnte, die es den Staaten des marktwirtschaftlichen Systems erleichtern, ihre ökonomischen Probleme zu bewältigen.

Diese Zusammenschau, meine Damen und Herren, halte ich einfach für notwendig, weil man meines Erachtens nur aus dieser Sicht das Phänomen begreifen kann, das sich uns in den permanenten Krisen der Währungen, der Staatshaushalte, aber auch der Rohstoffe und der Kosten manifestiert und das letztlich dazu geführt hat, daß die volkswirtschaftliche Erfolgsrechnung, leider ganz besonders bei uns in Österreich, hinten und vorne nicht mehr stimmt.

Das sei zur Begründung gesagt. Aber nun zum Beweis der Schuld dieser Regierung und der anderen sozialistisch dominierten Regierungen auf diesem Kontinent.

Die letzten Jahre waren zunächst einmal charakterisiert durch die Übernahme immer neuer Aufgaben und damit zunehmender Verflechtungen und Verpflichtungen des Staates sowie durch ein verstärktes Eingreifen in die Wirtschaft. Das hat sich zwangsläufig in einer beängstigenden Steigerung der Staatsausgaben und in Form laufender Einschränkungen der Handlungs- und Dispositionsfreiheit der Unternehmen ausgewirkt. In logischer Konsequenz führte der wachsende Geldbedarf des Staates zu dem, was der Herr Finanzminister als Umverteilung zugunsten des Staates sehr heftig zu bejahen beliebt.

Nun hat zunächst eine überdimensionale Konjunktur 1971 bis 1973 die Schädlichkeit dieser Politik für die Volkswirtschaft überdeckt.

Dr. Leibenfrost

Mit dem Einsetzen der Rezession wurde sie indessen voll sichtbar. Weil der Staat für sich einfach zuviel beansprucht hat, gleichzeitig die Regierungsmehrheit aber auch viele zusätzliche Geschenke zu Lasten der Wirtschaft verteilt, konnte zwangsläufig nicht ausbleiben, daß sich die Ertragslage der Betriebe zunehmend verschlechterte. Damit ich richtig verstanden werde, meine ich mit dieser schlechten Ertragslage die negativen Auswirkungen sowohl für den Staat als auch für die Investitionstätigkeit.

Diese Politik, die sich lückenlos bei den Steuern, bei den Tarifen und den sozialen Kostenbelastungen nachweisen läßt, hat schließlich auch die für das Wachstum nicht unwesentliche Investitionstätigkeit weitgehend gelähmt, führte außenwirtschaftlich zu harten Rückschlägen, vor allem hinsichtlich der Exporterträge, und stellt in zunehmendem Maße auch die Attraktivität Österreichs als Tourismusland in Frage. Die Inflationsentwicklung, die man nur verbal bekämpfte, tat ein übriges. *(Abg. Dr. Androsch: Darf ich Sie fragen, von welchem Land Sie sprechen?)*

Tatsache ist - darüber läßt sich auch mit schönen Worten nicht hinwegturnen -, daß Österreichs Nationalprodukt 1975 um 6,1 Prozent unter dem Wert von 1974 liegt, das heißt mit anderen Worten, auf minus 2 Prozent abgesunken ist. Das wird auch nicht schöner, wenn man es wortkosmetisch zunächst als Nullwachstum und später, als das Debakel immer deutlicher wurde, als Minuswachstum zu verkaufen versucht hat. Erschwerend wirkt dabei, daß sich das alles noch dazu bei einer durchschnittlichen Inflationsrate von 8 Prozent vollzogen hat. Und dieses Ergebnis des Jahres 1975 war nun keineswegs ein Blitz aus heiterem Himmel, sondern das dicke Ende einer sich längst deutlich abzeichnenden Entwicklung.

Darum sind folgende Fragen zu stellen: Hat diese Regierung ökonomisch vernünftig gegenzusteuern versucht? Mit anderen Worten: Hat diese Regierung zeitgerecht Taten gesetzt, die der Wirtschaft geholfen hätten, die Talsohle besser, nämlich ohne eine abgrundtiefe Verschuldung, zu überwinden? Hat diese Regierung der Wirtschaft eine Verschnaufpause gewährt? Hat diese Regierung den Betrieben Gelegenheit zur Eigenkapitalbildung gegeben? Hat sie zeitgerecht einen Anreiz zu verstärkter Investitionsfreudigkeit geboten? Hat sie der Exportwirtschaft und hat sie dem Fremdenverkehr tatsächlich unter die Arme gegriffen? Oder hat die Regierung die vom Finanzminister offen angepriesene, direkt in das jetzige Chaos des Staatsaushaltes und in die Wirtschaftsdepression einmündende Umverteilungspolitik unbeirrt fortgesetzt? *(Abg. Dr. Androsch: Sie reden von Italien oder ich weiß nicht von wo!)*

Die unbestreitbare Wahrheit, Herr Minister Androsch, zeigen die Ereignisse nach dem 5. Oktober 1975 *(Zustimmung bei der ÖVP)*: Erhöhung der Mehrwertsteuer, Erhöhung der Mineralölsteuer, Erhöhung der Autohaftpflicht *(Abg. Dr. Androsch: Das sind Ihre Kammermitglieder, die Versicherungen!)*, Erhöhung der Post- und Stromtarife, Erhöhung der Zigarettenpreise, Erhöhung der Einheitswerte und eine saftige Erhöhung der Kraftfahrzeugsteuer ohne Berücksichtigung einer Anhebung des Kraftfahrzeugpauschales, die die Volkspartei aus sozialen Gründen gefordert hat. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Das und vieles andere mehr geht auf das Schuldkonto einer Regierung, die weiter Umverteilung zugunsten des Staates betreibt und die durch diese laufende Schmälerung nicht nur der Erträge der Wirtschaft, sondern auch der Einkommen breiter Kreise der Bevölkerung einen Klassenkampf des Staates nunmehr gegen den kleinen Mann führt.

Statt sich um eine vernünftige Gesundung unserer Wirtschaft zu kümmern, hat diese Regierung und diese Regierungspartei die Zeit damit vertan, gesellschaftspolitische Spiele rund um die Marktordnung zu entwickeln und Pläne für eine totale Lenkung des Arbeitsmarktes zu wälzen. Sie hat auch Ideen entwickelt, die die Wirtschaftsmacht des Gewerkschaftsapparates unter dem irreführenden Titel der Vermögensbildung in Arbeitnehmerhand zu Lasten der Wirtschaft um die Kleinigkeit von 50 Milliarden Schilling vergrößern würde. Man hat meines Erachtens auch die Zeit vertan, indem man etwa das Berufsausbildungssystem im Sinne des sozialistischen Ideengutes zu verändern sucht, und selbstverständlich geistert auch dort wieder ein gewerkschaftlich kontrollierter Fonds durch den Raum, den - wie könnte es denn anders sein, meine Damen und Herren? - die Wirtschaft finanzieren soll und der weitere Lasten in der Größe von 5 Milliarden Schilling bedeuten würde.

Natürlich hat man auch, wenn der Rauchvorhang zu dünn wird und die Österreicher erkennen, daß sie ständig zur Kasse gebeten werden, Themen zur Ablenkung des Volkes stets zur Hand: Einmal läßt man halt über die Gurtenpflicht diskutieren oder über das Bonus-Malus-System, ein anderes Mal hilft man sich mit der Ortstafelproblematik über Schwierigkeiten hinweg, oder es stellt sich der Herr Bundeskanzler oder der Herr Dr. Fischer vor die Mikrophone, um sich den Kummer über kritische Worte zum Thema Sozialismus, wie es doch in einer Demokratie durchaus ansteht und wie sie heute sehr deutlich gefallen sind, von der etwas beleidigten Seele zu reden. Das alles

Dr. Leibenfrost

gehört zur Trickkiste Ihrer Politik. (*Abg. Dr. Schranz: Können Sie nicht ein bißchen schneller lesen?*) Allein gegen Wirtschaftsquerelen, meine sehr geehrten Damen und Herren, wirkt diese Medizin leider nicht.

Jetzt, wo die rauschenden Verteilungsfeste vom Gratisschulbuch über die Schülerfreifahrt (*Abg. Dr. Androsch: Sind Sie gegen die Schülerfreifahrten?*), die Heirats- und Geburtenbeihilfe vorbei sind, jetzt wo der einst - Sie gestatten, Herr Minister - strahlende „Hannes mit der Spendierhose“ zum „Hannes mit der leeren Tasche“ geworden ist, spricht er plötzlich von Opfern, die von der Bevölkerung für die Budgetwohltaten der letzten Jahre zu bringen sein werden. Hat sich da also doch herausgestellt, meine Damen und Herren, daß sich vielleicht der Finanzminister etwas überschätzt hat? Hat sich also herausgestellt, daß die Geschenke, die man gestern gab, um gewählt zu werden, nach der Wahl mit einem gigantisch überhöhten Preis bezahlt werden müssen?

Hat sich also herausgestellt, daß man nach einer ersten und zweiten Belastungswelle noch eine dritte und vierte Belastungswelle braucht? Und wer es noch immer nicht glaubte, daß er durch die sozialistische Regierung ständig zur Kasse gebeten wird, wurde durch die Ankündigungen über einen alarmierenden Milchpreis und über den erfolgten Zugriff auf die Sparzinsen endlich aufgerüttelt. Wer sich nicht scheut, hier gegen den kleinen Mann bei einer Inflation von auch jetzt noch fast 7,5 Prozent vorzugehen, dem ist meines Erachtens wohl alles zuzutrauen.

Ist ein klassischerer Beweis - so frage ich, meine Damen und Herren - für den von mir eingangs behaupteten Bankrott der Regierungspolitik - und damit meine ich den unsicheren Zickzackkurs ohne Konzept - überhaupt noch denkbar?

Aufhorchen läßt aber noch etwas, was der Herr Finanzminister zur Rechtfertigung seiner jüngsten Schröpfpläne gesagt hat. Er hat nämlich gesagt - alle Journalisten haben es gehört, und es wurde auch überall geschrieben -, daß man sich bei der Gestaltung von Gebühren und Tarifen mehr an der „Realität des Wertes staatlicher Leistungen“ werde orientieren müssen. Bricht denn eigentlich angesichts solcher Einbekenntnisse nicht die ganze Umverteilungspolitik im Dienste der sogenannten Gleichheit in sich zusammen?

Ich könnte mich mit der Ansicht des Finanzministers als Anhänger der sozialen Marktwirtschaft und als ein Mensch, der von totaler Wirtschaftslenkung nicht viel hält, durchaus einverstanden erklären, wenn es da nicht viele Bedenken gäbe. Wenn beispielsweise der Staat

für seine Leistungen einen volkswirtschaftlich gerechten Preis verlangen will, dann dürfte es in diesem Bereich auch kein staatliches Monopol geben, weil dann ein ganz wichtiges Element für die Kalkulation, nämlich der Wettbewerb und damit das beste Preisregulativ - die Konkurrenz -, fehlt.

Ich habe da, was dieses Verhältnis von Preis und Leistung beim Staat betrifft, überhaupt so mein Bedenken. Wenn ich bloß an unsere liebe Post denke, die die Samstagzustellung der Zeitungen eingestellt, die Gebühren aber um 300 Prozent erhöht hat! Andere Beispiele in diesem Zusammenhang ließen sich ohne weiteres mühelos anreihen: Wasser- und Müllgebühren, Energieleistungen und in Kürze die Bahn- und Autobustarife, die Wiener Straßenbahn und auch die anderen Straßenbahnen sind hier zu nennen, die sicherlich den erwähnten Vorstellungen hier folgen werden.

Wenn man also logischerweise hier den Vorstellungen des Herrn Ministers für Finanzen folgt, dann muß man sehr schnell zu jenem Punkt kommen, wo sich die Frage erhebt: Welchen Vorteil hat das Volk von den Diensten staatlicher Einrichtungen, wenn nämlich jenes soziale Element, das ein derartiges Staatsmonopol schließlich rechtfertigt, wegfällt, weil man sich etwa genau wie in der Wirtschaft die Leistung akkurat nach dem gerechten Preis richten will.

Ist da die Frage wirklich so abwegig, meine Damen und Herren von der Sozialistischen Partei, ob man mit weniger Staat und mehr privater Wirtschaft vielleicht doch einen maßgeblichen Beitrag auch zur Budgetsanierung leisten könnte? (*Zustimmung bei der ÖVP.*)

Das sind meines Erachtens von der linken Seite her heilige Kühe, Tabus. Aber ich frage Sie: Warum soll man gerade in so ernsten Zeiten ausgerechnet Tabus Ihrer Seite schonen?

Denn was der Finanzminister nun will, wenn er die Sparer kräftig zwickt, Tarife weiter hinaufzitiert und die Steuern erhöhen möchte, führt meines Erachtens noch tiefer in die Sackgasse.

Lassen Sie mich das als ein Abgeordneter aus Oberösterreich, welches Land bekanntlich 25 Prozent des Exportes bestreitet, an einem Ausfuhrbeispiel und an einem Fremdenverkehrsbeispiel kurz demonstrieren. Und damit die Geschichte, meine Damen und Herren, nicht zu fad und zu trocken wird, greife ich nur unser Exportschicksal auf dem nordamerikanischen Kontinent heraus. Dort haben wir 1975 den schwersten Rückschlag seit 30 Jahren mit dem unvorstellbaren Minus von 27,5 Prozent einsteck-

Dr. Leibenfrost

ken müssen. *(Abg. Dipl.-Ing. Haiden: Hat das mit der Relation zum Dollar nichts zu tun?)*

Herr Staatssekretär! Ich werde darauf zurückkommen. Aber ich werde Ihnen erklären, was dieser Exportverlust bedeutet. *(Abg. Dipl.-Ing. Haiden: Was kostet der Dollar?)* Es sind nämlich 100 österreichische Firmen, die sich jahrelang um die Marktposition dort bemüht haben, aus dem Markt glatt hinausgeflogen. *(Abg. Blecha: Nennen Sie eine! - Abg. Dipl.-Ing. Haiden: Welche?)* Und jene Menschen, die sich dort im Interesse unserer Beschäftigung abstrampeln, sagen mit einer gewissen Bitternis: Wir werden, wenn es überhaupt möglich ist, Jahre brauchen, bis man diesen Rückschlag wieder aufholt! *(Zustimmung bei der ÖVP.)*

Warum wähle ich dieses Beispiel, Herr Minister? Sie wissen genau, wie schwierig es ist, einen Markt zu erobern und wie rasch man einen Markt verlieren kann, und dieses Beispiel zeigt ganz eindeutig die Fehler der Sozialisten. Denn Waren aus Österreich und Erzeugnisse aus Österreich, bei denen in erster Linie der Preis ausschlaggebend ist, kann man in Amerika nicht mehr verkaufen. Das sagen die Fachleute unmißverständlich und stahlhart. Warum? - Deshalb, weil Amerika eine schwere Wirtschaftskrise durchgemacht hat? - Nein! Unsere Konkurrenz ist vielmehr zum größten Teil aus eigenem Verschulden flüchtend. *(Heiterkeit bei der SPÖ.)* Entscheidender als die Rezession in den USA hat sich die Disparität der Währungen, die unterschiedliche Steigerung der Arbeitskosten - und das sollte auch Ihnen, meine Damen und Herren von der linken Seite, mehr Ernst bedeuten - und die gegenläufige Entwicklung der Inflation ausgewirkt, die sich für uns nämlich zu einem verhängnisvollen Bündel zusammengeschnürt und uns der Konkurrenzfähigkeit zumindest auf diesem Markt wesentlich beraubt hat. *(Zustimmung bei der ÖVP.)*

Während der Schilling stolz eine zweimalige und irgendwie doch zweifelhafte Aufwertung erfuhr, war der Dollar kräftigen Kursverlusten ausgesetzt. Für den Dollar kann die SPÖ nichts. Die Aufwertungsmanöver, vor denen wir von der Volkspartei warnten, weil sie den Export erschweren, haben Sie zu verantworten.

In den USA erfuhren die Arbeitskosten eine Aufwärtsentwicklung um 11 Prozent. Wir haben - auch schon im Zeichen der anbahnenden Rezession - uns eine solche um 16 Prozent geleistet. Und das bei nicht vergleichbaren Produktivitätsgegebenheiten.

Für die Arbeitskostenentwicklung in den USA kann natürlich die SPÖ auch nichts. Für die

Arbeitskostenentwicklung in Österreich aber hat sie unter Bedachtnahme auf von ihr durchgesetzte kostenrelevante Gesetze und insbesondere auf die überproportionale Lohnpolitik der letzten Zeit des von ihr beherrschten Gewerkschaftsbundes diese Politik voll zu verantworten. *(Abg. Dr. Tull: Sind Sie gegen den ÖAAB?)*

Meine Damen und Herren von der Linken! Ich glaube, daß Ihnen diese Ausführungen doch etwas Unruhe verschaffen und unangenehm sind. Aber Ihr Herr Minister Androsch hat ja erst vor kurzem gesagt: Die beste Waffe ist die Waffe der Wahrheit. *(Zustimmung bei der ÖVP. - Abg. Dr. Tull: Da kann der Gassner nicht applaudieren!)*

Ich frage Sie daher: Warum ist erst jetzt in der Lohnpolitik eine Ernüchterung in Anpassung an die wirtschaftliche Realität eingetreten, die längst - meines Erachtens vor zirka eineinhalb Jahren bereits - aus der Verantwortung heraus fällig gewesen wäre?

Die USA hielten 1974 bei einer Inflationsrate von 12 Prozent, und sie halten trotz eines stürmischen Wirtschaftsaufschwunges gegenwärtig bei einer Inflationsrate von 3,5 Prozent. Für die Entwicklung der Inflationsrate in den USA kann natürlich die SPÖ beileibe nichts. Für die Inflation in Österreich aber trägt die SPÖ-Regierung sicher die Hauptverantwortung. Denn auch wir könnten im heurigen Jahr bei einer vierprozentigen Inflationsrate halten, wenn nicht die Regierung für den Teuerungsschub zu Jahresbeginn und für weitere Teuerungsschübe, die in Planung sind und die unmittelbar über uns hinweggehen, gesorgt hätte.

Ich erinnere daran, daß der Indexsprung vom Dezember 1975 auf Jänner 1976 mit 1,6 Prozent der größte seit 1972 war. Ich erinnere daran, daß der Anteil der Regierung mit der Mehrwertsteuererhöhung und der Verteuerung der Postgebühren davon immerhin 1,3 Prozent betragen hat. Von einer importierten Inflation - das war ja Ihre Langzeitausrede im vergangenen Herbst - kann nicht mehr die Rede sein. Wenn zum Beispiel jetzt die Bundesrepublik - man muß das mit aller Deutlichkeit sagen - bei 5,5 Prozent und die Schweiz gar bei 2,5 Prozent hält, dann scheint mir doch irgendwie erwiesen, daß die derzeit hohe Inflationsrate in Österreich von 7,5 Prozent von der SPÖ zu verantworten ist. *(Zustimmung bei der ÖVP.)*

Aus all diesen Gründen, die eben auf das Schuldkonto der SPÖ-Wirtschaftsversäumnispolitik zu buchen sind, flogen wir so saftig aus dem US-Markt. Es haben daher die Mitarbeiter von hundert Betrieben ernste Sorgen um ihre

Dr. Leibenfrost

Arbeitsplätze. (*Zwischenruf des Abg. Blecha.*) Wir werden noch aus weiteren Märkten fliegen, Herr Blecha, wenn die Raffgier des Finanzministers für den Staatssäckel in dem von ihm anvisierten Umfang wirksam werden sollte. Immer schwerer können wir wegen dieser Verteuerungspolitik unsere Waren im Ausland verkaufen. (*Abg. Dr. Tull: Das haben Sie schon gesagt!*) Aber man kann es Ihnen nicht deutlich genug sagen, weil Sie es anscheinend nicht glauben wollen, Herr Dr. Tull. (*Zustimmung bei der ÖVP.*)

Und ich sage Ihnen weiter: Umso härter wird uns die Auslandskonkurrenz am eigenen Markt treffen! Unser Markt ist ja schließlich und endlich offen für die Produkte aus den anderen Produktionsgebieten. Dieses negative Zusammenspiel kann unsere Produktion unter Umständen erdrosseln, wenn wir weiter so tun, als wären wir einfach autark.

Ähnliches gilt schließlich auch für den Fremdenverkehr, der nur mehr jenen Zeiten nachtrauern kann, in denen seine Überschüsse noch das Außenhandelspassivum abgedeckt haben. (*Zwischenruf des Abg. Mondl.*) Es wäre vielleicht nicht schlecht, Herr Kollege, wenn Sie auch einmal etwas mehr über die Grenzen des Wohlfahrtsstaates nachdenken würden und dabei den Blick über die österreichischen Grenzen richten würden. (*Abg. Mondl: Gott sei Dank tun wir das! - Abg. Dr. Tull: Italien wollen Sie haben?*)

Meine Damen und Herren! Man hat in jenen Zeiten, als man die Existenzfähigkeit Österreichs bezweifelt hat, diesem Volk oft das Schicksal von Stehgeigern, Fremdenführern und Kellnern prophezeit und ihm die Leistungsfähigkeit abgesprochen, etwas anderes zu verkaufen als die Bergwelt und die schönen Seen. Wenn man den Herrn Finanzminister mit seiner Verteuerungspolitik weiter so wüten läßt, könnte es in naher Zukunft selbst damit bald vorbei sein.

Wenn die österreichische Wirtschaft nicht weiter geschwächt und die Arbeitsplätze wirklich dauerhaft gesichert werden sollen, wenn man verhindern will, daß Österreich auch noch aus anderen Märkten hinausfliegt, dann darf der Staat nicht mehr länger zur Anheizung der Inflation beitragen. Genau das aber peilt der Finanzminister mit der eben angekündigten neuen und dritten Belastungswelle, die alle Bevölkerungskreise schwer trifft, an. Der Regierung und der Regierungspartei fehlt dazu angesichts der realen Wirtschaftslage, die nicht durch schönfärberische Wirtschaftsberichte der Bundesregierung, wohl aber durch die tatsächlichen Resultate der außerordentlichen staatlichen Verschuldung und der hohen Verschul-

dung der Betriebe und damit des Substanzverlustes charakterisiert wird, jede Legitimation.

Ob wir mit diesem Schuldenberg, Herr Dr. Tull, weil Sie die Ausführungen scheinbar nicht ganz überzeugen können, auf der ganzen Linie die Zukunft meistern und damit den berühmten Autofahrersieg erringen können, den heute der Herr Dr. Fischer ein für allemal in der Tasche zu haben glaubte, das ist mehr als zu bezweifeln. Denn auch die Autofahrer, trotz aller ihrer subjektiven Leistungen, können wohl ihre Siege nur dann erringen, wenn sie auf einer gesunden finanziellen Basis ihre Arbeit aufbauen können. Und für die plädieren wir bei der Österreichischen Volkspartei. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Wäre es da nicht zweckdienlicher, anstelle des Weges in die Sackgasse einen anderen Weg in der Wirtschaftspolitik zu gehen? Müßte dieser Weg nicht eher davon markiert sein, keine weiteren Steuererhöhungen, keine Tarifizierungen, keine neuen Staatsaufgaben anzupeilen, dafür aber, meine Damen und Herren, mehr Export, mehr Fremdenverkehr und mehr Investitionsfreudigkeit zu fördern? Dazu hätte der Herr Finanzminister besondere Gelegenheit. (*Beifall bei der ÖVP.*) Weil nämlich damit nicht nur die Betriebe in Ordnung wären, sondern auch die Arbeitsplätze, für die Sie und wir selbstverständlich eintreten, dauerhafter und besser gesichert würden. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Weniger Teuerungen und weniger Inflation, aber mehr Stabilität, das wäre das Gebot der Stunde, soll der Wirtschaftsaufschwung nicht durch hausgemachtes Verschulden einer falschen Wirtschaftspolitik schon im Keim erstickt werden. Davon, meine Damen und Herren, war aber in diesem Weihrauch-Wirtschaftsbericht der Bundesregierung leider nichts zu hören. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Präsident **Minkowitsch**: Als nächster zum Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Pfeifer. Ich erteile es ihm.

Abgeordneter **Pfeifer** (SPÖ): Herr Präsident! Hohes Haus! Zuerst hat uns der Kollege Leibenfrost für seine Partei geschildert, was alle anderen Redner auch vor ihm getan haben: daß der Sozialismus schlecht ist. Dann hat er uns in einer hinreißenden Lesung zu erklären versucht, wie die Wettbewerbsauffassungen der Volkspartei in der freien Wirtschaft ausschauen. Herr Kollege Leibenfrost! Ich möchte Ihnen einen guten Tip geben: Ich weiß ja nicht, aber sollten Sie wirklich einen Betrieb führen, dann schauen Sie, daß ihn schnell die VÖEST erwischt, bevor die Arbeiter arbeitslos werden!

Meine Damen und Herren! Ich möchte Ihnen nur eines sagen: Sie haben uns heute bei dieser

Pfeifer

Debatte über den Wirtschaftsbericht des Herrn Bundeskanzlers und des Herrn Finanzministers so viel erzählt von Dingen, die falsch waren, daß man einige Dinge schon richtigstellen muß. Außerdem hat der Herr Kollege Lanner meinen Typ verlangt. Ich wäre auch ohne dieses Verlangen gekommen. Jetzt ist er nicht da, aber einige Dinge müssen wir schon klarstellen, was die Landwirtschaft betrifft. *(Zwischenruf bei der ÖVP.)*

Ja, ich weiß, wenn ich zum Pult komme, wird es immer ein bisschen lebendig. Das macht mir Spaß, Ihnen offensichtlich weniger. *(Abg. Dr. Gruber: Auch, auch!)* Aber wenn Sie es haben wollen, dauert es halt ein bißchen länger. Sie können es sich ja aussuchen.

Der Kollege Feurstein meinte, daß er dieser Regierung nicht glauben kann und daß die Auffassung, die diese Regierung vertritt, immer weniger glaubwürdig wird. Ich möchte sagen: Na ja, es wäre sicherlich eine Überforderung der Opposition, wenn man etwas anderes verlangen würde.

Entscheidend ist für uns, meine Damen und Herren der ÖVP, daß die große Mehrheit der Wähler am 5. Oktober auf diese Regierung gesetzt hat und diese Politik der Sozialisten in diesem Land gewählt hat. Wir sind der Auffassung, daß die Mehrheit der Bevölkerung diese Politik zum drittenmal am 5. Oktober in ganz großer Art und Weise unterstützt hat. Wir scheuen die Verantwortung nicht, die wir auf uns genommen haben. Wir behaupten, daß wir als Regierungspartei und als sozialistische Regierung mit der Bevölkerung in einem engeren Kontakt stehen als die ÖVP-Regierung in ihrer Zeit. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Es ist sicherlich so: Wenn man diese Diskussionsbeiträge heute ein wenig genauer beobachtet hat, dann kann man zwei Dinge feststellen. Das erste ist, daß Sie sich wahnsinnig ärgern, daß Sie am 5. Oktober die Wahl verloren haben, und das zweite ist, daß Sie sich ärgern, daß diese Regierung das tut, wofür sie da ist, nämlich regiert.

Sehen Sie, meine Damen und Herren, wir sind der Auffassung, daß gerade diese Regierung auf dem Sektor der Landwirtschaft mehr vorangetrieben, mehr erreicht hat als andere Regierungen vorher. Ich glaube, daß man hier mit Fug und Recht die Feststellungen treffen soll, daß gerade für den Menschen im ländlichen Raum – und es ist schade, daß der Herr Kollege Lanner nicht da ist – noch nie so viel geschehen ist, als seitdem die Sozialisten in diesem Lande regieren. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Meine Damen und Herren! Und wenn Sie trotz emsigem Studium bei großem Suchen in dieser

vorliegenden schriftlichen Erklärung nichts über die Landwirtschaft gefunden haben, dann darf ich Sie erinnern: Schauen Sie nach auf der Seite 104 der Beilage zu den Erklärungen des Bundeskanzlers. *(Abg. Dr. Haider: Aber gesagt hat er nichts!)* Soll ich Ihnen das vorlesen? *(Abg. Dr. Haider: Er hätte es sagen sollen!)* Die Bundesregierung brachte in ihren Regierungserklärungen – passen Sie gut auf, Herr Dr. Haider, . . . *(Abg. Dr. Haider: Ich habe es eh da!)* Das wäre schön gewesen in Ihrer Zeit, wenn es das gegeben hätte. Da wären Sie nicht so schnell als Staatssekretär abgekanzelt worden, Herr Dr. Haider! *(Beifall bei der SPÖ. – Abg. Dr. Haider: Schade, daß der Herr Bundeskanzler nichts gewußt hat von der Seite 104!)*

Und wenn Sie immer die Auffassung vertreten, daß dieser Dr. Kreisky und diese Regierung die Bauern so schlecht behandelt *(Abg. Dr. Haider: Die Seite 104 hat er nicht gelesen, Herr Pfeifer!)*, so sollten Sie vorsichtig sein, denn in Ihrer Zeit wären Sie sehr dankbar gewesen, hätten Sie Ihrem Dr. Klaus einreden können, daß er mit den Bauern reden soll. Davongelaufen ist er, können Sie sich noch erinnern? *(Abg. Dr. Haider: Sie Märchenerzähler!)* Ich muß das immer wieder in Erinnerung rufen, denn es kommt dann die Zeit, wo diese Regierung allmählich zehn Jahre regiert und wo Sie ganz in Vergessenheit geraten. Ab und zu schadet es nicht, wenn man das vielleicht auch noch einmal sagt, meine Damen und Herren.

Wenn man also jetzt von der Politik im ländlichen Raum redet, dann steht fest, daß Sie längst vergessen haben, was für die Menschen im ländlichen Raum geschehen ist. Und Sie müssen eigentlich doch wieder einmal erinnert worden sein im Oktober des vergangenen Jahres, als Sie gerade im ländlichen Raum nicht allzu große Stimmengewinne erzielen konnten und man Ihnen damals unmißverständlich bedeutet hat, daß diese Regierung der Sozialistischen Partei, daß diese Arbeiterpartei und ihre Regierung richtig sind und daß gerade diese Menschen im ländlichen Raum von dieser Regierung, ich darf das noch einmal wiederholen, mehr bekommen haben als je zuvor, weil es diese Aktivitäten zu Ihrer Zeit gar nicht gegeben hat, meine Damen und Herren. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Ich möchte nur mit einigen Worten auf den Zickzackkurs des Herrn Dr. Lanner zu sprechen kommen, der in einigen Sätzen auch über das Verhalten der Regierung zu Landwirtschaftsfragen aus der Sicht der Problematik zur EG Stellung genommen hat. Da sagte er einmal unserem Herrn Handelsminister, er fahre zuwenig nach Brüssel, und dann sagte er wieder, er

Pfeifer

fährt zuviel nach Brüssel. Eines steht doch fest – Staribacher hat ihm das heute ja schon gesagt –: Zu Ihrer Zeit waren drei Minister plötzlich bei der EG in Brüssel, sie sind vom Vorzimmer auf die Straße gekommen. Ihre Politik „alles oder nichts“ hat ihr Ziel erreicht: nämlich nichts.

Wir haben – das können Sie nicht abstreiten – mit der Politik der kleinen Schritte diesen EWG-Vertrag erreicht, und ich glaube, unsere Minister tun alles, um auch die Schwierigkeiten in der Landwirtschaft entsprechend lindern zu helfen.

Meine Damen und Herren! Ich möchte Ihnen eines sagen: Wir können Sie von Ihrem Kurs nicht abhalten, wir haben ja heute Ihren Oppositionsleiter gehört, wir haben Ihre Meinung gehört, Sie ändern sie nicht, Sie können noch vier Wahlen verlieren. Wir werden diesen modernen sozialdemokratischen Kurs beibehalten, wir werden ihn im engsten Kontakt mit der Bevölkerung dieses Landes führen.

Lassen Sie sich zum Abschluß ins Stammbuch schreiben: Wir haben in Österreich durch diese Politik der sozialdemokratischen Regierung eine Massenarbeitslosigkeit verhindert und damit auch Zehntausenden Nebenerwerbslandwirten ein gesichertes Einkommen gegeben. *(Beifall bei der SPÖ. – Abg. Deutschmann: Sie haben ein gestörtes Verhältnis zur Landwirtschaft! – Weitere Zwischenrufe bei der ÖVP.)*

Herr Kollege Deutschmann! Wir haben kein gestörtes Verhältnis zur Landwirtschaft. Aber Sie werfen seit dem 5. Oktober 1975 verstörte Blicke auf die Regierungsbank, und wir werden alles tun, daß Sie diese Blicke dorthin in der Zukunft nicht verlieren. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Präsident **Minkowitsch**: Als nächster zum Wort gemeldet ist Herr Dipl.-Ing. Hanreich. Ich erteile es ihm.

Abgeordneter Dipl.-Ing. **Hanreich** (FPÖ): Herr Präsident! Hohes Haus! Wir Freiheitlichen sind viel zu lange und – wie wir aus Überzeugung sagen können – zu Unrecht eines unzureichenden Demokratieverständnisses geziehen worden. Es hat viel zu lange gedauert, bis die Kollegen der beiden Großparteien unsere demokratische Haltung zu akzeptieren bereit waren, als daß ich eine Kontroverse wie die heutige über die Rede des Dr. Taus vorübergehen lassen könnte, ohne dazu aus freiheitlicher Sicht eine Bemerkung zu machen.

In einem Staat wie Österreich, in dem die Demokratie eine so erfolgreiche Entwicklung einleiten konnte, wie das nach dem zweiten Weltkrieg der Fall war, glaube ich, müßte es unbestritten sein, daß das Bekenntnis zur Demokratie eine Tatsache auf allen Seiten

dieses Hohen Hauses ist, und es müßte auch eine Überzeugung im Kreise aller Abgeordneten sein, daß die Demokratie ein Ideal ist, das wir alle anstreben, von dem zwar unterschiedliche Vorstellungen bestehen, das aber im Grundsatz doch jeweils dem anderen auch zugebilligt werden muß.

Und ich glaube, es ist nicht richtig, wenn eine Haltung präsentiert wird, die sozusagen „Demokratiealarm“ ruft, wie es sehr trefflich von Kurt Piringer in der „Neuen Freien Zeitung“ dargestellt worden ist. Er hat zu dieser Situation einige sehr treffliche Formulierungen gefunden, die ich Ihnen nicht vorenthalten möchte. Er schreibt:

„Parteienstreit auf Bassenaniveau pflegt in dem gegenseitigen Vorwurf zu gipfeln, die jeweilige ‚andere Partei‘ wolle der Demokratie an den Kragen.“

Piringer führt dann weiter aus:

„Die Unglaubwürdigkeit hat ... zwei Seiten: Sie gilt für das Anschwärzen von ‚Demokratiefeinden‘ genauso wie für das Anpreisen als Retter der Demokratie. Nur eines wird mit Sicherheit erreicht: Für die wirklichen Gefahren, die der Demokratie drohen, werden die Leute blind.“

Über diese Gefahren wird nicht oder höchst selten geredet. Das heißt noch lange nicht, daß es sie etwa nicht gibt.“

Er fährt in diesem Artikel fort: „Österreich wurde zu dem durch sein Parteiwesen am stärksten verpolitisierten Land der westlichen Welt: Mit dem Proporz und der Teilung in eine schwarze und in eine rote ‚Reichshälfte‘ errang Österreichs einzigartiges politisches System traurigen Weltruhm.“

Die Demokratie konnte in diesem Klima nicht gut gedeihen. Aber darüber gaben sich am allerwenigsten ÖVP und SPÖ Rechenschaft. Sie bildeten als Initiatoren und Nutznießer dieser Entwicklung eine verschworene Gemeinschaft des Schweigens.

Diese Gemeinschaft ist zerfallen. Die durch eine übermäßige Abhängigkeit von den Parteien geprägte politische Struktur Österreichs aber ist geblieben.

Nutznießer sind heute nicht mehr zwei Parteien, sondern nur noch eine: In letzter Zeit mehren sich die sensationellen Enthüllungen, daß die Sozialisten alle Posten mit ihren Parteileuten besetzen und die traditionellen ÖVP-Positionen erstürmen. Das Wehklagen der ÖVP ändert nichts daran, daß sich die Sozialisten nur jene Verpolitisierung einseitig zunutze machen, die jahrzehntelang zweiseitig von ÖVP

Dipl.-Ing. Hanreich

und SPÖ zur Festigung ihrer politischen Macht vorangetrieben und perfektioniert worden ist.“

Und er schreibt am Schluß:

„Demokratiediskussionen werden in Österreich immer unter dem Gesichtspunkt geführt, als ob es dabei nur um die Fixierung von Verfahrensregeln für die Beteiligung der Parteien am politischen Leben ginge. Es wäre an der Zeit, weniger von Parteiinteressen und mehr von den Menschen zu reden, damit ihnen der Wert der Demokratie als die einzig menschenwürdige Form des Zusammenlebens nicht nur aufgeschwätzt, sondern in der Praxis vorgelebt und dadurch glaubhaft gemacht wird.

Eine Stärkung des Ansehens der Demokratie in der Bevölkerung wäre für die Parteien jedenfalls eine weit lohnendere Aufgabe, als sich gegenseitig Verrat an der Demokratie vorzuwerfen.“

Diese Darstellung, Hohes Haus, scheint mir die Situation trefflich wiederzugeben. Ich glaube, daß Kurt Piringer mit diesen Formulierungen die Situation ganz richtig schildert.

Man kann ergänzend anfügen, daß jede Partei in jeder Situation, in der sie die Mehrheit hat, ob in der Gemeinde, ob im Land oder im Staat, dazu neigt, ihre Macht zu festigen, ihre Macht so weit als möglich auszudehnen, ihre Macht gegebenenfalls auch zu mißbrauchen, und daß sie versucht, Apparate aufzubauen, um diese Macht, die Möglichkeit des Alleinherrschens auf Dauer zu sichern. (*Der Präsident übernimmt den Vorsitz.*)

Dagegen aufzutreten, glaube ich, bedarf es der vom Kollegen Blecha so viel strapazierten Solidarität, der Solidarität aller Demokraten, denen daran liegt, daß Machtstrukturen, wie es einer Demokratie angepaßt ist, nicht verkrusten und sich verfestigen, sondern daß sie lebendig und beweglich bleiben und daß sie Bezug haben zu dem einzelnen, der von ihnen beherrscht und abhängig wird.

Das, meine Damen und Herren, wollte ich zu diesen Diskussionen sagen, die heute mit so viel Elan und Intensität geführt worden sind, weil ich glaube, daß es wichtig ist, daß wir uns alle der gemeinsamen demokratischen Grundhaltung stets bewußt sind und diese auch vom anderen in jedem Falle akzeptieren.

Nun noch einige Bemerkungen zu den Darstellungen, die der Kollege Wille gegeben hat und die im direkten Zusammenhang mit diesem Wirtschaftsbericht und dem Bericht des Finanzministers stehen.

Er hat sich einer Formulierung bedient, die nicht unwidersprochen hingenommen werden

kann, weil sie eine so grobe Vereinfachung der Wirklichkeit darstellt, daß man dies nicht akzeptieren kann. Er hat gesagt, Wachstum kann nicht langfristig sichergestellt werden, Wachstum kann nicht langfristig Realität in unserem Wirtschaftssystem sein. So einfach kann man sich das nicht machen.

Sicherlich kann der Energieverbrauch, der Rohstoffverbrauch nicht weitersteigen. Aber Wachstum ist ja nicht nur Verbrauch von Rohmaterialien, Wachstum gibt es in vielerlei Form. Wachstum kann in vielerlei Form seinen Ausdruck finden. Es liegt am Maßstab, inwieweit Wachstum, zum Beispiel Wachstum der Lebensqualität, nicht ein sehr langfristiges und auch erfolgreich anstrebbares Ziel sein kann, das auch in der Berechnung und Darstellung eines Staatshaushaltes seinen Niederschlag findet.

Ein weiterer Punkt der Ausführungen des Kollegen Wille, sein Hinweis auf das Gesetz der steigenden Staatseinnahmen und -ausgaben, muß auch unter dem Gesichtspunkt gesehen werden, daß es nicht grundsätzlich ein Vorteil ist, wenn der Staat mehr Aufgaben übernimmt und mehr Ausgaben tätigt. Die zentrale Frage ist nicht, wieviele Aufgaben hat er übertragen und wieviel des Volksvermögens setzt er daher um, sondern die Frage ist die, wie rationell tut er dies und inwieweit ist das im Interesse seiner Bürger, inwieweit ist das sinnvoll und zweckmäßig aus der Sicht des einzelnen Staatsbürgers.

Und wenn er den Begriff des „unersättlichen Bürgers“ zitiert hat und gemeint hat, daß hier eine Unterstellung vorliege und daß man für einen Wohlfahrtsstaat, für ein sozialistisches System, einen unersättlichen Bürger nicht als Grundlage nehmen dürfe, dann möchte ich doch darauf hinweisen, daß es zu den Gefahren des Systems zählt, daß eine Verführung zur Verschwendung dadurch gegeben ist, daß man dem einzelnen nicht klar macht, was die Dinge kosten.

Unser Sozialversicherungssystem und das Krankenanstaltenfinanzierungsproblem zeigen das ja mit aller Deutlichkeit. Und man muß ganz klar zeigen, daß die Verführung des einzelnen zur Verschwendung langfristig nicht möglich ist, wenn man sich nicht stets weiter verschulden will, wie das aus dem Bericht der Bundesregierung deutlich hervorgeht. Denn die Probleme, die hinter uns liegen, sind alle durch Verschuldung gelöst worden. Die Probleme vor uns werden wir lösen müssen und gleichzeitig den Berg der Schulden abbauen. Wie will man das nun tun?

Der Bundeskanzler spricht in seiner Rede davon, daß er das durch „unkonventionelle

Dipl.-Ing. Hanreich

Maßnahmen“ machen wird. Ich habe mich gefragt, was er wohl darunter versteht. Ich hoffe nicht, daß er wirklich nur zu unkonventionellen Maßnahmen Zuflucht nehmen wird, denn das heißt, daß er zu Maßnahmen greifen würde, über die kein Übereinkommen besteht, die auch der Bevölkerung nicht konvenieren. Und das, glaube ich, sollte nicht der Weg sein, den man wählt.

Und so stellt sich die Frage, ob der Versuch, durch eine Schuldenpolitik, durch ein von dem Volkswirtschaftler Keynes entlehntes Verhalten, die Überwindung der Rezession durch große Staatsausgaben zu bewältigen, auch wirklich richtig war und tatsächlich zur Veränderung der Struktur geführt hat, zu der Veränderung der Struktur unserer Wirtschaft, die wir brauchen werden, um die Probleme von morgen zu lösen. Ich fürchte, daß in sehr vielen Fällen einfach nur eine Konservierung der Struktur erfolgt ist, daß es nicht gelungen ist, den Übergang zu neuen zukunftsreicheren Betrieben zu schaffen, daß es nicht gelungen ist, in der Krise einen Reinigungsprozeß zu vollziehen, der das Wesen der Krise auch wirklich umsetzt, nämlich den Übergang von einem System des bisherigen, wenn Sie so wollen, unreflektierten Wachstums in eine neue Entwicklung, die sich für die ganze Weltwirtschaft abzeichnet. Diese wird verstärkt unter dem Gesichtspunkt der sparsamen Rohstoffverwendung, des sozialen Ausgleiches zwischen den Staaten und des internationalen Umweltschutzes stehen.

Und nun doch noch einige Bemerkungen zu der mit diesen großen Ausgaben in direktem Zusammenhang stehenden Erfolgsmeldung der niedrigen Arbeitslosigkeit. Ja, es ist richtig, die Gesamtziffer, die Globalziffer in Österreich stellt der Regierung im Vergleich zu den anderen Staaten ein gutes Zeugnis aus. Aber wenn man sich die Situation im einzelnen und genauer ansieht, dann gibt es doch in einzelnen Punkten ein oft sehr unerfreuliches Bild.

Es ist die Tragik solcher Globalziffern, daß sie sich zwar hervorragend für einen Bericht an die OECD eignen, die dann Österreich eine erfolgreiche Bewältigung der Krise bestätigt, daß sie sich aber in Wirklichkeit im Land selbst nicht widerspiegeln. Wenn man im Bericht des Bundeskanzlers liest, daß in den USA mit nahezu 10 Prozent eine Arbeitslosenrate erreicht wurde, die eine Rekordhöhe hat, dann muß man darauf hinweisen, daß es auch in Niederösterreich Bezirke gegeben hat, in denen diese Rekordmarke überschritten wurde, und daß es Fälle gegeben hat, wo diese Rekordmarke auch über eine längere Zeit hinweg gehalten wurde.

Dort sind die wirklich schwierigen Fälle, die konkreten Fälle, die den einzelnen Staatsbürger

berühren, die ihm Schwierigkeiten machen und die mit einer schönen Globalziffer nicht aus der Welt geschafft sind.

Hier muß man doch klar sehen, daß die Maßnahmen der Regierung eben nicht überall gleichmäßig gegriffen haben und daß zahlreiche Versuche, die strukturell schon schwachen Gebiete Österreichs zu verbessern, in dieser Krise einen besonders drastischen und harten Rückschlag erlitten haben, der die Bevölkerung in diesen Bereichen besonders unangenehm trifft.

Nun noch zu einem Punkt, der mir in dem Bericht des Bundeskanzlers als wesentlich erscheint, in dem der Herr Bundeskanzler bemerkt, daß die Bundesregierung den forcierten Ausbau staatlicher beziehungsweise überbetrieblicher Lehrwerkstätten prüft.

Ich möchte dazu bemerken, daß es mir als eine äußerst gefährliche und unzweckmäßige Entwicklung erscheint, wenn man versucht, die Ausbildung überwiegend oder, wie das hier hervorgehen würde, ausschließlich in die Hände des Staates und damit in den theoretischen Bereich zu verlegen.

In einer Zeit, in der für die Hochschulen intensiv diskutiert wird, wie die Verbindung zwischen wirtschaftlicher Praxis und Forschung, zwischen wissenschaftlicher Forschung in der Wirtschaft und der Lehre verbessert werden könne, wo man nach Möglichkeiten sucht, die Verbindung zwischen Wirtschaft und Lehre so eng als möglich zu gestalten, sollte nicht im Bereich des mit Recht so hoch gelobten Gewerbes und Handwerks ein gegenteiliger Weg von der Bundesregierung beschritten werden.

Deshalb glaube ich, daß man größten Wert darauf legen sollte, daß man in diesen Ausbildungsfragen zwar der Tatsache entgegenwirkt, daß die betriebliche Ausbildung in sehr vielen Fällen schon zu sehr differenziert ist, daß man aber trotzdem die Nähe zur Praxis als wesentlichen Bestandteil der Ausbildung erhalten sollte, daß es wichtig ist, daß man nicht nur Theoretiker, und gerade für die Handwerksberufe nicht Theoretiker, sondern Menschen ausbildet, die zwischen Praxis und Theorie eine optimale Verbindung herzustellen in der Lage sind.

Nun, da ich als letzter freiheitlicher Redner zwölf Stunden lang gewartet habe, daß sich vielleicht gemäß der Aufschrift der Erklärung des Bundesministers für Finanzen zur wirtschaftlichen Lage vor dem Nationalrat, nämlich: „Änderungen können noch erfolgen“, noch etwas ändert und dem nicht so war, möchte ich noch einen Punkt aus der Rede des Finanzministers aufgreifen.

Dipl.-Ing. Hanreich

Es ist der Hinweis, daß die Bundeszuschüsse für die gewerbliche Selbständigen-Pensionsversicherung von 1,05 Milliarden im Jahre 1970 auf 3,8 Milliarden im Jahre 1975 angestiegen sind und daß damit der Zuschuß aus allgemeinen Steuermitteln 69 Prozent beträgt. Diese Darstellung, Herr Finanzminister, entspricht sicher den objektiven Zahlen, die Sie hier als Beitrag zur Selbständigen-Pensionsversicherung zugrunde legen.

Was Sie aber dabei nicht sagen, was aber gesagt werden muß, ist die Tatsache, daß den Unternehmern ja zusätzliche Beträge von ihren Einkommen abverlangt werden, auch von dem persönlichen Einkommen, von dem der einzelne kleine Gewerbetreibende leben muß, nämlich die Gewerbesteuer, und daß Teile davon als Mittel zur Vorsorge, für die Pensionsversicherung, gedacht waren und daß diese zusätzliche Belastung, mit der der Unternehmer heute diskriminiert ist, es sehr wohl rechtfertigt, daß der Bundeszuschuß für diese Selbständigen-Pensionsversicherung höher ist.

Ich glaube, daß eine Darstellung, die diese zusätzliche Leistung des Unternehmers berücksichtigt, ein gutes Mittel wäre, dem Unternehmer und seiner Bedeutung in der Wirtschaft eine faire Würdigung zukommen zu lassen. Und diese, glaube ich, verdienen die Unternehmer der österreichischen Betriebe. Denn nicht zu Unrecht sind die kleinen und mittleren Betriebe dank ihrer Resistenz gegenüber den wirtschaftlichen Schwierigkeiten als stabilisierendes Element hervorgehoben worden. Es wird an der Politik der Regierung liegen, die bestehenden Diskriminierungen des Unternehmers zu beseitigen, um gerade die Inhaber der kleinen Betriebe zu ermuntern, ihre Leistung im Interesse der Gemeinschaft zu verstärken. Denn der Vorteil der kleinen Unternehmer wird dank ihrer Initiative und Anpassungsfähigkeit dann auch zum Vorteil für die Gemeinschaft und sichert die Überwindung der sicherlich schwierigen Zeiten, auf die wir noch zugehen. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Präsident: Zum Wort gemeldet ist der Herr Dipl.-Ing. Riegler.

Abgeordneter Dipl.-Ing. **Riegler** (ÖVP): Sehr geehrter Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Herr Kollege Wille hat in seinem Beitrag den Wunsch ausgesprochen, daß man in der Debatte doch eine faire Kritik anbringen möge. Ich decke mich durchaus mit dieser Auffassung. Nur glaube ich, daß man auch hier nicht mit zweierlei Maß messen sollte.

Mir ist ein Zitat des seinerzeitigen Oppositionsführers, des Herrn Bundeskanzlers, aus der

„Arbeiter-Zeitung“ vom 31. März 1968 untergekommen. Hier wurde vom damaligen Oppositionsführer gesagt:

„Was sie den Menschen im vergangenen Jahr an Steuersenkungen gegeben hat, holt sie jetzt zurück. Dies beweist: Die ÖVP-Politik zeichnet sich durch eine tiefe Verachtung gegenüber den Staatsbürgern aus. Sie setzt seine Urteilskraft sehr gering an und läßt sich nur von dem Motto ‚Hinter uns die Sintflut‘ leiten.“

Wenn wir heute vor einer Situation stehen, daß einer Steuersenkung in der Auswirkung von etwa 1,5 Milliarden Mehrbelastungen durch Steuererhöhungen allein in diesem Jahr von über 8 Milliarden und etwa 14 Milliarden an Gesamtbelastungen gegenüberstehen, muß man auch Verständnis dafür haben, daß eine Kritik an dieser Art der Regierungspolitik manchmal auch etwas hart und etwas scharf ausgesprochen werden muß. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Kollege Wille hat auch gemeint: Jetzt müssen wir zu sparen anfangen! – Dazu glaube ich halt – das ist ja auch bereits mehrmals gesagt worden –, der Zeitpunkt der Beginnens mit dem Sparen ist eben das, worauf es ankommt.

Der Herr Finanzminister hat heute einmal das Beispiel des Autofahrens gebracht. Ein Vergleich mit der jetzigen Situation drängt sich einfach auf, nämlich der jenes jungen, fischen Autofahrers, der auf das Gaspedal tritt, im Rausch der Geschwindigkeit zu weit in die Kurve hineingerät, dann eben in die Situation des Schleuderns kommt und dann das Lenkrad hin- und herreißen muß. Genau das ist die Situation, in der wir uns heute befinden, meine Damen und Herren! *(Zustimmung bei der ÖVP. – Abg. Pansi: Sie sind ein schlechter Autofahrer!)* Ja eben, nicht? Genau das meine ich ja! – Ich habe aber nicht von meinem Beispiel gesprochen; ich bin sehr viel unfallfrei gefahren – Gott sei Dank! –, Herr Abgeordneter.

Der Finanzminister hat heute die Situation etwa so dargestellt, als sei dank der Arbeit der Regierung ohnehin alles in Ordnung. Vor wenigen Tagen aber wurde die Opferbereitschaft der Bevölkerung angesprochen, und die Bevölkerung wurde dazu aufgefordert.

Ich möchte als ein Staatsbürger sagen: Man kann durchaus über die Opferbereitschaft reden, und das wird wahrscheinlich sogar notwendig sein. Aber es ist dann auch notwendig, daß die Karten ehrlich auf den Tisch gelegt werden und daß Klarheit darüber herrscht, wie die Situation aussieht, in welche Entwicklung wir hineingehen, mit welcher Begründung und warum von den einzelnen Teilen der Bevölkerung Opfer verlangt werden.

Dipl.-Ing. Riegler

Daher ist, glaube ich, auch jene Überheblichkeit einfach zurückzuweisen, mit der einer Kritik an der Situation und an der Darstellung entgegengetreten wird, so etwa, wenn es heißt, daß derjenige, der die Situation und diesen Zustand kritisiert, zum Ausdruck bringe, wie gering das Anliegen der Arbeitsplatzsicherung gelegentlich entwickelt sein könne.

Das ist ein Stil, der in die Nähe absolutistischer Vorstellungen reicht und den wir einfach in aller Bestimmtheit mit Worten zurückzuweisen haben, die etwa der heutige Finanzminister Dr. Androsch am 15. Dezember 1967 in diesem Hohen Haus ausgesprochen hat. Er hat gesagt:

„Herr Abgeordneter Graf! Es ist nämlich nicht nur das Recht der Opposition, eine solche Kritik zu üben, sondern es ist die Pflicht der Opposition, wenn ihr solche Dinge zur Kenntnis gelangen, diese im Parlament zur Sprache zu bringen.“

Ich möchte daher auch sagen: Es ist die Pflicht der Oppositionsparteien, die Kritik an der Regierungspolitik entsprechend aufzuzeigen.

Nun einige wenige Sätze zur Situation der Landwirtschaft. Ich habe durchaus Verständnis dafür, wenn gestern der Herr Kollege Rimplbauer ein Manuskript verlesen hat, das im wesentlichen einem Lippenbekenntnis gleichgekommen ist. Ich habe etwas weniger Verständnis, wenn der Herr Kollege Pfeifer in seiner heutigen Wortmeldung wohl sehr oft davon gesprochen hat, was für die Menschen im ländlichen Raum geschehen sei und welche Politik im ländlichen Raum gemacht werde, aber – auch in der Kürze dieser Wortmeldung – kein einziges konkretes Beispiel aufgezeigt hat. Das ist mir abgegangen dabei, Herr Kollege! (*Beifall bei der ÖVP.*)

Zur Situationsdarstellung: Ich möchte Sie nicht sehr lange aufhalten, nur ganz wenige Sätze aus dem Bericht, den das Institut für Wirtschaftsforschung vorgelegt hat, damit Sie nicht sagen, das sei eine Bauernbundpropaganda, die wir hier über den Zustand der Landwirtschaft zum Ausdruck bringen.

Es heißt im jüngsten Bericht: Im Agrarsektor stehen ähnlich wie im Vorjahr gute reale Ergebnisse schwachen nominellen Werten gegenüber. Der Grund dafür ist eine starke Verschlechterung der agrarischen Austauschrelationen. Die agrarischen Erzeugerpreise sind 1975 um durchschnittlich 1,5 Prozent gestiegen, landwirtschaftliche Betriebsmittel wurden aber um 10,5 Prozent teurer.

Das ist eine Feststellung des Instituts für Wirtschaftsforschung, und ich glaube, daß das in Relation zur Politik für die Landwirtschaft, die

von dieser Regierung verantwortet wird, gesagt werden muß.

Was für die Gesamtwirtschaftssituation von nicht unwesentlicher Bedeutung ist: daß nämlich vom Zuwachs der Endproduktion zwei Drittel aus rückläufigen Vorleistungsbezügen entstanden sind.

Und es heißt wörtlich: Nach Einsparungen in den Jahren 1973 und 1974 haben die Bauern 1975 ihre Betriebsmittelkäufe erneut und unerwartet stark, nämlich um 11 Prozent, reduziert. Der sehr geringe Einsatz von Betriebsmitteln ist auf den anhaltenden Preisauftrieb auf den Betriebsmittelmärkten und eine schwache Ertragslage der Betriebe zurückzuführen.

Ich glaube, daß das deshalb gesagt werden soll und deshalb von Bedeutung ist, weil darin der Zusammenhang zwischen der wirtschaftlichen Situation der Landwirtschaft und der Kaufkraft der Landwirtschaft, damit aber auch der Absatzmöglichkeit und der Sicherung der Arbeitsplätze ganz deutlich zum Ausdruck kommt. Es ist daher auch vom gesamtwirtschaftlichen Standpunkt her nicht verständlich, daß etwa die Anpassung der Mehrwertsteuer nach wie vor nicht vollzogen worden ist, daß trotz einer Zusage des Herrn Finanzministers, bis Ende Mai hier zu einer Regelung zu gelangen, nun nach einer Meldung, die dem AIZ zu entnehmen war, die Aussage gemacht wurde, vor dem 1. Jänner werde sich hier überhaupt nichts ändern.

Was bedeutet das? Das bedeutet einfach, daß entgegen dem System der Mehrwertbesteuerung die Landwirtschaft eine zusätzliche widerrechtliche Steuerleistung in einer Größenordnung von 1,5 Milliarden Schilling zu leisten hat, einer Größenordnung, die dem gesamten landwirtschaftlichen Förderungsbudget entspricht.

Es ist von dieser Situation her auch nicht verständlich, daß die Preisanträge weiter hinausgeschoben werden. Es ist heute auf den Terminablauf hingewiesen worden. Dieser Rhythmus ist abgelaufen, und es ist daher eine Regelung der eingebrachten Anträge in der nächsten Zeit für eine halbwegs gedeihliche wirtschaftliche Situation der Landwirtschaft notwendig. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Weil auf die Maßnahmen für den ländlichen Raum so stark hingewiesen wurde, möchte ich nur ein Beispiel hier herausstellen: die Frage Wegebau und Wegerhaltung. Jeder, der ein wenig die Situation kennt, vor allem in den Bergbauerngebieten, weiß, wie drückend diese Last auf den Bergbauern liegt und wie sehr es darum geht, zu einer Lösung der Probleme in der nächsten Zeit zu gelangen.

Dipl.-Ing. Riegler

Es ist heute einfach eine Tatsache, daß die Betriebe mit großer finanzieller Anstrengung ihren Beitrag zur Verkehrserschließung zu leisten haben. Und es besteht heute die Situation, daß nach 10, 15 Jahren der Ersterschließung bereits die Wiederinstandsetzung heranrollt, sodaß die Leistungsfähigkeit dieser Betriebe allein von der Aufgabe der Wegerhaltung und des Wegebauwerks einfach überfordert ist.

Es ist daher nicht uninteressant festzustellen, daß, etwa von der Steiermark her gesehen, die Bundesförderung für den Wegebau von 1971 bis 1975 von 43 auf 69 Millionen erhöht wurde – um 60 Prozent –, daß aber die Landesförderung in dieser Zeit von 51 auf 105 Millionen hinaufgesetzt wurde, das heißt um 103 Prozent. Wir haben heute die Situation, daß der Anteil des Bundes an der Wegebaufinanzierung auf 23 Prozent zurückgefallen ist, während die Landesförderung mit 36 Prozent ins Gewicht fällt.

Und ein Punkt, der hier sehr deutlich ausgesprochen werden muß: Selten ist in einer derartig beängstigenden Reaktion von der Bauernschaft zum Ausdruck gebracht worden, daß sie mit einer Entwicklung nicht einverstanden ist, wie bezüglich dessen, was Sozialminister Häuser für die Hinaufsetzung der Sozialversicherungsbeiträge als Vorlage präsentiert hat. *(Lebhafte Zustimmung bei der ÖVP.)*

Es ist hier einfach so, daß Beitragserhöhungen bei der Pensionsversicherung bis zu 99 Prozent, bei der Krankenversicherung bis zu 57 Prozent vorgesehen sind. Es ist ein Problem, Herr Bundeskanzler, daß landwirtschaftliche Betriebe, kleine, mittlere Betriebe, in die Situation hineinkommen können, daß sie aus den Einkünften ihres Betriebes gar nicht in der Lage sind, die Beiträge für diese soziale Sicherung aufzubringen. Ich möchte das in aller Ernsthaftigkeit hier sagen, weil wir Briefe bekommen haben, in denen jüngere Bauern schreiben: Bitte lassen Sie doch das nicht zu! Das ist ein Weg, der unsere Kraft einfach überfordert. *(Zustimmung bei der ÖVP.)* Ich glaube, daß in der Diskussion hier einfach die Grenze der Belastbarkeit mitberücksichtigt werden muß.

Es ist auch von der Entwicklung der Bevölkerung her so, daß die Landwirtschaft auf Grund der Abwanderung der jungen Menschen eine Überalterung aufweist und daß es daher schwer sein wird, ein in sich kostendeckendes System in dieser Gruppe zu haben. Dieses Problem gibt es in anderen Bereichen nicht. Es ist, glaube ich, nicht zumutbar, zu sagen, daß die Gruppe der Landwirtschaft noch mehr als bisher und unverhältnismäßig mehr zur Bezahlung der sozialen Leistungen herangezogen werden soll, und zwar deshalb nicht, weil das einfach die

Leistungsfähigkeit der betroffenen Gruppe überfordert. *(Abg. A. Schlager: Abgesehen davon, daß diese Regelung den Staat auf Sicht ausplündert!)*

Ein letzter Punkt, meine Damen und Herren: die Frage der Arbeitsplätze. Es ist fast jeder zweite Satz von Vertretern der Regierungsfraktion mit dem Hinweis auf die Sicherung der Arbeitsplätze und auch auf die dafür notwendigen Ausgaben und Kosten begründet worden.

Wir bekennen uns dazu. Es hat der Herr Finanzminister in seinem Bericht darauf hingewiesen, daß in den nächsten fünf Jahren etwa 150.000 bis 200.000 zusätzliche Arbeitsplätze notwendig sein werden. Es sind auch die Voraussetzungen angesprochen worden. Ich meine nur, daß ein Bereich nie erwähnt wurde, den man doch auch nicht übersehen sollte und der gerade in der jetzigen Situation doch sehr wesentlich sein könnte, nämlich ich meine, daß es zusätzliche Arbeitsplätze oder eine Sicherung der Arbeitsplätze nicht nur im Bereich der Industrie oder in anderen Wirtschaftsgruppen geben darf, sondern daß es das auch im Bereich der Land- und Forstwirtschaft geben muß. Ich meine, daß eine Wirtschaftspolitik, die auch die Sicherung der Arbeitsplätze oder die Schaffung neuer Arbeitsplätze in diesem Bereich anstrebt, gerade in der jetzigen Situation besonders notwendig ist.

Wir haben etwa in der Steiermark im Bereich verschiedener Spezialkulturen wie Tabak, Hopfen, Feldgemüse, verschiedene Obstsorten etwa 12.000 Arbeitsplätze, 12.000 Existenzen, die auf sehr, sehr kleinen Flächen für eine Familie gesichert werden können. Wir haben eine Situation, in der wir gerade in einigen dieser Bereiche 80, 90, 95 Prozent der Produkte aus dem Ausland beziehen. Ich glaube daher, daß es überlegenswert ist, eine gewisse Umlenkung vorzunehmen, daß man einen Teil dieser Einfuhren in der heimischen Landwirtschaft erzeugt, um damit auch einen Spielraum für die Schaffung zusätzlicher Arbeitsplätze zu haben, wobei ja noch dazukommt, daß diese Arbeitsplätze in Grenzgebieten, in wirtschaftlich schwach situierten Gebieten liegen und damit auch eine Hebung des gesamten Wirtschaftsniveaus hervorrufen könnten.

Ich weiß, Herr Finanzminister, daß es hier konkrete und positive Verhandlungen gibt, und ich wollte bei der Gelegenheit auch auf diesen gesamtwirtschaftlichen Aspekt auch im Lichte der Arbeitsplatzsicherung besonders hinweisen. Es würde mich freuen, wenn es gelänge, einige hundert, vielleicht sogar einige tausend Arbeitsplätze in Österreich in diesem wachstumsträchtigen Bereich der Landwirtschaft zu schaffen.

Dipl.-Ing. Riegler

Und abschließend möchte ich doch darauf hinweisen, daß wir im Zuge einer sehr neuen Befragung innerhalb eines Querschnittes der steirischen Landwirtschaft auch versucht haben, einmal die Frage an die Betroffenen zu richten, wie sie denn ihre Situation und die Entwicklung ihrer wirtschaftlichen Situation einschätzen. Und hier haben nur 12 Prozent zuversichtlich geantwortet, 38 Prozent haben gemeint, es wird sich nicht viel ändern, 49 Prozent waren der Meinung, es würde schlechter werden. Ich glaube, daß uns gerade im Hinblick auf die Sicherung der Existenzen auch für junge Menschen im Bereich der Land- und Forstwirtschaft diese Antworten alle mitsammen sehr ernst stimmen müßten und daß es darauf ankommt, auch von der Politik her und auch von der Regierungsarbeit her zwar nicht den alleinigen, aber doch einen Beitrag dafür zu leisten, daß wir einer positiveren Einschätzung der jungen Menschen zum Berufsstand der Landwirtschaft entgegengehen können. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Ich glaube, daß wir abschließend sagen können, daß die Entwicklung der Wirtschaft auf den Fleiß und auf das Verständnis unserer Bevölkerung aufbauen kann. Wir wünschen es und fordern es, daß auch die Regierung mit ihrer Politik den entsprechenden Beitrag dazu leistet! *(Beifall bei der ÖVP.)*

Präsident: Zum Wort ist niemand mehr gemeldet.

Die Debatte ist geschlossen.

Sehr geehrte Damen und Herren! Es ist das Verlangen nach Erteilung eines Ordnungsrufes für Abgeordneten Pölz im Sinne des § 103 Abs. 2 der Geschäftsordnung an mich gerichtet worden. Ich habe mir das Stenographische Protokoll für die Zeit von 18.20 Uhr bis 18.31 Uhr, das sind neunzehn Seiten, vorlegen lassen. Es ist darin jedoch keine inkriminierende Äußerung, die zu ahnden wäre, enthalten. *(Abg. Dr. Gruber: Das ist aber seltsam! - Abg. A. Schläger: Pölz, hast du's gesagt? - Abg. Pölz: Ich entschuldige mich! - Ruf bei der ÖVP: Ehrlich ist er wenigstens! - Allgemeiner Beifall.)*

2. Punkt: Bericht des Verkehrsausschusses über die Regierungsvorlage (93 der Beilagen): Protokoll über die Änderung des Artikels 14 Absatz 3 des Europäischen Übereinkommens vom 30. September 1957 über die internationale Beförderung gefährlicher Güter auf der Straße (ADR) (257 der Beilagen)

Präsident: Wir gelangen zum 2. Punkt der Tagesordnung: Protokoll über die Änderung des

Artikels 14 Abs. 3 des Europäischen Übereinkommens vom 30. September 1957 über die internationale Beförderung gefährlicher Güter auf der Straße.

Berichterstatter ist der Herr Abgeordnete Tonn.

Berichterstatter **Tonn:** Herr Präsident! Hohes Haus! Regierungsvorlage und Ausschlußbericht liegen Ihnen schriftlich vor.

Das vorliegende Protokoll hat Gesetzesergänzenden Charakter, sein Artikel 1 ist zudem verfassungsändernd. Sein Abschluß bedarf daher der Genehmigung des Nationalrates gemäß Artikel 50 Abs. 1 B-VG.

Der Verkehrsausschuß hat die Regierungsvorlage in seiner Sitzung am 3. Juni 1976 in Verhandlung gezogen und einstimmig beschlossen, dem Nationalrat die Genehmigung des Abschlusses des Staatsvertrages zu empfehlen.

Der Verkehrsausschuß hält die Erlassung eines besonderen Bundesgesetzes gemäß Artikel 50 Abs. 2 B-VG in der geltenden Fassung zur Erfüllung dieses Protokolls für entbehrlich.

Als Ergebnis seiner Beratung stelle ich namens des Verkehrsausschusses somit den Antrag, der Nationalrat wolle beschließen:

Der Abschluß des Staatsvertrages: Protokoll über die Änderung des Artikels 14 Absatz 3 des Europäischen Übereinkommens vom 30. September 1957 über die internationale Beförderung gefährlicher Güter auf der Straße (ADR), dessen Artikel 1 verfassungsändernd ist (93 der Beilagen), wird verfassungsmäßig genehmigt.

Für den Fall, daß wider Erwarten Wortmeldungen vorliegen, beantrage ich, General- und Spezialdebatte unter einem vorzunehmen. *(Heiterkeit.)*

Präsident: Es liegt keine Wortmeldung vor.

Da der vorliegende Staatsvertrag eine verfassungsändernde Bestimmung enthält, stelle ich zunächst im Sinne des § 82 Abs. 2 Ziffer 1 der Geschäftsordnung die für die Abstimmung erforderliche Anwesenheit der verfassungsmäßig vorgesehenen Anzahl der Abgeordneten fest.

Wir gelangen nunmehr zur Abstimmung über den Antrag des Ausschusses, dem Abschluß des gegenständlichen Staatsvertrages in 93 der Beilagen, dessen Artikel 1 verfassungsändernd ist, die Genehmigung zu erteilen.

Ich bitte jene Damen und Herren, die hiezu ihre Zustimmung geben, sich von den Sitzen zu erheben. - Das ist einstimmig angenommen.

3. Punkt: Bericht des Verkehrsausschusses über die Regierungsvorlage (158 der Beilagen): Abkommen zwischen der Republik Österreich und dem Schweizerischen Bundesrat über die Grenzabfertigung von Segelflugzeugen und Freiballonen im grenzüberschreitenden Luftverkehr (258 der Beilagen)

Präsident: Wir gelangen zum 3. Punkt der Tagesordnung: Abkommen zwischen der Republik Österreich und dem Schweizerischen Bundesrat über die Grenzabfertigung von Segelflugzeugen und Freiballonen im grenzüberschreitenden Luftverkehr.

Berichterstatter ist der Herr Abgeordnete Kammerhofer.

Berichterstatter **Kammerhofer:** Herr Präsident! Hohes Haus! Im Detail verweise ich auf die Ihnen zugegangenen Unterlagen.

Der Verkehrsausschuß hat die Regierungsvorlage in seiner Sitzung am 3. Juni 1976 in Verhandlung gezogen und nach Wortmeldung des Berichterstatters einstimmig beschlossen, dem Nationalrat die Genehmigung des Abschlusses des Abkommens zu empfehlen.

Der Verkehrsausschuß hält die Erlassung eines besonderen Bundesgesetzes gemäß Artikel 50 Abs. 2 B-VG in der geltenden Fassung zur Erfüllung dieses Abkommens für entbehrlich.

Als Ergebnis seiner Beratungen stellt der Verkehrsausschuß somit den Antrag, der Nationalrat wolle beschließen:

Der Abschluß des Abkommens zwischen der Republik Österreich und dem Schweizerischen Bundesrat über die Grenzabfertigung von Segelflugzeugen und Freiballonen im grenzüberschreitenden Luftverkehr (158 der Beilagen) wird verfassungsmäßig genehmigt.

Für den Fall, daß Wortmeldungen vorliegen, beantrage ich, General- und Spezialdebatte in einem abzuführen.

Präsident: Keine Wortmeldung.

Wir gelangen nunmehr zur Abstimmung über den Antrag des Ausschusses, dem Abschluß des gegenständlichen Staatsvertrages in 158 der Beilagen die Genehmigung zu erteilen.

Ich bitte jene Damen und Herren, die hiezu ihre Zustimmung geben, sich von den Sitzen zu erheben. – Einstimmig angenommen.

4. Punkt: Bericht des Verkehrsausschusses über die Regierungsvorlage (189 der Beilagen): Bundesgesetz, mit dem das Eisenbahngesetz 1957 geändert wird (259 der Beilagen)

Präsident: Wir gelangen zum 4. Punkt der Tagesordnung: Änderung des Eisenbahngesetzes 1957.

Berichterstatter ist der Herr Abgeordnete Dr. Lenzi.

Berichterstatter Dr. **Lenzi:** Herr Präsident! Hohes Haus! Der Verfassungsgerichtshof hat mit Erkenntnis vom 27. Juni 1975, G 10/75-14, den zweiten Satz in § 12 Abs. 1 des Eisenbahngesetzes 1957, BGBl. Nr. 60 aus den in den Erläuterungen zur Regierungsvorlage dargestellten Entscheidungsgründen als verfassungswidrig aufgehoben und für das Außerkrafttreten eine Frist bis zum 31. Mai 1976 bestimmt. Der gegenständliche Gesetzentwurf beinhaltet daher eine legistische Neufassung dieser Bestimmung, die es dem Bundesminister für Verkehr ermöglicht, eisenbahnbehördliche Geschäftsfälle an den örtlich zuständigen Landeshauptmann zu delegieren.

Der Verkehrsausschuß hat den vorliegenden Gesetzentwurf in seiner Sitzung am 3. Juli 1976 in Verhandlung gezogen.

Nach Wortmeldungen des Berichterstatters sowie der Abgeordneten Dr. Schmidt und Kammerhofer und des Bundesministers für Verkehr Lanc wurde der Gesetzentwurf mit Mehrheit angenommen.

Der Verkehrsausschuß stellt somit den Antrag, der Nationalrat wolle dem von der Bundesregierung vorgelegten Gesetzentwurf (189 der Beilagen) die verfassungsmäßige Zustimmung erteilen.

Für den Fall, daß Wortmeldungen vorliegen, beantrage ich, General- und Spezialdebatte unter einem durchzuführen.

Präsident: Wortmeldungen liegen keine vor.

Wir gelangen zur Abstimmung über den Gesetzentwurf samt Titel und Eingang in 189 der Beilagen.

Ich bitte jene Damen und Herren, die hiezu ihre Zustimmung geben, sich von den Sitzen zu erheben. – Einstimmig angenommen.

Wir kommen sogleich zur dritten Lesung.

Ich bitte jene Damen und Herren, die dem vorliegenden Gesetzentwurf auch in dritter Lesung ihre Zustimmung erteilen, sich von den Sitzen zu erheben. – Das ist einstimmig auch in dritter Lesung angenommen.

Die Tagesordnung ist erschöpft.

Ich gebe bekannt, daß in der heutigen Sitzung die Anfragen 464/J bis 480/J eingelangt sind.

2498

Nationalrat XIV. GP - 27. Sitzung - 10. Juni 1976

Präsident

Die nächste Sitzung des Nationalrates ist für Mittwoch, den 23. Juni, um 11 Uhr in Aussicht genommen.

Die Einberufung wird durch schriftliche Benachrichtigung erfolgen.

Diese Sitzung wird mit einer Fragestunde eingeleitet werden.

Ich mache noch darauf aufmerksam, daß jetzt gleich nach Schluß der Sitzung der Untersuchungsausschuß zur Überprüfung der Anwendung der gesetzlichen Bestimmungen gegen das Abhören von Telefongesprächen in den letzten zehn Jahren im Lokal IV zu seiner Konstituierung zusammentritt.

Die Sitzung ist geschlossen.

Schluß der Sitzung: 21 Uhr 45 Minuten